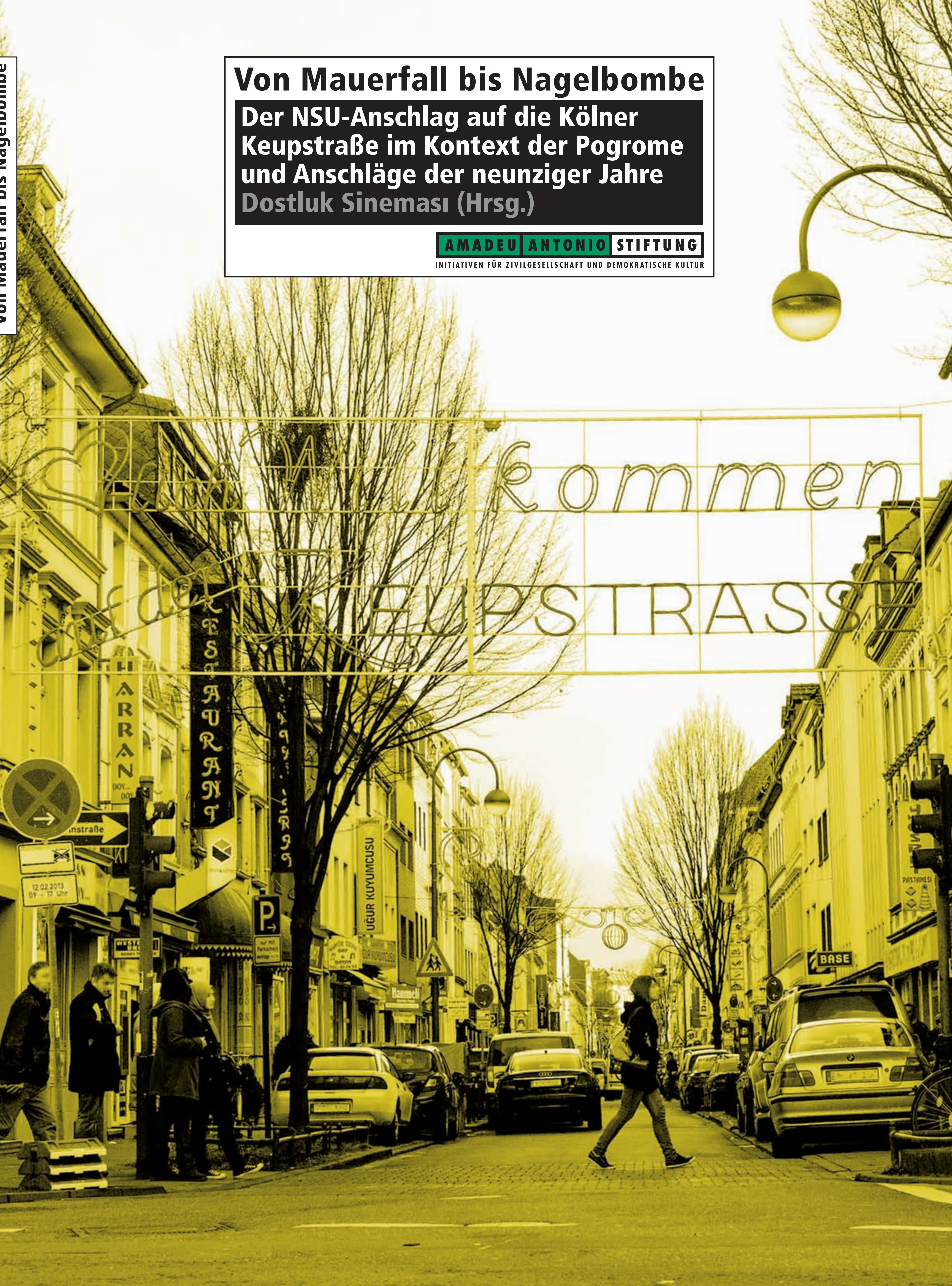



# Von Mauerfall bis Nagelbombe

## Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre

Dostluk Sineması (Hrsg.)

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Von Mauerfall bis Nagelbombe

# Von Mauerfall bis Nagelbombe

## Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre

Dostluk Sineması (Hrsg.)

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

INTERVIEWS STATEMENTS FILME

Die Publikation »Von Mauerfall bis Nagelbombe« wurde finanziell gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW.




Von Dostluk Sineması (Hrsg.): Vanessa Höse, Stewo Szczepaniak, Ayla Güler Saied, Mitat Özdemir, Massimo Perinelli, Daniel Poštrak, Kutlu Yurtseven
Mit weiteren Beiträgen von: Emmanuel Adu Agyeman, Ibrahim Arslan, Imran Ayata, Ali Kemal Gün, Wolfgang Heiermann, Heike Kleffner, Katharina König, Lars Maibaum, Gruppe Was Nun?!

Übersetzung:
Doğan Akhanlı, Leyla Aslan, Semra Doğan, Önder Erdem (Übersetzung, Koordinierung und Lektorat der türkischen Texte), Ayşe Tekin, Ayla Güler Saied, Hülya Engin, Atilla Dirim, Burak Çitacı, Özge Pınar Sarp, Özgür Erkek, Cemal Salman, Murad Bayraktar, Kemal Bozay, Berivan Inci

Das Buch ist unter dem Titel »Duvarın Yıkılışından Çivili Bombaya.
1990'lı Yılların Irkçı Pogromları ve Saldırıları Bağlamında NSU'nun Köln Keupstrasse Saldırısı« auch auf Türkisch erschienen.

Layout: Design
Fotos: Dörthe Boxberg (Titel, 16, 36, 64, 89, 106)
Litho/Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG

Berlin, Juni 2014
ISBN: 978-3-940878-16-8

# Inhalt

# Von Mauerfall bis Nagelbombe: Eine Einleitung

*Dostluk Sineması*

Am 9. Juni 2004 explodierte auf der Keupstraße in Köln eine von Nazis gezündete Bombe mit dem Ziel, möglichst viele nicht-deutsche Menschen zu töten und zu verletzen und deren anliegende Geschäfte und Häuser zu zerstören. Dieser versuchte Massenmord durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), der nur durch glückliche Zufälle keine Todesopfer gefordert hat, steht in der Kontinuität einer rassistischen Konjunktur, die seit dem Mauerfall einer unbekannten Anzahl Menschen das Leben kostete und unter Migrantinnen und Migranten entsetzliches Leid verursachte. Bis vor kurzem wurden in offiziellen Statistiken lediglich 60 Todesopfer rechtsextremer Gewalt gelistet, während Menschenrechtsorganisationen von 183 Opfern ausgehen. Eine erneute Überprüfung ungeklärter Tötungsdelikte durch die Behörden, die nach dem Auffliegen der Mord- und Anschlagsserie des NSU politisch durchgesetzt wurde, ermittelte nun eine Zahl von 746 Fällen mit möglicher rechter Tatmotivation.

In Anbetracht dieser Zahlen stellt sich die Frage, warum bei durchschnittlich neun von zehn Nazimorden der politische Hintergrund nicht ermittelt wurde? Und warum die vielen Mordopfer des NSU oder die Verletzten der Bombenattentate in der Keupstraße und in der Probsteigasse weder juristisch, medial, politisch oder behördlich als Opfer rassistischer Gewalt gesehen wurden? Warum existiert bis heute kein Unrechtsbewusstsein über die Folgenlosigkeit permanenter Angriffe auf Migranten und Migrantinnen? Warum konnte der NSU jahrelang ungestört Migranten umbringen? Warum hörte niemand auf die Stimmen der Migranten und Migrantinnen, die seit 1989 den Zusammenhang von Nationalismus und Rassismus zur Sprache bringen und die auch im Falle dieser Mordserie ahnten, wer für die Taten verantwortlich war und ist? Warum schien es niemand zu stören, wenn die Opfer dieser Gewalt durch die Medien, die gewählten Volksvertreter_innen und die Ermittlungsbehörden selber zu Tätern erklärt und in Folge drangsaliert und kriminalisiert wurden? Und warum scheint sich selbst heute niemand außer den betroffenen Migrant_innen vorstellen zu können, dass der NSU eine vom Geheimdienst geführte Gruppe sein könnte?

Als 1992 tausende von Anwohner_innen in Rostock-Lichtenhagen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber angriffen und in Folge ein Haus mit über hundert vietnamesischen ehemaligen Vertragsarbeitern tagelang belagerten und anzuzünden versuchten, wurde kein einziger Täter verurteilt. Seit dem Mauerfall verging keine Woche, in der keine Übergriffe und Anschläge auf Menschen nicht-deutscher und auch deutscher Herkunft verübt wurden, teils im Verborgenen, teils ganz offen. Statt dem konsequenten Schutz der Migrant_innen und einer kompromisslosen Verfolgung der Täter und Täterinnen wurde von der Bundesregierung Verständnis für die »Sorgen vor Überfremdung« geäußert; zwei Jahre nach dem Pogrom von Hoyerswerda, ein Jahr nach dem Pogrom in Rostock und nach dem Brandanschlag in Mölln mit drei Toten und im selben Jahr wie der Brandanschlag in Solingen mit fünf Toten wurde 1993 faktisch das verfassungsmäßige Recht auf Asyl gestrichen. In dieser Zeit politisierten sich die Mitglieder des NSU. Auf der anderen Seite formierten sich breite Bündnisse gegen Rechts, immer mehr migrantische Jugendliche organisierten ihren Selbstschutz und die Antifa als linke Jugendbewegung entstand. Dieses Engagement erschwerte das offene Auftreten von Neonazis, und viele innerstädtische Bereiche wurden zu No-Go-Areas für Stiefelnazis. Nach der Streichung des Asylrechts wurden offene Angriffe auf Unterkünfte von Migrant_in-

nen auch von staatlicher Seite offensiver unterbunden. In dieser Situation entstand in der Naziszene eine neue Struktur, in der sich kleinere, klandestine Gruppen bildeten. Wie wir heute wissen, war und ist diese Struktur engmaschig von Mitarbeiter_innen bundesdeutscher Geheimdienste durchsetzt, die diese Szene nicht nur ausspionierten, sondern sie maßgeblich aufbauten und finanzierten.

Schon anderthalb Stunden, nachdem an einem warmen Juninachmittag 2004 in der vor allem türkisch geprägten Kölner Geschäftsmeile Keupstraße über 800 glühend heiße Nägel mit 770 km/h durch die Gegend schossen und 22 Menschen teilweise schwer verletzten, verfügte das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen, die von der Polizei im ersten Moment geäußerte Möglichkeit eines terroristischen Anschlags nicht weiter verlautbaren zu lassen. Von Bundesinnenminister Otto Schily hieß es nur einen Tag später, dass ein rechtsextremistischer Anschlag auszuschließen sei und die Täter im kriminellen Milieu zu suchen seien. Übersetzt hieß das, es wurden keine Deutschen sondern nur noch vermeintliche Ausländer verdächtigt. Gleichzeitig wurde auf der Keupstraße und ihrer Umgebung eine Rasterfahndung ausgeschrieben, die auf migrantische junge Männer ausgerichtet war. Türen wurden eingetreten, Telefone abgehört; sogar die Verletzten und ihre Angehörigen wurden stundenlang verhört und eingeschüchtert. Selbst Schwerverletzten in den Krankenhäusern entnahmen die Ermittler DNA-Proben. Die Geschäftsleute, deren Läden durch die Bombe und den ausbleibenden Kundenverkehr ohnehin wirtschaftlich geschädigt wurden, schickte man nun verstärkt die Finanzprüfung ins Haus. Was mit der Bombe begann, fand in den folgenden Jahren in der Verfolgung durch die Polizei, den Verdächtigungen und rassistischen Zuschreibungen durch die Medien, dem durch die Geheimbehörden gesäten Zwiespalt und Misstrauen und dem Ausbleiben solidarischer Unterstützung der Kölner Öffentlichkeit seine zerstörerische Fortsetzung. Gleichzeitig organisierte die Stadt Köln umgehend ein sogenanntes Solidaritätsfest, in dessen Rahmen man Betroffenheit demonstrierte und Hilfe versprach. Während sich die liberale Öffentlichkeit ihrer wohlklingenden Parolen aus der Zeit der Lichterketten erinnerte, schienen sich in deren Augen die Täter wie selbstverständlich unter den Bewohnern der Keupstraße zu befinden. Auf diese Weise wurden von ein und denselben Leuten die Gemüter beruhigt und die Hetze begonnen.

Der Nagelbombenanschlag in der Keupstraße liegt nun schon zehn Jahre zurück, doch die Aufarbeitung hat gerade erst begonnen. Seit der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 weiß auch die deutsche Öffentlichkeit, was die Menschen von der Keupstraße und die Angehörigen der Mordopfer des NSU von Anfang an immer wieder gesagt haben: Der Hintergrund ist ein rassistischer, die Täter sind deutsche Nazis. Die Nicht-Verfolgung der Täter, die Opfer-Täter-Umkehrung und das Ignorieren der Stimmen der Migrant_innen verbindet die Verbrechen des NSU mit den hunderten von anderen Toten und unzähligen verletzten Opfern rassistischer Gewalt der vergangenen 25 Jahre. Im Gegensatz zu den Morden zu Beginn der 1990er Jahre formierten sich nun allerdings keine Lichterketten und es fand sich keine breite Öffentlichkeit, die ihr Entsetzen zum Ausdruck brachte. Bei den Morden und Mordversuchen des NSU blieb die solidarische Geste nahezu gänzlich aus. Nicht einmal antirassistische Gruppen und Initiativen schafften es, die richtige Deutung der Betroffenen – nämlich, dass es sich um rassistisch motivierten Terror handelte – aufzugreifen. Und das, obwohl es neben dem Gemurmel in den Communities auch lautstarken Protest gab, wie etwa 2006 in Kassel und Dortmund, wo tausende türkische und kurdische Menschen auf die Straße gingen und die Aufklärung der Morde an Mehmet Kubasik und Halit Yozgat und das Verhindern von weiteren Hinrichtungen einforderten.

Anders als in der Vergangenheit gibt es infolge der Mordserie des NSU und der Rolle der Ermittlungsbehörden darin jedoch nun eine neue Qualität der Auseinandersetzung: Es geht um rechtsextremen Terrorismus. Vier parlamentarische Untersuchungsausschüsse wurden dafür eingerichtet, zudem hat einer der größten Gerichtsprozesse der Nachkriegszeit gegen bisher fünf Mitglieder bzw. Unterstützer der Morde und Anschläge begonnen. Das alles wird von einer medialen Berichterstattung begleitet, die an einer Aufdeckung der Hintergründe und Zusammenhänge interessiert ist. Diese Situation begreifen wir als Chance, dem bisherigen Schweigen die Erzählungen und Sichtweisen derjenigen entgegenzusetzen, denen bisher kein Gehör geschenkt wurde.

Dieses Buch basiert auf einer Veranstaltungsreihe, bei der es vor allem darum ging, einerseits das defensive Schweigen auf der Keupstraße und andererseits die Ignoranz der Kölner Öffentlichkeit zu durchbrechen und einen offensiven Dialog zu beginnen. Als Orte wählten wir daher verschiedene Lokale, Teestuben und Restaurants auf der Keupstraße und intervenierten damit in den Alltag dieser Straße. Der Anschlag auf die Keupstraße sollte dabei in Bezug gesetzt werden zu einem gesamtgesellschaftlichen Klima, in dem rassistische Gewalttaten seit dem Mauerfall in Ost- und Westdeutschland stattfinden konnten. Wir verstehen die deutsche Wiedervereinigung dabei als eine Zäsur, deren Bedeutung bis heute noch kaum verstanden ist. Unsere Analyse der Geschehnisse der Keupstraße wollten wir daher in den entsprechenden historischen Kontext einbetten. Deshalb baten wir neben den Betroffenen der Keupstraße auch Opfer früherer rassistischer Angriffe, uns von den 1990er Jahren zu berichten und gemeinsam eine Einschätzung zu entwickeln, die der vorherrschenden verengten Fokussierung auf ein angeblich isoliert agierendes »Terror-Trio« eine historische Situierung – in ihrer gesamtgesellschaftlichen Dimension – entgegenzusetzen vermochte. Um uns der Zeit der 1990er Jahre zu nähern, wählten wir das Format des Films und führten an jedem Abend einen anderen Dokumentarfilm vor. Dazu luden wir Filmschaffende, Anwälte, Journalist_innen, Mitarbeiter_innen der Betroffenenberatung, Mitglieder der Untersuchungsausschüsse und Schriftsteller ein, die sich seit vielen Jahren intensiv mit Rassismus und Nazi-Strukturen beschäftigt haben. Zentral an diesen Abenden waren die Geschichten, die Bewohner und Bewohnerinnen der Keupstraße erzählten, die der Nagelbombe unmittelbar und mittelbar zum Opfer gefallen waren. Sie berichteten, wie sie den Anschlag erlebt hatten, wie sie ins Zentrum der polizeilichen Verdächtigungen gerückt wurden und wie sich das Klima auf der Keupstraße unter dem Druck der Stigmatisierung durch die Ermittlungsbehörden und die mediale Berichterstattung veränderte. Teilweise wurden diese Geschichten noch nie in der Öffentlichkeit erzählt. Sie geben ein Zeugnis ab von den Erfahrungen rassistischer Gewalt und gesellschaftlichen Versagens, dem Gehör verschafft werden muss.

Für uns war die praktische Durchführung der Veranstaltungsreihe auch mit Schwierigkeiten und Unsicherheiten verbunden. Viele der Verletzten der Nagelbombe, deren Familien und soziales Umfeld von den jahrelangen medialen und polizeilichen Verdächtigungen und Unterstellungen drangsaliert worden waren, hatten berechtigte Ängste, mit ihrer Geschichte in die Öffentlichkeit zu treten. Nicht nur hatte man durchweg schlechte Erfahrungen gemacht, über die Bombe zu reden – auch fühlten viele den Schmerz und das Trauma durch die erneute Beschäftigung mit dem Terror wieder in sich aufsteigen. Eine Opferberatung für die Betroffenen gab es bis dato nicht. Natürlich stellte die Enthüllung von 2011 einen Wendepunkt in dem Fall dar, denn nun war man auch offiziell nicht mehr Tatverdächtigter, sondern eben Betroffener der Bombe – ein wichtiger Schritt raus aus der Opferrolle. Dennoch überwog immer noch die Angst vor den nicht einschätzbaren Konsequenzen eines offensiven Redens gegen jene Verhältnisse, die sich jahrelang gegen sie gewendet hatten. Vielmehr herrschte der nur allzu ver-

ständliche Wunsch vor, endlich dieses Thema hinter sich lassen zu können. Unklar war auch, ob sich ein Austausch zwischen den Betroffenen von vor zwanzig Jahren und den Opfern der Nagelbombe ergeben würde. Könnte es möglich sein, die gemeinsame Erfahrung von rassistischem Terror als Stärke zu empfinden oder würde eine Sprachlosigkeit entstehen? Würden die Gäste der Lokale an den Abenden akzeptieren, dass ihr Ausgeh-Ort quasi zweckentfremdet wird? Würde unsere Intervention als x-ter Eingriff von außen gedeutet oder würde es möglich sein, das Vertrauen der Straße zu gewinnen? Und: Würden überhaupt Gäste von der anderen Rheinseite ihren Weg in die »Türkenstraße« finden oder würde sich das Fernbleiben der Deutschen, was bis dahin eine Konsequenz der Bombe des NSU war, fortsetzen? Und dann auch noch Filme – wer interessiert sich schon dafür? War das nicht alles furchtbar überladen? Diese Fragen blieben über den ganzen Zeitraum der Veranstaltungsreihe bestehen. Doch jeden Abend kamen mehr Menschen, als der jeweilige Veranstaltungsort fassen konnte – und zwar von beiden Rheinseiten. Auch die Opfer der Bombe kamen und erzählten ihre Geschichten, ebenso die angereisten Gäste, während die Stammgäste mit leichtem Murren aufhörten, Karten zu spielen. Sie schalteten sogar die großen Flatscreens ab, auf denen eigentlich Fußball lief.

Die erzählten Geschichten, die Analysen und Ergebnisse, die aus dieser Begegnung entstanden, sind Gegenstand dieser Broschüre. Sie gliedert sich in fünf Kapitel, denen jeweils ein Dokumentarfilm über rassistische Pogrome und Gewalttaten der 1990er Jahre thematisch voransteht. Herzstück der Publikation sind die Interviews mit den Betroffenen der Nagelbombe auf der Keupstraße, die für die Broschüre neu geführt wurden. Sie sind gleichsam Zeugnis, Analyse und Anklage – vor allem aber Archiv eines Wissens, das nicht mehr übergangen werden kann.

# Danksagung

Diese Broschüre wäre nicht ohne die Hilfe vieler Menschen zustande gekommen, ihnen sind wir zu großem Dank verpflichtet. Zuallererst danken wir der Amadeu Antonio Stiftung und speziell Timo Reinfrank für die unkomplizierte und großzügige Möglichkeit der Drucklegung. Dass die Publikation zweisprachig auf Deutsch und Türkisch erscheint, verdanken wir dem selbstlosen und solidarischen Einsatz zahlreicher Übersetzer_innen. Hier danken wir besonders Önder Erdem für die Koordination und Schlussredaktion des türkischsprachigen Teils, sowie Doğan Akhanlı, Leyla Aslan, Semra Doğan, Ayşe Tekin, Ayla Güler Saied, Hülya Engin, Atilla Dirim, Burak Çitacı, Özge Pınar Sarp, Özgür Erkek, Cemal Salman, Murad Bayraktar, Kemal Bozay, Berivan Incifür die Übersetzung – içten teşekkürler.

Wir danken auch Alice Lanzke für das präzise Lektorat. Dörthe Boxberg hat uns die schönen Fotos gemacht, vielen Dank dafür. Sibel Küsin hat bei der Transkription der Interviews geholfen, danke schön.

Vielen Dank auch an Susanne Schmidt für das Gespräch mit Mitat Özdemir, aus dem sein Statement hervorgegangen ist.

Für die Veranstaltungsreihe, aus der diese Broschüre hervorgegangen ist, danken wir dem SSK und dem Kölner Naturfreundehaus für die Logistik, Christian Frings für die Technik, Malte Straußtat für die Bühne und die Löcher in der Decke des Sabahci und der Kneipe Limes für die geborgte Leinwand. Besonderen Dank gilt der Rosa Luxemburg Stiftung für die Finanzierung unserer Flyer und Plakate. Unser größter Dank gilt den Menschen von der Keupstraße, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben und uns stets und überall freundlich aufgenommen haben. Vor allem möchten wir dem Café Sabahci, dem Café Paradies, dem Restaurant Asmali Konak, dem Café Damla und dem Restaurant Kervansaray danken!

Ein Wort zu den Herausgeber_innen dieser Broschüre: Dostluk Sineması – Kino der Freundschaft ist ein loser Zusammenschluss einiger ganz unterschiedlicher Leute aus Köln, teilweise aus Mülheim, die sich seit Jahren auf die eine oder andere Weise mit Rassismus auseinandersetzen und die schon immer gerne in die Keupstraße gingen.

*Dostluk Sineması*

# Die Keupstraße und die Bombe

*Statement von Mitat Özdemir,*
*Ehrenvorsitzender der IG-Keupstraße*

Ich bin jetzt seit 35 Jahren eng mit der Straße verbunden. Sie hat einen besonderen Charakter. Sie ist eine Ankunftsstraße, eine Schnittstelle vieler Bevölkerungsgruppen, die sich hier begegnen. Sie hat eine große Anziehungskraft für Menschen, die aus verschiedenen Gegenden einwandern. Gleichzeitig ist sie eine beliebte Begegnungsstätte. Die deutsche Bevölkerung kommt zum Einkaufen und zum Essen hier her. Hier leben ja auch zu 30 Prozent Deutschstämmige. Die Straße befindet sich ständig im Wandel und ich sehe, wie wir hier zusammenwachsen.

Angefangen hat das mit der Eröffnung von Geschäften. Wenn ich an Geschäftsstraßen in der Türkei denke, wird das Geschäft vom Vater auf den Sohn übertragen, man kennt sich als Geschäftsnachbarn seit Generationen. In der Keupstraße ist das anders. Die Geschäftsleute kommen aus allen Ecken der Türkei. Sie kennen sich, sind sich aber trotzdem fremd. Alle, die ein Geschäft aufgemacht haben, hatten das gleiche Schicksal. Sie waren in einem fremden Land. Was sie miteinander verbunden hat, war einerseits die Freude über das Geschäft, aber auch die ganzen Probleme, die das mit sich bringt. Die Straße war jung, im Aufbruch begriffen, ein ewiges Ankommen. Das war besonders so, als das Unternehmen Felten & Guilleaume, das hier in unmittelbarer Nähe der Keupstraße war, kaputt gegangen ist. Viele ehemalige Arbeiter zogen weg, Geschäfte und Wohnungen standen leer und verfielen. Wir machten die Keupstraße wieder zu einer lebendigen Geschäftsstraße mit vielen Läden und Restaurants, zu der Leute von überall her kamen. Da war die Straße nicht mehr das, was sie vorher war.

Die Bevölkerung und die Politik haben das beobachtet. Deren Freude war verhalten, der Aufschwung wurde eher geduldet. Es war wohl gut, dass die Straße wieder belebt wurde, aber man hatte auch die Sorge: »Wird das ein ‚Türken-Ghetto'?« Damit waren viele negative Bilder verbunden: »Da wohnen Illegale, die Menschen benehmen sich anders, da laufen Dinge, die nicht in Ordnung sind…« Solche Meinungen wurden von Medien und Politik immer wieder geäußert. Das Lebhafte und Schöne hat man nicht sehen wollen, da hat ein Geschäftsmann aus Anatolien ein kaputtes Schaufenster repariert und es schön dekoriert. Niemand hat diese schönen Dinge gesehen.

Aber der Blick von innen war anders: Wenn jemand ein Geschäft eröffnet hat, ein Café oder einen Suppenimbiss, dann war da Freude unter den Leuten. Da spielte es auch keine Rolle, ob es sich um Türken oder Kurden handelte. Dass es da Probleme gegeben habe, wurde immer von außen hereininterpretiert. Es ging um den Alltag: Wohnen, Leben, Geschäfte machen, sich gegenseitig unterstützen. Die deutschen Nachbarn blieben aber kritisch.

Dann gab es den Bombenanschlag. Von dem Tag an – ich war gerade unterwegs im Auto, als ich das gehört habe – war Deutschland nicht mehr das, was es für uns vorher war.

Viele von uns waren sich sicher: Das muss Rassismus sein, das muss von Neonazis kommen. Das haben wir ja auch geäußert, aber die Medien, zum Teil auch die türkischen, haben darauf gedrängt, dass es die Mafia war oder Nachbarschaftskonflikte die Ursache waren. Der Druck kam von allen Seiten, aber die Ermittlungen der Polizei liefen ins Leere. Das negative Bild, das schon zuvor über die Keupstraße verbreitet worden war, half jetzt den Medien, es wieder gegen uns zu wenden. Wir wurden abgestempelt: »Die Leute da sind schlecht, da passieren illegale Sachen.« Und wenn man das immer wieder hört, dann glaubt man das langsam selber, dann denkt man, dass da was dran ist. Wir beobachteten, dass die Polizei ständig Razzien machte,

in die Privatwohnungen eindrang, die Leute verhörte. Dann denkt man doch: Da wird wohl irgendetwas dran sein, das sind doch Behörden! Bis dahin hatten wir ja noch auf die Gesetze vertraut. Das kommt noch aus der osmanischen Zeit, da war das Verhältnis der Menschen zum Staat anders. Da hieß es: »Die Menschen dienen dem Staat, nicht der Staat den Menschen«. Die Menschen ergeben sich ganz treu dem Staat, sie tun alles für den Staat und zweifeln nicht an dem, was die Behörden tun. Die Art und Weise, mit der die Ermittlungen von den Behörden hier in der Nachbarschaft gemacht wurden, hat uns aber in unserem Vertrauen in die Behörden und in den Staat erschüttert.

Ich habe immer nein gesagt: Der Staat muss den Menschen dienen! Als Vorsitzender der IG-Keupstraße habe ich 2007 auf einer Versammlung gesagt: »Ob es politische Motive sind oder nicht, uns ist etwas passiert und das muss doch aufgeklärt werden, der Staat muss helfen!« Aber der Staat half uns nicht. Wir haben erfahren, dass wir ihm nicht so vertrauen können, wie wir es uns gedacht hatten. Und ich habe verstanden: Wir sind wieder hereingefallen! Das passierte durch die Ermittlungen gegen uns. Jedes Mal, wenn die Polizei zu einer Familie kam, war die Familie danach isoliert. Sogar die Kinder. Kein Nachbar war mehr offen, Freunde haben sich gegenseitig verdächtigt. Das betrifft vielleicht nicht alle, aber ich denke, die meisten Leute in der Keupstraße haben das so erlebt.

Mit der Zeit war klar, dass, wenn es die Mafia gewesen wäre, das längst aufgeklärt wäre. Und die Art des Attentats, die Nagelbombe, das wurde zum Teil auch in den Medien gesagt: »Das können nicht die Leute in der Keupstraße gewesen sein.« Da ließen die Hetzkampagnen, das Vorgehen der Polizei, langsam nach, sie fanden ja nichts. Und der Gedanke, dass es von rechts kam, wurde wieder stärker. Wir waren damit ja am Anfang nicht durchgedrungen. Die Polizei hat uns im Gespräch sogar verboten, von Rassismus und Neonazis zu reden.

Wenn ich jetzt mit Leuten spreche, heißt es oft: »Die können mit uns machen, was sie wollen.« Da ist eine Riesenmauer der Angst, die wir oft nicht durchdringen können. Man hat versucht, uns zu isolieren. Als wir vom Vorstand der IG-Keupstraße die politischen Verantwortlichen um Unterstützung für unsere Straße baten, hieß es: »Diesem Ghetto helfen wir nicht.« Ich war geschockt, dass wir in unserer Situation so bezeichnet wurden. Das war die Mauer um uns. Wir wurden allein gelassen, abgestempelt – das war sehr heftig!

Als herauskam, dass es der NSU war – das war nicht leicht zu verdauen. Im ersten Moment war die Reaktion: Ja, das wussten wir ja, dass es die Nazis waren. Die Medien, die immer geschrieben hatten, das waren wir selber, machten eine Kehrtwende und schrieben: Das konnte ja gar nicht sein, dass es die Leute selbst waren, das waren die Nazis. Jeder wollte dann profitieren, die Medien, die Politiker. Sie bestätigten jetzt unsere Vermutungen und taten so, als hätten sie das schon immer gewusst. Es gab aber auch Ausnahmen.

Wir haben dann gewartet. Was macht der Staat jetzt? Ich hätte mir eine Riesenhilfe gewünscht an Wiedergutmachung, nicht die geringen Geldzahlungen an die Verletzten, das war fast eine Beleidigung. Damit haben sie noch angegeben. Sie wollten ihr schlechtes Gewissen reinwaschen und haben uns für dumm verkauft. Wir brauchen ein ständiges Büro einer Opferberatung und -betreuung in der Keupstraße, mit einer offenen, türkischsprachigen Sprechstunde und einer aufsuchenden Arbeitsweise, dafür kämpfe ich seit vier Jahren. Die Politiker staunen, wie ich so etwas verlangen kann. Nach der Bekanntmachung 2011 habe ich an einem Gespräch teilgenommen. Da ging es um die Planung eines Denkmals oder einer Gedenkstätte für die Keupstraße. Teilgenommen haben die Stadt Köln, Politiker, Medien, Verbände, Vereine und sozial engagierte Menschen. Ich habe da gesagt: »Der Keupstraße muss geholfen werden.« Aber von Seiten der Politik wurde geschimpft: »Willst du eine Extrawurst für die Keupstraße?« – »Ja«, hab ich gesagt: »Es war ja auch eine Extra-Bombe.«

Ich versuche, zwischen der Straße und der Politik zu vermitteln, und man nimmt mich nicht ernst. Da ist sie, die Mauer. Wir sind die Menschen zweiter Klasse. Ich war fassungslos, es muss doch Wiedergutmachung geben, dafür, dass es menschliches Versagen war. Es muss den Menschen gezeigt werden, dass man ihre Lage versteht. Das wenige Geld, eine Entschuldigung mit Worten – die gab es sowieso nicht – das genügt nicht. Es müssen Taten folgen.

Beim Verteilen der Flyer für die Veranstaltungen erzählte uns ein Ladenbesitzer in der Keupstraße von einem jungen Glatzkopf, der vor wenigen Tagen provozierend mit dem Fahrrad auf dem Bürgersteig an seinem Geschäft vorbei fuhr. Dabei hörte er, wie der Radfahrer zu einem Passanten rief: »Eine einzige Bombe und ihr seid alle weg!«

Es bleibt das Gefühl der Existenzbedrohung, erst durch die Bombe, dann durch den Staat, der, anstatt uns zu schützen, uns beschuldigte. Wir haben hier in großem Vertrauen alles aufgebaut, oft nur eine kleine Existenz. Wir haben keinen anderen Ort zum Leben. Wenn wir ein Geschäft haben, haben wir keinen Arbeitgeber, kein Arbeitsamt. Wir haben Verantwortung, für die Familie, die Kinder. Wenn uns der Boden unter den Füßen weggerissen wird, steht die ganze Existenz in Frage – die des Geschäfts und die als Mensch. Wir haben durch die Bombe und die Anschuldigungen zum Teil alles verloren: die Nachbarn, das Geld, das Geschäft, das wieder aufgebaut werden musste. Es kamen ja nicht mehr viele Menschen in die Keupstraße. Was wir brauchen, ist physischer Schutz, moralische Unterstützung, psychologische Behandlung, Vertrauen. Das ist hier jeden Tag zu spüren. Wir haben die Initiative »Keupstraße ist überall« gegründet, eine Nachbarschaftshilfe, die aus der Reihe von Dostluk Sineması hervorgegangen ist. Wir führen gemeinsam Veranstaltungen zur Vorbereitung auf den Prozess mit den Opfern der Keupstraße in München durch. Ein Anfang ist gemacht.

**Duvarlar – Mauern – Walls**
**Regie und Buch: Can Candan**
**USA/Türkei 2000, 83 min.**
**Bildnachweis: Can Candan**












Mozaik Film presents

# DUVARLAR MAUERN WALLS

(in Turkish, German, English)

a film by

CAN CANDAN

www.cancandan.net

# Keupstraße schaut: Duvarlar/Mauern/Walls

*7. März 2013, Café Sabahcı*

Der erste Abend unserer Veranstaltungsreihe auf der Keupstraße fand im Café Sabahcı statt – ein Ort, an dem normalerweise Karten gespielt, Tee getrunken, im Internet gesurft, Fußballspiele geschaut oder sich einfach nur mit Freunden und Bekannten getroffen wird und der, von der Bedienung abgesehen, vor allem von einem männlichen Publikum besucht wird. Das Café Sabahcı verfügt außerdem über eines jener mysteriösen Hinterzimmer, über die in der stigmatisierenden Presseberichterstattung über die »kriminellen Ausländermilieus« im Zusammenhang mit der Nagelbombe von deutscher Seite viel fantasiert wurde. Tatsächlich trifft sich seit Ende 2013 im Hinterzimmer des Sabahcı eine verschworene Gruppe, nämlich die Initiative »Keupstraße ist überall«, die sich zum Ziel gemacht hat, die Nebenkläger_innen aus der Keupstraße im NSU-Prozess in München solidarisch zu begleiten.

Am 7. März 2013 jedoch schraubten wir unsere Leinwand im Hauptraum des Cafés an die Decke und stellten Stuhlreihen auf – unter den teilweise verwunderten Blicken der anwesenden Gäste. An diesem Abend wollten wir Can Candans Film *Duvarlar – Mauern – Walls* zeigen; außerdem hatten wir Heike Kleffner eingeladen und gebeten, einen Überblick über die Neonaziszene seit den 1990er Jahren zu geben und vom NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss zu berichten, dessen Referentin sie als Vertreterin der Linkspartei war. Vor allem aber wollten wir an diesem Tag, wie auch an den anderen Tagen, Menschen aus der Keupstraße, die von der Nazi-Bombe bzw. den destruktiven behördlichen Ermittlungen verletzt und betroffen waren, zu ihren Erfahrungen befragen. Ziel unserer Reihe war es, das Schweigen, das sich durch die jahrelangen Einschüchterungen und dem gezielt geschürten Misstrauen durch die ermittelnde Polizei, durch die Politik und durch die öffentliche Meinung in der Straße wie ein Teppich ausgebreitet hatte, aufzulösen. Viele Wochen lang waren wir dafür durch die Keupstraße gegangen und hatten versucht, das Vertrauen der Leute zu gewinnen.

Für diesen ersten Abend hatte eine kurdische Bewohnerin der Keupstraße zugesagt, ihre Geschichte auf der Veranstaltung zu erzählen. Doch als es soweit war, gab es von ihr keine Spur. Erst als jemand von uns sie zu Hause abgeholt und ihr nochmal Mut zugesprochen hatte, erschien sie sichtlich aufgeregt im Café. Es war das erste Mal, dass sie in der Öffentlichkeit über das Unrecht, das ihr angetan worden war, reden würde. Der Raum hatte sich mittlerweile bis auf den letzten Sitz gefüllt mit Menschen aus Mülheim und ganz Köln, Bewohner_innen der Keupstraße und Umgebung, deutschen Antirassist_innen, migrantischen Aktivist_innen, interessierten jungen türkischen Frauen, die sich augenscheinlich amüsierten, sich an diesem für sie sonst unzugänglichen Ort aufzuhalten, und vielen anderen. Auch die Polizei schickte zwei offensiv auftretende Beamte zum Mitprotokollieren – ein Vorgang, der so provokativ wie unsensibel war, bewirkte doch der Anblick von Polizisten, wie die Frau in ihrer Rede betonte, vor allem eine Einschüchterung und Wiederholung ihres Traumas, hervorgerufen durch jahrelange Schikanen.

Ihr Bericht war ergreifend: Sie war im Juni 2004 zur Zeit der Explosion nicht auf der Straße gewesen, sondern zuhause und hörte die Explosion von ihrer Wohnung aus. Ihr Albtraum und der ihres kleinen Sohnes begann mit der Stürmung ihrer Wohnung durch Polizeikräfte nur kurze Zeit nach dem Terroranschlag. Der stundenlangen Razzia ihrer Wohnung folgten später Vorladungen auf das Polizeirevier, bei denen die Ermittler versuchten, sie gegen ihren geschie-




denen Mann auszuspielen. Diese Geschichte fasste sie einige Tage nach diesem Abend auf unsere Nachfrage schriftlich zusammen und schickte sie als offenen Brief an den damaligen Innenminister Otto Schily, der zu diesem Zeitpunkt vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags aussagen sollte. Es war seine Order nur einen Tag nach der Bombenexplosion 2004, welche die Ermittlungen in Richtung Rechtsextremismus stoppte und stattdessen auf die Opfer und migrantischen Bewohner_innen wie die Verfasserin des Briefes lenkte. Dieser Brief wurde von Petra Pau von der Fraktion Die Linke in Anwesenheit Schilys verlesen; er ist in diesem Kapitel abgedruckt.

Ebenfalls findet sich in diesem Kapitel das Interview mit Muhamed A., mit dem wir uns in Vorbereitung der Publikation trafen. Wir kannten ihn bereits von unseren Abenden in der Keupstraße und hatten oft mit ihm über seine Geschichte geredet. Muhamed wurde von der Bombe unmittelbar verletzt, nur durch einen Zufall verfehlte ein glühender Nagel seinen Kopf um wenige Zentimeter und durchschlug eine Regenrinne. Obwohl sein Trommelfell verletzt wurde und bis heute beschädigt ist, ging Muhamed nicht in ein Krankenhaus, denn es wurde ziemlich schnell klar, dass alle, die ärztlich versorgt wurden, sofort als Verdächtigte behandelt und ihr Privatleben als auch ihr beruflichen Bereiche durchwühlt und oftmals stark beschädigt wurden. Erst nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 meldete sich Muhamed als Opfer der Bombe – auch er ist Nebenkläger in dem Prozess in München. Er betonte immer wieder, dass die Drangsalierungen und Verdächtigungen, für die sich von offizieller Seite seit November 2011 immer wieder kleinlaut entschuldigt wurde, auch danach nicht endeten. Auf unsere Frage, was es mit dem NSU seiner Meinung nach auf sich hat, verwundert seine Antwort nicht: »Ich habe gedacht, das ist bestimmt eine große Organisation, und ohne Politiker im Hintergrund kann da gar nichts laufen. Das gibt es nicht. Das ist wie ein Mensch ohne Beine, wie weit kann der dann laufen? Die Politiker haben ihnen die Beine gegeben, so dass sie überall hinlaufen konnten.«

Der Vortrag, den Heike Kleffner an diesem Abend hielt, wurde von ihr für diese Publikation verschriftlicht und ausgearbeitet. Ihr Beitrag ist von großer Bedeutung für das Verständnis vom Zusammenhang von der Zeit nach dem Mauerfall und den NSU-Morden und macht deutlich, dass das eine nicht ohne das andere zu denken ist. Kleffner spricht vom »Staatsversagen« sowohl in Bezug auf die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, als auch in Bezug auf die Rolle des Staates im NSU-Komplex. So beschreibt sie etwa, wie von Seiten der Politik beim Pogrom von Rostock 1991 die Polizei vor Ort abgezogen und den rassistischen Angriffen freier Lauf gelassen wurde, um gezielt ein gesellschaftliches Klima einer »Das Boot ist voll«-Mentalität zu schaffen, und damit die Grundgesetzänderung in Bezug auf Asyl vorbereiten und durchsetzen zu können. Dieser geschickte Coup kann als ein erfolgreiches Gelingen einer Strategie von staatlichen Kräften verstanden werden, die viele Betroffene des NSU-Terrors auch hinter der Verwobenheit von Naziterror und Geheimdiensten vermuten. Von einem Versagen des Staates zu sprechen ist somit die Aufgabe und das Recht all derjenigen, die den Staat an seinen verfassungsmäßigen Grundrechten messen und ihm beim Wort nehmen. Der teilweise massive illegale und menschenverachtende Umgang mit vom Rassismus konfrontierten Menschen in diesem Land seit 1989 sowie die antidemokratische systematische Kriminalisierung und Diffamierung der Opfer des Neonaziterrors, der in dieser Publikation ein Stück weit dokumentiert wird, zeugt indes von einer anderen staatlichen Realität.

Das Besondere des Beitrages ist darüber hinaus sein Vermögen, den bequemen Kölner Blick auf das organisierte Nazispektrum zu durchkreuzen, der den rassistischen Terror als ein Auswurf von sozialer Verelendung der Länder der ehemaligen DDR sieht, um ihn dann weit von sich schieben zu können. Dezidiert weist Kleffner die Spuren des Terrors in NRW nach und zeigt, dass neben der großen liberalen Kölner Öffentlichkeit, die sich immer wieder im Rahmen von riesigen Festivals von Arsch huh als »supertolerant« selbst feiert, eine äußerst aktive und gefährliche Nazi-Szene in NRW und gerade auch in Köln existiert. Sie nähert sich damit der brennenden Frage an, die immer wieder von den Menschen aus Mülheim und anderen formuliert wurde: Warum gerade die Keupstraße? Und noch viel seltsamer: Warum der noch frühere Bombenanschlag von Anfang 2001 auf den deutsch-iranischen Familienbetrieb in der versteckt gelegenen, innerstädtischen Probsteigasse, die kaum ein Eingesessener kennt – schon gar nicht irgendwelche Nazis aus dem fernen Thüringen? Der Text von Heike Kleffner verweist damit auf eine Struktur des NSU, die andere Dimensionen besitzen muss, als die drei bis fünf Leute, die in München im Prozess als Terrorgruppe identifiziert werden. Wie alle Angehörigen der Mordopfer kämpfen auch die Nebenkläger_innen aus Köln darum, nicht nur zu erfahren, wer die Täter_innen deckte, sondern wer alles Täter_in war.

Kleffner beginnt mit Hoyerswerda, dem Initialpogrom des vereinigten Deutschlands von 1991. Mit dem Film *Duvarlar* von Can Candan, der zum Abschluss des Abends gezeigt wurde, gingen wir noch einen Schritt weiter zurück zum Beginn dessen, was wir als neue Konjunktur des Rassismus in Deutschland benannt haben. Candan reiste 1991 als junger Filmstudent aus Istanbul, der gerade in New York lebte, nach Berlin mit einer so simplen wie bestechenden Frage im Gepäck: Wie erleben die Türken_innen in Berlin den gerade stattfindenden Mauerfall? Er interviewte viele türkische Westberliner_innen zu den Veränderungen durch die Wiedervereinigung und die Auswirkungen auf ihr Leben in Berlin und fragte sie nach einer Einschätzung der Situation. Was dabei herauskam ist ein einzigartiges Zeitdokument der Wendezeit: eine Studie des Mauerfalls aus migrantischer Perspektive. Obwohl zum Zeitpunkt seines Filmes ‚nur' das Pogrom von Hoyerswerda bereits stattgefunden hatte und das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, die mörderischen Brandanschläge von Mölln und Solingen und die Abschaffung des Asylrechts erst noch kommen würden, bestechen die Statements der

Interviewten durch ihre scharfsinnige Analyse, die zu dieser Zeit in dieser Klarheit niemand zu formulieren imstande war. Fast alle berichteten von ihrer Freude, als sie hörten, dass die Grenze nach Ostberlin geöffnet wurde. Viele junge türkische und andere migrantische Jugendliche und Erwachsene zogen zum Brandenburger Tor, um die Ostdeutschen zu begrüßen und das Ende des Kalten Krieges zu feiern. Binnen weniger Tage, oftmals nur Stunden, wurde ihnen aber klar gemacht, dass es nicht ihre Party sei, die da gefeiert werde – sie wurden beschimpft, bedroht und vertrieben. Die Wiedervereinigung entpuppte sich als ein nationaler Taumel, der sich von der ersten Minute an über einen aggressiven Reflex gegen »Ausländer« entlud. Dieser bis heute weder verstandene noch verarbeitete Konnex von nationaler Freude und rassistischem Hass wird in Duvarlar augenscheinlich: Die Mauer fiel den Migrant_innen auf die Füße – es war ein Angriff auf ihre unmittelbare Existenz in Deutschland.

Nachdem in den 1980er Jahren migrantische Initiativen große Schritte in Richtung einer Ausweitung ihrer Rechte gemacht hatten – vom kommunalen Wahlrecht bis zur grundsätzlichen Zurückweisung des »Ausländergesetzes« – und damit die Verbindung von Bürgerrechten und nationaler Zugehörigkeit in Frage stellten, drehte die Wiedervereinigung den politischen Status Quo zurück auf Null. Im Film berichtet ein türkischer Ladenbesitzer, wie nur wenige Stunden nachdem er im Radio von der Öffnung der Mauer gehört hatte, die ersten Ostdeutschen zu seinem Geschäft kamen und sagten: »Ihr könnt jetzt gehen, jetzt kommen wir.« Diese Fantasie einer von angeblichen Nichtdeutschen befreiten Nation lebt – immer wieder angeschürt von öffentlichen Diskursen und ermöglicht durch behördliche (Nicht-)Praktiken – bis heute in den Köpfen vieler. Die Ermordung so vieler Menschen nicht nur durch den NSU und auch der Angriff auf die Keupstraße als Lebensrealität in diesem Land erscheinen dabei wie ein Echo dieser kleinen Begebenheit irgendwo in Kreuzberg im Moment des Mauerfalls.

Ein Ergebnis dieses Abends im Café Sabahcı war einerseits die Erkenntnis, wie viel Leid durch die rassistische Gewalt seit 1989 von (nicht nur) migrantischen Menschen ertragen werden musste. Andererseits wurde aber auch klar, dass den rassistischen Fantasien und Anstrengungen stets Widerstand geleistet wurde. So wie es den türkischen Laden in Kreuzberg immer geben wird, so lebt auch die Keupstraße weiter, schöner denn je.

*Massimo Perinelli*

# Offener Brief an Otto Schily und den Bundes-Untersuchungsausschuss

*Köln, 13.3.2013*

Sehr geehrte Frau Pau, sehr geehrter Herr Edathy,
sehr geehrte Obleute des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag,

ich habe gelesen, dass demnächst Otto Schily vor ihrem Untersuchungsausschuss angehört und es dabei wieder um die Keupstraße gehen wird. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen um zu berichten, welche Auswirkungen die politische Entscheidung, nicht mehr gegen ein rechtsextremistisches Milieu zu ermitteln, damals nach dem Nagelbomben-Anschlag für mich als kurdische Anwohnerin der Keupstraße hatte. Konkret möchte ich berichten, wie mit mir von Seiten der Polizei umgegangen wurde.

Am 9. Juni 2004 war ich mit meinem 7-jährigen Sohn zuhause. Ich hörte einen lauten Knall und dachte es sei ein Erdbeben. Ich ging ans Fenster und sah Menschen hin- und her rennen und hörte ihre Schreie. Weil ich nicht wusste, was ich tun sollte, blieb ich in meiner Wohnung. Nach zwei Stunden stürmte plötzlich die Polizei, ohne Klingeln, meine Wohnung. Sie brachen zwei Türen auf und durchsuchten meine Wohnung. Wie ich später erfuhr, wurde auch die Wohnung meines Mannes, von dem ich damals bereits getrennt lebte, auf dieselbe Weise durchsucht. Die Polizei sagte mir, dass ich bzw. mein Mann verdächtigt werden, eine Bombe gelegt zu haben. Als Grund gaben sie an, dass ich Kurdin sei und deswegen verdächtigt werde, mit der PKK zu tun zu haben. Bei vielen meiner Bekannten und Freunde wurden auch die Wohnungen durchsucht. Stundenlang durfte ich mich nicht bewegen, mein Sohn musste ebenfalls unbeweglich bei mir sitzen. Die gesamte Wohnung wurde von der Polizei auf den Kopf gestellt. Irgendwann gingen die Beamten wieder; die beiden aufgebrochenen Türen sind nie von der Stadt ersetzt oder repariert worden.

Das Gleiche ist bei vielen kurdischen Familien und vielen anderen Bewohnern auf der Keupstraße geschehen. Die Begründungen waren wahlweise PKK, Geldwäsche, Drogenhandel und viele andere Gründe; nur Nazis als Täter wurden ausgeschlossen.

In den Jahren danach haftete das Stigma der Verdächtigung an mir und meiner Familie. Als ich bei dem späteren Familienrechtsstreit mit meinem Mann wegen dem laufenden Scheidungsverfahren eine Anzeige gegen ihn stellte und deswegen öfter zur Polizei musste, wurde ich jedes Mal mit dem Vorwurf des Bombenanschlags konfrontiert. Die Polizei hatte dabei jedes Mal versucht, meine Wut auf meinen Mann wegen der Scheidung auszunutzen und mich zu einer Aussage oder Vermutung zu drängen, dass er es evtl. doch hätte sein können mit der Bombe.

Seit diesem Tag bis heute leiden ich und mein Sohn unter Angstzuständen. Drei Jahre lang habe ich wegen dem Schock der Bombe und dem darauf folgenden Polizeiüberfalls in meiner Wohnung eine Therapie gemacht, mein Sohn zwei Jahre lang. Wir haben Angst vor der Polizei und davor, dass wieder jemand in die Wohnung einbrechen könnte.

Ehemalige Bekannte und Nachbarn gingen damals und in den folgenden Jahren auf Abstand zu mir und meiner Familie. Obwohl die meisten Bewohner der Keupstraße genau wie ich dachten, dass so eine schreckliche Tat nur von Neonazis begangen worden sein konnte, vermuteten dennoch viele, wo Rauch ist, muss auch Feuer sein. Selbst Freundschaften zerbrachen. Erst seit Ende 2011 klar ist, wer wirklich hinter den Anschlägen steckte, nämlich

deutsche Nazis, kommen die Menschen langsam wieder auf mich zu. Ich selber habe nur aus der Zeitung erfahren, wer die wahren Täter sind, von offizieller Seite gab es keine Benachrichtigung oder irgendein Schreiben des Bedauerns. Ich weiß auch nicht, ob es ein offizielles Ermittlungsverfahren gegen mich gab und wenn ja, ob dieses eingestellt wurde.

Im Gegensatz zu den Bombenverletzten wurde ich nie offiziell als Opfer anerkannt, sondern war immer nur eine Verdächtigte; ich musste alles alleine mit mir aushandeln. Ich bin eine andere Art von Opfer, ein Opfer, das noch nicht anerkannt wurde.

Ich schreibe Ihnen, weil man etwas tun muss, sonst kann morgen wieder dasselbe passieren. Wenn so etwas wie die Bombe und diese schlimmen Verdächtigungen heute mit uns Ausländern gemacht werden kann, dann kann es morgen auch demokratischen Deutschen passieren. Ich möchte wissen, ob es darüber ein Bewusstsein gibt.

Die Polizei hat bei unschuldigen Menschen ihre Wohnungen und ihre Leben auseinander genommen. Ich wüsste gerne, wie viele Nazi-Wohnungen 2004 durchsucht worden sind. Ich erwarte eine offizielle Entschuldigung. Ich wünsche mir, dass wir endlich als Teil dieser Gesellschaft gesehen werden. Das wünsche ich mir.

Mit freundlichen Grüßen

*[anonymisiert]*

# »Ich möchte nicht wieder Angst um mein Leben haben müssen.«

**Interview mit Muhamed A., 17. Februar 2014**

**Können Sie etwas über ihre Person erzählen?**
Ich heiße Muhamed und lebe seit 30 Jahren in Deutschland – anfangs mit einem Visum. Später habe ich angefangen, hier zu arbeiten.

**Wie haben Sie den Nagelbombenanschlag in der Keupstraße erlebt?**
Ich war hier auf der Keupstraße, nur ungefähr 20 Meter von der Nagelbombe entfernt. Ich habe mich mit M. und S. unterhalten. Ich habe den Bombenanschlag direkt erlebt. Als die Bombe explodierte, bin ich gefallen. Es ging ein Nagelregen auf die Straße nieder, ein Nagel ist über meinem Kopf in ein Regenrohr eingeschlagen und steckengeblieben. Ich habe gleich Verletzten geholfen. Zufällig fuhr gerade ein Krankenwagen durch die Keupstraße. Ich habe gerufen: »Komm, hilf!« Und er hat gesagt: »Ich habe schon Feierabend. Ich bin nicht wegen dieser Sache hergekommen.« Dabei gab es viele Verletzte.

Nach dem Anschlag fand man im Regenrohr Nägel. Die Polizei hat das auch fotografiert. Das Rohr befindet sich zwischen dem Juwelier und dem Restaurant. Die Polizei hat auch auf dem Dach der Schule noch Nägel gefunden, auf dem Schulhof und im Garten, in den Wänden des Restaurants, in der Küche. Gott sei Dank stand zu der Zeit keiner vor dem Fenster.

**Wurden Sie auch verletzt?**
Ich habe ein, zwei Jahre mit meinem Ohr Probleme gehabt. Ich war damit nicht beim Arzt. Ein paar meiner Kollegen waren bei der Polizei, und sie haben mir erzählt, wie dort mit ihnen umgegangen wurde, wie die Polizei versucht hat, Schuldige und Verdächtige zu finden. Wenn ich zum Arzt gegangen wäre, hätte der Arzt mich auch gefragt, wo ich arbeite und wo ich wohne. Und wenn ich gesagt hätte, dass ich auf der Keupstraße wohne, hätte er gesagt: »Aha, sie haben etwas mit der Bombe zu tun, die explodiert ist.« Deswegen habe ich gewartet. Später war ich dann doch beim Arzt und der hat mir gesagt, dass man nun nichts mehr machen könne, weil es zu spät sei. Ich höre nicht mehr richtig. Ich habe auch eine Bescheinigung vom Arzt, dass mein Trommelfell nicht in Ordnung ist, man aber nichts mehr machen könne und ich damit weiterleben müsse.

**Sie hatten Angst, zum Arzt zu gehen?**
Ich habe mitbekommen, wie andere von der Polizei verdächtigt wurden, Drogengeschäfte zu betreiben oder mit der Mafia zu tun zu haben. Wenn ich dahin gegangen wäre, hätten sie gesagt, dass ich um die Zeit auch dort gewesen sei und dass ich es selber gemacht haben könnte. Ich hatte viele Fragen in meinem Kopf. Ich habe mir gesagt, ich gehe besser nicht dahin. Zu der Zeit wurde ich nicht von der Polizei oder sonst wem befragt.

**Wie ging es dann nach dem Anschlag weiter und was waren Ihre Vermutungen, wer dafür verantwortlich sein könnte?**
Ich war schockiert. Die ersten zwei Jahre waren für mich chaotisch. Ich hatte ständig Angst, dass eines Tages die Polizei zu mir kommt und sagt: »Wir haben sie auf der Videoüberwachung gesehen. Sie waren an dem Tag des Anschlags auf der Keupstraße. Warum sind Sie nicht zur Polizei gegangen und warum haben Sie nichts gesagt?« Ich habe ja gesehen, wie die Bombe explodiert ist. Diese Angst begleitete mich sieben Jahre – bis herauskam, wer für den Anschlag verantwortlich ist. Es war ja alles auf der Überwachungskamera und ich habe ja mitbekommen, wie die anderen Bewohner der Keupstraße verhört

wurden. Ich habe auch viele Gerüchte über den Friseurladen gehört. Aber ich habe das nicht geglaubt. Denn ich kenne die Leute – ich lebe ja seit 20 Jahren auf der Keupstraße – wir sehen uns jeden Tag und arbeiten wie normale Menschen. Ich habe nie geglaubt, dass das eine Sache zwischen den Menschen hier ist.

**Wie hat sich der Bombenanschlag im Nachhinein auf das Zusammenleben in der Keupstraße ausgewirkt?**

Es gab schon Verdächtigungen untereinander und man fühlte sich unsicher. Wenn ich zum Beispiel draußen auf der Straße eine Tasche gesehen habe, die bei den Mülltonnen bei der Altkleidersammlung lag, bin ich nie daran vorbeigegangen, weil ich immer gedacht habe, dass da wieder eine Bombe drin sein könnte und dass derjenige, der die Bombe gelegt hat, wieder herkommen könnte. Zu dieser Zeit habe ich immer, wenn ich Feierabend hatte und zuhause war, gedacht: Aha, jetzt wird im Fernseher wieder über einen Bombenanschlag berichtet werden. Weil der Täter ja unbekannt war. Es hätte jederzeit wieder so etwas passieren können.

Die Leute hier sind Migranten. Sie haben mit dem Leben ohnehin Probleme. Die Leute hier auf der Straße haben sowieso Angst, dass wieder etwas passieren könnte. Sie hatten mit so etwas wie dem Bombenanschlag keine Erfahrung. Sie waren schockiert. In den Köpfen kreisen immer noch viele Fragen. Warum Mülheim? Wer lebt in dieser Straße? Wer arbeitet da?

**Bereits einen Tag nach dem Bombenanschlag hat der damalige Innenminister Otto Schily einen rechtsterroristischen Hintergrund ausgeschlossen.**

Das war eine unglückliche Aussage. Es kann sein, dass er gemerkt hat, dass die Sache in eine andere Richtung ging als gewollt. Er musste Deutschland ja unterstützen. Er hätte eigentlich ein paar Tage warten müssen. Das ist auch eine entscheidende Frage: Rechtsradikale oder eine private Sache? Das kann man nicht direkt sagen. Wenn das in der Türkei oder einem anderen Land passiert wäre, hätte man gesagt, das ist kein demokratischer oder moderner Staat. Wenn so was im Iran, Irak oder der Türkei passiert, würde man sagen: »Ach, das ist normal, weil die Leute zurückgeblieben sind.« Dass der Innenminister in einem so modernen Land in Europa so etwas sagt, erzeugt ein sehr großes Fragezeichen. Warum? Wieso? Für wen? Woher nahm er so eine große Sicherheit? Kein anderer Politiker aus Europa oder anderen Teilen der Welt hat so gesprochen, wie er es gemacht hat. Er hätte warten und sagen müssen, dass die Sache frisch ist, dass man Zeit brauche. Man kann nicht einfach so reden, wie er es getan hat. Ich glaube, ganz Europa hat zu der Zeit geglaubt, was Schily gesagt hat. Die Leute haben keine andere Chance oder Wahl gehabt. Sie mussten alles glauben. Wenn ich auf die Straße gegangen wäre und gesagt hätte »Der ist ein Lügner«, hätten die Leute über mich gesagt »Ach, der ist bekloppt. Der hat doch keine Ahnung. Der phantasiert.« Ein Mann, der so eine Position wie Schily hat, hätte so etwas nicht behaupten dürfen. Deutschland hat einen Geheimdienst, Richter, Staatsanwälte. Schily hätte erst mal die Ermittlungen abwarten sollen, anstatt sofort solche eine Behauptung aufzustellen. Meiner Meinung nach ist das eine Straftat. Er hätte seine Position ansehen und reflektieren müssen. Später hat er sich im Fernsehen entschuldigt, aber es war zu spät. Die Leute hatten kein Interesse mehr an der Sache. Unter der Oberfläche ist bestimmt viel verborgen. Was wir bisher erfahren haben, ist glaube ich, nur ein ganz, ganz kleiner Teil des Ganzen.

**Was ist in Ihnen vorgegangen, als Sie nach sieben Jahren erfahren haben, dass der NSU für den Nagelbombenanschlag verantwortlich war?**

Ich war schockiert. Ich frage mich, wie es für Otto Schily war, als er erfahren hat, dass der NSU dafür verantwortlich ist. Das sollte

man ihn fragen. Mich würde interessieren, was er gemacht hat, ob er in dieser Nacht gut geschlafen hat. Ich glaube, wenn zu der Zeit europäische Menschen verletzt worden wären, wäre die Sache ganz anders gewesen. Ich komme aus der Türkei. Ich wohne in Deutschland. Sie sagen zu mir, dass ich Ausländer bin und das ist für mich ein großes Problem. Ich akzeptiere Deutschland. Ich lebe hier, meine Kinder gehen hier zur Schule und ich habe hier ein Haus gekauft. Meine Kinder lernen Deutsch, und nach 20 oder 30 Jahren können meine Kinder sagen: »Mein Vater kommt aus der Türkei, hat aber mit der Türkei nichts mehr zu tun.« Ich kann Deutschland nicht auf meinem Rücken in die Türkei tragen. Deutschland muss uns akzeptieren. Ich bin bei dir zu Hause und du sagst zu mir: »Du bist kein richtiger Gast. Ich kann dich nicht akzeptieren.« Wenn der Obere das sagt, sagt das automatisch auch der Untere. Die Politiker oben müssen anfangen. Wir bezahlen zusammen Steuern. Wir essen zusammen im gleichen Restaurant. Wir gehen auf das gleiche Konzert. Wir fahren in der Straßenbahn zusammen. Wenn die Oberen einteilen in »wir« und »die«, dann gehen die Wege auseinander. Aber am Ende sind wir doch alle Menschen.

**Was haben Sie gedacht, als Sie erfahren haben, dass der NSU nicht nur für den Anschlag in der Keupstraße verantwortlich war, sondern auch für zehn Morde?**

Der erste Mord passiert, dann der zweite und dritte. Aber das kann doch nicht wahr sein, dass es dann noch so weitergeht. Ich habe immer gedacht, das ist nicht normal. Es werden Menschen umgebracht und in allen Mordfällen werden die Menschen immer mit den gleichen Fragen konfrontiert. Es wurde in keine andere Richtung ermittelt. Ich habe gedacht, das ist bestimmt eine große Organisation und ohne Politiker im Hintergrund kann da gar nichts laufen. Das gibt es nicht. Das ist wie ein Mensch ohne Beine: Wie weit kann der dann laufen? Die Politiker haben ihnen die Beine gegeben, so dass sie überall hinlaufen konnten. Und was in dem Wohnwagen passiert ist, ist auch fraglich. Wenn die Polizistin nicht erschossen worden wäre, wäre das, glaube ich, noch lange so weitergelaufen. Aber dann haben die Leute im Hintergrund gedacht: »Aha, es könnte sein, dass auch ich getötet werde.« Bestimmt haben die selber Angst gehabt und dann die Richtung geändert. Wir reden hier über Deutschland. In Deutschland ist so etwas passiert.

**Was erwarten Sie jetzt von der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit?**

Ich erwarte, dass man die Geschichte im Prozess richtig beleuchtet. Es kann sein, dass sie nicht richtig tief reingehen. Wenn es nicht zu einem Gerichtsurteil kommt, wenn da im Gericht nichts bewiesen wird oder nur eine Frau ins Gefängnis gehen muss und keine weiteren Konsequenzen folgen, wird es schlimm werden. Dann werden die Nazis weitermachen. Vielleicht werden dann nicht neun, sondern neunzig Menschen ermordet. Deshalb ist es wichtig, dass bei Gericht das richtige Urteil gefällt wird. Aber ich glaube, es wird gar nichts dabei rauskommen. Bis jetzt kann man nicht sagen, dass es da große Fortschritte gegeben hat. Es dauert und dauert und am Ende werden die Leute kein Interesse mehr haben.

**Waren die bisherigen Bemühungen von Seiten der Politik und den Ermittlungsbehörden Ihrer Meinung nach ausreichend?**

Das war nicht genug. Es läuft wie in einem Theaterstück: »Zack, zack, zack, wir machen das, wir stehen hinter den Leuten, wir kämpfen bis zum Ende.« Aber was haben sie bis jetzt auf dem Papier? Gar nichts. Es ist wichtig, dass keine Menschen mehr umgebracht werden und dass das Gericht richtig entscheidet, damit nicht die nächsten Leute so etwas machen. Die Hintergründe müssen aufgedeckt werden: Wer mit wem wann etwas getan hat. Wer hinter dem NSU steckte. Da muss richtig Druck aufgebaut werden,

um alles an die Oberfläche zu holen. Das Gerichtsverfahren muss dabei eine große Rolle spielen. Wir sprechen hier von einer großen Sache: Es wurden neun Menschen ermordet! Ja, die Entschädigungszahlungen waren auch eine wichtige Sache. Aber das Geld ist nicht entscheidend. Ich möchte später nicht wieder Angst um mein Leben oder das meiner Familie haben müssen.

# »Generation Terror«

## Der NSU und die rassistische Gewalt der 1990er Jahre in NRW

*Heike Kleffner*

Bei der Spurensuche nach der politischen Sozialisation der Täter_innen des Nagelbombenanschlags auf der Kölner Keupstraße ist es unumgänglich, sich mit den Pogromen von Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992) sowie der nachfolgenden Welle rassistischer und politisch rechts motivierter Gewalt in Ost- und Westdeutschland auseinanderzusetzen. Denn der eliminatorische Rassismus des mutmaßlichen NSU-Kerntrios Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe und seines Unterstützer_innennetzwerks ist die unmittelbare Folge der Kapitulation des Rechtsstaats und seiner Exekutive vor rassistischen Gewalttäter_innen und mit ihnen sympathisierender Bürger_innen sowie die massenhafte Aufgabe des Schutzgebots aus Artikel 1 GG – »Die Würde des Menschen ist unantastbar« – insbesondere für Flüchtlinge, Migrant_innen und anderen potenziellen Opfern rassistischer Gewalt – in den 1990er Jahren. Das mutmaßliche NSU-Kerntrio und seine Unterstützer_innen gehören zu jenen hunderten von Neonazis der »Generation Terror«, deren Selbstverständnis als »politische Soldaten« entscheidend geprägt wurde durch das Staatsversagen in Hoyerswerda und Rostock sowie durch die unmittelbar damit einhergehenden Politiker- und Medienkampagnen gegen Asylsuchende und die de facto Abschaffung des Artikel 16 GG. Hinzu kommt, dass dieses Staatsversagen auch den Weg frei gemacht hat für die Entwicklung einer in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren überschaubaren Naziszene hin zur extrem rechten Bewegung von heute.

Auch der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags kam in Hinblick auf die Ausstrahlung des Pogroms von Hoyerswerda zu einer eindeutigen Bewertung: »Die frühen 1990er Jahre waren geprägt durch eine Welle rassistischer und neonazistischer Gewalttaten, insbesondere gegen Flüchtlinge und Migranten. Diese rassistisch motivierte Gewalt wurde in den neuen Bundesländern vielfach im öffentlichen Raum, vor den Augen zahlreicher – oftmals sympathisierender – Anwohner verübt, ohne dass staatliche Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden wirksam auf Seiten der Opfer eingriffen und effektiv und erkennbar gegen die Täterinnen und Täter vorgingen. Potenzielle Nachahmer und Sympathisanten der extremen Rechten konnten sich dadurch ermutigt und bestätigt fühlen. Dies gilt insbesondere für die tagelangen pogromartigen Angriffe auf Wohnheime von Asylbewerbern und mosambikanischen Vertragsarbeitern im sächsischen Hoyerswerda im August 1991.«[1]

### Die »erste ausländerfreie Stadt« und Brandanschläge auch in NRW

Die Kapitulationserklärung der sächsischen Behörden war kurz: »Es besteht einheitliche Auffassung dazu, dass eine endgültige Problemlösung nur durch Ausreise der Ausländer geschaffen werden kann,« lautete die »Lageeinschätzung« des Landesratsamt Hoyerswerda am 20. September 1991 um 12 Uhr mittags.[2] Nicht einmal 24 Stunden später werden 240 Asylsuchende aus einem Dutzend unterschiedlichster Herkunftsländer in den frühen Morgenstunden des 21. September 1991 in Busse verfrachtet – und unter dem johlenden Beifall der jugendlichen

1 Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses (Drucksache 17/14600), S. 844, http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf (1. 12. 2013).

2 Dokument zitiert aus der Ausstellung »Hoyerswerda, Herbst 1991«, die im Sommer 2011 in der Orange Box in Hoyerswerda gezeigt und von der Kultur und Bildung (EKuB) der Stadt Hoyerswerda verantwortet wurde. Vgl. Heike Kleffner, Hoyerswerda: Reise in die Gegenwart, in: Der Tagesspiegel, 16. 9. 2011, www.tagesspiegel.de/politik/rechte-gewalt-hoyerswerda-reise-in-die-gegenwart/4609758.html.

und älteren Zuschauer_innen mit SEK-Begleitfahrzeugen aus der einstigen sozialistischen Musterstadt gefahren. Einige Naziskins haben auch jetzt noch nicht genug und schmeißen Steine und Flaschen auf die abfahrenden Busse; dabei wird ein Flüchtling durch Glassplitter erheblich verletzt. Offen grölen Naziskins in die laufenden Kameras den sich rasend schnell übers ganze Land ausbreitenden Schlachtruf der Szene »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« und erklären, dass Hoyerswerda erst der Anfang sein werde. In den Weg stellt sich ihnen niemand. Oder, in den Worten des Landratsamtes vom 20. September 1991: »Die übergroße Mehrheit der Anwohner im unmittelbaren Umfeld des Ausländerwohnheims sieht in den Handlungen der Störer eine Unterstützung ihrer eigenen Ziele zur Erzwingung der Ausreise der Ausländer und erklärt sich folgerichtig mit ihren Gewalttätigkeiten sehr intensiv solidarisch. Die polizeilichen Handlungen werden dagegen strikt abgelehnt.«[3]

Die Bilanz jener fünf Tage im September 1991: Der Staat bzw. seine Exekutivorgane hatten sich aus gleich mehreren Kernaufgaben – dem Schutz von schutzlosen Minderheiten sowie der Verfolgung von schweren Straftaten – komplett zurückgezogen. Insgesamt gab es 82 vorläufige Festnahmen in diesen fünf Tagen, daraus resultierten gerade einmal vier Verurteilungen. Die Signalwirkung von Hoyerswerda war fatal. Neonazis feierten Hoyerswerda öffentlich als »erste ausländerfreie Stadt«, die Kapitulation von Polizei und Justiz war zur besten Sendezeit bundesweit in die Wohnzimmer getragen worden und schnell wetteiferten im ganzen Land die Nachahmer – Neonazis, rassistische Gelegenheitstäter und politisch rechts sozialisierte Jugendliche. Schon während der Pogromtage verbrannte in Saarlouis im Saarland der 27-jährige ghanaische Asylsuchende Samuel Yeboah bei einem Brandanschlag am 19. September 1991 auf eine Flüchtlingsunterkunft. Am 3. Oktober 1991 verübten drei Neonazis dann einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim im nordrhein-westfälischen Hünxe – rund einhundert Kilometer von Köln entfernt: Zeinap und Mokadas Saabo, sechs- und achtjährige Töchter einer libanesischen Flüchtlingsfamilie, erlitten lebensgefährliche Verletzungen, als die Molotow-Cocktails das Schlafzimmer der Familie in Brand setzten. Ein Schlaglicht auf die Brandtage und -nächte im Oktober 1991 wirft ein Artikel aus der *tageszeitung* vom 11. Oktober 1991: *In Nordrhein- Westfalen haben unbekannte Täter in der Nacht zum Donnerstag erneut vier Anschläge auf Asylbewerberheime verübt. Insgesamt acht Schüsse wurden auf zwei Unterkünfte im rheinischen Hürth-Fischenich abgegeben. Wie die Polizei in Köln mitteilte, durchschlugen sechs Projektile das Fenster eines Hauses, verletzten aber niemand. In Bonn-Poppelsdorf schleuderten Unbekannte nachts einen Brandsatz gegen die Außenwand einer Asylbewerberunterkunft. [..]In der Gemeinde Erntebrück im Kreis Siegen wurden Steine gegen drei Wohnwagen geworfen, in denen Asylbewerber untergebracht sind. Auch hier wurde niemand verletzt. Im westfälischen Ense in der Nähe von Soest wurde ein Wohnheim für Asylbewerber angezündet. Die zwölf libanesischen Bewohner wurden nach Angaben eines Polizeisprechers vorübergehend in ein Krankenhaus einquartiert. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. Unklar war nach dem Brand in einem Asylbewerberheim im oberbergischen Hückeswagen vom Mittwoch, ob das Feuer wirklich auf einen Anschlag zurückzuführen ist. Dies hatten nach Angaben der Polizei zunächst Zeugen berichtet. [..]Unterdessen wächst der Protest gegen die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Etwa 10.000 Menschen demonstrierten nach Schätzung der Veranstalter am Mittwochabend in Köln gegen Rassismus und Ausländerhaß. Die Polizei meldete 6.000 Teilnehmer, die mit Spruchbändern wie »Liebe Ausländer, bitte laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein« durch die Domstadt zogen. Kleinere Demonstrationen hatte es am Mittwoch in Unna und in Krefeld gegeben. In Krefeld und in Münster soll es auch am Donnerstag Proteste geben. In Essen ist für diesen Samstag eine Demonstration geplant. (…)«*[4]

3 Ebd.
4 »Erneut Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in NRW«, die taz vom 11.10.1991.

## Zündelnde Medien und Politiker_innen

Begleitet wurde diese rassistische Mobilisierung von schizophrenen Medienkampagnen: Einerseits kommentierten zumeist westdeutsche Journalist_innen den nackten rassistischen Hass als Zivilisationsbruch; andererseits sekundierten nicht nur Boulevardmedien, sondern auch bürgerliche Magazine wie u.a. *Der Spiegel* am 9. September 1991 mit dem Bild eines schwarz-rot-gold angemalten Kahns voller Menschen unter dem Titel »Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten: Ansturm der Armen« den rassistischen Schlägern. Und in der Woche nach dem Brandanschlag in Hünxe beschreibt ein *Spiegel*-Reporter den vierjährigen Bruder der beiden verletzten Mädchen als »Monster mit den glühenden Augen« und »Nachwuchs-Asylanten«.[5] 1.483 rechtsextreme Gewalttaten registrierte das Bundeskriminalamt (BKA) am Ende des Jahres 1991, 1992 stieg die Zahl um mehr als das Doppelte auf 2.584. Angesichts der massiven Dunkelfelder bei rechten Gewalttaten in den frühen 1990er Jahren muss man davon ausgehen, dass diese Zahlen nur einen winzigen Ausschnitt der Realität widerspiegeln.

Schon wenige Wochen nach dem ersten Pogrom im vereinigten Deutschland im sächsischen Hoyerswerda hatte der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühe in einem Brief alle Kreisverbände dazu aufgefordert, »in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen«. Und parallel dazu drängte die CDU die oppositionelle SPD zur Zustimmung für eine Änderung des Artikels 16 GG. »Wenn sich die SPD beim Kanzlergespräch am 27. Dezember verweigert, ist jeder Asylant nach diesem Tag ein SPD-Asylant,« hatte Volker Rühe in der *Süddeutschen Zeitung* im September 1991 erklärt.[6]

Wenige Wochen später schreibt die *tageszeitung* über eine Bundestagsdebatte zum Thema: Es hätte »um die hierzulande bedrohten Ausländer gehen sollen. Es ging um die Deutschen. Darum, wie man sie vor allzu vielen Fremden im eigenen Land bewahrt. Darum, wie man verhalten Verständnis dafür zeigt, daß ein Teil dieser Deutschen die Ausländer vertreiben will.«[7] Es folgten die noch heute bekannten Titelbilder von *Spiegel, Bild* und anderen Zeitungen mit Überschriften wie »Das Boot ist voll«. In Rostock-Lichtenhagen wurden die Bilder, die zur Rechtfertigung des Pogroms im August 1992 benutzt wurden, gezielt geschaffen. Hier hatte die CDU-Landesregierung bewusst die Kapazität der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht erhöht; Asylsuchende waren tatsächlich gezwungen, im Freien zu schlafen und ihre Notdurft in den Büschen der Vorgärten der Plattenbausiedlungen zu verrichten.

## Das Staatsversagen von Rostock Lichtenhagen

Vom 22. bis 24. August 1992 griffen dann mehrere hundert organisierte Neonazis, Naziskins und rassistische Gelegenheitstäter_innen unter dem Beifall von bis zu 3.000 Zuschauer_innen das wegen der real-sozialistischen Wandverzierung »Sonnenblumenhaus« genannte Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter_innen in Rostock-Lichtenhagen an. Die Räume der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber, die sich in den unteren Etagen befanden, waren da schon geräumt und die Flüchtlinge unter Polizeischutz im Rostocker Umland verteilt worden. In der Nacht vom 24. August 1992 zog sich die Polizei dann zeitweise völlig von dem Wohnheim zurück und überließ rund 120 im brennenden Sonnenblumenhaus eingeschlossenen Vietnames_innen, eine kleine Gruppe antifaschistischer Unterstützer_innen, den Ros-

5 Cordt Schnibben »Wenn wir gehen, hauen die ab«, in: Der Spiegel, 14.10.1991, www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491444.html.
6 Vgl. Ferdos Ferudastan, Bonn schützt Deutsche vor Ausländern, in: taz, 19. 10. 1991.
7 Ebd.

tocker Integrationsbeauftragten Wolfgang Richter und ein ZDF-Fernsehteam schutzlos den Flammen, während die Naziskins und ihre Sympathisant_innen Feuerwehrleute am Löschen hinderten.[8]

Eine parlamentarische Aufarbeitung des Staatsversagens von Rostock-Lichtenhagen gab es de facto nicht. Ein Untersuchungsausschuss des Schweriner Landtags hatte sich 1993 darum gedrückt, dem damals amtierenden CDU-Landesinnenminister Lothar Kupfer und CDU-Ministerpräsident Bernd Seite unangenehme Fragen zu stellen. Beide schweigen dazu bis heute, ebenso wie der damalige Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU). Die Frage nach den Verantwortlichen für das Pogrom ist letztendlich noch immer offen: In seinem Buch »Politische Brandstiftung« erhob der Fernsehjournalist Jochen Schmidt – der zum eingeschlossenen ZDF-Team gehört hatte – zum zehnten Jahrestag des Pogroms schwere Vorwürfe: »Rostock-Lichtenhagen sollte als Fanal fungieren. Geplant war von Seiten der Politik eine kontrollierte Eskalation des Volkszorns mit dem Ziel, die SPD zum Einlenken in der Asylfrage zu zwingen«, sagte Schmidt im August 2002 bei der Buchvorstellung.[9] Unter anderem sei wenige Stunden vor dem Brand die Zahl der eingesetzten Polizisten drastisch reduziert worden. »Ein letzter Beweis für die These der Inszenierung fehle allerdings, so Schmidt. Von einer »verheerenden Mischung von Überforderung, Ignoranz, Gleichgültigkeit und Versagen« als Ursache für das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden und der politisch Verantwortlich sprachen hingegen Wolfgang Richter und die ehemalige Bundesintegrationsbeauftragte Marieluise Beck bei der Buchvorstellung. Dieselben Worte fallen dann zehn Jahre später erneut: anlässlich der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), um das erneute Staatsversagen in Bezug auf die tödliche Dimension rechter und rassistischer Gewalt zu beschreiben.

Zu den zentralen Fragen, die bis heute ungeklärt sind, gehört auch, ob und inwieweit es in der Neonaziszene Planungen für das Pogrom gegeben hatte und ob und inwieweit die Inlandsgeheimdienste über die Neonazimobilisierung nach Rostock-Lichtenhagen am Wochenende des 24. August 1992 informiert waren. Mit dieser Frage hatte sich der Schweriner Untersuchungsausschuss ebenso wenig befasst wie das Schweriner Landgericht in einem Prozess gegen drei Neonazis im Jahr 2002, die sich erst nach zehn Jahre wegen versuchten Totschlags für ihre Beteiligung an dem Pogrom vor Gericht verantworten mussten.[10] Einer der wenigen hochrangigen Strafverfolger, der offensichtlich auch davon ausging, dass das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen zumindest in Teilen geplant war, war der damalige Chef des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert. Allerdings wurde er wegen seiner Äußerung, die Randale sei »organisiert und gesteuert« worden, von den Führungsspitzen der Inlandsgeheimdienste massiv kritisiert. Eine »überregionale Steuerung« habe es nicht gegeben, behauptete der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckhart Werthebach, sekundiert vom Hamburger Verfassungsschutz-Präsidenten Ernst Uhrlau, der von einer »hausgemachten Randale« sprach.[11]

8 Vgl. Jochen Schmidt, Rostock-Lichtenhagen. Warum 1992 das Asylbewerberheim in Flammen aufging, Berlin 2002; der Dokumentarfilm: The Truth lies in Rostock – Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock, BRD/ Großbritannien 1993; Fünf Jahre nach Rostock: Ein Blick zurück im Zorn, in: Antifaschistische Infoblatt (AIB) 41 (1997) 1, www.antifainfoblatt.de/artikel/fünf-jahre-nach-rostock-ein-blick-zurück-im-zorn (1. 12. 2013); Pogrom als Politik, in: AIB 95 (2012) 2, www.antifainfoblatt.de/artikel/pogrom-als-politik.

9 Heike Kleffner, Pogrom gewollt?, in: taz, 21. 8. 2002.

10 Abschlussbericht des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Schweriner Landtags vom 3. November 1993, http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/Cache/BE53038CD92505B093C6912C.pdf; Heike Kleffner, Rostokker Erinnerungslücken, in: taz, 29. 1. 2002.

11 Vgl. Bernd Siegler, Ein Kadergerippe mit Fleisch, in: taz, 15. 9. 1992.

## Köln und Umgebung: Rassistische Gewalt mit Ankündigung

In den Wochen und Monaten nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen gab es kaum ein Wochenende, an dem nicht irgendwo in Ost- und Westdeutschland rassistische Gelegenheitstäter_innen, organisierte Neonazis und politisch rechts sozialisierte Jugendliche und junge Erwachsene Flüchtlingsunterkünfte ebenso wie Wohnhäuser, Treffpunkte und Geschäfte von Migrant_innen angriffen – auch in Köln und Umgebung: so zum Beispiel in der Nacht vom 8. September 1992, als unbekannte Täter Brandsätze auf ein Flüchtlingsheim in Rösrath warfen. Einer der Molotow-Cocktails durchschlug ein Fenster des Hauses; den Bewohnern gelang es nur durch einen glücklichen Zufall, die Flammen selbst zu löschen.[12] Im Oktober 1992 wurde in Köln-Porz ein 28-jähriger Iraner auf offener Straße von zwei Deutschen brutal zusammengeschlagen. Antirassistische Gruppen kritisierten den nachfolgenden Polizeieinsatz. Die Polizeibeamten hätten keine Anstalten gemacht, die Täter zu verfolgen, obwohl diese noch keine hundert Meter weit gekommen seien, als die Polizei vor Ort eintraf. Und nach dem Konzert »Rock gegen Fremdenhass« am 7. November 1992 in Köln wurde ein 27-jähriger Konzertbesucher von zwei Naziskinheads entführt und erst 24 Stunden später mit Schnitt- und Kopfverletzungen wieder freigelassen.[13] 16 Zeitungsseiten füllte ein *taz*-Chronik neonazistischer Gewalt in Deutschland in den ersten sechs Wochen nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen – darunter viele Angriffe in NRW und auch in Köln: In der Nacht zum 4. Februar 1992 beispielsweise griffen unbekannte Täter ein Haus in Köln-Worringen, das von Familien türkischer und osteuropäischer Herkunft bewohnt wurde, mit Brandsätzen an, die im Hauseingang in Flammen aufgingen und den zwei Dutzend Bewohner_innen den Fluchtweg versperrten. Drei Hausbewohner türkischer Herkunft wurden verletzt. An die Wand des Hauses hatten die Täter zudem neonazistische und rassistische Parolen gesprüht.[14]

Mit dem Jahreswechsel 1992/1993 griffen Neonazis zunehmend auch zu Sprengstoff: In Köln wurde Anfang 1993 eine Paketbombe vor der Wohnungstür einer türkischen Familie abgelegt. Laut Polizeiangaben verpuffte bei Öffnen des Pakets lediglich der Zünder – »sonst hätte es Tote gegeben«.[15] Ebenfalls zum Jahresanfang 1993 versteckten bis heute unbekannte Täter Sprengfallen in Haushaltsgeräten, die sie in überwiegend von Migranten_innen bewohnten Kölner Stadtteilen auf der Straße deponierten – in der perfiden Annahme, dass Passant_innen die Geräte mit nach Hause nehmen würden, die dann beim Anschalten explodieren würden. Wie beispielsweise ein 52-jähriger Mann, der am 12. Februar 1993 auf der Straße im Stadtteil Bilderstöckchen einen scheinbar intakten Winkelschleifer gefunden und ihn zuhause an einer Steckdose anschloss. Dabei explodierte der im Gerät versteckte Sprengsatz und der Mann wurde schwer verletzt. Einen Monat später, am 13. März 1993, fand ein 42-jähriger Mann türkischer Herkunft einen Autostaubsauger in einem Karton auf einem Parkplatz in Köln-Weidenpesch. Auch hier explodierte das TNT in dem Moment, als der Mann das Gerät an eine Stromquelle anschloss.[16] Zwei Tage nach dem Anschlag in der Keupstraße erinnerte die *Kölnische Rundschau* an diese unaufgeklärte Serie von Sprengfallen, die offensichtlich gegen Migrant_innen gerichtet gewesen waren. Doch erst im Bundestags-Untersuchungsausschuss zum NSU wurde die Serie und eine mögliche Täterschaft von Neonazis erneut aufgegriffen: »Aufgrund der zufälligen Opferauswahl« und der unterschiedlichen Sprengstoffe sei bislang ein Zusammenhang ausgeschlossen worden, erklärte das Polizeipräsidium Köln daraufhin lapidar – und merkte an, dass auch 2004 kein Zusammenhang gesehen worden sei. Völlig un-

12 »Rassistische Anschläge« (Auflistung vom 21.8.1992 11.11.1992), in: die taz vom 16.11.1992.
13 Ebd.
14 Kurznachrichten in: Antifaschistische NRW Zeitung/Ausgabe Nr. 1 /Mai 1993, S. 24.
15 Ulrich Fuchs »Harte Vorwürfe gegen Freiburger Polizei« in: taz vom 6.2.1993.
16 Stefan Sommer »Keine heiße Spur, nur eine gute« in: Kölnische Rundschau vom 12.6.2004.

beachtet bleibt hier, dass ab 1993 Neonazis zahlreiche Sprengstoffattentate verübten – sowohl in Österreich als auch in Deutschland.

### Köln: Zwischen »Arsch huh« und RechtsRock-Metropole

Köln präsentierte sich Anfang der 1990er Jahre ähnlich widersprüchlich wie eine Reihe anderer westdeutscher Metropolen. Einerseits gab es eine starke antifaschistische und autonome Bewegung sowie zahlreiche migrantische Organisationen, Gewerkschafter_innen und Künstler_innen, die immer wieder durch große Demonstrationen aber auch durch kreative Aktionen oder Konzerte wie die der Kölner Musiker der »AG Arsch huh« bundesweit Vorbildcharakter hatten. Andererseits waren ab 1989 zunächst die Republikaner mit drei Abgeordneten – darunter Multifunktionär Manfred Rouhs und sein Weggefährte Markus Beisicht – im Stadtrat vertreten, die dann Ende 1991 zur neonazistischen »Deutsche Liga für Volk und Heimat« überliefen. Die DLVH fiel in diese Zeit u.a. durch Aufrufe zum Aufbau einer »Bürgerwehr zum Schutz und zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung«, massive Hetze gegen Roma und Sinti und eine Drohkampagne gegen Ralph Giordano auf, der angesichts der mörderischen Welle rassistischer Gewalt 1992 in einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl auch für das Recht der Betroffenen rechter Gewalt auf Selbstverteidigung eintrat. Manfred Rouhs, der von 2004 bis 2011 auch für die rechtsextreme Wählergruppe »pro Köln« im Rat der Stadt Köln saß, war ab den frühen 1990er Jahren auch Herausgeber der Zeitschrift »Europa Vorn« – einem lange Zeit strömungsübergreifenden Strategieorgan der extremen Rechten. In Rouhs Europa Vorn/Signal-Verlag erschien 1997/1998 mit dem »Noie Doitsche Welle«-Magazin auch der wichtigste Versuch, RechtsRock im Hochglanz-Stil massenkompatibel in den Kioskverkauf zu bringen.[17] Rouhs war zudem Gesellschafter beim Düsseldorfer Label »Dorfmusik«. Ohnehin ist Köln ab den späten 1980er Jahren auch ein zentraler Ort für den Vertrieb von RechtsRock: Das in Köln ansässige Rock-o-Rama Label brachte u.a. die ersten – schnell indizierten – CDs der neonazistischen »Kult«-Bands der frühen 1990er Jahre wie Skrewdriver, Störkraft und Radikahl heraus.

Während Rock-o-Rama aus Köln die »Begleitmusik für Mord und Totschlag« quer durch Deutschland verbreitete, nutzte die CDU-/FDP-Bundesregierung das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und die Welle nachfolgende rassistischer Gewalt völlig offen dazu, um die in der SPD bis dahin immer noch strittige de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durchzusetzen. Medien und Politik hatten die Debatte gleichermaßen geschürt. Unmittelbar nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen erklärte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Eckhardt Rehberg: »Dass die Ausländer unsere Sitten und Gebräuche nicht kennen und vielleicht gar nicht kennen lernen wollen, stört die Befindlichkeit unserer Bürger.« Dann schob Rehberg in klassischer Opfer-Täter-Umkehr die Verantwortung für das Pogrom den Angegriffenen zu, indem er behauptete, Sinti und Roma hätten aus den Flüchtlingsunterkünften »Umschlagplätze für Hehlerware« gemacht.[18] Der damalige SPD-Fraktionschef im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann, hatte sich gegenüber dem Westfalen-Blatt schon im Frühjahr 1992 ähnlich drastisch geäußert: »Wir müssen unser Barmherzigkeitsgefühl einschränken und die akademische Debatte über den Artikel 16 beenden.«[19]

17 Vgl. Dornbusch/Raabe, »RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien« S. 475. RechtsRock-Projekte in NRW, LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 12/Frühjahr 2003, S. 19f.
18 Landesregierung macht Opfer zu Tätern, in: taz, 29. 8. 1992.
19 Tissy Bruns, SPD wackelt bei Asyl-Grundrecht, in: taz, 8. 4. 1992.

Ähnlich argumentierten die CDU/CSU-Abgeordneten bei der Bundestagsdebatte anlässlich der de facto Abschaffung von Artikel 16 GG. »Unser Volk verlangt eine praktikable Antwort zur Lösung des Asylproblems – es kann rein akademische Diskussionen nicht mehr ertragen.« Dieses Zitat des CDU-Bundestagsabgeordneten Erwin Marschewski vom 26.Mai 1993 stand stellvertretend für die Stimmung unter der Mehrheit der Abgeordneten. Am Ende stimmten 521 Abgeordnete von CDU, CSU, FDP und SPD für – und lediglich 132 Abgeordnete – darunter rund 100 SPD-Abgeordnete, sieben FDP-Abweichler_innen sowie Grüne und Linke – gegen die Einführung des neuen Artikel 16a GG.

### Das V-Leute-System und die Morde von Solingen

Drei Tage nach dem »Asyl-Kompromiss«, am 29. Mai 1993, verübten in Solingen vier junge Neonazis einen mörderischen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç. Dabei starben fünf Familienmitglieder: Gürcün Ince (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Samine Genç (4). Bis heute gehört Solingen auch zu den dramatischen Beispielen für die tödlichen Konsequenzen des V-Leute-Systems deutscher Geheimdienste. Drei der vier Täter hatten in der Kampfsportschule Hak-Pao von Bernd Schmitt, V-Mann des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Nordrhein-Westfalen, trainiert. Ein halbes Jahr nach dem Brandanschlag fanden die Strafverfolger auf über 50.000 Blatt Akten, die Schmitt im Keller von Verwandten versteckt hatte, Flyer mit Aufrufen zum Bau von Molotow-Cocktails, Lageskizzen von mehrheitlich von Migrant_innen bewohnten Häusern in Köln, Bonn und Wuppertal, detaillierte Observationsprotokolle und verschlüsselte Listen mit rund 450 Namen von Mitgliedern des von Schmitt gegründeten »Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverbands« (DHKKV).[20] Immer freitags trafen sich bei Schmitt Neonazis aus ganz NRW zum »kanakenfreien Training« und traten dann bundesweit als Saalschutz für die ab 1992 verbotene »Nationalistische Front« (NF) und die Deutsche Liga für Volk und Heimat« auf.[21] Schmitt war es auch, der den NF-Anführer Meinolf Schönborn zum Vortrag in die Kampfsportschule einlud und in dessen Pläne für den Aufbau eines »Nationalen Einsatzkommandos« (NEK) eingeweiht war. Als im Prozess um den Solinger Brandanschlag offenbar wurde, dass Schmitt ab dem Frühjahr 1992 für das LfV NRW gearbeitet hatte, trat der damalige SPD-Innenminister Herbert Schnoor die Flucht nach vorn an und behauptete, es gäbe »keinerlei Hinweise« darauf, dass der V-Mann »direkt oder indirekt etwas mit dem mörderischen Solinger Brandanschlag zu tun« habe.[22] Dieser Satz gehört auch im NSU-Komplex zum Standardrepertoire der Geheimdienste, wenn es um die Rolle der V-Leute im Unterstützer_innen-Netzwerk des NSU geht.[23]

Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und die Brandanschläge auf türkische Zuwandererfamilien in Mölln (November 1991) und Solingen veränderten die Geschichte und die Gesellschaft der gerade vereinigten Bundesrepublik: Die Botschaft, dass Migrant_innen keinen Schutz des Staates zu erwarten hatten, und entsprechend auch schwerste Straftaten folgenlos bleiben würden, formte das Selbstbild und Selbstbewusstsein eben jener »Generation Terror« – junge Neonazis und Naziskins, aus der sich auch das Unterstützer_innen-Netzwerk und der Kern des NSU rekrutierte.

20 Walter Jakobs »Von den Angeklagten geht soziale Kälte aus« in: taz vom 5.5.1994.

21 vgl. u.a. »Auf den Spuren des Nationalen Einsatzkommandos« in: (Antifaschistisches Autorenkollektiv« (Hg.) Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg/1996, S. 46f.

22 Walter Jakobs »Schnoors Mann bei der Nationalistischen Front« in: taz vom 10.6.1994.

23 Vgl. u.a. die Kritik des BKA am V-Leute-System der 1990er Jahre im Bericht des 2. Untersuchungsausschusses (Drucksache 17/14600) anhand eines BKA-Thesenpapiers, ab S. 218 im Unterkapitel: Problematisierung der Verfassungsschutz-Quellenführung durch das BKA.

Ganz konkret bedeutete dies beispielsweise auch, dass nur knapp drei Wochen nach dem Brandanschlag von Solingen in der Nacht zum 15. Juni 1993 bis heute unbekannte Täter im ersten Stock eines von türkischen Migrant_innen bewohnten Hauses in Kerpen bei Köln eine brennbare Flüssigkeit auskippten und diese anzündeten. Nur durch einen glücklichen Zufall entdeckte ein 48-jähriger Hausbewohner das Feuer frühzeitig und konnte es mit einer Fußmatte löschen.[24] Die Täter hatten auch hier bewusst Tote in Kauf genommen – und fühlten sich offensichtlich vor jeglicher Strafverfolgung sicher.

### Der Terror zur Jahrtausendwende

Nach dem erfolgreich durchgesetzten »Asylkompromiss« folgten dann ein Dutzend Verbote neonazistischer Vereine und Organisationen, die die Umstrukturierung der mittlerweile zur Bewegung angewachsenen extremen Rechten beschleunigten. Eine zentrale Rolle übernahm dabei das internationale Blood & Honour-Netzwerk und dessen deutsche Division sowie die eng damit verbundenen Strukturen von Combat 18 – nicht alleine bei der Produktion, beim Vertrieb und der Verbreitung von RechtsRock und damit einhergehenden extrem rechten sozialen und kulturellen Angeboten, sondern auch beim Aufbau konspirativer Strukturen und militanter Terrorzellen.[25] Im Herbst 1999 veröffentlichte das Neonazi-Fanzine »Hamburger Sturm« ein Interview mit einer »Nationalrevolutionären Zelle«, die zum Aufbau klandestiner Untergrundstrukturen aufrief.[26] Im gleichen Zeitraum verbreitete der norwegische Neonazi Erik Blücher unter dem Pseudonym »Max Hammer« das Strategiepapier »The way forward« und dessen deutsche Übersetzung mit dem Aufruf »Lasst uns unsere Schreibtische verlassen und das multikulti, multikriminelle Inferno von ZOG[27] zerstören«. Das ideologische Vorbild war die nationalsozialistische Waffen-SS. Propagiert wurden neben Angriffen auf staatliche Repräsentant_innen, Journalist_innen, Juden und Jüdinnen auch Anschläge auf »kriminelle Ausländer«. Explizit hieß es auch im Stormer, einer auch auf Deutsch erschienen Publikation von Combat 18 – dem militanten Arm von Blood & Honour: »Dennoch braucht man nicht untätig zuzuschauen. Die Zeit für Aktionen ist längst gekommen. Allerdings greift man nicht ZOG direkt an! Gegner und Volksfeinde gibt es genug. […] Nicht mehr die Staatsanwälte, Richter oder Systempolitiker sind das Ziel. Antifas, Drogendealer, ausländische Zuhälter und Kriminelle, sowie der ein oder andere Kleinunternehmer, der vorwiegend billige ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, werden oder sollten von nun an ins Visier genommen werden. Der Vorteil wäre auch, dass niemand darum heulen würde wenn es ab und an mal einen Zuhälterkanacken oder Dealer treffen würde. Auch der Fahndungsdruck durch ZOG wäre nicht sehr groß.«[28]

Im April 1999 verübte dann der britische Neonazi David Copeland, der in einer Abspaltung von Combat 18 organisiert war, mehrere Nagelbombenanschläge in London gegen Bars und Treffpunkte von pakistanischen Migrant_innen und Schwulen und Lesben, bei denen drei Menschen getötet und mehr als einhundert verletzt wurden. Copelands Ziel: Die Anschläge sollten den »Beginn eines Rassenkrieges« markieren. Im Herbst des gleichen Jahres verursachte dann ein Sprengsatz in Saarbrücken einen riesigen Sachschaden an der Ausstel-

24 taz vom 16.6.1993.
25 Michael Weiss »Terrormaschine Combat 18« in: LOTTA antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr 12, Frühjahr 2003, S. 13f.
26 »Anstandshalber starker Staat« in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 51, Ausgabe 2/2000 S. 17.
27 ZOG ist die Abkürzung für »Zionist Occupied Government« (deutsch: Zionistisch besetzte Regierung), ein in rechtsextremen und antisemitischen Kreisen verwendetes politisches Schlagwort, das eine angeblich jüdisch beherrschte Regierung bezeichnet.
28 Vgl. BT-Drs. 17/14600 Abschlussbericht des 2. PUA zum NSU, S. 707f.

lung »Verbrechen der Wehrmacht. 1941-1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung, und am 27. Juli 2000 explodierte in Düsseldorf-Wehrhahn auf einer Fußgängerbrücke ein mit TNT bestückter Sprengsatz. Zehn so genannte Kontingentsflüchtlinge, darunter sechs Mitglieder von jüdischen Gemeinden aus der ehemaligen Sowjetunion, wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.[29] Bis heute ist dieser Anschlag, der neben dem Mord an dem ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter Alberto Adriano im Stadtpark von Dessau an Pfingsten 2000 durch drei neonazistische Skinheads zu den Auslösern des so genannten »Aufstands der Anständigen« zählte, nicht aufgeklärt. Angesichts der Art und Weise der Tatbegehung und der Zielgruppe erscheint ein rechter Tathintergrund mehr als wahrscheinlich – zumal es in Düsseldorf ebenso wie in Köln und Dortmund längst eine starke neonazistische Kameradschaftsszene der »Autonomen Nationalisten« gab, in deren Kreisen neonazistische Terrorkonzepte offensiv diskutiert wurden.[30] In Köln war es vor allem die im Jahr 2012 vom nordrhein-westfälischen Innenministerium verbotene Kameradschaft »Walter Spangenberg« um Axel Reitz und Paul Breuer, die in den Jahren des NSU-Anschlags im Januar 2001 auf das Lebensmittelgeschäft der deutsch-iranischen Familie in der Probsteigasse und des Nagelbombenanschlags im Juni 2004 auf die Keupstraße mit zahllosen Aktionen und Aufmärschen auffielen.[31]

Angesichts der in den Geheimdiensten vorherrschenden Doktrin der Verleugnung und Verharmlosung von Rechtsterrorismus in Deutschland sorgte die Entdeckung des Bundestags-Untersuchungsausschusses zum NSU doch für Überraschung, dass es kurz nach dem Anschlag in der Keupstraße tatsächlich eine Expertise der Abteilung Rechtsterrorismus im Bundesamt für Verfassungsschutz gegeben hatte, die den Anschlag in Köln mit den Combat 18 zugerechneten Anschlägen in London 1999 verglich und dann zum Ergebnis kam, dass die Täter in Köln einen wesentlich professionelleren Sprengsatz verwendet hätten. Das BfV nutzte auch den Hack des Combat 18-Forums von Daten-Antifas, um unter den rund 450 erkennbar deutschen Forums-Usern ein knappes Dutzend aus dem Raum Köln und Umgebung herauszusuchen.[32] Kaum überraschend war dann, dass diese Expertise in den Schubladen des BfV und des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW Staub ansetzte und sich weder in den Akten der »EG Sprengstoff« im Polizeipräsidium Köln fand, noch den Ermittlern des Landeskriminalamtes bekannt war.

## Die Folgen

Ebenso wie sich das Selbstbewusstsein und der eliminatorische Rassismus der »Generation Terror« in den frühen 1990er Jahren aufgrund des Staatsversagens bei der Verfolgung neonazistischer und rassistischer Gewalt formte, hat diese Welle rassistischer Gewalt auch das Lebens- und Zugehörigkeitsgefühl einer ganzen Generation (post-)migrantischer Jugendlicher und Erwachsener geprägt. Mehr als 15.000 rechte und rassistische Gewalttaten in Ost- und Westdeutschland seit 1990 haben das Leben zahlloser direkt Betroffener, aber auch ihrer Familien, Freund_innen und Bekannten zum Teil für immer verändert. Während die Täter und Täterinnen in den allermeisten Fällen mit kurzen Jugend- und Bewährungsstrafen davon kamen, kämpfen viele der Betroffenen noch immer mit dem physischen und psychischen Folgen der erlebten Gewalt, Diskriminierung und Demütigungen – und deren Nichtanerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft.

29 »Keine Neonazistrukturen erkennbar?« in. Antifaschistisches Infoblatt Nr. 51, 2/2002, S. 20f.
30 Vgl. Jan Spreuk und Pierre Briegert »Alltag in NRW« in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 60, Ausgabe 3/2003.
31 Details zur Kameradschaft Walter Spangenberg in diesem Zeitraum u.a. bei Johannes Lohmann »Neonazismus in Köln« in: LOTTA antifaschistische Zeitung in NRW, Nr. 11/Winter 2002/2003, S. 24f.
32 Vgl. BT-Drs. 17/14600 Abschlussbericht des 2. PUA zum NSU, S. 708f.

Der Anschlag in der Keupstraße im Juni 2004 und das Staatsversagen im NSU-Kontext haben für viele der Betroffenen diese Erinnerungen schmerzlich wieder belebt und verstärkt. Deutlich wird dies u.a. in den Ergebnissen einer Befragung des Dortmunder Futureorg-Instituts von über 1.000 in Deutschland lebenden Migrant_innen türkischer Herkunft über die Auswirkungen der NSU-Morde.33 Eine große Mehrheit von knapp zwei Dritteln der Befragten gab an, dass sie sich durch die NSU-Morde stark bis sehr stark persönlich betroffen fühlen und dass diese auch Einfluss auf die private Lebensplanung hätten: Sie würden beispielsweise Sicherheitsvorkehrungen wie Kameras in ihren Wohnungen installieren, Geld in die Türkei transferieren und Auswanderungspläne schmieden. Demgegenüber interessiert sich die Mehrheit der herkunftsdeutschen Bevölkerung längst nicht mehr für das Thema. Diese Diskrepanz und die mangelnde Empathie nach dem Anschlag auf die Keupstraße im Jahr 2004, aber auch nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 – die sich so sehr unterscheidet von den Menschenketten und antirassistischen Großdemonstrationen der 1990er Jahre – verdeutlichen mehr denn je, dass um gesellschaftliche Solidarität mit Opfern rassistischer und rechter Gewalt in jedem einzelnen Fall gerungen werden muss.

33 http://endax.de/endaX_Auswertung%20NSU_040713%20%281%29.pdf

autofocus | videowerkstatt

# Viele habe ich erkannt

**Viele habe ich erkannt**
**Realisation: Helmut Dietrich, Julia Oelkers, Lars Maibaum**
**D, 1992, 25 min.**
**Bildnachweis: autofocus Videowerkstatt**

# Keupstraße besucht: Hoyerswerda

*14. März 2013, Café Paradies*

Die Veranstaltung zu Hoyerswerda versprach nicht nur von den Themen und Gästen her, sondern auch aufgrund des Ortes etwas Besonderes zu werden: Das Café Paradies ist eine klassische Teestube auf der Keupstraße, die fast ausschließlich von Männern frequentiert wird und erst mal nicht für jeden Außenstehenden und jede Außenstehende einladend erscheint. An diesem Abend demonstrierten das Lokal und seine Inhaber aber ihre Offenheit, indem sie ein wild gemischtes Publikum aus rechts- und linksrheinischen, weiblichen und männlichen, jungen und alten, sich in Türkisch und Deutsch unterhaltenden Menschen dazu einluden, ihr gesamtes Lokal einzunehmen. Bis Veranstaltungsbeginn hatte der Raum noch komplett aus Tischen mit Karten spielenden Männern bestanden – im Zuge des immer zahlreicher werdenden Publikums überließen einige ihre Plätze und zogen sich zurück, andere spielten unbeirrt weiter und verfolgten mit geteilter Aufmerksamkeit die Filme und Gespräche. Ein Problem war jedoch unbedacht geblieben: Um 21 Uhr fand ein Fußballspiel von Fenerbahçe statt, zu dessen Übertragung immer mehr Fußballfans eintrudelten, während die wie immer zu voll gepackte Veranstaltung kein Ende nehmen wollte. Wie sollte man auch die Wichtigkeit von Fußball und Politik gegeneinander aufwiegen? Dem Verzicht auf den Anstoß und den Anfang des Spiels sei hiermit jedenfalls gebührend gedankt!

Die Beiträge dieses Kapitels sind aus dem Abend im Café Paradies hervorgegangen, der das Pogrom von Hoyerswerda 1991 mit der Geschichte der Keupstraße seit der Nagelbombe in Beziehung setzen wollte. Dort sahen wir zwei Kurzfilme, beide von den Film- und Videoakti-



vist_innen Julia Oelkers und Lars Maibaum: der zeitnah zum Pogrom entstandene Film *Viele habe ich erkannt* und die Dokumentation eines erneuten Besuchs in Hoyerswerda von ehemaligen Betroffenen des Pogroms und Unterstützer_innen, der unter dem Titel *Hoyerswerda revisited* 2012 erschien. Lars Maibaum erläuterte den Entstehungskontext der Filme und lieferte eine historische Analyse der Hintergründe des Pogroms, die in seinem Beitrag in diesem Kapitel nachzulesen sind. Er zeigt, dass das Pogrom von Hoyerswerda in Kontinuität der rassistischen Diskriminierungen und Angriffe auf Vertragsarbeiter_innen in der DDR stand. Sie wurden nach der Wende zuerst um Ausgleichszahlungen ihrer Betriebe betrogen und im Anschluss nicht nur von Nazis, sondern in erster Linie von Kolleg_innen und Nachbar_innen tagelang in ihrem Wohnheim angegriffen. Zu den angereisten Gästen des Abends durften wir ebenfalls Emmanuel Adu Agyeman zählen, der 1991 als Flüchtling aus Ghana gekommen war und in Hoyerswerda zum Ziel und zum Zeugen der Angriffe wurde. Im Interview berichtet er eindrücklich von seiner Geschichte, die kein singuläres Ereignis des Schreckens darstellt, sondern in eine Chronologie von rassistischen Erfahrungen und dem Kampf um Bleiberecht und bessere Lebensbedingungen eingebettet werden kann. Neben seiner Geschichte werden im Folgenden auch die Erfahrungen von Herrn M. und Ayşe abgedruckt, die als Geschädigte der Nagelbombe auf der Keupstraße aus ihrer persönlichen Sicht von dem Anschlag und seinen Folgen berichten.

### Die Keupstraße im Visier der Ermittlungsbehörden

Unser Veranstaltungsort, das Café Paradies, ist nicht nur Bestandteil der alltäglichen Freizeitkultur auf der Keupstraße, sondern auch Schauplatz einer immer noch und in letzter Zeit sogar verschärften Strategie der Kriminalisierung und Drangsalierung durch die Behörden: Regelmäßig erfolgen hier Razzien durch Zoll- und Ordnungsamt. Bei der Aufzeichnung eines Interviews in Vorbereitung auf diese Buchpublikation wurden wir selbst Zeug_innen dieser Praxis: Ein Dutzend Beamte von Zoll- und Ordnungsamt drangen in den Laden ein, einige uniformierte Zöllner mit Hand an der Waffe, und kontrollierten die dort Arbeitenden sowie die Besucher in entsprechender Drohgebärde angeblich wegen der Suche nach Schwarzarbeiterinnen aus Bulgarien und Rumänien. Sie wurden dabei von uns und anderen Besuchern damit konfrontiert, dass diverse Lokale und Anwohner_innen der Keupstraße jahrelang im Rahmen der (Nicht-) Ermittlungen zur Nagelbombe als »kriminelles Milieu« verdächtigt und bespitzelt worden waren – und dass auch nach dem Auffliegen des NSU die Kriminalisierung durch Ermittlungsbehörden offensichtlich weitergeht.

Auch Herr M., der am Abend der Veranstaltung erzählte, wie er den Bombenanschlag und die Folgezeit erlebt hatte, war nicht nur unmittelbares Opfer der Bombe, sondern auch der Methoden der Polizei geworden, die ihn mehrfach stundenlangen Verhören unterzog, DNA-Speichelproben von ihm nahm und ihn wie einen hochverdächtigen Schwerverbrecher behandelte. Wie er von den Angehörigen der Mordopfer des NSU bei einer gemeinsamen Einladung nach Berlin erfuhr, hatten sie eine ganz ähnliche Geschichte mit den Ermittlungsbehörden erlebt: Sie und ihre verstorbenen Ehemänner, Väter oder Brüder hatte man der Verwicklung in mafiöse Strukturen und dubiose Geschäfte bezichtigt.

Die Opfer in der Keupstraße eint die Forderung, wenigstens eine Entschuldigung der Verantwortlichen und Ausführenden dieser Ermittlungspraktiken zu erhalten. Die Einladungen nach Berlin und die Treffen hoher Politiker_innen bis hin zu Kanzlerin und Bundespräsident sind daher für einige wichtige symbolische Gesten. Doch Merkels Versprechen einer Aufklärung, die »schonungslos, lückenlos und unabhängig von Personen und Instituten« stattfinden soll und ein Ergebnis des Prozesses in München, das die Strukturen hinter dem NSU-Trio aufdeckt, sehen die wenigsten kommen.

## Hoyerswerda: Signal und Nährboden für erfolgreichen rechten Terror

Die Veranstaltung im Café Paradies hatte zum Ziel, das Pogrom in Hoyerswerda im Zusammenhang mit dem NSU-Terror und speziell der Geschichte der Keupstraße zu reflektieren. 1991 hatten Neonazis ebenso wie Kolleg_innen und Normalbürger_innen samt Kindern zuerst tagelang das Wohnheim mosambikanischer Vertragsarbeiter in der Albert Schweitzer-Straße in Hoyerswerda belagert und angegriffen, ohne dass die Polizei ihnen Einhalt gebot. Die politische Lösung des Problems bestand darin, die Bewohner_innen mit Bussen aus der Stadt und mit dem Flugzeug in ihre Heimat zu befördern. Diese Geschichte erzählt Manuel Alexandre Nhacutou, ein ehemaliger Vertragsarbeiter aus Hoyerswerda, in *Viele habe ich erkannt*.

Auch die Flüchtlinge, die unmittelbar nach der überstürzten Evakuierung der Vertragsarbeiter das nächste Ziel des rassistischen Mobs wurden, schaffte man nach drei weiteren Pogromtagen gegen ihren Willen aus der Stadt. Von diesem Geschehen und der Folgezeit berichtete uns Emmanuel Adu Agyeman, ein ehemaliger Flüchtling aus Ghana, der in der Flüchtlingsunterkunft in Hoyerswerda untergebracht war. Hoyerswerda war ein Sieg der »Ausländer raus« grölenden Massen und ein Signal für die Schaffung weiterer so genannter »national befreiter Zonen« im Osten und im Westen. Der Staat hatte mit den Evakuierungen die nationalen Fantasien Wirklichkeit werden lassen und Hoyerswerda zur von Nazis bundesweit gefeierten »ersten ausländerfreien Stadt« gemacht. Dies war der Nährboden für eine Welle von Pogromen und Übergriffen, die in den frühen 1990er Jahren auf Flüchtlinge und eingesessene Migrant_innen zukam und mit der de facto-Abschaffung des Rechts auf Asyl besiegelt wurde. Damit waren die Forderungen der Nazis und der applaudierenden Bevölkerung erfüllt. Gleichzeitig war dies auch der Kontext, in welchem die Mitglieder des NSU und ihre Unterstützer_innen politisch sozialisiert worden waren. Sie hatten den rassistischen Konsens von Staat und Mehrheitsgesellschaft und die faktische Straffreiheit für rassistische Gewalt erlebt und Fantasien von der Auslöschung migrantischer Lebensweisen und -räume entwickelt. Der NSU, genährt durch neuere Strategien der führerlosen klandestinen Zellenbildungen, wie sie in der Naziszene der Folgejahre propagiert wurden, ist eine Konsequenz aus der erfolgreichen rassistischen Hetze der frühen 1990er Jahre.

Dass sich in Hoyerswerda seit 1991 bis heute nicht viel geändert hat, zeigt der Kurzfilm *Hoyerswerda Revisited*, in dem ehemalige Vertragsarbeiter und Flüchtlinge 2012 zusammen mit einem Kamerateam nach Hoyerswerda fahren und erneut rassistischen Angriffen ausgesetzt sind. Das lässt keine optimistischen Perspektiven für die Zukunft des vor wenigen Wochen in der Stadt neu eröffneten Flüchtlingsheims zu. Auch die Aufmärsche und Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte erinnern an die schrecklichen Jahre nach dem Mauerfall. Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung zählen für die ersten beiden Monate 2014 allein 21 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 13 Brandanschläge und außerdem zahlreiche Demonstrationen in unterschiedlichen Zusammensetzungen von Nazis und »besorgten Bürger_innen«.

## Die Notwendigkeit einer offensiven Wendung

Im Interview mit Emmanuel erfahren wir, wie er aus Ghana nach Deutschland flüchtete, vom Auffanglager bei Frankfurt ins Flüchtlingsheim nach Hoyerswerda kommt, im Zuge des Pogroms ins ebenfalls ostdeutsche Meißen evakuiert wird und sich gemeinsam mit anderen Flüchtlingen seine legale Aufenthaltserlaubnis in Berlin erkämpft. Der Lebensweg von Emmanuel ist gezeichnet von rassistischen Konfrontationen, von denen Hoyerswerda nur die Spitze des Eisbergs darstellt. Neben der offenen Gewalt der Nazis finden sie ebenso statt in den Amtsstuben der Asylbehörden, mit Kirchenvertreter_innen, Politiker_innen, Sicherheits- und Poli-

zeikräften und in der Bevölkerung. Was man jedoch in seinen Schilderungen erfährt, ist nicht die Geschichte eines passiven Opfers, sondern in erster Linie eine Geschichte von Stärke und Solidarität. Der Kampf gegen die Bedingungen in der Flüchtlingsunterkunft, die Weigerung gegen eine Unterbringung in Ostdeutschland und das erfolgreich durchgesetzte Bleiberecht in Berlin erzählen zum einen von der Notwendigkeit, gegen ungerechte Verhältnisse zu kämpfen. Zum anderen zeigen sie die Bedeutung der Solidarität, die sich innerhalb der Gruppe der Geflüchteten als auch von Seiten der Unterstützer_innen gebildet hat. Hoyerswerda hatte in diesem Sinne nicht nur Signalwirkung für nationale Auslöschungsphantasien von rechts, sondern auch für die Ausbildung von Strategien des aktiven Widerstands gegen Neonazismus und Rassismus.

Auch die Keupstraße befindet sich angesichts des Gerichtsprozesses in München vor der Situation, für Aufklärung und Gerechtigkeit kämpfen zu müssen. Für die Nebenkläger_innen der Keupstraße bedeutet der Prozess eine Belastung. Fast alle Interviewten berichten von ihrer Wut über die Lässigkeit, mit der Beate Zschäpe dem Verfahren beiwohnt. Im Interview betont Ayşe, die in unmittelbarer Nähe zur Bombe stand, als diese detonierte, welche Bedeutung der Rückhalt all jener für sie hat, die sich auf der Keupstraße und im Namen der Keupstraße mit den Betroffenen solidarisieren. Die gemeinsame Fahrt nach München im Rahmen der »Initiative Keupstraße ist überall« und die Durchsetzung einer öffentlichen und medialen Präsenz im Prozess unterstützen das Hervortreten der Keupstraße aus dem Schatten der doppelten Opferrolle. Der Prozess in München ist eine Chance zu zeigen, dass das, was die Nazis mit der Nagelbombe zerstören wollten, nämlich eine migrantisch geprägte Gesellschaft, wie sie die Keupstraße repräsentiert, nicht zerstört worden und im Gegenteil überall präsent ist. Die Forderung von Ayşe nach einer Entschuldigung seitens der Angeklagten ist ein Zeichen von Stärke, nicht von Naivität: Sie zeugt von einer Würde, der auch die stumpfen und höhnischen Blicke der Angeklagten nichts anhaben können.

*Vanessa Höse und Stewo Szczepaniak*

# »Wenn ich irgendwo ein lautes Geräusch höre, gehe ich vor Schreck in die Luft.«

**Interview mit Herrn M., 26. November 2013**

**Können Sie sich kurz vorstellen?**
Ich bin 50 Jahre alt und lebe seit 20 Jahren in Deutschland. Da ich nicht möchte, dass Rückschlüsse auf meine Person gemacht werden, möchte ich nicht sagen, in welchem Beruf ich arbeite.

**Am 9. Juni 2004 explodierte die Nagelbombe in der Kölner Keupstraße, die auch Sie verletzt hat. Wie haben Sie diesen Anschlag erlebt?**
Wie erinnere ich den Tag des Anschlags…? Ich habe gearbeitet. Plötzlich brach der ganze Laden über uns zusammen. Es gab eine sehr große Explosion. Durch die Explosion sind wir natürlich verletzt worden. Denn im Laden war nichts mehr ganz, alles flog durch die Luft und fiel zu Boden. Es war eine Situation wie auf einem Schlachtfeld. Alles wurde in Stücke gerissen, draußen vor der Tür waren die Autos zerstört. Die Scheiben der Läden waren zerborsten. Sachen wurden herausgeschleudert. Sogar die Regale sind aus den Wänden gerissen worden. So war es geschehen. Soweit ich mich erinnern kann, ist es so gewesen. Es war keine schöne Sache. Wenn ich ehrlich bin: Immer wenn ich darüber rede, kommen die Erinnerungen an den Tag in mir wieder hoch. Auch jetzt, wo der deutsche Staat mit uns darüber redet, stehen wir immer noch unter dem Einfluss des Anschlags. So ist die Situation.

**Welche körperlichen und psychischen Verletzungen haben Sie durch die Bombe davongetragen?**
Natürlich auf der psychischen Ebene. Das tragen wir immer noch in uns. Körperlich habe ich noch eine Narbe hier an der Hand. Auch am Hinterkopf habe ich eine bleibende Narbe. Und am Bein habe ich an zwei Stellen Narben. So sieht es aus. An dem Tag hatten wir großes Glück: Wir sind dem Tod knapp entronnen. Obwohl ich mich immer draußen aufhalte und vor dem Laden sitze, habe ich nicht bemerkt, wie die Attentäter die Bombe hier abgestellt haben und wieder verschwunden sind. Ich habe nur gesehen, wie plötzlich die Schaufensterscheiben explodierten und Sachen durch die Gegend flogen. Sonst nichts.

**Was waren Ihre ersten Vermutungen?**
Also in dem Moment haben wir an gar nichts gedacht, weil es nichts zu denken gab. Am Ende war klar, dass eine Bombe explodiert ist. Doch erst mal denkt man da nicht drüber nach. Es hätte alles sein können. Nachher gab es sehr viele Gerüchte, dass dieser oder jener das gemacht hat. Auch Gerüchte, die keinen Sinn ergaben. Zu dem Moment selbst gibt es nichts zu sagen – in einem Augenblick ist alles explodiert.

**Haben sich die Vermutungen denn innerhalb der Jahre verändert?**
Wir haben gedacht, dass so ein Anschlag von jedem ausgehen kann. Als alles vorbei war, haben wir erst mal damit begonnen, unsere Wunden zu versorgen. Wir hatten sowohl materielle als auch psychologische Schäden. Das dauert auch noch an. Ich für meine Person konnte mir nicht vorstellen, dass es dieser oder jener hätte sein können. Ich habe gar nicht darüber nachgedacht. Das erste, was ich mich gefragt habe, war, wieso die Bombe ausgerechnet dorthin gelegt wurde. Und warum das gemacht wurde. Über so etwas habe ich nachgedacht, über sonst nichts. Wir sind hier zumindest so etwas wie Zufallsopfer von Fremdenfeindlichkeit. Dass die Bombe hier in der Keupstraße gelegt wurde, war Zufall.

**Was ist in der Zeit danach passiert? Es gab ja die Ermittlungen der Polizei. Wurden Sie auch zum Verhör geladen?**
Natürlich. Sie haben mich einmal von zu Hause abgeholt, mitgenommen und mich vier, fünf Stunden lang verhört. Sie sind auch zu meinem Arbeitsplatz kommen. Ich hatte die Arbeit auf der Keupstraße niedergelegt und an einem neuen Arbeitsplatz begonnen. Dort haben sie mich nach zwei, drei Jahren aufgesucht. Ich musste damals eine DNA-Speichelprobe abgeben. Dann sind Jahre vergangen. In der Zwischenzeit habe ich meinen eigenen Laden eröffnet. Und auch dorthin sind sie eines Tages gekommen. Danach sind sie nicht mehr gekommen.

**Wie wurde Ihnen von offizieller Seite nach dem Auffliegen des NSU begegnet?**
Wir sind drei oder vier Male nach Berlin eingeladen worden, um uns… Aus welchem Grund sind wir eigentlich eingeladen worden? Ob es eine Entschuldigung sein sollte? Sie haben sich bei uns entschuldigt, die Staatsoberhäupter. Aber was geschehen ist, ist geschehen. Entschuldigungen bringen da nichts. Wir haben materielle und psychologische Wunden erlitten. Sowohl die Geschäftsleute als auch wir, als kleine Mitarbeiter. Natürlich gab es lange Zeit einen Kundenverlust auf der Keupstraße, was auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze hatte. Die Geschäfte liefen nicht. Aber jetzt ist wieder alles in Ordnung.

**Wie hat sich die Keupstraße für Sie verändert?**
Ich bin ja nach dem Anschlag von der Keupstraße weggegangen. Aber natürlich, da ich die Geschäftsleute hier kenne, haben wir jedes Mal, wenn wir uns gesehen haben, eine Zeitlang über diese Sachen geredet. Jetzt ist natürlich alles vergessen und vorbei. Alles ist vorbei.

**Was ist in Ihnen vorgegangen, als Sie erfahren haben, dass der NSU für den Bombenanschlag verantwortlich war?**
Ich habe nichts gedacht. Was soll sich denn ändern? Sie haben sowieso ihre Strafe erhalten oder werden ihre Strafe erhalten. Zwei Personen sind gestorben. Es wurde gesagt, dass sie Selbstmord begangen haben. Da wissen wir natürlich nicht, ob es tatsächlich Selbstmord war oder irgendetwas anderes. Und die andere, die Frau, steht jetzt sowieso vor Gericht. Sie wird ihre Strafe verbüßen. Natürlich sind das einzelne Vorkämpfer. Das wichtige ist, dass man den Kopf von denen findet. Dass man herausfindet, wo sich die Quelle befindet.

Das mit den Morden ist natürlich ein noch größerer Schmerz. Ich kenne fast alle Angehörigen der Toten. Sie trauern alle sehr. Immer wenn über diese Sachen gesprochen wird, werden sie wieder daran erinnert. Die Mädchen, die zu dem Zeitpunkt der Morde elf oder zwölf Jahre alt waren, sind heute verheiratet und haben Kinder. Und diese Menschen wurden wochenlang auf die Polizeiwache mitgenommen und verhört. Einigen Angehörigen wurde gesagt: Dein Vater hat mit der Mafia zusammengearbeitet. Oder: Dein Vater hat dies oder jenes gemacht. Anderen haben sie gesagt: Dein Vater ist in die und die Geschäfte verwickelt. Er fährt nach Holland oder irgendwo anders hin. Sie hatten es immer auf solche Sachen abgesehen. Vor diesem Hintergrund konnte ich mich glücklich schätzen: Wir sind zumindest nicht gestorben. Wir leben. Und wie ich bereits gesagt habe: Was passiert ist, ist passiert. Und jetzt erleben die Angehörigen ihren Schmerz noch einmal. Hoffentlich werden die wahren Schuldigen, die über allem stehen, auch gefunden.

**Was erwarten Sie jetzt von der Politik und der Öffentlichkeit?**
Ehrlich gesagt kann ich dazu nichts sagen. Ich weiß es nicht. Man sieht schon, dass sich Menschen zurzeit kümmern und engagieren – soweit ich das überblicken kann. Unser Staat, also der türkische Staat, hat sich jedenfalls nicht viel um uns gekümmert. Sie haben uns nicht aufgesucht und uns auch nichts gefragt. So war das. Der deutsche Staat, da muss man

ehrlich zugeben, hat sich, natürlich nachdem alles rausgekommen ist, auf allen Ebenen um uns gekümmert. Zwar gab es keine große materielle Hilfe, aber auf menschlicher Ebene haben sie versucht, sich um uns zu kümmern. Das muss man ihnen richtigerweise zugutehalten. Die türkische Regierung hat hingegen nichts gemacht. Gar nichts. Einmal wurden wir zu einem Gespräch nach München eingeladen, wo auch der türkische Generalkonsul aus Berlin anwesend war. Er hat ein bisschen nach allen Seiten geredet und gesagt, eure Wunden so und so behandelt. Und einmal ist der türkische Außenminister in die Keupstraße gekommen, der aber gar nicht direkt zu uns gekommen ist und sich auch nicht nach uns erkundigt hat. Natürlich wussten sie, dass wir nach Berlin fahren werden und hätten sich dafür interessieren können, wer diese Menschen sind. Sie sind nur einmal durch die Straße gelaufen und haben ein, zwei Hände geschüttelt. Und damit hatte die Sache sich erledigt. Ich bin da sowieso nicht hingegangen. Auf keinen Fall. Als wir nach Berlin gefahren sind, hatten sie versucht, es uns so schön wie möglich zu machen. Natürlich macht es das nicht ungeschehen, ob du jetzt empfangen wirst oder nicht. Aber zumindest haben sie eingesehen, dass uns gegenüber ein Fehler gemacht worden ist. Wir kriegen Briefe und Einladungen und solche Sachen. Von der Türkei haben wir bis jetzt nicht eine einzige Einladung bekommen. In keinerlei Hinsicht.

**Ein Teil der Geschädigten hat ja Entschädigungszahlungen erhalten. War das Ihrer Meinung nach hilfreich, beziehungsweise ausreichend?**
Nein, auf gar keinen Fall. Sie haben uns nur einen kleinen Betrag gegeben. Manchen haben sie mehr gegeben, anderen weniger. Ich habe nur einen kleinen Betrag als Entschädigung erhalten. Meiner Ansicht nach war das nur sehr wenig. Und ich weiß nicht, ob sie ab dem jetzigen Zeitpunkt noch irgendwelche Hilfen geben werden oder nicht.

**Was erhoffen bzw. erwarten Sie vom NSU-Prozess in München?**
Was ich erwarte? Einmal war ich im Gericht und bin dann nicht noch einmal dort gewesen. Was soll ich erwarten? Wie ich eben schon sagte und immer wieder sagen werde: Hoffentlich werden die Leute gefunden, die über der ganzen Sache stehen. Dabei ist nicht so wichtig, ob die jetzt gefunden werden oder nicht. Die schweigen so, wie sie wollen. Wir waren im Gericht. Die Frau hatte tatsächlich einen Laptop vor sich und andere Dinge. Sie ist eine Angeklagte. Ein Angeklagter in der Türkei, der im Gefängnis sitzt, hat nicht solche Freiheiten. Das war kein schönes Erlebnis.

**Welche Konsequenzen hat der Anschlag für Ihr heutiges Leben?**
Ich habe natürlich noch Angst. Der Bombenanschlag hat bleibende Folgeschäden bei mir hinterlassen. Wenn ich zum Beispiel irgendwo ein lautes Geräusch höre, gehe ich vor Schreck in die Luft. Ich habe Panikattacken. Sogar wenn eine Tür zuknallt oder wenn jemand von hinten auf mich zukommt und mich laut anspricht, erschrecke ich mich. Solche Folgen sind bei mir geblieben. Das dauert noch an. Auch jetzt, wenn ich mit Ihnen darüber rede, durchlebe ich das alles wieder. Dann habe ich alles wie einen Film vor Augen. Gott sollte wirklich niemanden in solche Situationen bringen.
**Waren Sie in psychologischer Behandlung?**
Natürlich, ich bin ein paar Mal dort gewesen. Eigentlich müsste ich auch weiterhin dorthin gehen, aber weil ich ein Geschäft habe, habe ich nicht so viel Zeit. Deswegen kann ich nicht dorthin gehen.

**Hat die Therapie Ihnen geholfen?**
Wenn ich sagen würde, sie hätte die Probleme gelöst, wäre das gelogen. Denn es hat sich tief in mir eingebrannt.

# »Ich habe mich geschämt, darüber zu sprechen«

**Interview mit Ayşe, 10. März 2014**

**Können Sie uns etwas zu Ihrer Person sagen und dazu, seit wann Sie auf der Keupstraße leben?**
Ich lebe seit fast 34 Jahren in Deutschland. Ich bin als Kind hergekommen, habe die Schule besucht, eine Ausbildung gemacht und geheiratet. Deutschland, und insbesondere Köln, war erst meine zweite Heimat. Inzwischen ist es meine erste Heimat geworden. Hier fühle ich mich wohl. Ich habe keine Schwierigkeiten hier und habe auch keine Angst oder so was. Ich habe mittlerweile auch viele deutsche Freunde. Deswegen fühle ich mich nicht mehr fremd hier.

**Wie haben Sie den Bombenanschlag auf der Keupstraße erlebt?**
Es fällt mir jedes Mal schwer, davon zu erzählen, denn jedes Mal erlebe ich den Tag aufs Neue. Es war am späten Nachmittag, das Wetter war schön und sommerlich. An diesem Tag haben wir Glück im Unglück gehabt. Denn um die Uhrzeit des Anschlags kam eigentlich immer ein Transporter mit Gasflaschen, der die Restaurants und Konditoreien belieferte, genau an die Stelle, wo es passiert ist. An diesem Tag ist der Transporter aber ausnahmsweise schon am Vormittag gekommen. Sonst wäre es schlimm ausgegangen. Dann hätten wir auch Tote gehabt, nicht nur Verletzte. Deswegen sage ich immer noch: Wir hatten Glück im Unglück. Aber diesen Tag will ich nicht noch einmal erleben. Doch durch meine Erzählungen erlebe ich diese Zeit noch einmal. Das tut immer noch weh. Die Schmerzen gehen, glaube ich, auch nicht mehr weg, bis ich irgendwann selber gehe.

**Wo waren Sie, als die Bombe explodierte?**
Ich war direkt vor dem Eingang von meinem Geschäft. Die Bombe auf dem Fahrrad ist sozusagen direkt neben mir explodiert. Das Fahrrad stand am Schaufenster des Friseurladens. Ich war unmittelbar daneben. Unser Geschäft grenzte direkt an den Friseurladen. Plötzlich explodierte irgendetwas – ich wusste ja nicht was – und dann habe ich gesehen, wie etwas direkt vor meinen Augen heruntergefallen ist. Das war das Fahrrad. Um mich herum waren verwundete Leute, die schrien und weinten. Ich habe sofort die Polizei gerufen und nur gesagt: »In der Keupstraße ist irgendetwas explodiert, schicken Sie alles, was Sie haben«. Überall war Blut und Verletzte, die schrien. Besonders eine Person werde ich nie vergessen. Er brannte und ich musste das Feuer mit Wasser löschen. Seine Hose war am Brennen. Ich musste einfach funktionieren. In dem Moment war ich ein ganz anderer Mensch und hatte keine Gefühle mehr. Ich musste alles schnell erledigen, mit der Polizei sprechen und so weiter. Und danach hatte ich keine Kraft mehr. Aber erst mal habe ich funktioniert. Ich habe der Polizei geholfen. Ich habe den Leuten geholfen. Dann mussten wir raus aus den Geschäften. Der Oberkommissar wollte mit mir sprechen. Ich wurde gefragt: »Wer bist du?« Ich habe gesagt: »Ich kann helfen,« mehr ging nicht. Sie wollten erst mal nach hinten in den Friseurladen gehen. Wegen des Geruchs haben sie eine Gasexplosion vermutet. Dann habe ich ihnen die Tür aufgemacht. Sie haben mich aufgefordert, zu erzählen was passiert war. Ich habe ein bisschen erzählt. Ich weiß noch, dass ich gesagt habe: »Mir geht es schlecht.« Ob ich den Satz zu Ende gesprochen habe oder nicht, weiß ich nicht mehr. Dann bin ich umgekippt.

**Was haben Sie gedacht, was los ist?**
Ich dachte, irgendwie ist Gas explodiert. Aber was das mit dem Fahrrad zu tun hatte,

konnte ich mir in dem Moment nicht vorstellen.

**Sind Sie auch selber verletzt worden?**
Ja, bin ich. Ich stand so im Eingang von unserem Geschäft, dass die Nägel mich in diesem Winkel nicht treffen konnten, obwohl ich so nah an der Bombe war. Durch die Explosion sind aber meine Ohren verletzt worden.

**Das Trommelfell?**
Ja. Und die Seele. Wenn die einmal kaputt ist, ist es sehr schwierig, sie wieder zu heilen.

**Dann sind Sie ins Krankenhaus gegangen?**
Ja. Einen Tag und eine Nacht musste ich dort bleiben. Da haben mich zwei Polizistinnen besucht.

**Und was wollten die wissen?**
Warum, wieso, weshalb? Was könnte sein?

**Und haben die Ihnen dann gesagt, dass es eine Bombe war?**
Sie haben mir gesagt, dass es eine Bombe war.

**Wie haben Sie denn die Befragungen der Polizei empfunden?**
Die Fragen waren eine Sache. Aber sie haben sogar meine Klamotten mitgenommen zur Untersuchung. Weil ich ja direkt neben der Bombe gestanden hatte. An einzelne Fragen kann ich mich leider nicht mehr erinnern. Ich kann mich nur noch an die Bilder erinnern, mehr nicht.

**Einen Tag später hat der damalige Bundesinnenminister Otto Schily gesagt, dass bei diesem Bombenattentat ein fremdenfeindlicher Hintergrund auszuschließen sei. Haben Sie davon erfahren?**
Danach habe ich ein paar Tage den Fernseher nicht angeschaltet. Ich habe immer von meinem Bruder gehört, dass sie die Keupstraße zeigen, aber ich wollte davon nichts hören. Es ist ja auch das Geschäft meines Bruders, seine Existenz. Zwei oder drei Tage war alles geschlossen, es war eine Gespensterstraße. Erst nach drei Tagen konnte ich meine Sachen aus dem Geschäft holen: meine Türschlüssel, mein Portemonnaie, meine Tasche. Ich durfte ja drei Tage lang nicht hineingehen. Ich musste bei Bekannten schlafen. Nach drei Tagen konnte ich endlich wieder in mein eigenes Bett. Da war ich ein bisschen erleichtert.

**Was haben Sie gedacht, als Sie erfahren haben, dass es ein Bombenanschlag war?**
Ich habe mich gefragt: Warum bei uns auf der Keupstraße? Die Antwort habe ich immer noch nicht gefunden. Es wurde gesagt, dass es eine Sache wegen Türken und Kurden gewesen sei. Die haben gesagt, dass es bestimmt Kurden waren, die das gemacht haben. Oder dass es wegen Schulden war. All das haben sie gesagt in Bezug auf den Friseurladen, weil die Bombe dort explodiert ist. Der arme Besitzer leidet immer noch darunter, denn er ist ja beschuldigt worden. Von der Polizei und vom Umfeld. Aber er hatte keine Schuld. Erst nach sieben Jahren kam heraus, dass er unschuldig ist.

**Warum, glauben Sie, wurde die Keupstraße für diesen Anschlag ausgesucht?**
Das war Fremdenfeindlichkeit. Hass. Ausländerhass. Denn hier auf der Keupstraße leben nur die Türken. Damals waren über zweieinhalb Millionen Türken in Deutschland. Köln und Berlin sind Städte, in denen es mehr sind. Und die Keupstraße in Köln ist eine Straße nur mit türkischen Geschäften. Sie müssen also gedacht haben, wenn sie die Bombe auf der Keupstraße legen, sind sie die Hälfte der Türken los.

**Auch Polizei und Politiker haben sofort ausgeschlossen, dass Fremdenfeindlichkeit dahinter stecken könnte. Haben Sie denn mitbekommen, wie die Leute auf der Keupstraße verdächtigt wurden? Und sind Sie selber vernommen worden?**
Ja, im Krankenhaus und auch bei mir zuhause. Sie haben mich zuhause besucht, vorher hatten sie aber angerufen. Dann musste ich

den Tag nochmal beschreiben. Auch da musste ich alles nochmal durchleben. Ich musste alles erzählen, was ich erlebt habe und was ich gemacht habe.

**Haben sie auch gefragt, wer es gewesen sein könnte?**
Nein, so was haben sie nicht gefragt. Ich musste nur beschreiben, was passiert war.

**Und wie hat sich das auf das Leben auf der Keupstraße ausgewirkt? Haben Sie mit den anderen Leuten darüber gesprochen?**
Ich habe mit niemandem ein Wort gewechselt. Wenn jemand mich darauf angesprochen hat, habe ich das Thema gewechselt. Wenn darüber geredet wurde, bin ich weggegangen. Ich hatte keine Gefühle mehr. Ich war am Ende. Bis sich das änderte, verging ein halbes Jahr. Ich musste auch eine Therapie machen. Mein Leben hat das komplett verändert. Ich bin seitdem mit den Nerven am Ende. Ich habe keine Geduld mehr. Ich wollte mit niemandem darüber reden. Ich habe mich geschämt, darüber zu sprechen.

**Wie kommt das?**
Keine Ahnung. Ich bin ein ganz anderer Mensch geworden. Vorher war ich viel offener. Jetzt ist es wieder anders mithilfe der Therapie. Denn ohne Therapie geht es nicht. Jetzt kann ich wenigstens selbst eine Lösung für meine Probleme finden. Ich möchte nicht zu anderen gehen und um eine Lösung bitten. Das kann ich nicht. Ich muss mich selber bemühen. Es fällt mir schwer, mir Hilfe zu holen. Ich bin empfindlicher geworden. Aber wenn es um dieses Thema geht, bin ich noch empfindlicher. Ich will explodieren, wenn mich jemand auf dieses Thema anspricht. Dann fange ich an zu schreien oder zu weinen. Sonst ist das nicht so. Nur wenn mich jemand auf das Thema anspricht.

**Als 2011 herauskam, dass es Nazis waren, haben Sie da Erleichterung oder Bestätigung gefühlt?**
Bestätigung ja, aber Erleichterung nicht. Bestätigung darüber, dass wenigstens der Besitzer des Friseurladens nicht schuldig ist. Ich habe mich gefreut, dass er endlich nicht mehr unter Verdacht steht. Wenn du immer den ganzen Tag hier im Geschäft neben ihm bist, bist du nicht mehr nur Nachbar, sondern wie Bruder und Schwester. Wir fühlen auch wie Geschwister. Wenn jemand Hilfe braucht, dann helfen wir uns gegenseitig, weil wir hier Geschwister sind und nicht nur Nachbarn. Hier auf der Straße. Ich habe gedacht, Gott sei Dank wird er nicht mehr verdächtigt. Denn von Anfang an war er immer der Beschuldigte.

**Haben Sie ihn auch jemals nur im Geringsten verdächtigt?**
Nein. Denn vor dieser Sache habe ich schon drei Jahre lang neben ihm gearbeitet. Seitdem ich auf der Keupstraße bin, kenne ich ihn.

**Jetzt, nachdem die Verantwortlichen für den Anschlag bekannt geworden sind, was erwarten Sie von der Öffentlichkeit und der Politik?**
Vor allem sollen sie in München dafür sorgen, dass die Frau den Mund aufmacht. Aber sie wird den Mund nie aufmachen. Warum wurden diese zehn Leute getötet, warum die Banküberfälle, die beiden Anschläge in Köln. Warum? Die Frau soll endlich den Mund aufmachen. Nicht nur ihre Anwälte.

**Glauben Sie, dass das Gericht ernsthaft versucht, die NSU-Zusammenhänge aufzudecken?**
Das kann ich leider nicht sagen. Ich war am ersten Tag im Gericht gewesen, danach nicht mehr. Denn ich habe keine Kraft mehr. Ich habe es nur bis zum Mittag im Gerichtssaal ausgehalten, dann musste ich ins Sanitärzimmer gehen. Ich konnte es nicht mehr aushalten, diese Frau da zu sehen. Seelisch bin ich am Ende gewesen an diesem Tag. Sie hat nur gelächelt. Das hat nicht nur mir wehgetan, sondern anderen Eltern, Kindern, Ehefrauen

– das Lächeln von der Frau. Am ersten Tag gab es nicht viel, was die Richter gesagt haben. Seitdem gucke ich mir keine Nachrichten mehr dazu an. Ich schalte dann immer aus. Denn ich will mich nicht noch mehr herunterziehen lassen. Ich will wieder hochkommen, nicht noch tiefer.

**Glauben Sie, dass es die alleinige Tat dieses Trios war oder dass eine größere Organisation dahinter steht?**
Ich glaube, da steht eine Organisation dahinter. Die drei waren, um es einmal so zu formulieren, vielleicht nur die Zweige eines Baumes, aber Bäume haben auch Wurzeln und stehen zusammen in einem Wald. Oder anders gesagt, es muss noch einen Kopf geben und größere Strukturen, die dahinter stecken, aber da blickt keiner durch.

**Macht Ihnen das Angst?**
Natürlich macht mir das Angst. Deswegen möchte ich meinen Namen nicht veröffentlichen und mein Gesicht nicht zeigen.

**Was bedeutet es für Ihr Verhältnis zu Deutschland? Sie haben ja gesagt, dass Sie es als Ihre Heimat betrachten.**
Natürlich ist das ganz anders geworden. Wir können nicht mehr vertrauen. Besonders den Politikern können wir nicht mehr vertrauen. Denn dieses Vertrauen ist verletzt worden. Es sind ja Akten geschreddert worden. Wer hat das weggemacht? Das waren die Politiker, sagt man. Wenigstens sollen in den anderthalb Jahren in München alle Akten offengelegt werden. Auch die Politiker müssen ihre Akten offenlegen.

**Sie sind ja auch engagiert und waren schon mehrere Male bei der »Initiative Keupstraße ist überall«. Sie werden wie alle anderen, die hier verletzt wurden, als Nebenklägerin nach München fahren. Die Initiative unternimmt den Versuch, mit vielen verschiedenen Menschen zusammen nach München zu fahren und die Nebenkläger zu unterstützen …**

Als wir am ersten Tag beim Prozess waren, war keiner aus Köln da. Da war jemand vom türkischen Konsulat, aber so richtig von Köln war keiner da zur Unterstützung. Ich habe erfahren, dass bei der Verhandlung der Keupstraße alle zusammen als Keupstraße dorthin gehen. Das hat mich erst mal erleichtert. Wenn ich da bin, bin ich dann nicht allein. Ich habe die Keupstraße hinter mir. Ok, nicht alle, die kommen, sind von der Keupstraße, aber der gemeinsame Zusammenhang ist ja die Keupstraße. Dann habe ich etwas, wo ich mich anlehnen kann. Das hat mich etwas erleichtert. Hoffentlich findet das statt. Dann komme ich da nicht mit schlechten Gefühlen raus. Und ich will hören, dass die Frau ihre Schuld zugibt. Dass sie das nicht tun wird, weiß ich. Aber meine Hoffnung ist, dass sie das zugibt und sagt: »Ja, wir haben das gemacht.« Das ist mein erster Wunsch. Und ich will, dass sie sich entschuldigt für das Leid, das sie uns und vielen anderen angetan hat.

# »Es war jedes Mal ein großer Kampf«

**Interview mit Emmanuel Adu Agyeman, 23. Februar 2014**

**Emmanuel, Du bist als Flüchtling aus Ghana nach Hoyerswerda gekommen. Welche Situation hast Du dort vorgefunden?**
Ich bin nicht direkt nach Hoyerswerda gekommen, sondern wir sind zunächst in Frankfurt gelandet, das war im Januar 1991. Von dort aus sind wir nach Limburg gebracht worden, wo wir medizinisch untersucht wurden, woraufhin wir nach Schwalbach und danach, im März, nach Hoyerswerda geschickt wurden. Das war die Zeit kurz nach dem Mauerfall. Damals wurde jeder, der Asyl in Deutschland beantragte, nach Ostdeutschland geschickt. So sind wir nach Hoyerswerda gekommen.

**Warum bist Du nach Deutschland gekommen und welche Erwartungen hattest Du an Deutschland?**
Mein Bild von Deutschland… Wir haben uns niemals vorgestellt, dass wir mit Rassismus konfrontiert werden würden. Denn wir dachten, dass die Deutschen zivilisiert sein würden, aufrichtige und offene Menschen. Als ich die Entscheidung traf, Ghana aus politischen Gründen zu verlassen, suchte ich Deutschland als Ziel aus. Ich kannte einige Ghanaer, die auch in Deutschland Asyl gesucht hatten. Sie führten hier ein gutes Leben, denn sie waren in Westdeutschland untergebracht worden. Aber wir hatten das Pech, in die ehemalige DDR geschickt zu werden, wo wir mit sehr viel Rassismus konfrontiert wurden.

**Habt Ihr bereits vor den Tagen des Pogroms von Hoyerswerda Rassismus erfahren müssen?**
Am Anfang, in Limburg, haben wir viele gute Erfahrungen mit den Leuten dort gemacht. Als wir nach Ostdeutschland geschickt wurden, haben uns andere Flüchtlinge, die schon länger dort waren, erzählt, dass der Ort nicht so gut sei und dass man unmöglich in dieser Gegend bleiben könne. Wir haben das am Anfang nicht geglaubt. Aber man muss da bleiben, wohin man geschickt wird, sonst stecken sie dich in einen Bus und schicken dich wieder dorthin zurück.

**Was für eine Situation hast Du in der Flüchtlingsunterkunft in Hoyerswerda vorgefunden? Woher kamen die anderen Flüchtlinge? Und was für Menschen hast Du dort kennengelernt?**
Als wir nach Hoyerswerda geschickt wurden, waren wir 15 Ghanaer, drei Äthiopier, zwei Marokkaner und fünf Nepalesen. Wir wurden zusammen mit dem Bus aus Schwalbach geradewegs nach Hoyerswerda gebracht. Es war kein Flüchtlingslager im eigentlichen Sinne. Wir lebten in der Thomas-Müntzer-Straße, in einer alten russischen Kaserne. Wir kamen gegen 10 Uhr abends an und sahen ein paar schwarze Leute dort. Leider waren die aus Angola und sprachen nur Portugiesisch und Französisch. Wir aus Ghana sprechen Englisch. Glücklicherweise sprach einer von uns Französisch, da er eine Zeitlang an der Elfenbeinküste gelebt hatte. Wir fragten sie, wie die Situation in Hoyerswerda sei und sie sagten, nicht so gut. Sie waren schon seit drei Monaten dort. Sie erklärten uns, dass wir jeden Tag zur Asylstelle gehen und dort ein Formular unterschreiben müssten, um zehn D-Mark zu erhalten. Nach ein paar Tagen trafen wir uns mit den Angolanern und beschlossen, diese Situation zu ändern, denn jeden Tag zur Asylstelle zu gehen, um Geld für das tägliche Essen zu erhalten, war einfach eine Zumutung. Manche Leute wollten auch reisen und ihre Verwandten in anderen Orten besuchen – aber wie willst du reisen, wenn du jeden Tag das Formular unterschreiben

musst? Wir führten eine sehr harte Diskussion mit den Leuten von der Asylstelle und forderten, entweder monatliche Zahlungen zu erhalten, oder wir würden nicht mehr kommen zum Unterschreiben. Nach einer Woche Boykott hatten wir schließlich Erfolg und sie gaben nach und sagten zu, uns am Ende des Monats das Geld auszuzahlen.

**Die Unterkunft in der Thomas-Müntzer-Straße war nicht weit von dem Haus in der Albert-Schweitzer-Straße entfernt, wo die Vertragsarbeiter aus DDR-Zeiten wohnten. Wann habt Ihr sie kennengelernt?**

Fußläufig war das Haus in der Albert-Schweitzer-Straße etwa 15 oder 20 Minuten von unserer Unterkunft entfernt. Zunächst wussten wir nicht, dass Mosambikaner in Hoyerswerda waren. Aber sie wussten über uns Bescheid und kamen vorbei, um uns kennenzulernen. Das Problem war, dass sie kein Englisch, sondern nur Deutsch und Portugiesisch sprachen. Die Kommunikation war schwierig, aber wir konnten uns mit Zeichensprache verständigen. Sie waren sehr freundlich und boten uns an, mit ihnen in die Stadt zu gehen. Am Wochenende nahmen sie immer ein paar Leute mit, die gern in Clubs gingen und holten sie mit ihren Motorrädern ab. Jedes Mal, wenn sie abends ausgingen, gab es Auseinandersetzungen, denn die Deutschen mochten keine schwarze Leute in ihren Diskos. Aber die Mosambikaner sagten: »Wir leben hier, wir gehören dazu, wir sind Teil der Gesellschaft, also sind wir berechtigt in den Club zu gehen.« Jedes Mal beleidigten die Deutschen unsere Leute und legten sich mit den Mosambikanern an, bis es zum Kampf kam und die Polizei gerufen wurde.

**Bist Du nicht in Clubs gegangen?**

Nein, ich bin nie in die Disko gegangen. In der Zeit, als ich aus Ghana kam, war ich religiös eingestellt. Mein Glauben verbot mir, Alkohol zu trinken und in Clubs zu gehen. Aber in der Zeit in Deutschland hat sich mein Leben geändert. *[lacht]*

**Hattest Du selbst verbale oder auch physische Auseinandersetzungen in Hoyerswerda erlebt?**

Ja, einmal habe ich eine Auseinandersetzung erlebt. Wir waren zwei Nigerianer und fünf Ghanaer, die regelmäßig in eine Kirche gingen, die Johanniskirche. Die Leute dort waren sehr nett. Ich zeigte ihnen, wie man in Ghana Messen abhielt, und dann zeigten sie uns, wie Messen hier abgehalten wurden. An einem Tag, als wir zu einem Jugendtreffen der Kirche gingen, trafen wir unterwegs auf eine Gruppe von Skinheads. Sie grölten, blockierten unseren Weg und sagten: »Ihr kommt hier nicht durch.« Wir versuchten zurück zu rennen, aber dabei fiel ich hin und sie konnten mich festhalten. Sie schlugen mit allem, was sie in die Hände bekamen. Ich versuchte mich zu wehren. Die Leute von der Kirche riefen die Polizei, die zum Glück schnell kam und intervenierte. Die Polizei befragte mich, wie es dazu kommen konnte. Ich konnte kein Deutsch, also versuchte ich es auf Englisch, aber sie verstanden mich nicht.

**Wurden die Skinheads festgenommen?**

Ja, sie wurden verhaftet, aber sie sagten, dass ich sie angegriffen hätte. Die Polizei brachte mich zu dem Kirchengelände, wo die jungen Leute von dort mich verteidigten. Aber alles, was sie machten, war, mich mit dem Polizeiauto zurück zur Thomas-Müntzer-Straße zu fahren. Und dann: »Tschüss, das war's.«

**Wie lange warst Du in Hoyerswerda, bevor die so genannten »Tage von Hoyerswerda« begannen?**

Wir waren acht Monate lang da, als der große Angriff kam. Aber schon vor dem großen Angriff erlitten wir viele, viele Angriffe, zum Beispiel wenn wir einkaufen gingen oder auf dem Weg zu den mosambikanischen Freunden. Leute grölten uns etwas zu und wir wurden mit Bananen beworfen. Wir erzählten es unseren Sozialarbeitern. Ganz am Ende, als die Mosambikaner für immer weggehen sollten, erlitten sie die große schwere Attacke, drei

Tage lang. Es begann an einem Dienstag und dauerte Mittwoch, Donnerstag an. Aber sie waren wirklich gut ausgestattet und verteidigten ihr Leben. Es war eine brutale Sache. Am nächsten Tag hörten wir, dass die Angreifer fertig waren mit den Mosambikanern, denn diese verließen Hoyerswerda am Freitagmorgen. Auch diejenigen, die noch nicht bereit waren zu gehen, wurden noch am selben Tag gezwungen zu gehen, denn die Auseinandersetzung war so brutal. Dann entschieden sie, in die Thomas-Müntzer-Straße zu kommen. Es war ein Freitagmorgen und unsere Sozialarbeiter kamen zu uns und sagten, niemand sollte aus dem Haus gehen. Nach den Attacken auf die Mosambikaner wussten sie, dass die Angreifer mit der Thomas-Müntzer-Straße weitermachen würden. Wir sollten nicht rausgehen. Also deckten wir uns morgens früh noch schnell mit Einkäufen ein und warteten dann, was passieren würde.

**Wie viele Leute lebten im Flüchtlingsheim?**
Es waren glaube ich 33 Ghanaer und Angolaner, zwölf Nigerianer, elf aus Bangladesch und sehr viele Osteuropäer, Jugoslawen und Rumänen. Insgesamt müssen es über 300 Menschen gewesen sein.

**Was passierte dann?**
Es begann gegen 18 Uhr. Da war eine Gruppe von Leuten auf Motorrädern. Sie stellten sich vor unser Heim auf und schmissen Steine. In dem Moment begannen wir, Panik zu verspüren. Gegen 20 Uhr hörten wir einen lauten Krach. Neben unserem Heim war ein großer Wald, da kamen sie her. Sie zündeten Feuer auf der Straße an. Dann nahmen sie die Müllcontainer, um die Straße von beiden Seiten zu blockieren, so dass kein Auto durchkommen konnte. Es gab auch eine Straßenbahnlinie, die vor unserem Heim entlang führte, aber nur bis 20 Uhr. Deswegen hatten sie diese Uhrzeit ausgesucht.

**Du denkst also, es war gut organisiert?**
Ja, es war gut organisiert. Denn zu jeder anderen Zeit wäre die Polizei eingeschritten, wenn die Straßenbahn blockiert worden wäre. Also warteten sie, bis die Straßenbahn nicht mehr fuhr. Die privaten Autos drehten um und fuhren davon.

**Wie viele Leute waren es?**
Es waren viele, bestimmt 30 bis 35 Leute. Es waren Skinheads, einige aus Dresden. Sie begannen Steine zu werfen und andere Dinge. Die Jugoslawen und die Rumänen begannen, zurück zu kämpfen. Sie kamen zu unseren Räumen und riefen uns zu: »Hey, Kollege, alles, alles!« Wir verstanden nicht, was sie mit »alles, alles« meinten. Sie meinten, wir sollten alle kommen und die Leute bekämpfen, denn wir waren mehr als sie. Aber die waren gut vorbereitet und warfen mit Steinen, schossen mit Gaspatronen und allem möglichen. Ich sagte, es ist zu gefährlich, sich ihnen entgegenzustellen. Unsere Leute warfen mit Flaschen und ähnlichem zurück, mit Tellern, mit allem, was sie in die Hände bekamen. Die Sozialarbeiter riefen die Polizei, aber die Polizei von Hoyerswerda konnte sich gegen den Mob nicht durchsetzen. Sie riefen Unterstützung aus Cottbus und anderen Ortschaften, glaube ich. Aber die kam sehr spät, erst um fünf Uhr morgens. Bis dahin hatten die Nazis alles zerstört, alle Fenster und alles.

**Was war mit der Polizei, die an den drei vorhergegangenen Tagen zu den Angriffen in der Albert-Schweizer-Straße gerufen wurde?**
Die Polizei war dort, aber sie hatte nicht geglaubt, dass die Angreifer auch zur Thomas-Müntzer-Straße kommen würden. Das Motiv der Skinheads war: »Die schwarzen Leute sind hier, nehmen uns die Arbeit weg« und so weiter. Deshalb dachte die Polizei, es geht um die Vertragsarbeiter, die dort sind. Aber die Flüchtlinge haben ja keine Arbeit, also dachten sie vielleicht nicht, dass sie zu uns kommen würden. Deshalb nahmen die Polizei keine Sicherheitsmaßnahmen vor. Danach, auch mit der Verstärkung von Einheiten der

umliegenden Orte, konnte die Polizei die Angriffe nicht unter Kontrolle bringen. Drei Tage lang haben die Angriffe in der Thomas-Müntzer-Straße angedauert. Freitag, Samstag, Sonntag. Nachts waren es nicht so viele Leute, etwas über dreißig, aber am Samstagmorgen, als sie sahen, dass sie Erfolg hatten, kamen ganz viele: Nazis aus ganz Ostdeutschland, aus Dresden und überall her. Es waren hunderte. In dem Moment rief die Polizei Verstärkung. Es kamen Hubschrauber aus Westdeutschland mit Polizeieinheiten. Alle 15 Minuten landete einer und setzte eine Menge Polizisten ab. Die Polizei umstellte das Haus Samstagnacht und am Sonntag.

Am Montagmorgen kamen Beamte von der Behörde, die für den Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen zuständig war, zu uns. Sie sagten, dass Hoyerswerda nicht sicher für uns sei und dass sie uns von dort weg an einen sicheren Ort bringen würden. Wir sagten, wir würden Hoyerswerda unter einer Bedingung verlassen: Sie sollten uns in einem Ort in Westdeutschland unterbringen, andernfalls würden wir in Hoyerswerda bleiben und dort sterben. Wir versuchten herauszufinden, wohin sie uns bringen würden, aber sie sagten, der Ort sei geheim, denn sie wollten nicht, dass die Skinheads das Ziel herausfänden und uns dort wieder attackierten. Wir aber wollten nach Westdeutschland, weil wir uns nur dort sicher glaubten. Wir diskutierten von acht Uhr morgens bis weit in den Nachmittag, aber es gab keine Einigung. Sie wollten uns das Ziel nicht nennen, aber wir wussten mittlerweile, dass es sich um einen Ort in Ostdeutschland handeln müsste, denn unsere Sozialarbeiterin hatte uns gesagt, dass wir in eine Flüchtlingsunterkunft aufs Land geschickt werden sollten. Wir waren als Ausländer in der Stadt schon nicht sicher. Aber außerhalb der Stadt würden sie kommen und uns töten. Also mussten wir dagegen ankämpfen. Wir sagten, dass wir entweder in Hoyerswerda bleiben oder nach Schwalbach bei Frankfurt zurückkehren wollen würden. Sie hatten mittlerweile Busse organisiert. Dann sagten sie, entweder wir wären kompromissbereit und stiegen in den Bus, oder sie müssten die Polizei, die auch schon müde sei, aus Hoyerswerda abziehen. Wenn die Skinheads dann kämen, gäbe es niemanden mehr auf unserer Seite. Wir hatten keine Chance. Sie gaben uns eine Stunde, um unsere Sachen zu packen. Alle waren sehr enttäuscht. Wir wussten nicht, wohin sie uns bringen würden. Sie setzten uns nach Nationalitätszugehörigkeit entsprechend in die Busse. Nur die Fahrer erhielten Instruktionen. Die Busse wurden von zwei Polizeimotorrädern vorne und einem Polizeibus hinten eskortiert.

**Wie war die Situation, als Ihr in die Busse gestiegen seid? Waren Leute aus Hoyerswerda anwesend?**
Ja, sehr viele. Sie grölten und klatschten.

**Waren das normale Leute, die dort standen, oder nur Nazis?**
Zu dem Zeitpunkt, als wir fuhren, waren keine Nazis da, nur Bewohner von Hoyerswerda. Männer, Frauen, Kinder. Der ganze Platz war voller Leute, als wir in die Busse stiegen. Der ganze Platz. Die Bewohner waren glücklich. Es gab auch ein paar, die sich nicht freuten. Aber die große Mehrheit freute sich, als sie sahen, dass wir in den Bussen weggebracht wurden.

**Dann fuhrt Ihr los.**
Wir wurden nach Meißen gefahren. Es gab schon ein paar Vietnamesen, die dort waren. Wir dachten an das, was die Sozialarbeiterin gesagt hatte: Dass der Ort nicht sicher für uns sei. Also beschlossen wir, nicht aus dem Bus auszusteigen. Wir weigerten uns. Schließlich gingen die Fahrer und auch die Polizei fuhr weg. Wir schliefen im Bus. Am nächsten Morgen gingen die Angolaner weg, wir wussten nicht wohin, sie gingen einfach davon. Wir Ghanaer überlegten, nach Schwalbach zurückzufahren. Das Problem war, dass einige von uns kein Geld hatten. Wie sollten wir nach Schwalbach kommen? Also schmiedeten wir einen Plan. Wir würden uns bei der

Sozialstelle melden und sobald wir am Ende des Monats das Geld empfangen würden, würden wir davonlaufen und nach Schwalbach zurückkehren. Ich sprach also mit den Sozialarbeitern und sagte, dass wir uns entschieden hätten zu bleiben.

Zu unserem Glück kam dann eine Gruppe aus Berlin, die wir gar nicht kannten, zu uns nach Meißen. Sie hatten über die Angolaner herausgefunden, wo wir hingebracht worden waren. Dann kamen sie, um uns zu treffen und sich mit uns zusammenzusetzen. Wir erzählten ihnen unsere Geschichte, was passiert war. Sie erklärten, dass sie uns helfen wollten, aber nicht viel Macht hätten. Sie boten uns an, mit ihnen nach Berlin zu kommen. Sie wollten uns helfen, in Berlin für unsere Legalisierung zu kämpfen. Sie könnten uns nichts versprechen, aber sie würden ihr Bestes tun. Innerhalb unserer Gruppe gab es Uneinigkeit – einige wollten nach Schwalbach, andere, darunter ich, waren für Berlin. Wir fuhren dann heimlich und unauffällig ohne unser Gepäck mit dem Zug über Dresden nach Berlin-Lichtenberg. Als wir ankamen, waren Leute da, organisierte Leute, die uns empfingen und unsere Sachen hatten. Sie fuhren mit uns nach Neukölln, wo wir übernachten konnten. Sie machten Essen für uns und Frühstück am nächsten Tag. Dann mussten wir überlegen, was als nächstes zu tun sei. Sie schlugen vor, als erstes Kirchenasyl zu beantragen, denn wir waren ja nicht legal in Berlin und konnten jederzeit von der Polizei aufgegriffen und nach Meißen gebracht werden.

In Berlin trafen wir auch wieder auf die Angolaner, die dort Asyl beantragt hatten. Wir waren 23 Ghanaer und 10 Angolaner, 33 insgesamt, die nach Berlin gekommen waren, um für ihre Legalisierung zu kämpfen. Aber es war nicht einfach. Wir mussten einen ganzen Monat kämpfen, um in Berlin bleiben zu dürfen. Unsere Unterstützer waren wirklich schlau und sie bestärkten uns zu kämpfen. Sie gaben uns alle nötigen Informationen.

Der erste Schritt war, Kirchenasyl zu beantragen. Denn wenn du einmal unter dem Schutzschirm der Kirche stehst, kann kein Polizist dich aus Berlin rausbringen. Sie kontaktierten noch am gleichen Tag verschiedene Kirchen für uns. Wir gingen ins Café Grenzenlos in der Oranienburger Straße, wohin sie einige Kirchenvorsteher einluden. Sie kamen, aber die waren nicht glücklich über unseren Kirchenasylantrag. Wir mussten es argumentativ durchkämpfen. Aufgrund meines religiösen Hintergrunds kannte ich die Bibel sehr genau. So konnte ich mit der christlichen Lehre argumentieren. Ich appellierte an die Kirche, ihre Aufgabe wahrzunehmen, den Menschen zu helfen. Aber es dauerte den ganzen Tag. Sie gewährten uns eine Woche Kirchenasyl und verteilten uns auf verschiedene Kirchen. Sie waren ganz schön schlau, denn so wollten sie uns spalten. Sie sagten zum Beispiel, dass unsere Unterstützer keine guten Menschen seien und wir uns nicht an sie halten sollten. Und dass wir besser zurück nach Meißen gehen sollten, weil uns sonst die Polizei holen und zurück nach Ghana schicken würde.

Wir erreichten, dass ein Treffen mit dem Innensenator, Dieter Heckelmann, dem Kirchenvorsteher, unseren Unterstützern und mir als Sprecher unserer Gruppe vereinbart wurde. Das war sozusagen die Stunde der Entscheidung. Die Diskussion dauerte viele Stunden. Heckelmann sagte schließlich, dass nur diejenigen Leute in Berlin bleiben könnten, die ihren Asylantrag dort gestellt hätten. Aber wir anderen, die ihren Asylantrag in Schwalbach gestellt hatten, sollten zurück nach Schwalbach gehen. Ich war so enttäuscht, aber unsere Unterstützer ermutigten uns, nichtsdestotrotz weiterzukämpfen. Der Plan war, dass auch diejenigen, die vom Senator in Berlin angenommen worden waren, das Angebot nur unter der Bedingung annehmen sollten, wenn alle in Berlin legalisiert würden. So konnten wir erneut in Verhandlungen treten. Wir kamen außerdem zu dem Entschluss, dass wir an einem Ort wohnen wollten. Unsere Unterstützer schlugen einen Ort in Zehlendorf vor. Es dauerte

drei Tage, bis wir erreicht hatten, dass sie uns dort unterbrachten. Das war die Gegend, in der auch der Oberbürgermeister von Berlin lebte. Die Anwohner beschwerten sich und hatten Angst, dass die Nazis wegen uns jetzt nach Zehlendorf kommen würden. Sie übten Druck auf den Senator aus. Einen ganzen Monat lang bekam der Senator jeden Tag Anrufe. An einem Tag gingen die Anwohner dann zu seinem Büro und forderten: »Entweder ihr bringt die Leute weg von hier, oder es wird dir nicht gut ergehen.« Der Senator stand unter großem Druck und so sagte er eines Tages: »Gebt mir die Namen von diesen Leuten und ich werde sie alle unter das Kontingent von Berlin stellen« und alle erhielten eine Duldung. Dann verteilten sie uns auf verschiedene Flüchtlingsheime in Berlin.

**Wann war das?**
Das war in September. Insgesamt hatte der ganze Prozess – von Hoyerswerda bis Meißen nach Berlin, bis zu unserer Duldung – zwei Monate gedauert. Aber damit hörte es nicht auf. Unsere Unterstützer waren weiterhin für die Legalisierung anderer Flüchtlinge in Berlin aktiv. Das war nicht einfach.

**Danach hast Du in Berlin gelebt?**
Ja, ich blieb in Berlin, bis ich meine Aufenthaltserlaubnis bekam. Es ist nicht erlaubt zu arbeiten, bis das Arbeitsamt dir einen Job besorgt. Alle drei Monate gehst du zum Arbeitsamt und fragst, ob sie einen Job für dich haben. Andernfalls gehst du zum Sozialamt, um deine Sozialleistungen zu beziehen. Im August 1993 bekam ich meine Aufenthaltserlaubnis, so dass ich in Deutschland studieren, arbeiten oder tun konnte, was immer ich wollte.

**Hoyerswerda 1991 gilt als das erste Pogrom gegen Flüchtlinge in Deutschland nach der Wende. Danach gab es häufig massive Attacken gegen Flüchtlingsheime in Ostdeutschland wie Rostock-Lichtenhagen und auch in Westdeutschland wie in Solingen, wo Menschen starben. Als Du in Berlin gelebt hast, hast Du bestimmt von diesen Angriffen erfahren?**
Wir erfuhren von all diesen Angriffen. Auch von Rostock, wo das Flüchtlingsheim angezündet wurde. Zusammen mit der Unterstützergruppe fuhren wir nach Rostock, um dort zu demonstrieren. Es war eine sehr große Demonstration. Es gab eine ganze ghanaische Community, die nach Rostock fuhr und mit Trommeln und Kriegsgesängen an der Demo teilnahm. Wir demonstrierten auf die ghanaische Art. Einigen der Bewohner von Rostock gefiel es und sie schlossen sich uns an.

**Auch in Hoyerswerda gab es eine große Demonstration.**
Stimmt. Das war am Sonntag, nachdem wir Hoyerswerda verlassen hatten. Es gab eine sehr große Demonstration von Leuten aus Berlin, die in ganz Hoyerswerda demonstrierten. Es waren tausende.

**1993 wurde dann das Asylgesetz in Deutschland geändert. Damit wurden die rassistischen Angriffe unsichtbarer. In dieser Kontinuität steht ja auch die Mord- und Anschlagserie des NSU. Letztes Jahr haben wir Dich zu unserer Veranstaltungsreihe in die Keupstraße eingeladen, um uns über die Erfahrungen mit diesen rassistischen Anschlägen und auch dem behördlichen Rassismus auszutauschen. Was hat sich seit den frühen 1990er Jahren geändert?**
Es hat sich nicht viel verändert. Ich kann mich erinnern, wie es war, als ich anschließend nach Frankfurt/Main kam, nach zehn Jahren in Berlin. In Berlin hatte ich niemals Rassismus erlebt, in der Gegend wo ich lebte, in Schöneberg, Kreuzberg, Neukölln. Die Deutschen dort waren den Mix gewöhnt. Aber als ich nach Frankfurt kam, sah ich, dass die Atmosphäre anders war als in Berlin. Einen Nachmittag war ich in der U-Bahn-Station Hauptwache in Frankfurt. Ich ging hinein und dort waren zwei Security-Männer, die auf mich zukamen. Sie fragten mich: »Was

machst du hier?« Da wurde ich sauer und sagte: »Warum kommen Leute wohl hierher?« Sie sagten: »Wir sehen dich schon eine ganze Weile hier herumstehen. Wir möchten wissen, was du hier tust. Zeig uns dein Ticket.« Ich weigerte mich und wurde schließlich brutal verhaftet und mit Knüppeln zusammengeschlagen. Ich hatte überall Wunden. Als die Polizei kam, habe ich meine Aussage gemacht, aber anschließend wollten sie mir noch nicht einmal einen Krankenwagen rufen. Ich musste darauf bestehen. Danach kontaktierte ich eine Anwältin und brachte den Fall vor Gericht. Das Gericht tagte über eine Woche zu dem Fall, bis ein Urteil gefällt wurde. Sie urteilten, dass die Security-Leute Unrecht hatten, aber mir wurde zur Last gelegt, dass ich mein Ticket nicht vorgezeigt hatte. Also wurde der Prozess mit einem Vergleich beschlossen, so dass keine der beiden Seiten zahlen musste. Das Gericht übernahm die gesamten Kosten. Meine Anwältin wollte in Revision gehen, aber ich lehnte ab. Ich wollte es dort abbrechen.

**Gerade Frankfurt ist ja bekannt für rassistische Kontrollen, wenn man zum Beispiel an die Skandale über das so genannte racial profiling der letzten Jahre denkt …**
Das war der Grund, warum ich letztlich Frankfurt verließ. Mir war klar geworden, dass Frankfurt auch kein sicherer Ort zum Leben ist. Überall wo man hingeht, ist Sicherheitspersonal, es werden einem dumme Fragen gestellt. Dann zog ich mit meiner Familie in ein kleines Dorf bei Darmstadt. Außer uns lebten dort aber nur Weiße. Besonders für meine Frau, die zu dieser Zeit keine Arbeit hatte und deshalb viel zu Hause war, war die Situation schwierig da wir keinen Kontakt zu den Menschen dort bekamen. Deshalb zogen wir dann nach Darmstadt, wo wir seitdem leben. Manchmal fahre ich nach Frankfurt zu einem großen afrikanischen Geschäft, wo wir ghanaische Produkte kaufen. Als wir einmal dort waren, hat mein Sohn mich gefragt, warum wir denn nicht in Frankfurt leben würden. Ich sagte, nein, ich habe in Frankfurt gelebt und habe es aus gutem Grund verlassen. Ich habe ihm davon erzählte, warum ich mich entschieden habe, wegzuziehen.

**Du bist später noch einmal nach Hoyerswerda gefahren. Was hast Du dort erlebt?**
Das war, als Hoyerswerda zehn Jahre lang her war. Eine Unterstützerin von damals, die als erste zu uns nach Meißen kam und uns später in Berlin in unserem Kampf maßgeblich unterstützt hatte, lud mich ein, mit dorthin zu fahren und Interviews mit den Bewohnern von Hoyerswerda zu führen. Wir fuhren also hin, gingen in die Thomas-Müntzer-Straße und sprachen dort mit den Leuten. Viele von damals lebten aber schon nicht mehr dort. Viele waren noch sehr jung, als die Ereignisse geschahen, andere wussten nur aus Erzählungen davon. Später trafen wir den Bürgermeister von Hoyerswerda, Horst-Dieter Brähmig. Er war wirklich sehr nett zu uns. Er lud mich und meine Familie wieder nach Hoyerswerda ein. Als ich mit meiner Frau und meinem Sohn, der damals noch ein Baby war, hinfuhr, entschuldigte er sich offiziell bei uns für das, was passiert war. Er ist mir ein richtiger Freund geworden.

**Aber 2012 seid Ihr doch noch einmal nach Hoyerswerda gefahren, zusammen mit Unterstützer_innen und Manuel Alexandre Nhacutou, einem ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter. Wie war da die Situation? In den Filmaufnahmen von Julia Oelkers und Lars Maibaum sieht man, dass Ihr wieder attackiert worden seid.**
Das war in der Albert-Schweizer-Straße. Wir waren eingeladen, uns anzuschauen, wie das ehemalige Wohnhaus der Vertragsarbeiter heute aussieht. Als wir dort ankamen, trafen wir auf eine Gruppe von Leuten unter einem Baum, die sagten: »Seht euch das an, eine Gruppe schwarzer Leute. Sie kommen wieder zurück. Schaut euch das an, vor so vielen Jahren sind sie gegangen und jetzt kommen sie zurück.« Jemand holte Bananen und rief:

»Hier, Bananen für euch.« Unser Kameramann filmte die Szene, aber die Leute sagten: »Hört auf zu filmen.« Sie wollten uns sogar angreifen. Wir riefen die Polizei. Und das war seltsam, denn selbst in Anwesenheit der Polizei waren wir nicht sicher. Die Polizei kam und sagte: »Wir helfen euch, sobald ihr aufhört zu filmen.« Der Kameramann erwiderte: »Was bedeutet es denn, wenn ich filme? Diese Leute wollen uns angreifen und deswegen haben wir euch gerufen. Das ist euer Job. Ich mache meinen Job.« Und sie antworteten: »Nein, entweder ihr stellt die Kamera ab oder wir gehen wieder.« Es gab eine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei. Obwohl diese Leute uns angreifen wollten, war die Polizei nur damit beschäftigt, den Kameramann vom Filmen abzuhalten. Sie kümmerten sich überhaupt nicht darum, was diese Leute taten. Also riefen wir einen anderen Polizeiwagen, der dann eintraf und half.

**Vor kurzem wurde ein neues Flüchtlingsheim in Hoyerswerda eröffnet, das erste seit den Vorfällen 1991. Hast Du davon gehört?**
Nein, davon habe ich noch nicht gehört. Ich würde gern hinfahren und den Ort besuchen. Nachdem wir 1991 weg waren, gab es nur einen einzigen Mosambikaner in Hoyerswerda, der mit einer Deutschen verheiratet war und ein kleines Geschäft dort hatte. Aber er hatte viele Probleme und Auseinandersetzungen, außerdem lief das Geschäft nicht gut, so dass er mit seiner Frau in eine andere Stadt zog. Danach gab es keinen einzigen Schwarzen mehr in Hoyerswerda.

**2004 fand der Anschlag auf die Keupstraße statt, wo Nazis versuchten, mit einer Nagelbombe möglichst viele Menschen zu töten. Wir hatten Dich letztes Jahr zu einer Veranstaltung auf der Keupstraße eingeladen, wo Du eines der Opfer dieses Anschlags kennengelernt hast. Was hast Du gedacht, als du seine Geschichte gehört hast?**
Als dieser Mann seine Geschichte erzählte, hatte ich das Gefühl, dass die Ausländer keine Chance haben. Warum sollte die Polizei für die Ausländer Partei ergreifen? Denn man kann sich die Situation gut vorstellen: Es war offensichtlich, dass diese Bombe von Nazis, von Deutschen, gelegt worden war. Aber davon wollten sie nichts wissen. Das war genauso, als ich vor Gericht stand wegen des Vorfalls in Frankfurt: Sie verteidigten die Security-Männer, denn sie wollten nicht zugeben, dass der Ausländer im Recht war. Also fanden sie etwas, um die Situation so zu drehen, dass es die Schuld des Ausländers gewesen sei. Das habe ich auch in der Situation in der Keupstraße gesehen. Sie wollten nicht, dass die Öffentlichkeit dachte, dass Deutsche kriminell seien. Also schoben sie alles den Ausländern unter: »Sie waren es!« Ich hatte das Gefühl, dass ich ein Opfer des gleichen Prinzips geworden war: Sie wollten mir nicht glauben. Aber ich sagte die Wahrheit. Ich forderte das Gericht sogar auf, die Kameras, die in jeder U-Bahn-Station hängen, zu überprüfen. Aber sie wollten es nicht tun, denn dann hätten sie herausgefunden, dass die Security-Männer gelogen hatten. Also überprüften sie die Kameras einfach nicht. Das gleiche ist in der Keupstraße passiert: Sie glaubten den Ausländern einfach nicht, weil sie Ausländer sind. Weil es das Bild der Deutschen ankratzt.

**Denkst Du, dass es wichtig ist, über die Erfahrung mit Rassismus zu sprechen? Und war es für Dich schwierig, darüber zu reden?**
Es kommt darauf an, wie die Person sich fühlt. Manche Leute regt es emotional sehr auf, sich an diese Ereignisse zu erinnern. Denn das Reden lässt die Erinnerung daran hochkommen, wie einem sein Recht verweigert wurde und es mit Füßen getreten wurde. Viele sagen: »Was passiert ist, ist passiert.« Aber manche möchten ihre Erfahrungen teilen und andere wissen lassen, dass sie Recht hatten und ihnen ihr Recht verweigert wurde. Ich denke, es ist wichtig, den Leuten dies zu erzählen und es öffentlich zu machen, was passiert ist und wie sehr es uns unter die Haut gegangen ist.

**Deine Geschichte ist auch eine Geschichte von Stärke und von Solidarität. Ihr habt euch nicht spalten lassen in diesem besonderen historischen Moment und habt auf diese Weise geschafft, Eure Rechte durchzusetzen. Ihr habt die Situation, in der Ihr angegriffen wurdet, in eine Situation gewendet, in der Ihr immer Euren Weg durchgesetzt habt: Ihr habt euch geweigert, den Bus zu verlassen, Ihr habt Euch geweigert, im Osten zu bleiben, habt Euch gegen die Widerstände von Kirche und Politik durchgesetzt und sie in einen Erfolg verwandelt.**
Richtig. Es war jedes Mal ein großer Kampf. Und du musst dich viel streiten. Du musst ihnen zu verstehen geben, dass du wirklich hinter dem stehst, was du sagst. Dass du weißt, was du sagst. Wir kämpften gemeinsam mit Leuten, die uns unterstützt haben. Das war wichtig. Sie sagten uns: »Gebt nicht auf! Ihr könnt weiterkämpfen!« Und dann musst du ein wenig eigenes Selbstbewusstsein aufbringen, um dir zu sagen: »Du kannst es schaffen!«

**Gibt es noch etwas, das du hinzufügen möchtest?**
Ich bin allen dankbar, die uns geholfen haben bei unserer Legalisierung in Berlin, so dass ich heute mit meiner Familie hier leben kann. Ich bedanke mich auch für diese Einladung.

# Hoyerswerda und kein Ende

## Erfahrungen ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter_innen vor und nach der Wende

*Lars Maibaum*

Ende 2013 produzierte der Journalist Toralf Staud für die Bundeszentrale für politische Bildung den kurzen Dokumentarfilm *Ich kenne meine Feinde*. Sehr zurückhaltend schildert er die Sicht von in Deutschland lebenden Migrant_innen auf die Mordserie des NSU. Anders als die Polizei, die sich bei ihren Ermittlungen auf angebliche familiäre und mafiöse Motive konzentrierte, vermuteten sie früh Rassismus als Tatmotiv. Staud lässt die Aussagen der Migrant_innen weitestgehend unkommentiert und schafft damit einen Raum, in dem erkennbar wird, dass diese – später zur Gewissheit werdende – Vermutung aus langen Erfahrungen der Menschen mit alltäglich erlebtem Rassismus in Deutschland herrührt.

Im März 2013 begegnete ich im Rahmen der Filmreihe »Von Mauerfall bis Nagelbombe« Bewohner_innen der Kölner Keupstraße, die Opfer des NSU-Anschlags vom Juni 2004 geworden waren. Anlass war die Aufführung des Dokumentarfilms *Viele habe ich erkannt*, der die Erinnerungen des ehemaligen DDR-Vertragsarbeiters Manuel Alexandre Nhacutou an das Pogrom von Hoyerswerda 1991 zusammenfasst und in dem er berichtet, wie er Rassismus – zunächst in der DDR und später auch im vereinigten Deutschland – erlebte. Im anschließenden Filmgespräch beeindruckten mich die Reflektionen der Keupstraßenbewohner_innen über ihre Erfahrung mit Rassismus, die weit über das unmittelbare Erleben des NSU-Terrors hinaus reichten, weil sie direkt an die Schilderungen des mosambikanischen Arbeitsmigranten Manuel Alexandre aus den frühen 1990er Jahren anknüpften.

Der Dokumentarfilm *Viele habe ich erkannt – Gedächtnisprotokoll eines mosambikanischen Vertragsarbeiters*, an dem ich als Kameramann und Co-Autor beteiligt war, entstand 1992. Er zeigt ein einzelnes von Helmut Dietrich geführtes Gespräch mit Manuel Alexandre Nhacutou, der 1983 als einer von insgesamt ca. 20.000 mosambikanischen Vertragsarbeitern in die DDR kam und zunächst in einer Betriebsstätte des VEB Schwarze Pumpe in Lauchhammer, später im VEB Braunkohlenkombinat Senftenberg (nach 1990 LAUBAG) arbeitete.Wir hatten uns damals bewusst entschieden, die Schilderung Nhacutous in den Mittelpunkt unseres Films zu stellen. Da es uns nicht um eine umfassende Darstellung der Ereignisse rund um das Pogrom ging, verzichteten wir weitestgehend auf Statements anderer Menschen, die in die Geschehnisse in der sächsischen Stadt involviert waren. Lediglich Texttafeln mit Hintergrundinformationen und Bilder von Orten und Industrieanlagen, von denen Manuel erzählte, sowie Videosequenzen, die von den in Hoyerswerda angegriffenen Asylsuchenden und Vertragsarbeiter_innen selbst aufgenommen worden waren, ergänzten seine Schilderungen.

Unsere Entscheidung, sich der subjektiven Perspektive eines in Deutschland lebenden Migranten möglichst weit anzunähern, indem wir seine Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft in den Fokus stellten, war zum einen die Reaktion auf die in den frühen 1990er Jahren von den meisten bundesdeutschen Medien verbreiteten Schreckensvision einer durch unkontrollierte massenhafte Zuwanderung bedrohten deutschen Gesellschaft. Darüber hinaus beeinflusste uns in unserer Haltung als Film- und Videoaktivist_innen auch ganz entscheidend eine damals hitzig geführte Debatte zwischen Migrant_innengruppen und linken Gruppen über die eigenen rassistischen Stereotypen, die es bei uns – als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft – natürlich auch gab, auch wenn wir uns Antirassismus auf die Fahnen geschrieben hatten.

## Institutioneller und alltäglicher Rassismus in der DDR

1989 lebten rund 90.000 so genannte Vertragsarbeiter_innen in der DDR. 60.000 kamen aus Vietnam, 18.000 aus Mosambik, 10.000 aus Kuba. Grundlage ihres Aufenthalts waren die *»Abkommen über die zeitweilige Beschäftigung mosambikanischer, angolanischer oder vietnamesischer Werktätiger in sozialistischen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik«*. Diese Verträge regelten im Detail den Aufenthalt, die Unterbringung und den Einsatz dieser Menschen in den DDR-Betrieben: Es wurde festgelegt, dass ihnen mindestens fünf Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung stehen sollten, dass sie zwölf Prozent ihres Lohnes in die Heimatländer abführen mussten, der Nachzug von Familienangehörigen wurde untersagt, sie durften nicht Mitglied in Parteien der DDR werden, die Gründung von Vereinen wurde ihnen nicht gestattet, Frauen drohte im Falle von Schwangerschaft die Abschiebung; all diese und andere Einschränkungen, die die Migrant_innen gegenüber den DDR-Bürger_innen diskriminierten, waren bis 1990 nur wenigen staatlichen Stellen der DDR bekannt. In der Öffentlichkeit wurde der Einsatz der Vertragsarbeiter_innen als solidarische Hilfe für befreundete sozialistische Länder dargestellt, die unter Krieg und Kriegsfolgen litten, und durch die junge Leute Ausbildung und Arbeitsmöglichkeiten erhalten sollten, die ihnen im Heimatland nicht möglich waren.

Spätestens seit den 1980er Jahren orientierte sich die *»zwischenstaatliche Migration von Arbeitskräften«* immer stärker an der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt der DDR. Im Falle Mosambiks ging es zudem darum, die Verschuldung Mosambiks gegenüber der DDR durch den Einsatz von Arbeitskräften aus der Volksrepublik zu reduzieren. *»Nicht als Arbeiter der Freundschaft, sondern als ›fester Bestandteil des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens‹, wie es im Ministerium für Staatssicherheit hieß, wurden die ausländischen Werktätigen angesehen, deren Einsatz auch sehr genau beziffert wurde: 18.487 M für das Nationaleinkommen produzierte ein Mosambikaner nach Abzug aller Kosten. 13.000 erbrachten ca. 240 Mio. Mark.«*

In *Viele habe ich erkannt* berichtet Manuel Alexandre Nhacutou vom strukturellen Rassismus, der sich aus den zwischenstaatlichen Verträgen ergab, etwa von Kontrollen in den Wohnunterkünften, fehlender Privatsphäre oder der Nichtgestattung von Besuchen. Kontakt zur deutschen Bevölkerung zu bekommen war für die Vertragsarbeiter_innen außerhalb des Arbeitsplatzes sehr schwierig. Er ergab sich meist nur im Rahmen von offiziellen Veranstaltungen und Betriebsfeiern, ansonsten waren sie auf Einladungen von deutschen Arbeitskolleg_innen angewiesenen. Von gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der DDR war unter diesen Bedingungen jedenfalls nicht zu sprechen.

Nhacutou redet in unserem Film auch über den alltäglichen Rassismus am Arbeitsplatz durch Vorgesetzte und Arbeitskolleg_innen. Er erinnert sich, dass auf Intervention von Vorgesetzten Betriebsärzte den Vertragsarbeitern wiederholt Krankschreibungen verweigerten und sie trotz Krankheit zur Arbeit gezwungen wurden. Er sprach von verbalen Beleidigungen, von gewaltsamen rassistisch motivierten Übergriffen auf die mosambikanischen Kollegen_innen und sogar von einem tödlichen Unfall im Betrieb, hinter dem nicht nur er Mord vermutete.

Aus seiner Perspektive kamen dann die tagelangen rassistischen Angriffe in Hoyerswerda im September 1991 nicht überraschend. Seinen Angaben zufolge beteiligten sich nur wenige rechtsradikale Skinheads, dafür aber umso mehr Arbeitskolleg_innen und Nachbar_innen. Eine Wahrnehmung, die sich wohl diametral von der Wahrnehmung der meisten Deutschen – nicht nur in Hoyerswerda – bis heute unterscheidet.

## Für die Vertragsarbeiter_innen kam das Pogrom nicht unerwartet

Auch andere mosambikanische Vertragsarbeiter_innen aus Hoyerswerda berichteten von brutalen, rassistisch motivierten Angriffen auf Arbeitsmigrant_innen lange vor den Pogromnäch-

ten vom September 1991. Sie erinnerten sich, wie Manuel Alexandre Nhacutou, besonders an einen Vorfall im Mai 1990, der bis heute oft verharmlosend als Prügelei zwischen Mosambikanern und Jugendlichen bezeichnet wird:

*»Nach der Wende, genau am 1. Mai 1990, erlebte ich vorläufig das Schlimmste. Ich war an diesem Tag im Wohnheim WK1 (Wohnkomplex 1) zu Besuch. Als ich zurückkam, sah ich auf der Südstraße, jetzt Külzstraße, viele Jugendliche. Sie riefen: »Schwarze raus aus diesem Land.« Sie warfen mit Steinen die Fensterscheiben ein. An diesem Tag gab es bei uns drei Schwerverletzte. Zwei kamen vom Rummel, einer wurde an der Kreuzung zusammengeschlagen. Sie waren eine Woche im Krankenhaus. Die Polizei kam auch her und schickte uns ins Wohnheim. Die deutschen Schläger blieben frei. Seit diesem Tag spüren wir oft den Ausländerhass.«* Noch im selben Monat überreichte die Botschaft der Volksrepublik Mosambik in der DDR dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten eine Note, in der von zahlreichen Aggressionen in mehreren Orten der DDR berichtet wurde mit der Bitte um schnelle Hilfe für die Sicherheit der mosambikanischen Bürger.

Trotzdem kam es in Hoyerswerda zu zwei weiteren schweren rassistischen Angriffen in der Nacht zum 3. Oktober 1990, am Tag der deutschen Einheit. Die Angriffe galten den Bewohner_innen eines »Ausländerwohnheims« in der Zetkinstrasse. Etwa zwanzig Personen bewarfen am frühen Abend die Wohnunterkunft mit Flaschen und zerstörten die Eingangstür und mehrere Fensterscheiben. Kurz nach Mitternacht kam es zu einem erneuten – laut der örtlichen Presse *»wesentlich schlimmeren«* – Angriff. Bis zu 50 Täter_innen, *»überwiegend 16-17-jährige Lehrlinge aus Schwarze Pumpe«*, sollen beteiligt gewesen sein. Wie das *Hoyerswerdaer Wochenblatt* berichtete, hatte die Polizei offensichtlich im Vorfeld »aus anonymen Drohungen« Informationen, dass rassistische Angriffe geplant waren. So war bekannt, dass mosambikanische Migrant_innen auf dem Weg von der Arbeit an einer Bushaltestelle abgefangen und *»verprügelt«* werden sollten. Die Werksleitung der LAUBAG reagierte auf diese Drohungen und ließ die mosambikanischen Arbeiter_innen mit betriebseigenen Fahrzeugen von den Betriebsstätten nach Hoyerswerda in ihre Unterkünfte bringen. Dort erhielten sie Lebensmittel und die Anweisung, in ihren Zimmern zu bleiben und das Wohnheim nicht zu verlassen.

Nach den Angriffen vom 3. Oktober 1990 rechnete die örtliche Polizei offenbar mit weiteren Angriffen und der Autor des oben zitierten Zeitungsartikels merkte vorausschauend an *»Wer meint, mit der Abreise der Afrikaner bis zum 31.12.1991 sei die Problematik entschärft, der irrt. Ein reiches Land hat auch viele Asylanten. Die Polizei allerdings wird das Problem der Ausländerfeindlichkeit nicht lösen. Ein tolerantes Miteinander muß gelernt werden.«* Der Appell für ein tolerantes Miteinander blieb in der Stadt weitestgehend ungehört. Stattdessen patrouillierte in der Stadt die »Neue Deutsche Ordnung«: eine bürgerwehrähnliche Gruppierung, die in Privatautos die Stadt durchstreifte, eigenmächtig Kontrollen bei Personen, »die ihr verdächtig erscheinen«, durchführte und Kontakte zu militanten Neonazis der 1992 verbotenen rechtsextremen »Deutschen Alternative« (DA) unterhielt.

Als in Hoyerswerda im Frühjahr 1991 die ersten Asylsuchenden in ein Gebäude in der Thomas-Müntzer-Straße einzogen, machten sie schnell ähnliche Erfahrungen wie die mosambikanischen und vietnamesischen Migrant_innen:

*»Nach einem Monat stellten wir fest, daß die Bevölkerung uns nicht gut gesonnen war. Es passierten eine ganze Reihe von Dingen: Man beleidigte uns, man bedrohte uns auf der Straße, sie griffen uns auf die eine oder andere Art an, sie belästigten uns. So waren wir gezwungen, nur noch in Gruppen auszugehen, denn wenn du alleine spazieren gingst, wurdest du angegriffen oder bedroht.«*

Im Sommer 1991 wurden in der Lokalpresse immer wieder Beschwerden Hoyerswerdaer Bürger_innen über »die Asylanten« thematisiert. Unter Überschriften wie »Je später der

Abend desto lauter die Gäste« wurden rassistische Ressentiments der Deutschen aus Hoyerswerda aufgegriffen und teilweise unkritisch in die Berichterstattung übernommen. Über die miserablen Bedingungen der Asylsuchenden im Wohnheim und über die Angriffe auf sie erfuhren die Leser_innen der Lokalpresse kaum etwas.

Zwölf Tage später begann das Pogrom, das am 20. September mit der fatalen Entscheidung des Landratsamtes, nahezu alle Migrant_innen aus der Stadt zu evakuieren, endete. Die meisten der mosambikanischen DDR -Vertragsarbeiter_innen aus Hoyerswerda wurden mit Bussen zum Flughafen Frankfurt/Main geschafft. Mit einer eilig gecharterten Maschine wurden sie nach Mosambik ausgeflogen – in ein Land, in dem zu dieser Zeit immer noch ein Bürgerkrieg stattfand.

### Diskriminierung im vereinigten Deutschland

Grundlage für die vorzeitige Ausreise der Vertragsarbeiter_innen war eine von der letzten DDR-Regierung beschlossene Verordnung des Ministerrats vom 13.6.1990. Wesentlich bestimmte diese Verordnung, dass die zwischenstaatlichen Verträge zwischen der DDR und den Ländern, aus denen die Vertragsarbeiter_innen kamen, nicht verlängert wurden. Betrieben, die diese Arbeiter_innen beschäftigten, wurde die Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung der Arbeitsverträge »aus zwingenden Gründen« eingeräumt. Sollte es in Folge solcher Kündigungen zu einer vorzeitigen Ausreise von Vertragsarbeiter_innen kommen, so regelte die Verordnung »Ansprüche für einen finanziellen Ausgleich in Höhe von 70% des Nettolohnes für mindestens 3 Monate, Unterbringung im Wohnheim bis zur Ausreise, Organisation und Finanzierung der Heimreise durch den Betrieb sowie eine einmalige Unterstützungszahlung von 3.000,- DM«.

Manuel Alexandre Nhacutou schildert in unserem Film, dass es im Zusammenhang mit den Ausgleichzahlungen (»Abfindungen«) kurz vor den Pogromtagen zum Konflikt zwischen den mosambikanischen Migrant_innen und der Betriebsleitung der LAUBAG kam. Ein Berliner Rechtsanwalt, der im Auftrag mehrerer Betroffener 1991 mit der LAUBAG verhandelte, erinnert sich, dass der Betrieb Vertragsarbeiter_innen rechtswidrig gekündigt hatte und neue, bis zur geplanten Ausreise befristete Arbeitsverträge ausstellte. Auf Grundlage dieser neuen Verträge wollte der Betrieb um die Zahlung eines Großteils der den Migrant_innen zustehenden Abfindungen herumkommen. Dass diese Praxis seinerzeit in vielen ehemaligen DDR-Staatsbetrieben üblich war, bestätigt die ehemalige Ausländerbeauftragte von Brandenburg, Almut Berger: *»Inzwischen kam es immer häufiger zu eigenmächtigen Entlassungen durch die Betriebe, Chartermaschinen wurden organisiert und Arbeiter einfach zurückgeführt[…]. Bis zum Mai 1990 waren schließlich rund 60% der in der DDR lebenden Vertragsarbeitnehmer von Kündigung betroffen. So mancher ist damals Hals über Kopf vor der sich immer deutlicher artikulierenden hasserfüllten Ablehnung ins Asyl nach Westdeutschland geflohen, andere wurden einfach in ein Flugzeug gesetzt und ohne jede Abfindung oder Ausgleichszahlung nach Hause befördert.«*

Nach den Ereignissen vom September 1991 kam Manuel Alexandre Nhacutou nach Berlin. Er nahm an einem »Fachkräfteprogramm zur Förderung junger Unternehmer« teil, das »die Chancen für einen Neuanfang der Migranten in ihren Herkunftsländern verbessern sollte«. Er selbst bezeichnete diese Fortbildungsmaßnahme als »Abschiebeprogramm«, da die Teilnahme an eine Ausreiseverpflichtung gekoppelt war. *»Ich möchte, dass ich nach so langer Zeit, die ich hier gearbeitet habe, eine Chance bekomme, selbst zu entscheiden, wann ich nach Hause fliege […]«*, antwortete er 1992 in unserem Film auf die Frage, wie er sich seine Zukunft vorstelle.

Nach Ablauf der Fortbildungsmaßnahme lebte Nhacutou zunächst mit einer Duldung in Berlin, weil die Innenminister der Länder sich nicht einigen konnten, welchen Aufenthaltssta-

tus die ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter im wiedervereinigten Deutschland erhalten sollten. Die von den Vertagsarbeiter_innen geforderte rechtliche Gleichstellung mit Arbeitsmigrant_innen aus den westdeutschen Bundesländern und ein damit verbundenes Bleiberecht wurden ihnen weiter verwehrt. Nhacutou bezeichnete dies als »weitere Diskriminierung«. Die Innenministerkonferenz beschloss dann 1993, den ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter_innen »aus humanitären Gründen« nur dann eine Aufenthaltsbefugnis zu erteilen, »sofern keine Straffälligkeit vorlag und der Lebensunterhalt aus eigenem Erwerb gesichert« sei. Die Möglichkeit, nach achtjähriger Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, wurde erst 1997, sieben Jahre nach der Auflösung der zwischenstaatlichen Verträge, durch einen Beschluss im Vermittlungsausschuss des Bundesrats geschaffen. Bis dahin hatten viele ehemalige Vertragsarbeiter _innen aus Mosambik aufgrund der fortwährenden staatlichen Diskriminierung aufgegeben und waren wegen fehlender Perspektiven in ihr Herkunftsland zurückgekehrt. So auch Nhacutou, der Deutschland 1996 verließ.

Nach Mosambik zurückgekehrt kämpfte er gemeinsam mit ehemaligen DDR-Arbeitskolleg_innen um die Auszahlungen von Sozialleistungen und Rentenbeiträgen, die die Bundesrepublik Deutschland an die dortige Regierung transferiert hatte, die aber nicht an die ehemaligen Vertragsarbeiter_innen weitergegeben wurden. Wegen dieses Engagements wurde er in Mosambik sogar kurzzeitig inhaftiert. Heute lebt er bei schlechter Gesundheit mit seiner Familie in der Hauptstadt Maputo und hält sich mühsam mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser.

Die Opfer des rassistischen Pogroms von Hoyerswerda haben niemals Genugtuung erfahren. Bis auf ganz wenige Ausnahmen sind nicht einmal die anschließenden Lebenswege der aus der Stadt gejagten ca. 240 Asylsuchenden aus 21 Ländern und der 400 Vertragsarbeiter_innen aus Mosambik und Vietnam bekannt. In Hoyerswerda wurde der Rassismus, den diese Menschen in der DDR und den frühen Wendejahren erlebten, nie öffentlich thematisiert.

## Hoyerswerda revisited: 20 Jahre später

Im September 2011, die Pogromtage von Hoyerswerda jährten sich zum zwanzigsten Mal, reisten wir mit Manuel Alexandre Nhacutou , Emmanuel Adu Agyeman – der 1991 als Asylsuchender Opfer der rassistischen Angriffe wurde – und einem weiteren Zeitzeugen noch einmal nach Hoyerswerda. Auch diesmal begleiteten wir die Besucher mit der Kamera. Der Bürgermeister der Stadt, Stefan Skora, empfing uns in einer anlässlich des Jahrestages eröffneten Ausstellung mit dem Titel »Hoyerswerda, Herbst 1991«. In dieser Ausstellung sollte ursprünglich auch der Film *Viele habe ich erkannt* gezeigt werden. Die Aufführungslizenzen dafür hatte die Stadt bereits erworben. Wenige Wochen vor der Eröffnung wurde der eigens für die Ausstellunggestaltung beauftragten Historikerin der Auftrag entzogen. Über die Hintergründe darf sie bis heute nicht reden, man verpflichtete sie unter Androhung von Schadensersatzansprüchen zu Stillschweigen. Zu sehen war in der Ausstellung schließlich eine Zusammenstellung der Polizei- und Rettungsdienstprotokolle vom September 1991, die auf große Plakate gedruckt wurden. Diese wurden durch einige Zeitungsartikel lokaler Medien und wenige bekannte Pressefotos ergänzt. »Es sieht aus, als sei hier in großer Eile zusammengezimmert worden, was man auftreiben konnte.« Erinnerungen von den Opfern des Pogroms suchten wir vergeblich.

An diesem Ort entschuldigte sich der Bürgermeister, stellvertretend für die Hoyerswerdaer Bürger_innen, bei den angereisten Opfern für »die damaligen Ereignisse«. Ihre Bitte, ein Mahnmal an die Opfer des Pogroms in der Stadt zu errichten, »damit unsere Kinder, sollten sie diesen Ort einmal besuchen, wissen was hier geschah«, versprach er zu prüfen. »Ich habe ihre Bitte gehört, wir werden sehen, was wir damit machen werden.« Er verabschiedet sich und

überreichte den Gästen, die zwanzig Jahre zuvor in dieser Stadt mit dem Tod bedroht wurden, ein Werbevideo mit dem Titel So schön ist Hoyerswerda als Abschiedsgeschenk.

Der anschließende Besuch der ehemaligen Vertragsarbeiter_innenunterkunft in der Albert-Schweizer-Straße, jenem historischen Ort, an dem die Angriffe auf Migrant_innen im Jahr 1991 begannen, verlief dann sehr dramatisch. Binnen weniger Minuten wurden die afrikanischen Männer mit rassistischen Rufen von Anwohner_innen des Wohnblocks beleidigt, einige drohten ihnen offen Gewalt an. Die drei wollten jedoch zunächst nicht weichen und sich kein zweites Mal vertreiben lassen. Die durch uns alarmierte Polizei versuchte dann lediglich, die Filmaufnahmen zu unterbrechen, während die rassistischen Beleidigungen unvermindert weitergingen. Angesichts der Aggression der Anwohner_innen und der Passivität der Polizisten beschlossen wir, diesen Ort schnellstmöglich gemeinsam zu verlassen. Auf dem Rückweg kommentierte Manuel Alexandre Nhacutou: »Es hat sich überhaupt nichts verändert – es ist genau wie vor 20 Jahren.«



*Während des Besuchs in Hoyerswerda 20 Jahre nach dem Pogrom: Für die drei Besucher hat sich die Stadt seit 1991 nicht verändert.*

*Filmstill: (K)eine Rückkehr: Hoyerswerda revisited, Realisation: autofocus videowerkstatt, D 2011*

## Nachtrag

Am 30. Januar 2014, anlässlich der bevorstehenden Eröffnung einer neuen Unterkunft für Asylsuchende, lud die Stadt Hoyerswerda ihre Bürger_innen zu einem Tag der offenen Tür ein. Die Begrüßungsworte eines Dezernenten des Landkreises Bautzen, Geert Runge, ließen mich aufhorchen, als er auf das Pogrom gegen ehemalige DDR-Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchende im Jahr 1991 zu sprechen kam:

»Es ist bekannt, dass viele derjenigen, die damals die Heime in der Stadt attackiert haben, gar nicht aus Hoyerswerda kamen. Dass hier eine ganze Stadt unter Generalverdacht gestellt, in Sippenhaft genommen und schlecht geschrieben wurde, habe ich immer als sehr unfair und sehr unanständig empfunden. Denn es waren, das wissen wir alle, nicht die Hoyerswerdaer, sondern es waren rechte Chaoten, die nicht aus der Stadt stammten.«

Diese Sicht auf das Pogrom von 1991, nach der Rassismus nur am rechten Rand der Gesellschaft zu verorten sei, teilen in Hoyerswerda aber längst nicht mehr alle Bürger_innen. Seit einigen Jahren kritisiert die »Initiative Pogrom 91« die mehr als dürftige Aufarbeitung des Pogroms und die bislang vorherrschende Linie der städtischen Gedenkpolitik. Explizit setzt sich die Initiative dafür ein, den Betroffenen des rassistischen Pogroms von 1991 Raum für ihre Meinungen und Erfahrungen zu geben – »und zwar in der Stadt, aus der sie gewaltsam vertrieben wurden«.

Zu Jahresbeginn hat sich in Hoyerswerda – wie in anderen Orten Deutschlands – eine unabhängige Bürgerinitiative gegründet, die sich bemüht, die neu ankommenden asylsuchenden Menschen in ihrem Alltag zu unterstützen. Dabei begegnen einige der in der BI engagierten Bürger_innen jetzt dem alltäglichen und institutionellen Rassismus, dem Migrant_innen fortwährend ausgesetzt sind. Was aus diesen Erfahrungen folgt, bleibt vorerst offen. Nicht nur in Hoyerswerda.

autofocus | videowerkstatt

# THE TRUTH LIES IN
## DIE WAHRHEIT LIEGT (LÜGT) IN
# ROSTOCK

**The truth lies in Rostock**
**Realisation: Mark Saunders, S. Cleary**
**BRD, GB 1993, 78 min.**
**Bildnachweis: autofocus Videowerkstatt**

# Keupstraße bespricht: Rostock-Lichtenhagen

*Asmali Konak, 28. März 2013*

Der Abend des 28. März 2013, an dem die Filme *Kein 10. Opfer* und *The Truth Lies in Rostock* gezeigt wurden, fand im Restaurant Asmali Konak auf der Keupstraße statt. Wir hatten uns vorher nicht vorstellen können, dass das funktionieren könnte, da die Veranstaltung neben dem Normalbetrieb lief, doch wir wurden eines Besseren belehrt: Gäste der Film- und Veranstaltungsreihe saßen mit Gästen des Restaurants zusammen, die zum Essen ins Asmali Konak gekommen waren. Das Ergebnis war eine ganz besondere Atmosphäre – denn der Abend passierte nicht im luftleeren Raum, sondern mitten in der Normalität und Realität der Keupstraße. Die Referenten aus der Keupstraße kamen in der Mitte der Veranstaltung dazu, um von ihren Erfahrungen und Erlebnissen zu berichten. Sie arbeiteten zu dem Zeitpunkt eigentlich und wechselten Raum und Zeit, als sie sich zurück in die Zeit des Nagelbombenanschlags und die darauf folgenden Ermittlungen versetzten und ihre Einschätzungen und Forderungen in Hinblick auf den Prozess und das zukünftige Leben in Deutschland formulierten.

## Kein 10. Opfer

Franziska Bruder von der Gruppe »Was Nun?!« zeichnete den Entstehungskontext des Films *Kein 10. Opfer* nach, der an diesem Abend gezeigt wurde. Die Dokumentation zeigt die Schweigemärsche in Kassel und Dortmund von 2006 mit über 4.000 Teilnehmer_innen, die von Angehörigen und Freund_innen der Ermordeten Halit Yozgat und Mehmet Kubaşık ins Leben gerufen worden waren und ein breites Bündnis von Demonstrant_innen versammelten. Sie riefen dazu auf, die Mordserie an bislang neun Männern mit so genanntem Migrationshintergrund endlich aufzuklären und die Migranten zu schützen statt zu beschuldigen. Die Organisatoren der Schweigemärsche übergaben der Gruppe »Was nun?!« das Videomaterial im Rahmen eines antifaschistischen Workshops, aus dem diese die Doku zusammenschnitten. Das Anschauen wirft immer wieder eine Frage auf: Wie konnte das Publikmachen des von vielen Tausenden geteilte Wissen um den rassistischen Hintergrund der Mordserie in der öffentlichen Wahrnehmung so vollkommen ignoriert werden? Warum wurden die Opfer zu Tätern gemacht?

Die von Angehörigen der Familien Yozgat und Kubaşık in Kassel und Dortmund kritisierte Opfer-Täter-Umkehrung wurde auch von zwei Betroffenen aus der Keupstraße an diesem Abend beklagt. Die NSU-Opfer des Nagelbombenanschlags wie der Mordserie wurden schließlich über Jahre hinweg anhand rassistischer Konstruktionen als »kriminelle Ausländer« – und somit als Täter_innen markiert und auch wie solche behandelt.

## »Ich erwarte von der Politik nichts und auch nicht vom Staat«

Diese Aussage von Herrn B.S.T., einem der beiden Gäste aus der Keupstraße an dem Abend, verweist auf die Haltung vieler Betroffener. Herr B.S.T. und Herr F.B. sind Geschäftsinhaber auf der Keupstraße; ihre Läden wurden von der Bombe erheblich beschädigt. B.S.T. wurde durch drei Nägel an Schulter und Bein verletzt. In ihren Interviews, die in diesem Kapitel abgedruckt sind, äußern die beiden Männer ihren Vertrauensverlust gegenüber Behörden, Justiz und Politik nach den jahrelangen schlechten Erfahrungen und dem Ausbleiben einer angemessenen Entschädigung nach 2011 – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Form einer Entschuldigung seitens der Ermittlungsbehörden.

Herr B.S.T., der an diesem Abend neben Herrn F.B. von dem Nagelbombenanschlag und der Zeit der Ermittlungen und falschen Verdächtigungen sprach, verdeutlichte, dass er sich als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sieht, ihm diese Position aber nicht zuerkannt werde und er sich als Migrant nicht gleichberechtigt behandelt fühle. Seine Forderungen richteten sich nicht nur auf die Aufklärung der NSU-Mord- und Anschlagsserie, sondern auch auf ein gleichberechtigtes (Zusammen-) Leben.

### »Die stillschweigende Übereinkunft muss aufgelöst werden«

Dass der NSU jahrelang mordend und raubend durch die BRD gezogen ist, ist ohne ein breites Unterstützernetzwerk nicht vorstellbar, aber auch nicht – wie Katharina König in ihrem Beitrag schreibt – ohne eine »verankerte und stillschweigende Übereinkunft zwischen Gesellschaft, der Politik, Justiz und Polizei, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus zu verharmlosen«. König, die für Die Linke im thüringischen NSU-Untersuchungsausschuss sitzt, beleuchtet in diesem Kapitel die Entstehungszusammenhänge der Neonazi-Szene im Thüringen der 1990er Jahre und verdeutlicht, wie sich diese entwickeln, etablieren und die terroristische Gruppe des NSU hervorbringen konnte. Über ihre Kenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss kann sie insbesondere Einblicke geben in die sehr undurchsichtige Welt staatlicher Geheimpolitik und das V-Leute-System, welches das Umfeld des NSU durchsetzt hat. Ihr profundes Wissen um die Strukturen rechter Netzwerke in Deutschland und speziell in Thüringen vervollständigen das analytische Bild des Zusammenhangs von Mauerfall und NSU, den wir mit dieser Publikation herausarbeiten konnten.

### Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen

Die Angriffe auf die Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber und anschließend auf das von vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen bewohnte sog. Sonnenblumenhaus im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen waren das größte Pogrom der deutschen Nachkriegszeit. Der Film



*The Truth Lies in Rostock* von Marc Saunders und Siobhan Cleary (1992), der in weiten Teilen von einem im Haus eingeschlossenen Fernsehteam gedreht wurde, dokumentiert auf bedrückende Art und Weise, wie die Menschen vom Staat dem rassistischen Mob preisgegeben wurden, der versuchte, das Haus in Brand zu stecken, während Tausende Anwohner_innen begeistert Beifall klatschten. Nur durch den erbitternden Widerstand der etwa 100 Vietnames_innen gab es keine Toten. Das Pogrom wurde von der Politik als Legitimationsgrundlage genommen, das Grundrecht auf Asyl in der BRD faktisch abzuschaffen, da Deutschland dem »Ansturm der Armen« nicht mehr gewachsen sei. Die Täter blieben straffrei. Es war genau diese breite Allianz zwischen mordenden Stiefelnazis, kalkulierenden Politiker_innen und der Untätigkeit der Justiz, in der auch die jungen Thüringer Nazis aufwuchsen und ihre Taten planten. Der NSU ist ohne Rostock nicht erklärbar. Vielmehr wird deutlich, dass ein kontinuierlicher Rassismus seit der Wiedervereinigung – aber auch bereits in der Zeit davor – zur Alltagsrealität gehört. Dazu passt auch, dass seit Jahren das so genannte multikulturelle Zusammenleben für gescheitert erklärt und die Normalität und Selbstverständlichkeit des urbanen Zusammenlebens infrage gestellt wird.

Wie der Film *Kein 10. Opfer* eindrücklich zeigt, waren Migrant_innen ihrer Zeit weit voraus, und haben klar benannt, dass ein rassistischer Zusammenhang zwischen den Morden besteht. Ihre Forderung »Kein 10. Opfer« klingt im Nachhinein wie eine Prophezeiung und sollte all jenen zu denken geben, die diese Menschen nicht ernst genommen, ja sogar als Täter gesehen und manche dadurch abermals traumatisiert haben. Mit Blick auf den Prozess in München und angesichts unseres regen Austauschs mit den Betroffenen aus der Keupstraße kann hier nur folgendes erneut gefordert werden: Hinschauen, hinhören und anerkennen, was diejenigen Menschen, die gesellschaftlich marginalisiert werden, zu sagen haben.

*Ayla Güler Saied und Kutlu Yurtseven*

# »Das wird einfach zugedeckt werden. Da wird ein Schlussstrich gezogen werden.«

**Interview mit F.B., 13. November 2013**

**Können Sie bitte zuerst etwas zu Ihrer Person sagen?**
Mein Name ist F.B. Wir haben 1994 den Laden hier eröffnet, seitdem sind wir auf der Keupstraße. Seit 1994 stellen wir Baklava und Gebäck und Kuchen her.

**Wie haben Sie den Nagelbombenanschlag auf die Keupstraße erlebt?**
An dem Tag der Bombe war es sehr heiß. Wir waren alle draußen. Plötzlich gab es einen lauten Knall. Ich habe mich über den Knall gewundert, weil ich draußen war und dachte, dass eine Gasflasche explodiert sei. Dann habe ich gehört, wie die Menschen angefangen haben zu schreien. Ich war hier an der Seite des Ladens, ich habe mich umgedreht, und gesehen, dass überall Menschen waren. Danach bin ich zum Laden gelaufen, weil ich ein bisschen weit entfernt war, und habe gesehen, dass die zwei Fensterfronten des Ladens weg waren, die Vitrinen waren zerbrochen. Hier war also alles komplett zerstört. Viele Menschen lagen auf dem Boden. Und dann habe ich in den Laden geguckt, mein Freund hatte nichts abbekommen. Dann haben wir angefangen, den Menschen da draußen zu helfen. Während wir halfen, habe ich gesehen, dass im anderen Laden von uns, in dem wir damals Eis verkauften, ein Mensch auf dem Boden lag. In seinem Rücken steckten zwei, drei Nägel. Ich habe ihn mir angeguckt, er lag auf dem Bauch. Wir haben ihm sofort geholfen. Er schrie: »Bitte helft mir.« Wir haben Wasser geholt, versucht den Menschen zu helfen. Also wir waren in einem Schock-Zustand. Wir wussten nicht, was wir taten. Es war ein sehr schlimmer Tag.

**Waren Sie selbst verletzt?**
Nein, ich hatte zum Glück nichts. Alles ist schon vergessen und vorbei. Aber wenn man darüber redet, will man das nicht noch mal durchleben. Das ist weder gut für uns selbst, noch für die Straße. Es war ja so, dass die Menschen über einen bestimmten Zeitraum nicht mehr in die Straße gekommen sind. Um das wieder hinzubekommen, haben wie drei, vier Jahre gebraucht. Es haben hier viele Leute dadurch Verluste gemacht. Viele Leute waren gezwungen, ihren Laden zu schließen. Die Straße hat enormen Schaden erlitten. Deswegen glaube ich, dass, immer wenn wir darüber reden oder darin herumwühlen, das für die Straße mehr Schaden als Nutzen hat.

**Was haben Sie gedacht, wer für den Anschlag verantwortlich sein kann?**
Die Polizei hat uns noch am selben Tag verhört. Die haben gesagt: »Keiner darf seinen Laden verlassen.« Es wurde uns verboten, ein- und auszugehen. Sie haben gesagt, dass wir im Laden bleiben müssen. Am selben Tag. Wir haben ca. zwei Stunden im Laden gewartet, nach ca. zwei Stunden sind drei Polizisten gekommen. Alle waren in zivil. Dann haben sie uns verhört. »Gab es unter Ihnen in der Straße irgendwelche Streitigkeiten?« »Wollte die PKK von euch Schutzgeld? Gab es einen Grund?« Solche Sachen haben sie uns gefragt. Und wir haben gesagt: »Wir sind seit Jahren hier. Hier gibt es Kurden, Türken, alle. Deutsche, hier gibt es alles. Und alle leben wie Geschwister«, haben wir gesagt. »Hier hat keiner mit keinem ein Problem.« Die Polizisten haben uns ungefähr eine halbe Stunde lang verhört. Danach sind sie weitergezogen. Wir saßen an dem Tag sowieso bis zum nächsten Tag in unserem Laden. Weil die Fensterfronten ja kaputt waren. Dann mussten wir den Glaser rufen, uns um die Versicherungssachen kümmern. Bis wir das alles

erledigt hatten, waren wir bis zum nächsten Morgen hier im Laden. Alle waren stundenlang mit den Aufräumarbeiten in ihren Läden beschäftigt. Den Menschen wurde großer Schaden zugefügt. Manche Menschen hatten keine Versicherung. Gott sei Dank war unser Laden versichert. Manche hatten keine und mussten das aus eigener Tasche bezahlen. Wir haben das auch aus eigener Tasche bezahlt und haben das dann von der Versicherung zurückerstattet bekommen. Wir haben ganz viele Sachen erlebt. Sie haben versucht, den Menschen hier den größtmöglichen Schaden zuzufügen, und das haben sie erreicht.

**Was haben Sie – trotz der einseitigen Polizeiermittlungen – gedacht, wer hinter diesem Anschlag stecken könnte? Haben Sie an Rechtsextreme oder Rassisten gedacht?**
Natürlich. In dem Moment haben wir das nicht gedacht, aber nachher. Nachdem ein paar Tage vergangen waren, haben auf der Straße sowieso die Gerüchte angefangen. Dann kam ja irgendwann dieses Foto aus der Überwachungskamera, dann haben viele hier gesagt: »Das hat einen rassistischen Hintergrund.« Ich bin seit 20 Jahren hier und weder die PKK noch eine andere Organisation haben gegenüber mir oder der Straße hier Gewalt ausgeübt. Und sie haben auch von niemandem Schutzgelder erpresst. Oder wenn sie es auch getan haben sollten, hat es zumindest nichts mit uns zu tun. Zu uns ist nie jemand gekommen. Und soweit ich von den anderen gehört habe, ist auch zu ihnen nie jemand gekommen. Denn wie ich gesagt habe: Hier gibt es Kurden, hier gibt es Türken. Also wirklich. Hier kommen vielleicht PKK-Anhänger hin. Aber sie fügen keinem Schaden zu. Sie erledigen ihre Einkäufe und ziehen dann weiter. Also es gab mit keinem Probleme. Deshalb hatten wir vor diesem Hintergrund die Sicherheit, dass es niemand von unseren eigenen Leuten gewesen sein könnte. Und nachher hat es sich ja auch herausgestellt, dass es Fremdenfeindlichkeit gewesen ist.

**War die Polizei innerhalb all der Jahre nur einmal hier oder sind sie öfter gekommen?**
Nein, nein. Sie haben uns nur einmal verhört. Sie sind kein anderes Mal gekommen. Aber bei anderen Freunden war es so, dass sie schriftlich zum Verhör geladen wurden. Dass sie sich noch mal treffen mussten. Aber wir waren nicht in dieser Situation. Danach sind sie nochmal gekommen und haben Informationen verteilt und gesagt, wenn wir irgendwelche Anliegen haben, oder wenn wir irgendwas wissen, sollen wir es ihnen mitteilen. Solche Sachen haben sie zwar gesagt, aber danach sind dann auch keine Polizisten mehr gekommen.

**Also nachdem klar war, dass das die Nazis waren?**
Ja genau, dann. Davor waren sie nicht mehr hier gewesen. Aber hier hat es von Polizisten gewimmelt. Zehn Minuten nachdem die Bombe explodiert war, war es hier sowieso voll mit Polizisten und über uns kreisten die Helikopter. Die Ambulanz ist gekommen, aber nicht in die Straße reingefahren. Alle haben gebeten und gebettelt, dass die Ambulanz reinfährt, aber sie haben da vorne gewartet. Sie sind erst später reingefahren. Weil es noch eine Explosion geben könnte. Wenn es noch eine Explosion gegeben hätte, wäre die Straße doch voll mit Menschen gewesen! Wir haben alle versucht zu helfen. Wir waren doch auch mittendrin. Aber leider haben sie wohl eine andere Vorstellung gehabt.

**Wie haben sich die einseitigen Ermittlungen auf das Zusammenleben in der Straße ausgewirkt?**
Nein, nein, das hat sich nicht ausgewirkt. Aber wie ich sagte, sind Gerüchte entstanden. Wir haben gesagt, das war bestimmt ein fremdenfeindlicher Anschlag. Immer wenn jemand mit einem Käppi vorbeigegangen ist, wenn er fremd war, haben wir geschaut und gedacht, sie sind wiedergekommen. Klar haben wir argwöhnisch geguckt, denn ob wir wollen oder nicht: Wir hatten das verinnerlicht. Am Anfang hatten wir Angst, danach

sind die Wunden langsam verheilt. Und dann gab es nach einiger Zeit Besuche von Bürgermeistern und Ministern. Ich bin dagegen. Es ging los, dass aus jeder Partei jemand hierher gekommen ist. Aber für uns oder für die Straße hatte das keinen Nutzen. Sie machen doch nur Werbung für sich selbst. Sagen wir, es kommt ein Minister aus der Türkei oder von hier. Im Anhang haben sie 30 Presseleute und 30 Kamerateams, sie kommen in den Laden, sagen nur: »Merhaba« und dann gehen sie wieder. Wie ich gesagt habe: Diese Läden brauchen Hilfe. Wenn sie schon kommen, könnten sie zumindest auf irgendeine Weise helfen. Leider haben wir so was nicht erlebt. Jeder ist hinter seiner eigenen Publicity her.

**Sie haben eben vom Verlust der Kunden gesprochen? Wie lange hat das angedauert?**
Das hat lange gedauert, wir haben das jetzt eigentlich erst vor kurzem überwunden. Das hat viele Geschäftsleute belastet. Es hat mindestens drei, vier Jahre angedauert. Und als sich das gerade geklärt hatte, ist die Sache mit den Nazis rausgekommen. Diese Sachen mit dem Gericht sind dann auf die Tagesordnung getreten und dadurch wurden die Wunden wieder aufgerissen, die Straße füllte sich wieder mit Presseleuten und Kameraleuten, so dass wir wieder ununterbrochen darüber reden. Also ob die Leute wollen oder nicht, schrecken sie zurück.

**Was haben Sie gedacht, als Sie davon erfahren haben, dass der NSU für den Anschlag und auch die Mordserie verantwortlich war?**
Unsere Meinung hat sich bewahrheitet. Ich sage doch, wir haben dadurch unseren Standpunkt bewiesen. Die ganze Straße war davon überzeugt, dass das ein fremdenfeindlicher Anschlag war, dass das Nazis waren. Deshalb waren wir nicht besonders schockiert. Denn in den Wochen nach dem Bombenanschlag wurden diese Sachen auf der Straße diskutiert. Da haben wir schon angefangen zu denken, dass es fremdenfeindlich war. Wir haben uns auch gegenseitig gefragt, ob wir Feinde oder irgendetwas haben. Jeder hat mit jedem gesprochen. Da ist aber nichts bei rausgekommen. Deswegen war das klar, dass das Fremdenfeindlichkeit war. Das war also kein großer Überraschungsmoment.

**Was haben Sie gedacht, als Sie von der Mordserie des NSU erfahren haben? Glauben Sie, dass das lediglich die drei Leute waren?**
Nein, nein, das haben wir nicht gedacht. Die sind nur eine bestimmte Gruppe. Es gibt auch die Vermutung, dass da ein Staat im Staat ist. So wie es auch in der Türkei herausgekommen ist. Überall auf der Welt passieren solche Sachen. Ob man will oder nicht, kommen solche zerstörerischen Bewegungen auf. Das wäre keine große Überraschung.

**Waren Sie dann erleichtert, als Sie erfahren haben, dass der NSU dahinter steckt, oder hatten Sie Angst?**
Nein, wie ich gesagt habe, haben wir nach einer Zeit die Angst überwunden. In den Anfangszeiten war es so, wie ich beschrieben habe: Immer wenn jemand mit Käppi vorbeikam, oder ein Fahrrad vor den Türen abgestellt hat, haben wir einen Schock erlebt. Sie haben Fahrräder abgestellt, und ich bin rausgegangen und habe mir die Fahrräder von allen Seiten angeguckt, sogar die Reifen haben wir angeguckt. Und das machen wir immer noch. Manchmal stellen sie hier Fahrräder ab oder kommen mit dem Motorrad, wo hinten ein geschlossener Behälter ist. Ob wir wollen oder nicht, durchleben wir dann Panik. Das ist immer noch so. Und immer noch gehen wir dann raus und gucken, ob es wirklich nur ein Motorrad oder ein Fahrrad oder doch etwas anderes ist und schauen uns das genau an. Das hat sich in unserem Gehirn so eingebrannt.

**Was fordern Sie von der Politik und der Polizei? Glauben Sie, dass bisher genug getan wurde?**

Nein, und ich erwarte auch gar nichts. Und ich glaube auch nicht, dass das irgendwo hinführen wird. Das wird einfach zugedeckt werden. Da wird ein Schlussstrich gezogen werden. Weil ich nicht glaube, dass sie so weit gehen werden.

**Was erwarten Sie vom Prozess gegen Beate Zschäpe?**

Ich erwarte gar nichts. Ich glaube auch nicht, dass sie irgendwas machen werden oder machen können. Soweit ich das im Fernsehen nachverfolgen konnte, wurde die Frau in den Gerichtssaal gebracht und hatte noch nicht einmal Handschellen an. Von uns haben drei, vier Jugendliche in Berlin oder irgendwo einen alten Mann zusammengeschlagen und die wurden in Handschellen abgeführt und hinter sich her geschleift. Und diese Frau wurde von den ganzen deutschen und auch ausländischen Medien ikonisiert. Sie wurde da nicht wie eine Schuldige behandelt, sondern sie ist dadurch noch gewachsen. Was anderes gibt es da nicht. Wenn das Ausländer oder so gewesen wären, dann hättest du was erleben können.

# »Ich denke, die wollen uns hier rausekeln«

**Interview mit B.S.T., 7. November 2013**

**Können Sie sich bitte kurz vorstellen?**
Ich bin 57 Jahre alt und arbeite seit 19 Jahren auf der Keupstraße.

**Können Sie über den Tag des Anschlags erzählen? Woran können Sie sich erinnern?**
Ja, das war natürlich ein sehr schlimmer Tag. Ich saß vor meinem Laden auf einem kleinen Hocker, da an dem Tag schönes Wetter war. Plötzlich gab es einen Knall und im ersten Augenblick habe ich nicht daran gedacht, dass es eine Bombe hätte seien können. Ich habe mich auf den Boden geschmissen. Aber dann habe ich gesehen, dass ich drei Nägel in meinen Körper bekommen habe. Ich wusste nicht, was das war. Ich habe gedacht, dass vielleicht eine Gas-Flasche hochgegangen sei. Ich bin dann aufgestanden und habe geguckt. Die Leute liefen blutverschmiert herum. Das war schrecklich.

**Wurde Ihr Laden durch die Bombe zerstört?**
Ich habe Sicherheitsglas, fast schon Panzerglas. Das ist nicht zerbrochen, aber die halbe Keupstraße wurde durch diesen Druck getroffen, überall waren die Scheiben kaputt. Ich selber wurde aber verletzt, weil ich vor der Tür war.

**Vor dem Laden stand ein kleiner Bus, richtig?**
Ja, ja, da stand so ein hoher Kasten-Bus, direkt vor dem Friseur-Geschäft. Darüber denke ich noch öfter nach: »So ein Glück, dass der Bus da gestanden hat.« Der Bus war voll von Nägeln. Hunderte Nägel sind in den Bus geflogen. Wenn der Bus nicht da gestanden hätte, wären all diese Nägel ja auf die Menschen geschossen. Ich glaube, dann hätte es auch Tote gegeben. Aber dieser Bus hat sehr viel abgehalten. Die hatten ja bestimmt geplant, dass es viele Tote hätte geben sollen. Es waren richtig große, dicke und stabile Nägel. Aber dieser Bus hat wirklich sehr viele Menschen geschützt. Ich habe auch Glück gehabt. Natürlich. Ich habe ja gesessen. Wenn ich gestanden hätte, wäre es noch schlimmer gewesen. Über meinem Kopf war so ein Regenablaufrohr, da ist ein Nagel reingegangen, direkt durch. Und ich habe mich nachher davor gestellt und es war genau in Kopfhöhe. Ich habe wirklich Glück gehabt.

**Hat der Bombenanschlag irgendwelche körperlichen oder seelischen Schäden bei ihnen hinterlassen?**
Psychisch hat mich das sehr beschädigt. Heute noch. Ich war ja auch in München, beim ersten Gerichtstermin. Also wirklich, ich habe nur meine Zähne zusammengebissen und ich war psychisch so kaputt, als ich diese Terroristen dort gesehen habe – natürlich auch die Frau, die wie eine Braut hereingebracht wurde. Ich habe mich geärgert. Es war sehr schlimm.

**Haben Sie nach dem Anschlag darüber spekuliert, wer das gemacht haben könnte?**
Am Anfang habe ich nicht an so etwas wie den NSU gedacht, ehrlich. Ich habe gedacht, vielleicht ist das eine Sache, die unter uns gewesen ist. Da bin ich ehrlich. Aber natürlich mit der Zeit, wenn man so Gerüchte hört … Es gibt auch Beweise.

**Wie haben sie die Ermittlungen der Polizei erlebt?**
Das war natürlich unverschämt, was die Polizei mit uns gemacht hat. Die hat bei mir ja auch einen DNA-Test durchgeführt. Aber ich habe mir nichts dabei gedacht. Ich war dumm, dass ich das mitgemacht habe. Ich

wusste ja gar nichts. Aber man kann ja sehen, dass die schlecht über uns gedacht haben und dass das einer von hier sein könnte. Man wollte das auf uns schieben.

Das ging bestimmt über ein Jahr so, dass die Polizei immer wieder hier hin kam, um sich mit uns zu unterhalten. Ich war auch im Polizeipräsidium. Und drei, viermal habe ich dort eine Aussage gemacht. Aber ich habe dann erst später gedacht, dass sie die Sache den Türken anhängen oder die Sache unter den Teppich kehren wollten.

**Was waren die Auswirkungen auf das Zusammenleben und auf das Geschäftsleben?**
Das Geschäft ist sehr zurückgegangen. Es war kaputt, wirklich. Die Auswirkungen dauern bis heute an. Das Geschäft ist nicht das gleiche. Früher sind beispielsweise sehr viele Deutsche hierhin gekommen. Das habe ich richtig gemerkt, dass vielleicht 80 Prozent von denen nicht mehr herkommen. Es ist sehr zurückgegangen.

**Welche Auswirkungen haben die Ermittlungen der Polizei gehabt, die ja die Menschen auf der Keupstraße ins Visier genommen haben?**
Die Leute haben sich natürlich geärgert über dieses Verhalten der Polizei. Die haben sich von uns die Aussagen geholt, die sie haben wollten. Richtig listig. Das hat uns natürlich nicht gefallen. Und danach? Nach dieser Erfahrung mit der Bombe? Im Moment ist hier in der Straße andauernd das Finanzamt, die Polizei, die Kriminalpolizei oder das Zollamt unterwegs. Wir sind die letzten zwei, drei Jahre dauernd unter Druck. Die machen bei den Geschäftsleuten hier richtige Razzien. Früher, vor dem Anschlag habe ich das nicht erlebt. Ich war davor ja schon zehn Jahre hier und so was habe ich hier nie gesehen, dass die Kripo hier so rumläuft oder das Zollamt oder Finanzbeamte.

**Womit hängt das zusammen?**
Ich denke, die wollen uns hier rausekeln. Es ist eine Politik, auch vom Staat. Die wollen uns nicht mehr. Diesen Eindruck habe ich, denn ich habe selber in letzter Zeit sehr viel erlebt – zum Beispiel sehr penible Finanzprüfungen oder Betriebsprüfungen und so etwas. Und ich höre das auch von anderen Türken hier, jeder ist unter Druck. Was soll das? Razzien in den Restaurants. Also das ist unverschämt. Wir sind Steuerzahler. Wir haben aus dieser dreckigen Straße eine Geschäftsstraße gemacht. Und nun bestraft man uns. Ich bin schon seit meinem fünfzehnten Lebensjahr in Deutschland. Ich habe in diesen 42 Jahren vom Staat nicht eine müde Mark genommen. Wir leben nicht vom Staat. Wir arbeiten. Und zahlen auch Steuern.

**Was ist in Ihnen vorgegangen, als Sie 2011 erfahren haben, dass der NSU für den Anschlag in der Keupstraße und für zehn Morde verantwortlich war?**
Ich habe dieses Gefühl gehabt: »Die wollen uns nicht haben.« Obwohl wir hier bereits in der vierten, fünften Generation in Deutschland leben. Das ist traurig. Traurig für ein Hauptland in Europa. Also ich würde sagen, die sollen sich schämen. Das passt gar nicht zu Deutschland. Ich war wütend, aber auch traurig. Ich habe an meine Kinder, an mein Enkelkind gedacht. Nicht an mich selber. »Was, wenn das so ist, mein Gott, was sollen meine Kinder oder meine Enkelkinder hier erleben?« habe ich gedacht. Ich bin also wirklich traurig.

**Haben Sie das Gefühl, dass die Polizei oder die Behörden Sie oder die Keupstraße ausreichend schützen würde, wenn so etwas noch einmal geschehen würde?**
Nein, das konnte man ja jetzt schon sehen, als die Bombe hochgegangen ist. Hier waren ja zwei von der Kripo, die hier rumgelaufen sind. Die Bombe ging hoch und keine zwei Minuten danach war die Polizei da? Das lässt mich schon sehr zweifeln. Also, ich kann jetzt nicht denken, dass die Polizei uns hier nun schützt. Nein.

**Was erwarten Sie jetzt von der Politik, Behörden und der Öffentlichkeit?**
Die machen nur ihre Show. Und reden, reden, reden. Es steckt nichts Ernstes dahinter. Ich erwarte von der Politik nichts und auch nicht vom Staat.

**Sie meinen also, dass bisher nichts Ausreichendes getan wurde?**
Nein, die haben gar nichts gemacht. Das habe ich auch in München gesehen, dass es eine Show ist. Ich habe den Staatsanwälten ins Gesicht geschaut und dem Richter. Aber ich konnte da kein Zeichen erkennen, dass sie die Sache wirklich ernst nehmen.

**Wie bewerten sie den Prozess gegen Beate Zschäpe?**
Wie sie Beate Zschäpe in den Gerichtssaal bringen, nicht wie eine Terroristin, sondern wie eine Braut! Mit gepflegten Haaren, mit gepflegten Anzügen. Und dann ihr Verhalten im Gerichtssaal. Die weiß ganz genau, ihr passiert nichts. Also ich denke, mit den Jahren wird die Sache vergessen werden.

**Glauben Sie, dass nur Beate Zschäpe sowie Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos dafür verantwortlich waren?**
Nein, nein. Da stecken noch viele weitere dahinter. Die drei sind die Bauernopfer, die vorgeschoben wurden. Die mussten ja ein paar Leute vorzeigen. Da steckt viel mehr dahinter. Da sind noch hunderte oder tausende. Und Deutschland hat die erzogen und groß gemacht. Und gestützt. Sonst wäre bis heute nicht so viel passiert. So etwas muss schon staatliche oder politische Unterstützung haben.

Früher habe ich nicht so gedacht, aber heute schon. Ich sehe, was in München so passiert, in der Verhandlung. Ich habe dort ja einen Rechtsanwalt, der mich informiert. Das ist nicht normal, was da vorgeht. Nein, das ist leicht: unter den Teppich schieben und vergessen. Die sagen nicht wörtlich zu uns: »Geht doch. Wir wollen euch nicht mehr.« Aber meiner Meinung nach ist das das Zeichen dafür.

**Warum wurde die Keupstraße vom NSU als Ziel ausgesucht?**
Die Keupstraße ist ja komplett eine Türken-Geschäftsstraße. Es gibt ja nur wenige Orte, die so wie diese Straße aufgebaut sind. Früher ist die Keupstraße doch wie ein Dorf gewesen. Da gab es nur Schweinezüchter. Überall waren Ställe hinter den Häusern. Wir haben hier eine moderne Geschäftsstraße errichtet und nun ist das eine rein türkische Straße. Die Keupstraße kennt man nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Sie hatte einen guten Ruf als Geschäftsstraße.

**Sie sind in Berlin von der Bundeskanzlerin und dem Bundespräsidenten empfangen worden. Dort haben Sie auch mit Angehörigen der Mordopfer sprechen können?**
Ja, manchmal war es so traurig, dass mir die Tränen runtergelaufen sind. Zum Beispiel hat ein älterer Mann, dessen Sohn ermordet wurde, dort lange gesprochen. Ok, Frau Merkel war nett und ganz ruhig. Sie hat für unser Treffen eigentlich anderthalb Stunden eingeplant, aber dann war sie fast vier Stunden mit uns zusammen. Aber das reicht nicht.

**Es hat auch Entschädigungszahlungen gegeben. Was muss ihrer Meinung nach noch passieren?**
Man kann das nicht mehr gut machen. Ich denke, es muss höhere Entschädigungszahlungen geben. Da wurden Menschen ermordet. Die Familienangehörigen sind seelisch und finanziell kaputt. Und das muss entschädigt werden – auch für die Keupstraße.

# Kein 10. Opfer!

## Ein Kurzfilm über die Schweigemärsche in Kassel und Dortmund im Mai/Juni 2006

*Gruppe »Was Nun?!«, Frühjahr 2014*

Nach der Ermordung von Halit Yozgat am 6. April 2006 organisierten Angehörige und Freund_innen in Kassel einen Schweigemarsch mit der Forderung »Kein 10. Opfer!”. An ihm nahmen auch die Angehörigen des am 11. September 2000 in Nürnberg ermordeten Enver Şimşek und des am 4. April 2006 ermordeten Mehmet Kubaşık sowie circa 4.000 Menschen vor allem aus migrantischen Communities teil. Im Juni wurde ein weiterer Schweigemarsch durch Familie Kubaşık und ihre Freund_innen in Dortmund organisiert. Auf beiden Schweigemärschen forderten die Demonstrierenden die Aufklärung der Mordserie, die erst über fünf Jahre später als rassistische Mordserie der mindestens dreiköpfigen Terrorzelle NSU bekannt werden sollte. Zum Zeitpunkt der Demonstrationen standen die Angehörigen und Freundeskreise noch selbst im Mittelpunkt der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft, die sie der (Mit-)Täterschaft verdächtigten. Die Schweigemärsche stellten den ersten kollektiven öffentlichen Protest gegen die stigmatisierenden Ermittlungen und Medienberichte sowie gegen die Ignoranz der Öffentlichkeit dar. Der Protest lag in der Überzeugung begründet, dass es sich um eine rassistisch motivierte Mordserie handeln musste.

Im Herbst 2012 haben wir einen kurzen Filmclip aus dem Videomaterial über die Schweigemärsche zusammengestellt, das zur persönlichen Erinnerung und Dokumentation für die betroffenen Familien, Mitorganisator_innen der Schweigemärsche und Freund_innen aufgenommen worden war. Diesen Clip veröffentlichten wir auf der Website des Bündnisses gegen Rassismus/Berlin. Wir sind eine kleine Berliner Gruppe, die seit dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie vor allem der Frage nachgeht, warum diese Morde damals wie zum Teil auch heute so viel Ignoranz und Ohnmacht zur Folge haben und welche kleineren und größeren Reaktionen es aber auch gab und gibt, die das Schweigen brechen.

### Hintergrund Kurzfilm

Seit der Selbstenttarnung des NSU haben wir uns an Vernetzungsbemühungen beteiligt wie dem Berliner Hearing, dem Dortmunder Antifa-Camp oder dem Bündnis gegen Rassismus/Berlin, die sich kritisch mit den Hintergründen der Mordserie und deren Aufarbeitung befassen. So sollte das Ende August 2012 in Dortmund stattfindende antifaschistische Camp verschiedene Spektren des antifaschistischen und antirassistischen Widerstands in Dortmund, Nordrhein-Westfalen und bundesweit zusammenführen. Im Vorfeld des bis dahin jährlich stattfindenden bundesweiten Naziaufmarschs am 1. September sollte mit dem Camp der rechte Mythos der »national befreiten Zone« Dortmund-Dorstfeld gebrochen werden. In Dortmund haben Nazis allein in den 2000er Jahren mindestens zwei Menschen ermordet. Am 28. März 2005 wurde der Punk Thomas »Schmuddel« Schulz von dem bis heute aktiven Nazi Sven Kahlin getötet. Am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubaşık durch den NSU ermordet. Die Bezüge des NSU zu einem Unterstützerfeld von Nazis an den Tatorten sind bis heute ungeklärt. So auch in Dortmund. Tatsache ist, dass Dortmund nach wie vor eines der Zentren militanter Nazis in Deutschland ist, insbesondere des so genannten Nationalen Widerstands. Das Antifa-Camp wurde jedoch verboten und Aktivitäten auf der Straße gegen die Nazis polizeilich weitgehend unterbunden. Eine Veranstaltung konnte im Rahmen des Antifa-Camps dennoch stattfinden: Antifaschist_innen aus Berlin, Oberhausen und Dort-

mund hatten gemeinsam mit Gewerkschafter_innen, Aktiven des Alevitischen Kulturvereins, der alevitischen Gemeinde und Mitgliedern der Familie Kubaşık eine Erinnerungs- und Diskussionsveranstaltung zum Mord an Mehmet Kubaşık vorbereitet. Ziel der Veranstaltung war ein Spektren übergreifender Austausch darüber, wie die Ermordung von Mehmet Kubaşık im April 2006 wahrgenommen worden war, was die Aufdeckung, dass der sogenannte NSU für die Ermordung Mehmet Kubaşik verantwortlich war, bedeutete und was nach Meinung der Angehörigen und ihres Umfeldes jetzt geschehen müsse. Es wurde ausdrücklich kein Podium besetzt. Stattdessen sprachen einzelne Menschen für sich und als Vertreter_innen ihrer Communities. Hintergrund dieser Veranstaltungskonzeption war die Analyse, dass die Morde des NSU zwar einzelne getroffen haben wie Mehmet Kubaşık oder Halit Yozgat, jedoch die gesamte Community gemeint war und ist: Es handelte sich um eine Strategie des Terrors, mit der ganze Menschengruppen in Angst und Schrecken versetzt werden sollten. Aus unserer Perspektive musste daher auch die Auseinandersetzung viel stärker die Communities als solche adressieren. Die Art und Form der Auseinandersetzung beinhaltete damit die Möglichkeit, einen ersten Schritt zur Bildung neuer Netzwerke zu tun. Es war für uns zentral, dass Mitglieder der Familie Kubaşık sich an der Diskussion beteiligten, ebenso wie andere Vertreter_innen aus den verschiedenen migrantischen und nicht-migrantischen Communities. Zu der Veranstaltung kamen etwa 140 Personen. Die Hälfte davon aus alevitischen und kurdisch/türkischen Netzwerken, etwa die andere Hälfte aus dem Zusammenhang des Antifa-Camps. Es fand ein reger Austausch statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung übergab uns eine Angehörige das Videomaterial zu den Schweigemärschen, aus dem wir in Absprache mit den Angehörigen und den ursprünglichen Filmemachern dann den kurzen öffentlichen Clip produzierten. Wir sehen den Filmclip als ein direktes Ergebnis dieses Vernetzungsprozesses und der Veranstaltung.

### Das Videomaterial zu den Schweigemärschen

Das uns übergebene Filmmaterial bestand aus zwei Teilen: Der erste Teil war eine DVD, auf der ein dokumentarisches Video zu dem Schweigemarsch in Kassel im Mai 2006 war sowie eine mit Musik unterlegte Fotoserie der Demonstration. In dem Material sind fast alle Reden enthalten, die bei der Abschlusskundgebung vor dem Kasseler Rathaus gehalten wurden: die vollständige Rede von Ismail Yozgat, dem Vater des Mordopfers Halit Yozgat; die Übersetzung ins Deutsche durch die Tochter von Ismail Yozgat (wir kennen leider ihren Vornamen nicht); die Rede von Semiya Şimşek, der Tochter des ermordeten Enver Şimşek und ihre eigene Übersetzung ins Deutsche; die Rede des Vertreters der Stadt Kassel (auch dessen Namen konnten wir nicht in Erfahrung bringen) und des Ausländerbeauftragten der Stadt Kassel, Kamil Saygin. Der zweite Teil war Rohmaterial von der Trauerfeier vor dem Schweigemarsch im Juni 2006 in Dortmund sowie Aufnahmen vom Schweigemarsch selbst. Die Reden, die in Dortmund zum Abschluss gehalten wurden, waren leider im Material nicht enthalten.

Erst beim Betrachten der Videos wurde uns bewusst, wie viele Menschen am Schweigemarsch in Kassel teilgenommen hatten, dass fast ausschließlich Menschen mit türkischem und kurdischem Hintergrund und nur einige wenige eingesessene Deutsche auf der Straße waren. Wir waren beeindruckt, wie klar die Reden der Angehörigen waren und wie energisch sie ihre Forderung nach Ermittlung der Polizei in alle Richtungen formulierten. Und es wurde ihre Verzweiflung deutlich, dass die Mordserie bereits so lange lief und ihr bis dahin kein Ende bereitet werden konnte: »Wie viele sollen denn noch sterben?« Sie riefen auf, Beobachtungen und Hinweise der Polizei mitzuteilen. Wir waren der Ansicht, dass diese Bilder unbedingt breit zugänglich gemacht werden sollten. Das Konzept für den Schnitt war im Wesentlichen Zurückhaltung: Die Bilder und der Ton sollten für sich sprechen und möglichst wenig Erklärung hinzugefügt werden.

Beeindruckt von den Schweigemärschen fragten wir uns: Welche Bedingungen mussten erfüllt sein, dass überhaupt kollektiver Protest möglich war, trotz dieser massiven Einschüchterungen und rassistischen Angriffe zuerst durch die Ermordung eines geliebten, sehr nahestehenden Menschen und in zweiter Instanz durch die Stigmatisierung und Vorverurteilung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien? Schließlich hatte der erste Schweigemarsch erst nach dem neunten Mord stattgefunden. Wer hatte die Schweigemärsche jeweils organisiert? Wie wurde mobilisiert? Wie kam der Kontakt zwischen den Familien Yozgat, Kubaşık und Şimşek zustande? Wurden auch die Angehörigen der anderen Mordopfer kontaktiert und sind sie ebenfalls gekommen? Und wenn nein, warum nicht? Können sich die Veranstalter, die Angehörigen und das antifaschistische und antirassistische Spektrum erklären, warum eine Beteiligung der antirassistischen und antifaschistischen Szene ausgeblieben war? Was hatten die verschiedenen Communities jeweils davon mitbekommen? Wieso wurden die Schweigemärsche von einigen übersehen oder ausgeblendet? Auf einige dieser Fragen konnten wir bei unseren Recherchen und Gesprächen mit Angehörigen Antworten finden, die wir im Folgenden zusammenfassen.

## Die Ermordung Halit Yozgats und der Schweigemarsch in Kassel

Am 6. April 2006 wurde Halit Yozgat in seinem Internetcafe in der Holländischen Straße ermordet. Sein Vater Ismail Yozgat ist seit langem in einem türkischen Kulturverein, dem Yozgat Verein e.V., organisiert. Die damaligen Vorsitzenden des Vereins waren der festen Ansicht, dass die Beschuldigungen von Seiten der Polizei und der Medien, bei dem Tathintergrund würde es sich um Schutzgelderpressungen oder Machenschaften der »türkischen Mafia« handeln, abwegig waren. Sie gingen vielmehr von einem rassistischen Tatmotiv aus. Die Motivation für den Schweigemarsch war, Öffentlichkeit herzustellen und Druck aufzubauen, in alle Richtungen zu ermitteln.

Die *Berliner Zeitung* vom 15. Juli 2006 berichtet dazu: »Er [Der Anmelder des Schweigemarsches, Mehmet Demircan] sagt, dass der Freund [Ismail Yozgat] noch immer unter Schock steht. Mehmet Demircan denkt, dass es bei den Morden um Ausländerhass geht. ›Die deutsche Regierung traut sich bloß nicht, das zuzugeben.‹ Im Mai hat der Kulturverein in Kassel einen Schweigemarsch zum Rathaus organisiert. Fast viertausend Leute waren gekommen, Vertreter der politischen Parteien, der beiden Kirchen, der Jüdischen Gemeinde. Sie wollten an den jungen Mann aus ihrer Mitte erinnern und öffentlich fordern, dass der oder die Mörder endlich gefunden werden müssen. Es geht ihnen nicht nur um eine Bestrafung. ›Die Mörder sind immer noch unter uns‹, sagt Mehmet Demircan, ›und unsere Freunde und Bekannte, darunter viele kleine Geschäftsleute, haben Angst.‹«

Für den Schweigemarsch wurden die unterschiedlichsten Communities angesprochen und um Unterstützung gebeten: die türkischen Kultur- und Sportvereine, die Moscheeverbände,



*Ismail Yozgat, der Vater des ermorderten Halit, forderte schon 2006 von den Behörden die Beendigung der Mordserie gegen Migranten.*

*Filmstill: Kein 10. Opfer, Kamera: Sefa Defterli, Kassel, Dortmund 2006, 6 min. Online: https://pad.ma/CTC/info*

die Kirchen, die Jüdische Gemeinde, das türkische und griechische Konsulat in Frankfurt, die Parteien, die Gewerkschaften, der Bürgermeister der Stadt Kassel und der Ausländerbeirat. Vertreter vom türkischen und griechischen Konsulat sind nicht erschienen. Es wurden aber auch alle Angehörigen der NSU-Mordopfer kontaktiert, Vertreter der Familien Şimşek und Kubaşık waren bei den Schweigemärschen anwesend. Für die Mobilisierung wurden Plakate gedruckt, die in vielen Läden ausgehängt wurden. Es wurden Transparente gemalt u.a. mit den Parolen: »Stoppt die Mörder!«, »Wir wollen kein 10. Opfer!« und »Wo ist die Polizei?«

Laut Mehmet Demircan nahmen 4.000 bis 5.000 Menschen an dem Schweigemarsch teil. Er fand am 6. Mai 2006, einen Monat nach dem Mord, statt, ging quer durch die Stadt und endete am Rathaus Kassel. Dort hielten Ismail Yozgat, Semiya Şimşek, Kamil Saygin (Ausländerbeirat) und andere Reden, in denen deutlich die Trauer, Wut und Verzweiflung zum Ausdruck kamen.

### Die Ermordung Mehmet Kubaşıks und der Schweigemarsch in Dortmund

Am 4. April 2004 wurde Mehmet Kubaşık in seinem Kiosk in der Mallinckrodtstraße in Dortmund ermordet. Die Familie Kubaşık hatte an dem Schweigemarsch in Kassel teilgenommen, war davon sehr beeindruckt und beschloss, einen ähnlichen Schweigemarsch in Dortmund zu organisieren. Die Familie und der alevitische Kulturverein waren bei diesem zweiten Marsch die treibenden Kräfte. Leider kam kein breites Bündnis wie in Kassel zustande. Die Moscheevereine und auch das türkische Konsulat sagten ihre Teilnahme ab. Zu dem Schweigemarsch erschienen 200 bis 300 Personen, insbesondere Freundinnen und Freunde der Familie, Freunde aus der Alevitischen Gemeinde und dem Alevitischen Kulturverein sowie Nachbar_innen und ehemalige Kund_innen. Der Schweigemarsch ging vom Tatort, dem Kiosk in der Mallinckrodtstraße, zum Hauptbahnhof. Dort sprachen u.a. Gamze Kubaşık, die Tochter von Mehmet Kubaşık, und Ismail Yozgat.

Die *taz* vom 13. Juni 2006 berichtete dazu: »‚Die Ermittlungsbehörden machen nicht genug« findet Cem Yilmaz vom Alevitischen Kulturverein Dortmund, der diesen Trauermarsch zusammen mit den Angehörigen organisiert hat und sie seit dem Mord betreut. Alle Opfer sind Migranten. Da ist doch ein rechtsextremistischer Hintergrund sehr einleuchtend?, sagt der Vereinsvorsitzende. ‚Stattdessen gucken die Ermittler nur nach links, wollen wissen, ob Mehmet in der PKK aktiv war.‘«

Von der Abschlusskundgebung in Dortmund hatten wir leider keine Aufnahmen. Dank des eben zitierten *taz*-Artikels sind die folgenden Zitate aus den Redebeiträgen übermittelt: »‚Polizei, Innenministerium: Macht etwas!‘, ruft Halit Yozgats Vater bei der Kundgebung am Hauptbahnhof ins Mikrophon. ‚Es kann nicht sein, dass ihr seit fast sechs Jahren keine Täter habt.‘ Und es könne auch nicht sein, dass Einwanderer in Deutschland nicht geschützt werden können. Auch Gamze, die 20-jährige Tochter von Mehmet Kubaşık, spricht zur Menge. Von ihrem Schmerz und ihrer Wut. ‚Bitte schaut nicht weg, liebe Dortmunder‘, sagt sie zum Schluss. ‚Es kann ja wohl nicht sein, dass niemand etwas gesehen hat.‘«

### Offene Fragen

Was sind die Bedingungen, unter denen aktuell Solidarität und Widerstand gegen Rassismus entstehen können? Was brauchen wir, um Leerstellen mit konkreten solidarischen Strukturen auszufüllen?

Wir gehen davon aus, dass die Stärke des Schweigemarsches in Kassel im Jahr 2006, einen derart breit getragenen Protest auf die Straße zu tragen, aus der guten Vernetzung von Ismail Yozgat resultierte. Er war Arbeiter bei Volkswagen und im Yozgat-Verein aktiv und darüber

vernetzt mit Vertrauensleuten und Aktivisten der IG Metall, mit türkischen Sportvereinen und Moscheeverbänden. Engagierte und ebenfalls gut vernetzte Menschen wie Mehmet Demircan waren an seiner Seite. Ganz selbstverständlich standen sie ihrem Freund auch bei der Konfrontation mit Polizei und Staatsanwaltschaft bei und stärkten seine Forderung, dass sie auch in andere Richtungen ermitteln müssten. Sie waren selbstbewusst und mutig und kontaktierten weitere Institutionen von Konsulaten bis hin zu anderen Religionsgemeinschaften. Für die Abschlusskundgebung des Schweigemarsches wählten sie einen zentralen Ort, um die politisch Verantwortlichen zu adressieren: das Kasseler Rathaus. Die Parolen waren so schlicht wie prägnant. Wie wichtig solche ganz konkreten Netzwerke waren und sind und wie schwer existierende Spaltungslinien wirken, zeigt der Schweigemarsch kurze Zeit später in Dortmund. Für die kurdisch-alevitische Familie Kubaşık war es sehr viel schwieriger, ein breites Netzwerk zu mobilisieren.

Das antifaschistische wie antirassistische Spektrum war bei beiden Schweigemärschen nicht anwesend. Unsere Freund_innen aus Kassel – sowohl mit als auch ohne migrantischen Hintergrund – hatten zum Teil von dem Schweigemarsch mitbekommen, konnten jedoch die »Szene«, die dazu mobilisiert hatte, politisch nicht einschätzen, setzten sich daher auch nicht mit deren Einschätzung des Mordes auseinander und hielten sich fern.

Dies leitet über zu der Frage der Ausblendungen. Trauer, Schmerz und Wut der Angehörigen wurden nicht wahrgenommen und blieben und bleiben in der deutschen Mehrheitsgesellschaft weitgehend folgenlos. Ausblendungen und Spaltungslinien verlaufen jedoch nicht ausschließlich hier, sondern auch innerhalb der verschiedenen migrantischen Communities.

Für alle stellt sich die Frage, wie schwer politische Organisationszugehörigkeit, verschiedene Religionen, soziale Milieus und andere Identitäten wiegen. Und generell ist zu fragen, welche Kriterien wirksam werden bei den Menschen, die man als »zu sich gehörig« begreift? Wie groß und wie weit wird diese Gruppe gedacht? Und vor allem: Welche sozialen, politischen und kulturellen Netzwerke stehen uns zur Verfügung, um neben den persönlich näher stehenden Personen auch andere im Blick zu behalten, deren Situation mitzudenken und nachvollziehen zu können? Welche Rolle spielen dabei Organisationen, die Querschnitte herstellen können wie Stadtteilgruppen, Gewerkschaften oder Sportvereine?

Diese offen gebliebenen Fragen stellen sich aus unserer Sicht ganz konkret für eine aktualisierte antirassistische und antifaschistische Praxis nach den NSU-Morden. Sie machen die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung als Voraussetzung für eine Solidarisierung über die jeweilige Gruppenzugehörigkeit hinaus deutlich.

*Kurzfilm und weitere Informationen: https://pad.ma/CTC/info*

# Die Entwicklung der Neonaziszene in Thüringen – von der DDR bis heute[34]

*Katharina König*

»Im Unterschied zur BRD wurde im sozialistischen deutschen Staat der Faschismus mit allen seinen Wurzeln, mit Stumpf und Stiel ausgerottet.«[35] Dieser Legitimationsmythos der DDR wurde spätestens mit dem Überfall von neonazistischen Skinheads auf ein inoffizielles Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987 offensichtlich und unter medialer Beachtung widerlegt. Für die SED und ihre Organe stellte dies dennoch keinen Grund dar, von der gefährlichen Lüge Abstand zunehmen. Bereits Ende der 1970er Jahre traten in der DDR jugendliche Neonazi-Skins auf, die sich optisch an den »Westskins« orientierten. Wie auch im Rest der DDR waren vor allem die größeren Thüringer Fußballvereine Anziehungspunkte für die extrem rechten Jugendlichen. Feindbild und Opfer der Nazi-Skins waren von Anfang an vor allem Immigrierte und linke Oppositionelle, wobei sich in einigen Jugendcliquen Rechte und Linke mischten und sich die offene Feindschaft erst mit der Vereinigung entlud. Ab 1989 nahmen ausländerfeindliche Aktivitäten und gewalttätige Übergriffe massiv zu.[36]

Die Unwissenheit und Ignoranz der politischen Obrigkeit gegenüber den neonazistischen Entwicklungen überlebten den politischen Wechsel der Wendezeit.[37] Aufgrund des jugendlichen Potenzials und der Planlosigkeit der Behörden entwickelten sich die neuen Länder schnell zu beliebten Auftrittsorten rechtsextremer Bands. Auch neonazistische Großdemonstrationen mit bis zu 2.000 Neonazis, wie anlässlich des Rudolf-Heß-Gedenkmarsches 1992 in Rudolstadt, ließen nicht lange auf sich warten.

Kurz nach der Vereinigung trat in Thüringen eine Vielzahl neonazistischer Organisationen auf die Bildfläche. Unter anderem veranstaltete die Wiking-Jugend (WJ) Wehrsportlager in Thüringen. Auch die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), die Nationalistische Front (NF) und die Nationale Liste (NL) organisierten sich in Thüringen. Einer der wichtigsten Funktionäre beim Aufbau der Thüringer Neonazi-Szene Anfang der 1990er Jahre war der ehemalige FDJ-Sekretär Thomas Dienel. Bis 1992 Vorsitzender des Landesverbandes der NPD gründete er nach seinem Austritt 1992 die Deutsche Nationale Partei (DNP). Der unter anderem wegen eines Überfalls auf eine Asylunterkunft in Weimar mehrfach vorbestrafte Dienel war ab 1995 als bezahlter Informant für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) tätig. Nach seiner Enttarnung behauptete Dienel, vor juristischen Zugriffen »gedeckt« worden zu sein sowie 1997 in Absprache mit dem Verfassungsschutz und von diesem finanziert eine Flugblattkampagne gegen den Gewerkschafter Angelo Lucifero inszeniert zu haben, um ihn zu diskreditieren.[38]

34 Teile des Textes entstammen dem Artikel von Matthias Quent und Katharina König: »Anfänge in der DDR. Stationen der Entwicklung der Thüringer Neonaziszene seit 1990«, erschienen in: Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutzskandal, Bodo Ramelow (Hrsg.), VSA Verlag, Hamburg 2012.

35 Siegler, Bernd (1991): Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR. Berlin: Edition Tiamat, S. 99.

36 Ismail Yozgat, der Vater des ermorderten Halit, forderte schon 2006 von den Behörden die Beendigung der Mordserie gegen Migranten. Filmstill: Kein 10. Opfer, Kamera: Sefa Defterli, Kassel, Dortmund 2006, 6 min., online: https://pad.ma/CTC/infoVgl. Klärner, Andreas (2008): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten. Hamburg: Hamburger Edition, S. 93.

37 Vgl. Schmidt, Jochen (2002): Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Berlin: Edition Ost, S. 22.

38 Vgl. Hielscher, Almut/Mascolo, Georg/Winter, Steffen (2000): Man hat mich gedeckt, in: Der Spiegel Nr. 40, 2.10.2000, S. 109-110.

Zunächst gewannen in den neuen Bundesländern die bekannten westdeutschen Wahlparteien kaum an Einfluss; wohl aber randständige, radikale Neonazi-Gruppen. Darunter gab es zahlreiche informelle Zusammenschlüsse offen gewaltbereiter Aktivisten, die vor allem der neonazistischen Skinhead-Subkultur angehörten. Verschiedene Organisationen versuchten – oft mit geringem Erfolg – auf diese Einfluss zu nehmen. Gerade dieses subkulturelle Milieu war maßgeblich für die Gewaltwelle gegen Migrant_innen in Ostdeutschland verantwortlich. Auf die rechtsextremen Pogrome in Rostock und anderswo, die sich vor allem gegen Asylsuchende richteten, reagierte der Bundesinnenminister ab 1992 mit einer Reihe von Verboten. Diese Verbote weiteten sich aus nach den Brandanschlägen von Solingen, Mölln und anderen Orten, die sich vor allem gegen türkischstämmige Bürger_innen richteten, die schon sehr lange in Deutschland lebten. 15 Vereinigungen traf dies bis zum Jahr 2000 – davon acht zwischen 1992 und 1994. Darunter befanden sich auch bedeutende Organisationen wie die WJ und die FAP, der u.a. Dieter Riefling sowie der Thüringer Rechtsrockhändler und heutiger NPD-Kandidat zur Landtagswahl 2014 Thorsten Heise angehörten. Die Neonazi-Szene reagierte bundesweit mit der Gründung Freier Kameradschaften auf die Verbotswelle.

An der Gewalteskalation gegen Migrant_innen und Asylsuchende änderten diese Verbote nichts. Hingegen erfuhren Neonazis, welche in den 1990er Jahren politisch sozialisiert wurden, dass ihre Gewaltausschreitungen und rassistischen Pogrome, welche auf Zustimmung in der deutschen Bevölkerung stießen, in der Folge zu politischen Konsequenzen führten, welche ihrer Ideologie entsprachen: Im Dezember 1992 wurde das Asylrecht faktisch abgeschafft. Die mit Brandanschlägen und massiven Übergriffen auf Migrant_innen erhobene lautstarke Forderung der Neonazis unter Beteiligung von Teilen der deutschen Bevölkerung «Ausländer raus« wurde damit in einem entscheidenden Teil parlamentarisch umgesetzt.

Anfang der 1990er Jahre gründeten sich in Jena, Saalfeld-Rudolstadt, Gera und weiteren Thüringer Städten sogenannte Freie Kameradschaften wie beispielsweise die Kameradschaft Jena, der damals neben André Kapke auch der seit November 2011 als »NSU-Unterstützer« inhaftierte Ralf Wohlleben sowie Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe angehörten. Aus diesen Kameradschaften ging ab 1994 die Anti-Antifa Ostthüringen mit Sitz in Rudolstadt hervor. Nach dem Vorbild des Konzeptes des Hamburger Neonazis Christian Worch stellten sie eine informelle und vermeintlich hierarchiefreie Organisationsstruktur dar und begriffen sich als Bestandteil einer militanten Neonazi-Szene.

Dies entsprach der Ankündigung der Anti-Antifa u.a. in der Publikation »Der Einblick« (1993) in welcher von »professioneller Vorbereitung« von Aktionen gegen den politischen Gegner gesprochen wurde. In Thüringen bedeutete dies konkret, dass regelmäßige wöchentliche Treffen der Anti-Antifa Ostthüringen zu einer Vielzahl von Übergriffen auf Antifaschist_innen führten sowie zu öffentlichkeitswirksamen Auftritten. Als Beispiel hierfür sei die Störung der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus in Saalfeld-Rudolstadt am 10. September 1995 durch das Deponieren einer Bombenattrappe genannt.

Die Anfang der 1990er Jahre noch als Selbstfindung zu bezeichnende Phase Thüringer Neonazis mündete 1996 in der Gründung und Bündelung einzelner Kameradschaften im Thüringer Heimatschutz (THS). Damit einhergehend kam es zur Professionalisierung, Radikalisierung und Politisierung der Thüringer Neonaziszene. Unter der Führung von Tino Brandt im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt sowie den ehemaligen Führungspersonen der Kameradschaft Jena André Kapke, Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Ralf Wohlleben war zunehmend die Existenz einer organisierten Nazistruktur spürbar. Wöchentlich, teilweise täglich, kam es zu Übergriffen auf alternative Jugendliche, junge Erwachsene und MigrantInnen. Bedrohungsszenarien wie Hetzjagden durch Mitglieder des THS waren bis Anfang der 2000er

Jahre Normalität. »National befreite Zonen« nach dem Konzept des Mitte 1991 erschienenen Aufrufs »Schafft befreite Zonen«[39] entstanden. Schwerpunkte dafür wurden erneut die Hochburgen des THS, also der Landkreis Saalfeld/Rudolstadt und Jena. In Saalfeld wurde der Stadtteil Gorndorf für alternative Jugendliche und Erwachsene zu einer »No-Go-Area«.

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) schätzt die Thüringer Szene auf ca. 1.000 Personen, die Saalfelder Polizei spricht im Jahr 1997 von 120 aktiven Neonazis im Landkreis. Von den 939 polizeilich registrierten rechtsextremen Straftaten von 1996 entfielen 231 und damit mindestens ein Viertel auf Saalfeld-Rudolstadt.[40]

Brandt, Führungsfigur des THS und seit 1994 V-Mann des TLfV, war in mehrere dieser Straftaten verwickelt: In insgesamt 35 teilweise schwerwiegenden Fällen wurde während seiner Zeit als V-Mann gegen ihn ermittelt. Doch zu einer Verurteilung kam es nie.[41] Im Oktober 1997 gab es eine Razzia im THS-Treffpunkt in Heilsberg. Ausgehoben wurde das bis dahin größte Waffenarsenal bei Neonazis. Trauriger Höhepunkt war schließlich die Ermordung der dem alternativen Spektrum angeschlossenen 14-jährigen Saalfelderin Jana G. durch einen im örtlichen rechten Spektrum zu verortenden 15-Jährigen am 26. März 1998.

Die Thüringer V-Mann-Praxis nahm Ausmaße an, welche faktisch zu einer Stärkung der Neonazi-Szene, insbesondere des Thüringer Heimatschutzes führten. Tino Brandt wurde im Jahr 1994 als V-Mann angeworben und mit kleineren zeitlichen Unterbrechungen über sieben Jahre geführt. V-Leute sind faktisch Honorarkräfte des Verfassungsschutzes – eine Verpflichtungserklärung wird unterschrieben, die festsetzt, dass sie niemals Aussagen über ihre Tätigkeit treffen. Offiziellen Mitarbeiterstatus erlangen sie nicht, auch wenn der Verfassungsschutz pauschal Steuern für die V-Leute-Honorare zahlt. Das bei Brandt vom Verfassungsschutz gezahlte Honorar, welches sich in der Höhe nach dem Wert seiner Informationen richtete, war gerechnet auf den Monat höher als das Durchschnittseinkommen der Thüringer Bevölkerung.

Mehrmals monatlich fanden diese Treffen mit dem VS statt, Informationen bspw. zu anstehenden Demonstrationen aber auch über Vernetzungstreffen der Neonaziszene wurden von Brandt an den Geheimdienst geliefert. Eine Kontrolle der Informationen geschweige denn eine Weitergabe entscheidender Aussagen an die Polizei fanden nicht statt. Mehrfach wurden ihm Aufträge des VS gegeben, z.B. Zeitschriften oder CDs der Neonazi-Szene zu besorgen, die sein Honorar erhöhten.

In Jena wurden die Stadtteile Lobeda und Winzerla zum Agitationsgebiet – erst von der Kameradschaft Jena, dann von der THS-Sektion Jena. Das Jugendzentrum Winzerclub im Stadtteil Winzerla ist einer der Anlauf- und Treffpunkte – auch von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Die fehlende sozialpädagogische Professionalität entsprang dabei nicht nur in Jena aus dem falsch verstandenen Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit«. Die Zunahme von Übergriffen auf linke Jugendliche seit Anfang der 1990er Jahre wurde seitens der Öffentlichkeit weitestgehend negiert, die Junge Gemeinde Stadtmitte Jena als einer der Treffpunkte für Alternative im Gegenzug als »Feindbild schaffend« kritisiert. Die Radikalisierung der THS-Sektion Jena konnte ungestört voranschreiten. 1996 tauchten erstmals Aufkleber dieser Gruppe mit dem Aufdruck »Bratwurst statt Döner« auf. Als Verantwortlicher wurde André Kapke genannt.

39 Vgl. Bundschuh, Stephan: Rechtsextremismus und Sozialraum. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit. Halle, 2004.

40 Vgl. Dittes, Steffen (1997): Nach Verbot jubilierte die rechtsextreme Szene, in: PDS-Fraktion im Thüringer Landtag (Hrsg.): Saalfeld – Demokratie im Würgegriff? Dokumentation zur Öffentlichen Anhörung der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag am 5.November 1997. Erfurt: o. V., S. 10f.

41 Vgl. Thüringer Landtag (2012): Drs. 5/4198, 15.3.2012.

**Auszug Gedächtnisprotokoll, Jugendliche, 15 Jahre, 9. Klasse**

*JG-Stadtmitte, 1993*

*Mittwoch 20.01.1993*

*»Ich war auf dem Heimweg vom Jugendkammerorchester, es war zwischen 19:30 und 19:45 Uhr. Die Erfurter Straße war menschenleer. Plötzlich traten hinter einer Reihe Autos zwei Glatzen hervor und kamen auf mich zu. Mich überfiel gleich so ein komisches Gefühl, mir kam es so vor, als ob sie auf mich gewartet hätten. Ich wollte weglaufen. Doch von hinten verstellte mir auch schon eine Glatze den Weg, kam auf mich zu. Ich stand nur noch da, die Geige an mich geklammert. Im nächsten Moment war ich eingekreist; es ging alles ganz schnell: »Linkes Dreckschwein« und ähnliches hörte ich. Zwei hielten mich an den Handgelenken fest, der Dritte drückte mir seine brennende Zigarette auf der Hand aus und sagte: »Wenn du schreist, bekommst du ein paar ins Maul«. Als ob jemand mir ein Loch in die Hand bohrt, so stechend empfand ich den Schmerz und zugleich hämmerte es in meinem Kopf: »Bloß nicht schreien!« Die Hand bekam ich nicht los. Zuletzt schlug mir derselbe mit der Faust voll in den Bauch, daß ich mich vor Schmerzen krümmte.*

*Wann die Drei weggelaufen oder weggegangen sind, bekam ich überhaupt nicht mehr mit. Mir ging es einfach dreckig, ich hockte da, mir war alles wie egal. Irgendwann bin ich wieder aufgestanden, habe die Geige vor mir liegen gesehen und bin dann ganz schnell nach Hause gelaufen. Dort erst bemerkte ich auch die Schnittstellen an meinem Handgelenk und erinnerte mich, wie der eine gesagt hatte: »Wenn du schreist, schneide ich dir die Pulsadern durch.«*

1996 fand sich an einer Autobahnbrücke bei Jena eine menschengroße Puppe, versehen mit einem gelben Judenstern und ausgestattet mit einer Bombenattrappe. Verantwortlich dafür: Uwe Böhnhardt. Die nächste Bombenattrappe in Form einer Kiste tauchte am 6. Oktober 1996 im Fußballstadion Ernst-Abbe auf. Versehen war sie mit einem Hakenkreuz. Briefbombenattrappen wurden über den Jahreswechsel 1996/1997 an eine lokale Zeitung, die Stadtverwaltung und die Polizei versendet. Anfang September 1997 wurde der nächste mit einem Hakenkreuz gekennzeichnete Koffer vor dem Theaterhaus aufgefunden. Der Koffer beinhaltete einen funktionsfähigen Sprengsatz sowie zehn Gramm TNT. Nur drei Monate später, am 26. Dezember 1997, wurde erneut ein Koffer mit aufgesprühtem Hakenkreuz entdeckt – diesmal auf dem Jenaer Nordfriedhof, an einer Gedenkstätte für den antifaschistischen Widerstandskämpfer Magnus Poser.

Ergänzt wurde diese Radikalisierung durch damals auftauchende Szenezeitschriften wie Doitsche Musik aus Erfurt oder die Neue Thüringer Zeitung – Stimme der Nationalen Erneuerung, die in Zusammenarbeit von Frank Schwerdt und Brandt entstand. Abgerundet wurden diese Thüringer Zustände durch Rechtsrockbands und -Konzerte, aber auch durch Szeneläden, die nicht nur Kleidung und Musik, sondern wie im Fall des Mitte der 1990er Jahre im Zentrum Jenas entstandenen Ladens Madley sogar Waffen bereit hielten. Dessen Inhaber waren und sind keine Unbekannten. Zwar scheiterte die Etablierung eines zweiten nationalen Geschäfts unter dem Namen Hatebrothers, mit dem Namen hatten sie sich jedoch selbst enttarnt: Sie waren einer in den 1990er Jahren in Kahla bestehenden Skinheadclique zuzurechnen, die dem Blood & Honour-Umfeld angehörte.[42]

Das Madley stand symbolhaft für die Ausdehnung einer rechten Alltagskultur im Thüringer Städten, zu der noch heute Neonazi-Läden gehören. Bis zum Jahr 1998 wuchs der Thüringer Heimatschutz laut TLfV auf 120 Personen an. Thüringen war – gemessen an Übergriffen durch und Veranstaltungen von Neonazis – zum »braunen Herz Deutschlands« geworden.

42 Antifa-Recherchеteam Dresden, GAMMA Leipzig, Antifa-Recherchegruppe Jena: Dossier »Blood & Honour« – NSU-Helfer in Sachsen, 31.01.2012, online unter: http://gamma.noblogs.org/archives/840.

Am 26. Januar 1998 kam es zu Durchsuchungen bei Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Gefunden werden neben 1,4 kg Sprengstoff u.a. fertig gebaute Rohrbomben. Sie tauchten unter und ermordeten in den folgenden Jahren neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin, führten mehrere Sprengstoffanschläge durch und setzten ihr im Thüringer Heimatschutz erlerntes, mit neonazistischer und rassistischer Ideologie untersetztes Gewaltkonzept der 1990er Jahre fort.

Im November 2011 kam es zur Selbstenttarnung des heute als »Nationalsozialistischer Untergrund« bekannten Trios. Untersuchungsausschüsse auf Bundesebene sowie in Bayern, Thüringen und Sachsen wurden eingesetzt, um – so das Ziel – aufzuklären und die mögliche Verwicklung bzw. das Fehlverhalten von Behörden zu ermitteln. Noch vor Beginn der Ausschüsse jedoch wurden Akten von Thüringer V-Leuten beim Bundesamt für Verfassungsschutz vernichtet und damit der Aufklärung von vornherein Grenzen gesetzt.

Nach knapp zwei Jahren intensiver Arbeit legte der Bundesuntersuchungsausschuss seinen 1.400 Seiten umfassenden Abschlussbericht vor. Er dokumentiert vor allem das systemische Versagen der Sicherheitsbehörden. Neben den rassistisch motivierten Ermittlungen wurden über die Untersuchungsausschüsse aber auch über investigative Journalisten ca. 25 V-Leute sowohl in der Unterstützerszene als auch im Umfeld des NSU bekannt.

Bekannt wurde ebenso – insbesondere über den Thüringer Untersuchungsausschuss – neben dem Versagen bei der Suche nach den flüchtigen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe die Verantwortungslosigkeit der Verantwortungsträger in den 1990er Jahren.

Die gesellschaftliche Ignoranz der sich offensichtlich ausbreitenden rassistischen Stimmung in den 1990er Jahren bildete faktisch den Resonanzboden für die zunehmende neonazistische Subkultur.

Laut der Aussagen Betroffener und Sachverständiger auch im Thüringer Untersuchungsausschuss gab es kaum entsprechende Gegenwehr durch Sicherheitsbehörden. Im Gegenteil ist hier letztendlich – ausgehend vom Beispiel des V-Mannes Tino Brandt – gar von einer Unterstützung der Neonazi-Szene durch den Thüringer Verfassungsschutz zu sprechen.

Ähnliches beklagten mehrfach Polizisten im Thüringer Untersuchungsausschuss, welche bspw. von misslungenen Durchsuchungen bei Neonazis berichteten oder auch, wie einer der Zielfahnder in den Akten vermerkte, eine Einflussnahme auf die Suche nach dem Trio durch den Verfassungsschutz unterstellten. Doch das Verhalten und die Ermittlungen der Polizei waren, ausgehend von den bisherigen Anhörungen im Untersuchungsausschuss, alles andere als fehlerfrei, sondern ebenso oder zumindest teilweise von rassistischer Ausrichtung geprägt gewesen. Zwar wurde insbesondere durch ehemalige Beamte der Soko Rex sowie durch ehemalige Staatsschützer der Polizei Saalfeld eindeutig aufgezeigt, dass es auch sehr engagierte Ermittlungen gegen Neonazis in den 1990er Jahren gab, gleichzeitig war jedoch durch Anhörungen ehemaliger Innenminister und führender Polizeibeamter feststellbar, dass es keinen Fokus und keine Stringenz auf neonazistische Aktivitäten gegeben hatte.

So erklärte der Sachverständige Eric Henze im Untersuchungsausschuss, dass die Polizei »(...) bei Gewalttaten von Rechtsextremisten nicht eingegriffen, sondern mit dem rechten Lager sympathisiert (habe) (...). So sei der Zeuge einmal mit der Aussage eines Polizisten konfrontiert worden: »So braun wie diese Tür sind wir auch.« Der Sachverständige Peter Reif-Spirek wies darauf hin, die Polizeibehörden hätten einen spezifisch ethnisierten Blick auf die Gesellschaft und ihre Tätigkeit. Hierzu verwies er auf eine Studie über rechtsextreme und fremdenfeindliche Potenziale bei der Frankfurter Polizei von Hans-Gerd-Jaschke. Dieser ethnisierende Blick auf die Kriminalität gehe einher mit einer Affinität zu rechtspopulistischen politischen Formationen. Der Sachverständige Michael Ebenau konstatierte, die Entwicklung

des Rechtsextremismus in Thüringen sei durch das Nichteingreifen der Polizei begünstigt worden.«[43]

Nach Berichten diverser Sachverständiger im Untersuchungsausschuss waren die früheren Verantwortungsträger_innen in Politik, Polizei und Behörden vor allem darum bemüht, das Problem der rechten Gewalt zu verharmlosen und zu entpolitisieren. Diejenigen, die antifaschistisch aktiv waren und sich der rechten Ideologie entgegenstellten, wurden durch den politischen Kurs der damaligen Landesregierungen zum eigentlichen Problem erklärt und das Erstarken rechter Strukturen relativiert. Das bestätigten später auch jene, die dafür Mitverantwortung trugen, wie der damalige Innenstaatssekretär Michael Lippert bei seiner Befragung. »Rechte Skinheads« seien in Thüringen nur ein »wirrer Haufen« gewesen, der sich an Tankstellen traf und randalierte. Das eigentliche Problem sei der linke »schwarze Block« gewesen: »Der Schwarze Block war eine aufgerüstete Einheit mit Standorten in Göttingen und Berlin, die Entgleisungen durchführte und einmarschierte«, so Lippert selbstsicher. Rechte Strukturen bekamen wenig Druck zu spüren. Die Sonderkommission Rex gegen Neonazis im LKA wurde erst torpediert und dann 1997 aufgelöst. Sie führte ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Neonazigruppe »Thüringer Heimatschutz« (THS), zu dem auch die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe gehörten. Später wurde eine weitere Möglichkeit zum Verbot des THS bei einer anderen Ermittlungsgruppe vereitelt. Ausgehobene Waffenlager des THS und Bomben-Platzierungen durch das NSU-Trio in Jena wollte man damals der Gruppierung nicht anhängen, es seien schließlich nur Taten Einzelner gewesen.

Nach zahlreichen Anhörungen von Verfassungsschützern, Polizisten und Politikern wurde die desaströse Arbeit des Verfassungsschutzes (VS) belegbar. Darunter zählte die Spitzel-Anwerbungspraxis bei Führungspersonen der Thüringer Neonazi-Szene. Diese versorgte der Verfassungsschutz neben hohen Bargeldsummen auch mit Handys, Faxgeräten, Computern und Reisekosten. Äußerungen von ehemaligen V-Leuten wie Tino Brandt, sie hätten das Geld in die Szene zurückfließen lassen, versuchte dessen V-Mann-Führer im Ausschuss zaghaft zu dementieren. Die 200.000 DM für Brandt seien in »alle möglichen technischen Spielereien« geflossen, »das neueste Handy (…) in seinem Fahrzeugpark, die Fahrzeuge waren immer mal wieder kaputt, da ist viel in den Reparaturbereich geflossen«.

Durch Nachforschungen des Ausschusses wurde bekannt, dass der Verfassungsschutz in einigen Fällen gar die Anwaltskosten von Thüringer Neonazis bezahlte sowie Anti-Antifa-Flugblätter abgestimmt bzw. Korrektur gelesen haben soll. Daneben wurde über den Ausschuss deutlich, wie der Verfassungsschutz seine Quellen vor Strafverfolgung schützte. So besuchten mehrfach Mitarbeiter des Landesamtes Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften, um Einsicht in Verfahren gegen Neonazis aus Thüringen zu nehmen. Zeugen berichteten, dass auf diesem Wege auch eine Verfahrenseinstellung erwirkt werden sollte und ihnen Vorwarnungen zu Razzien bekannt waren. Auch räumte ein V-Mann-Führer vor dem Ausschuss direkt ein, dass er problematische Gegenstände seiner Quelle an sich genommen habe, damit die Polizei bei einer Razzia diese nicht fänden.

Spezifisch ist, dass den Mitgliedern des Ausschusses alle Akten des Thüringer Landeamtes für Verfassungsschutz zum Thema Rechtsextremismus ungeschwärzt zur Verfügung stehen. Hinzu kommen Akten der einzelnen Polizeidienststellen, Akten des Justizministeriums sowie des Innenministeriums. Darüber hinaus können die Abgeordneten im »Haarberg-Verfahren«[44]

43 Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses 5/1, 07.03.2013, online unter: www.thueringer-landtag.de/imperia/md/content/landtag/drucksachen/drs55810.pdf.

44 Die Bezeichnung »Haarberg-Verfahren« resultiert aus der Adresse des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz in der Haarbergstraße in Erfurt.

die Akten der V-Leute des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz einsehen. Insgesamt stehen dem Ausschuss mehrere tausend teils digitalisierte Aktenordner zur Verfügung.
Eine Besonderheit beim Thüringer Untersuchungsausschuss ist, dass dieser immer wieder versucht, auch in die Tiefe der Strukturen einzudringen, sowohl Abläufe und Personen innerhalb von Behörden und Referaten betreffend als auch Detailinformationen zu Strukturen und Akteuren der neonazistischen Szene zu gewinnen.

Sowohl der Bundesuntersuchungsausschuss als auch die Untersuchungsausschüsse der Länder stoßen an Grenzen, welche die Aufklärung mindestens erschweren. Einerseits reicht die sich an Legislaturperioden orientierte Zeit nicht aus, um allen Fragen detailliert nachgehen zu können, andererseits und entscheidender, weil die anfangs zugesagte Transparenz und Aufklärung einschränkender, ist jedoch das Erinnerungsvermögen der befragten Mitarbeiter_innen in Sicherheitsbehörden. »Daran kann ich mich nicht erinnern« oder »Das ist 15 Jahre her« sind die wohl am häufigsten gefallenen Zitate in allen Untersuchungsausschüssen.

Problematisch ist für die Untersuchungsausschüsse auf Landesebene, dass ihnen regionale Grenzen gesetzt sind. So kann sich bspw. der Thüringer Untersuchungsausschuss mit den Ermittlungen bezüglich des Mordes an M. Kiesewetter in Thüringen selbst befassen, nicht aber mit dem Schwerpunkt der Ermittlungen, die in Baden-Württemberg stattfanden. Die rassistischen Morde an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat werden aufgrund dessen ebenso wenig thematisiert wie die Sprengstoffanschläge in Köln. So fehlt trotz aller Thematisierung der 1990er Jahre – zumindest in Thüringen und Sachsen – die Opfer- und Betroffenenperspektive der migrantischen Community.

Alle Untersuchungsausschüsse waren bzw. sind in unterschiedlichem Maße von Geheimhaltungspflichten betroffen. Die durch die Verfassungsschutzämter zur Verfügung gestellten, teils geschwärzten Akten unterliegen diversen Geheimhaltungsstufen, was in der Konsequenz bedeutet, dass diese in öffentlicher Sitzung nicht eingeführt und verwendet werden können. Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, anderer Landesverfassungsschutzämter oder auch des Militärischen Abschirmdienstes stehen den Landesuntersuchungsausschüssen nur in kleinen Teilen zur Verfügung. Das Maß an Transparenz und Aufklärung, welches die Untersuchungsausschüsse erreichen können, wird somit den Hoffnungen und Erwartungen der Betroffenen nicht gerecht werden, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) versprochene »schonungslose Aufklärung« der NSU-Mordserie nicht erreicht.

Die Aufarbeitung und Aufklärung der Taten des NSU findet unter dem Label Versagen oder Fehlverhalten der Behörden statt. Allein die Begriffe taugen und treffen nicht angesichts von Lügen vor den Untersuchungsausschüssen, Aktenvernichtungen im Bundesamt für Verfassungsschutz und im sächsischen Landesamt sowie der Vielzahl von V-Leuten rund um den NSU und in deren Unterstützerszene. Darüber hinaus gibt es in weiten Teilen der Gesellschaft, der Politik, Justiz und Polizei immer noch eine verankerte und stillschweigende Übereinkunft, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus zu verharmlosen. Michael Kraske nennt diese Übereinkunft »eine Art Staatsräson, in der das Image als saubere Demokratie Primat des Handelns ist«[45]. Diese stillschweigende Übereinkunft muss aufgelöst werden.

Die Ideologie und der Hass sind keine Singularität des NSU und ihrer Unterstützer. Ideologische und logistische Angebote zum Kampf im Untergrund wie bspw. Veranstaltungen mit dem früheren Rechtsterroristen Karl-Heinz Hoffmann aber auch Anleitungen für Anschläge

45 Kraske, Michael: NSU und das Behördenversagen. In den Tiefen des Staates. 14. September 2012, Cicero, online unter: www.cicero.de/berliner-republik/den-tiefen-des-staates/51876/.

kursieren in der Neonazi-Szene und werden wenigstens informativ genutzt. Die Thüringer Situation eines zumindest fahrlässigen Verhaltens von Behörden, die finanzielle Unterstützung – sei es durch Mittel des Verfassungsschutzes an V-Leute oder auch Existenzgründungshilfen des Thüringer Sozialministeriums – sowie die mehrheitliche Ignoranz gegenüber dem Auf- und Ausbau Thüringer Neonazistrukturen in den 1990er Jahren durch Zivilgesellschaft und Kommunen stellen Faktoren der ideologischen Festigung und strukturellen Verankerung diverser Neonazigruppen und somit für das Entstehen des NSU und ihres Unterstützernetzwerkes dar.

Neonazistische Ideologie und entsprechende Strukturen sind in Thüringen weiter existent, auch wenn sich der öffentlich-mediale Druck auf diese deutlich erhöht hat. Die Ignoranz, aber auch die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft in Thüringen bieten seit Jahren einen Nährboden für Aktivitäten der Neonazis. 56% der Thüringer_innen halten laut Thüringen-Monitor, eine Studie der Universität Jena aus dem Jahr 2011, Deutschland für »gefährlich überfremdet« – bei einem »Ausländeranteil« von nicht einmal drei Prozent in der Region. 19% verharmlosen das NS-Regime und 11% vertreten antisemitische Einstellungen. Ein öffentlich-medialer Druck auf Neonazi-Strukturen reicht nicht mehr aus. Es gilt, ihnen diesen Resonanzboden zu entziehen. Es gilt, eine freie und offene Gesellschaft zu ermöglichen.

**Revision**
**Regie: Philip Scheffner**
**Buch: Merle Kröger, Philip Scheffner**
**D, 2012, 106 min.**
**Bildnachweis: Bernd Meiners**



# Keupstraße geht in: Revision

*28. März 2013, Café Damla*

Die Tische, an denen sonst Baklava zu Kaffee und Tee verspeist werden, hatten wir aus dem hinteren Speiseraum der Feinbäckerei Damla für diesen Abend rausgetragen. Dennoch reichte der Platz nicht aus, denn das Interesse an der Veranstaltung am 28. März 2013 war sehr groß. Etwa 70 Personen fanden hier und im Eingangsbereich Platz. Weitere mussten aufgrund der Platznot leider wieder von dannen ziehen und es sich in einem der zahlreichen Restaurants in der Straße gemütlich machen.

Bewusst suchten wir Orte während unserer Veranstaltungen auf, an denen sich im Alltag das soziale Leben der Keupstraße abspielt. Ein entscheidendes Ziel des NSU-Anschlags war es, die dort lebenden Menschen zu stigmatisieren und dadurch zu isolieren. Vor dem Anschlag im Juni 2004 war die Keupstraße eine weit über die Kölner Stadtgrenze hinaus bekannte und florierende Geschäftsstraße mit zahlreichen Restaurants und Cafés. Nun berichten viele Bewohner und Bewohnerinnen, dass sich, in Folge des Nagelbombenattentats, die Situation schlagartig geändert hatte. Lange Zeit wurde die Straße von Auswärtigen gemieden – sei es aus Angst vor weiteren Anschlägen oder aus Misstrauen. Die einseitigen Ermittlungen und die kollektiven Beschuldigungen hatten ganze Arbeit geleistet. An den in der Keupstraße lebenden Menschen haftete das Stigma: »Kriminelle Ausländer«. So gesellte sich zu dem traumatischen Erlebnis des Bombenanschlags die Erfahrung von sozialer Isolation. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Keupstraße blieben mit ihrer Erfahrung lange allein. Ihre Geschichte wurde nicht gehört.

### Deutungshoheit über die eigene Geschichte

A.S. hat den Nagelbombenanschlag am 9. Juni 2004 miterlebt. Wie für viele andere war es ihm lange nicht möglich, über seine Erlebnisse öffentlich zu sprechen. Dies tat er erstmals im Rahmen unserer Veranstaltung. In seinem Bericht wird deutlich, wie sehr der Anschlag sein Leben nachhaltig beeinflusst hat und darin noch immer präsent ist. Die Bilder der Zerstörung und der durch Nägel und Splitter verletzten, blutüberströmten Menschen, haben sich fest in sein Bewusstsein eingebrannt. Das Gefühl der Angst, dass wieder etwas passieren könnte, ist geblieben. Auch in ökonomischer Hinsicht hatte A.S., wie viele andere, mit den Folgen des Attentats zu kämpfen. Was seine Geschichte aber insbesondere auszeichnet, ist die Tatsache, dass sie nicht erzählt werden konnte. Das ist symptomatisch für die Geschichte des Bombenanschlags in der Keupstraße. Die Ahnung, dass der Anschlag aus rechtsradikalen Zusammenhängen heraus begangen wurde, wurde vielfach von den Betroffenen und Angehörigen der Opfer der NSU-Mord- und Anschlagsserie geäußert – und blieb weitestgehend ignoriert. Wie viele andere auch musste A.S. mehrfach verhörähnliche Gespräche mit der Polizei über sich ergehen lassen. Als er dabei aber das Offensichtliche aussprach, nämlich, dass die Täter Neonazis gewesen seien müssen, wurde ihm unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass diese Version der Geschichte nicht gewünscht sei, er sie nicht noch einmal äußern solle. Dieser einschüchternde Akt stellte den Versuch dar, ihm die Deutungshoheit über seine existenzielle Erfahrung, seiner Geschichte, zu nehmen. A.S. hatte danach seine auf der Hand liegende Vermutung bis zum Auffliegen des NSU nicht mehr geäußert. Die Schilderung dieser Erfahrung wiegt in seinem Bericht ähnlich schwer wie die Schilderung des Anschlags selbst. In der Aufarbeitung seiner Geschichte war er über einen langen Zeitraum gezwungen, bei der Suche nach den Gründen des Anschlags einen zentralen Aspekt auszuklammern.

Wie wichtig aber eine zeitnahe psychologische Aufarbeitung von traumatischen Erlebnissen dieser Art ist, weiß Ali Kemal Gün zu berichten. Als Psychologe und Psychotherapeut hat er mehrfach mit schwer traumatisierten Menschen gearbeitet. Nach dem Solinger Brandanschlag mit fünf Todesopfern betreute Gün die Familie Genç, die vier Angehörige durch den Brand verlor. Gün ist primär aber nicht in professioneller Hinsicht mit dem Kölner Bombenanschlag verbunden. Als regelmäßiger Besucher der Keupstraße – beispielsweise als Kunde des Friseursalons, vor dem die Bombe detonierte – kennt er dort zahlreiche Menschen persönlich und weiß um das Ausmaß der Traumatisierung, die der Anschlag verursacht hat. Gün berichtet, wie er seinen Bekannten M. zufällig in der Klinik traf, der sich dort als Patient aufhielt. Dieser erzählte ihm, wie sich sein Leben nach dem Anschlag verändert hatte und wie diese Erfahrung eine Verstärkung seiner Probleme bewirkte. Dies stellt Gün zufolge eine übliche Reaktion bei Traumatisierungen dar. Meist geraten aber gerade die langfristigen Folgen, mit denen traumatisierte Menschen zu kämpfen haben, aus dem Blickfeld. M. nahm sich 2012 das Leben. Seine Geschichte wird man vergeblich in den Opferstatistiken zu den rassistischen Angriffen und Morden in der BRD suchen.

Gün kritisiert, dass den Betroffenen des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße – im Unterschied zum Umgang der Stadt Solingen mit den Betroffenen des Neonazianschlags – kein zeitnahes und systematisches Angebot von psychologischer Hilfe gemacht wurde. Stattdessen wurden sie mit ihrer Erfahrung des rassistischen Anschlags allein gelassen.

### Filmische Revision

Der Film *Revision* des Berliner Regisseurs Philip Scheffner, den wir an diesem Abend zeigten, handelt nicht von einem rassistischen Anschlag oder Pogrom. Dennoch wird die Kontinuität einer rassistischen Konjunktur in der BRD nach dem Mauerfall eindrucksvoll veranschaulicht. Auch hier liegt dem ganzen eine Geschichte zu Grunde, die lange Zeit nicht erzählt werden konnte.

Ende Juni 1992: Nahe der damaligen EU-Außengrenze in Mecklenburg-Vorpommern entdeckt ein Bauer während der Ernte zwei Menschenkörper, die in einem Getreidefeld liegen. Die polizeilichen Ermittlungen ergeben, dass es sich um zwei rumänische Staatsbürger handelt: die Roma Grigore Velcu und Eudache Calderar. Die beiden hatten in der Morgendämmerung zusammen mit einer Gruppe von Landsleuten die Oder überquert, als sie von einem tödlichen Gewehrschuss in den Kopf getroffen werden. Die Schützen können ermittelt werden. Es handelt sich um zwei Jäger aus Niedersachsen, die sich für einen Jagdausflug in der Gegend aufhalten. Sie geben an, die Menschengruppe für Wildschweine gehalten zu haben. Erst Jahre später kommt es zum Prozess. Dabei kommen zahlreiche »Ermittlungspannen« zutage: Das Getreidefeld wurde kurz nach der Tat umgepflügt, wichtige Zeugen nicht gehört, das tödliche Projektil nicht richtig analysiert. Schließlich werden die beiden Jäger 1999 freigesprochen – in Ermangelung an Beweisen. Zwar legt die Staatsanwaltschaft Berufung ein, diese wird aber drei Jahre später abgelehnt.

*Revision* unterzieht dem Fall eine filmische Wiederaufnahme. Orte, Personen und Erinnerungen werden zu einem fragilen Geflecht miteinander verknüpft. So wird am Ort des Geschehens der Frage nachgegangen, ob die These eines Jagdunfalls zu halten ist. In der Gegend scheint es allgemein bekannt zu sein, dass die grüne Grenze zu der Zeit regelmäßig von Menschen überschritten wird. Das Gebiet wird deshalb von erfahrenen Jägern gemieden. Eine morgendliche Ortsbegehung des Filmteams legt nahe, dass die Sichtverhältnisse für eine Unterscheidung zwischen Mensch und Tier ausreichend gewesen seien müssen. Die historische Einordnung erfolgt, als klar wird, was in der Folge mit einem Teil der Gruppe, die mit Velcu




und Calderar die Grenze überquerte, geschieht. Sie werden aufgegriffen und über Umwege in eine Asylbewerbersammelstelle nach Rostock gebracht. Dort erleben sie nach der traumatischen Erfahrung im besagten Getreidefeld das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen.

Zentrales Element aber ist die Auseinandersetzung mit den Angehörigen von Grigore Velcu und Eudache Calderar, die im Film zu Wort kommen. Über die Ermittlungen und den folgenden Prozess wurden sie nicht informiert. Erst durch die Recherche im Rahmen der Filmarbeiten erfahren sie die genauen Todesumstände – sofern diese sich überhaupt noch rekonstruieren lassen. Bis dahin blieben sie fast zwanzig Jahre lang im Ungewissen über das Schicksal ihrer Freunde, Ehemänner und Väter, so, als ob es die Geschichte dieser zwei Männer nie gegeben hätte oder sie nie hätte erzählt werden sollen. Von den deutschen Behörden wurden die Angehörigen nicht darüber in Kenntnis gesetzt, ebenso wenig über die Möglichkeit, zivilrechtliche Schritte einleiten und Schadensersatzforderungen an die Versicherungen der Todesschützen stellen zu können. Auch von Versicherungsseite wurden diesbezüglich keine Schritte aus Eigeninitiative eingeleitet.

Der folgende Beitrag des Kölner Anwalts Wolfgang Heiermann, den wir als Referent für die Veranstaltung eingeladen hatten, schließt an die Frage an, inwiefern dieses Fallbeispiel ein gängiges Schema im institutionellen Umgang mit Betroffenen von rassistischer Gewalt offenbart. Der Jurist war sowohl an der Recherche zum Film beteiligt, als auch an dem Versuch, ein Wiederaufnahmeverfahren des Falls zu erwirken – leider aus formaljuristischen Gründen ohne Erfolg. Hier beschreibt er anhand der Beispiele der tödlichen Brände von Solingen, Lübeck und Hattingen und der Verbrennung Oury Jallohs in einer Polizeigewahrsamszelle, wie zuerst systematisch die Möglichkeit eines rassistischen Mordanschlags – und somit die Täterschaft von deutschen Neonazis – seitens der Ermittlungsbehörden ausgeschlossen wurde. Es ist nicht nur ein genereller Unwille zur Aufklärung festzustellen. Immer wieder zeigt sich dabei das Schema einer Opfer-Täter-Umkehrung.

**Von Geschichten, die erzählt werden müssen**

Was die Angehörigen Oury Jallohs, Grigore Velcus, Eudache Calderars, die Betroffenen in der Keupstraße, in Solingen, Hattingen, Lübeck und zahlloser weiterer rassistischer Morde und Anschläge eint, ist die Erfahrung des Versuchs, sie ihrer Geschichte zu enteignen – indem ihnen Äußerungen verboten, ihre Erlebnisse aktiv umgedeutet wurden oder sie gar eine Opfer-Täter-Umkehrung erleben mussten: durch Ermittlungsbehörden, mediale Kampagnen oder politische Akteure. Das bedeutet, die Geschichte kann, soll oder darf nicht erzählt werden und bleibt infolgedessen ungehört, manchmal für immer. Dabei muss es aber nicht zwangsläufig bleiben. Zahlreiche Kämpfe von Betroffenen und solidarischen Gruppen zeugen davon, dass die Deutungshoheit der erlebten Ereignisse, der Geschichten, wieder zurückerobert und behauptet werden kann. Auch in der Keupstraße ist dieser Prozess in Gang gekommen. Darin geht es nicht nur um bloße Anerkennung von individuellen Erfahrungen. Das Ringen um diese Geschichten ist immer auch ein Ausdruck des Ringens um die Deutungshoheit über die gesellschaftlichen Verhältnisse. Es gilt, das Schweigen kollektiv zu durchbrechen und aktiv die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese Geschichten erzählt und gehört werden.

*Daniel Poštrak*

# »Wir wussten es, aber wir konnten nicht reden.«

**Interview mit A.S., 19. November 2013**

**Können Sie bitte erst etwas zu ihrer Person sagen?**
Ich wurde 1963 in Antep in der Türkei geboren. 1993 bin ich nach Deutschland gekommen und arbeite seitdem im Laden meines Bruders.

**Können Sie bitte über den Tag des Bombenanschlags erzählen?**
Es war im Juni 2004, so ungefähr ein oder anderthalb Monate bevor die Schulen schließen und für uns Türken die Ferienzeit beginnt. Ich kann mich jetzt nicht genau an das Datum erinnern. Draußen gab es eine unglaublich laute Explosion. Hier drinnen haben wir uns auf den Boden geworfen. Nach zwei, drei Minuten sind wir rausgegangen. Die Menschen dort waren blutüberströmt, besonders auf der anderen Straßenseite, genau bei dem Friseur Özcan, wo die Bombe explodiert ist. Bei uns war alles kaputt – die Fenster, die Autos hier draußen, die Fenster von den Wohnungen über uns, – so dass man hätte denken können, es hätte ein Erdbeben gegeben. Auf den Autos waren Kratzer und Spuren von Nägeln, auf dem Boden lagen Nägel, die ganze Fensterfront hier im Laden war komplett zerstört. So eine Kulisse war das hier. Die Menschen haben geweint, haben nach Hilfe gefleht, nach Hilfe geschrien. Erst nach ungefähr 25, 30 Minuten sind die Polizei und die Ambulanz gekommen. Wir waren natürlich in einem Schockzustand. Das hat uns seelisch zerstört. Als die Polizei hier war, haben sie uns nach hinten geführt und Inspektionen durchgeführt.

**Was waren die körperlichen Auswirkungen des Anschlags?**
Durch die Bombenexplosion konnte ich zehn, fünfzehn Tage nicht hören. Auch danach konnte ich nicht richtig hören. Ich bin schlafen gegangen und wenn ich auf dem rechten oder linken Ohr lag, konnte ich nicht hören. Das hat sich erst nach zwei, drei Monaten gebessert.

**Sie haben davon erzählt, dass auch Ihr Laden Schäden durch den Anschlag hatte?**
Mit den Fenstern war es so, dass die Gebäudeversicherung das übernommen hat. Für die Schäden im Laden kam unsere Haftpflichtversicherung auf. Aber das Schlimme ist, das wir sechs, sieben Monate in finanzieller Hinsicht keinen Gewinn machen konnten. Die Menschen hatten Angst, sie haben sich nicht in den Laden getraut. Kannst du dir das vorstellen? Obwohl fünf, sechs Monate vergangen waren nach dem Anschlag.

**Was hat die Polizei nach dem Anschlag gemacht?**
Drei Tage nach dem Anschlag haben sie uns verhört. Was meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, war, dass zwei oder drei Zivilpolizisten hierher kamen. Sie waren sehr groß. Sie haben uns gefragt: »Wer kann das gemacht haben? Habt ihr Feindschaften oder gibt es jemanden, der etwas gegen euch hat? Kann es sein, dass es die türkische Mafia war? Gibt es jemanden, der bei euch Schutzgeld erpresst? Kann das die PKK oder die Hisbollah gewesen sein?« Solche Sachen haben sie gefragt. Wir wussten es, aber wir konnten nicht reden. Es war also am dritten Tag und obwohl ich nicht ausreichend Deutsch spreche, habe ich trotzdem zur Polizei gesagt: »Wir müssen die Sache nicht unnötig in die Länge ziehen. Es ist klar, wer das war: Neonazis.« Der Polizist hat daraufhin seinen Zeigefinger zu seinem Mund geführt und mir gedeutet, dass ich schweigen solle. Er hat gesagt, dass ich nicht so etwas sagen soll. Da habe ich Angst bekommen und habe dann nicht noch mal darüber gesprochen.

**Wie haben Sie diese Situation psychisch verarbeitet?**

Natürlich haben wir gelitten. Monatelang hat mein Bruder die Miete und die Steuern des Ladens aus seiner eigenen Tasche bezahlt. Sechs, sieben Monate liefen die Geschäfte nicht. Keiner ist in die Straße gekommen. Die Menschen hier auf der Straße sind aus ihrem psychischen Gleichgewicht gekommen. Bei mir war es so: Wenn ich alleine nach Hause gefahren bin, war ich immer in Sorge, ob mir jemand wieder was antun würde. Ich konnte mich nicht in geschlossenen Räumen aufhalten. Zum Beispiel konnte ich selbst fünf, sechs Monate nach dem Anschlag sonntags nicht mehr mit meiner Frau zum Bahnhof gehen – obwohl ich es sehr geliebt habe, dort hinzugehen und dort zu flanieren. Ich hatte Angst. Ich habe dann immer zu meiner Frau gesagt: »Lass uns nicht dahin gehen. Nachher passiert noch etwas.« Das waren die Auswirkungen, die psychischen Auswirkungen. Wenn ich nach Hause gefahren bin, das Auto geparkt habe und ausgestiegen bin, habe ich immer nach links und rechts geguckt und geschaut, ob mich vielleicht jemand verfolgt. Besonders belastete mich, dass der Polizist mich zum Schweigen gebracht hat, dass er sich den Finger vor den Mund gehalten hat. Kannst du dir das vorstellen, dass die Behörde des Staats, die für deinen Schutz verantwortlich ist, die das Grundgesetz schützen soll, zu dir sagt, dass du schweigen sollst? Sie haben uns beschuldigt und gesagt, dass das bestimmt die PKK, die Hisbollah, die türkische Mafia oder Schutzgelderpresser gemacht haben. Erst als der Wohnwagen gebrannt und die Selbstmorde stattgefunden haben … Manche sagen auch, dass es kein Selbstmord war und auch dafür der Staat verantwortlich ist; auch sie hat der Staat ermordet. Warum? Wären die geschnappt worden, hätten die alles erzählt und der Staat, die Verfassungsschützer wären somit zum Schuldigen geworden. Was haben sie deshalb getan? Sie haben die im Wagen angezündet, ermordet, so wird gesprochen.

**Sie haben erzählt, dass drei Tage nach dem Anschlag die Polizei hier gewesen ist. Sind sie öfter hierhergekommen oder haben sie Sie zum Verhör geladen?**

Ja, sie waren hier zum Verhör. Aber ich wollte eigentlich gar nicht mehr darüber reden. Wir konnten nicht detailliert über den Anschlag reden. Wir konnten nicht reden. Wir hatten Angst.

**Was haben sie gefragt?**

Es verging ein Monat, dann tauchten sie wieder auf und fragten, ob es irgendwelche Entwicklungen gebe. Aber sie haben sich immer im Kreis gedreht, immer in dieselbe Richtung gefragt. Sie haben es gedreht und gewendet und gefragt, ob es jemanden gibt, den wir verdächtigen. Aber wir konnten nicht sagen: die Neonazis. Du weißt es, kannst es aber nicht sagen. Das war das Schlimmste an der ganzen Sache.

**Wie hat sich das auf das Zusammenleben in der Straße ausgewirkt?**

Wir waren unter uns Geschäftsleuten sicher, wer das gemacht hat. Wir wussten, wer es war. Aber wem willst du deine Sorgen anvertrauen? Die Polizei hat zu mir gesagt, dass ich schweigen soll! Der Polizist hat den Finger vor den Mund gehalten. Was kann ich denn machen? In einem demokratischen Land schweigen wir. Kannst du dir das vorstellen? Ich verstehe nicht, was für eine Form von Demokratie das ist. Lass mich das auch noch mit Nachdruck hinzufügen: Wenn die deutsche Polizistin nicht ermordet worden wäre, wäre die Mordserie gegen Ausländer fortgeführt worden. Aber da hat es sie selber getroffen.

**Also haben Sie von Anfang an gedacht, dass das Neonazis waren? Haben Sie denn während der ganzen Jahre Zweifel gehabt, ob es nicht wer anders sein könnte?**

Nein, nein, gar nicht. In dem Moment, als die Bombe explodierte, habe ich die Menschen auf dem Boden gesehen, und bereits da habe ich gesagt, das waren Neonazis. Weil hier vie-

le Türken sind. Darum haben sie sich dieses Ziel für ihre Bombe ausgesucht. Sie hatten bestimmt das Ziel, so viele Menschen wie möglich zu töten. Gott sei Dank – und das ist der Punkt, worüber wir sehr froh sind – gab es keine Toten, nur Verletzte. Wir hatten ungefähr 23 Verletzte, unter ihnen waren auch Schwerverletzte. Aber es gab keine Toten, das ist der Punkt, worüber wir uns freuen.

**Was haben Sie gedacht, als Sie erfahren haben, dass der NSU für den Anschlag hier und zehn weitere Morde verantwortlich ist?**
Ich hätte mir gewünscht, dass dieselben Polizisten wieder hierher gekommen wären, und uns noch mal verhört hätten. Aber wo sind sie geblieben, als alles herauskam? Sie haben doch uns beschuldigt. Wären sie doch hierher zurückgekommen. Die Polizisten hätten kommen und sich bei uns entschuldigen sollen. Aber das ist nicht passiert. Niemand ist gekommen. Wäre dieser Polizist doch gekommen, der mich zum Schweigen gebracht hat. Ich würde heute immer noch die Gesichter der Polizisten erkennen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Polizisten wieder hierherkommen würden, um mir einzeln zu sagen, wer für welche Tat verantwortlich war.

**Was erwarten Sie vom NSU-Prozess in München?**
Nichts wird passieren. Es wird kein Ergebnis geben. Es wird nichts herauskommen. Ich glaube da nicht dran. Ich habe auch einen Anwalt, der mich in München vertritt. Aber es wird nichts herauskommen. Weißt du, wie ich mir Deutschland damals, als ich 1993 hergekommen bin, vorgestellt habe? Frei. Ich dachte Ausländer könnten hier frei und in aller Ruhe leben. Aber ich habe mich geirrt. Was im Geheimen alles gegen uns geplant wurde. Das ist der Punkt, an dem ich mich am meisten geirrt habe. Es kam alles einzeln raus, dass sie Türken ermordet haben. Weißt du warum sie den griechischen Mann getötet haben: Weil er schwarze Haare hatte, weil er den Türken ähnlich sah. Erst als die deutsche Polizistin ermordet wurde, haben sie begonnen, die Sache zu untersuchen. Wenn die deutsche Polizistin nicht ermordet worden wäre, wären hier immer noch Türken ermordet worden.

**Waren die bisherigen Bemühungen von Politik und Ermittlungsbehörden ausreichend bzw. was muss Ihrer Ansicht nach getan werden?**
Dieser Anschlag ist 2004 verübt worden und 2011 ans Licht gekommen oder? Bis 2011, bis das rausgekommen ist, waren wir immer die Schuldigen. Wir standen immer unter Verdacht. Jahrelang. Als ob wir das untereinander gemacht hätten. Sie haben die PKK beschuldigt, sie haben die Hisbollah beschuldigt. Sie haben gesagt, das ist etwas zwischen den linken und rechten Türken. Oder das ist Schutzgelderpressung. Sie haben uns mit solchen Vorwürfen verdächtigt. Ich erwarte hier in Deutschland, von Merkel oder ihrer Partei rein gar nichts. Sie können die Sache nicht lösen. Und das möchte ich auch noch sagen. Sogar bei Merkel in der Partei gibt es Leute, die wie die Rechten denken. Es gibt natürlich linke Parteien in der Opposition, aber die können nichts machen. Ich erwarte auch von der Polizei in Deutschland nichts. Meiner Meinung nach gibt es viele Polizisten, die wie Neonazis denken. Das will ich auch gesagt haben. Wenn sie einen Ausländer sehen, einen Schwarzkopf, verspüren sie einen enormen Hass. Ich habe das erlebt und sehe das immer noch.

Und wenn das hier eine deutsche Straße gewesen wäre, in der die Bombe explodiert wäre? Was wäre dann wohl passiert? Wenn derjenige, der die Bombe gelegt hat, ein Ausländer gewesen wäre, also nicht ein Deutschstämmiger, sondern ein Ausländer, hätten sie ihn in ein, zwei oder drei Tagen gefangen. So lange hätte es nicht gedauert.

**Sie haben vorhin gesagt, als Sie 1993 nach Deutschland kamen, hatten Sie das Bild**

**von einem freien Deutschland. Nun gab es in den 1990er Jahren mehrere rassistische Anschläge auf Wohnhäuser und Flüchtlingsheime, z.B. in Solingen, und Mölln.**
Genau, das war glaube ich in dem Jahr, als ich hier ankam, 1993. Als diese ganzen Sachen waren, wissen Sie, was ich dazu gesagt habe? Die Ausländer sind hier nicht mehr erwünscht. Lassen Sie es mich so sagen: Hier haben die Ausländer nicht die gleichen Rechte wie die Deutschen. Ich glaube da nicht dran. Wir sind in ihren Augen nicht wie Deutsche. Ich glaube nicht an die Polizei, nicht an die Politik. Was sie machen, machen sie mit Blick auf die Wahlen. Ich glaube nicht mal an die Justiz. Für Ausländer gibt es hier keine Rechte. Keine Demokratie. Ich glaube da nicht dran.

**Haben die einseitigen Ermittlungen nach dem Anschlag auf Ihre jetzige Meinung ausgewirkt? Hatten Sie vorher mehr Vertrauen?**
Ja, ich hatte Vertrauen. Aber nachdem diese ganzen Sachen rausgekommen sind, war mein komplettes Vertrauen zerstört. Wenn ich einen deutschen Polizisten sehe, wenn im Straßenverkehr irgendwas ist, habe ich sofort Angst, dass etwas passiert, oder dass sie mir etwas antun werden. Dass ich Ausländer bin, hat einen starken Einfluss darauf. Das will ich auch noch sagen: Deutschland ist mit seiner Ökonomie, mit seiner Industrie, mit seiner Kultur und Kunst wie eine führende Lokomotive in Europa. Aber egal wo man hingeht und Deutschland sagt, was wird mit Deutschland assoziiert? Neonazis. Keiner fragt nach Deutschlands Ökonomie, Kultur und Kunst. Sondern alle denken: Neonazis.

Einen Tag nach dem Anschlag hat der damalige Innenminister Otto Schily gesagt, dass ein rechtsextremer Hintergrund ausgeschlossen werden kann.

Viele sagen, als 2004 die Bombe in der Keupstraße gezündet wurde, wusste die Polizei, wer die Bombe gelegt hat. Aber egal, was hier passiert, es sind die Ausländer. Alles haben die Ausländer gemacht. Sie sagen, als die Polizei den Anruf bekam, wusste sie, dass es Neonazis waren, dass es sich also gegen Ausländer richtete. Sie wussten es. Aber was haben sie gemacht: Sie haben alles zugedeckt. Sie haben alles auf uns geschoben. Sie wussten es. Alle wussten das.

# … Rosen auf den Weg gestreut!

*Wolfgang Heiermann*

Auf den ersten Blick ist ein Zusammenhang des Dokumentarfilms *Revision* mit den Mordanschlägen des NSU kaum zu erkennen. Denn was haben die Schüsse von zwei Männern auf Wildschweinjagd im Juni 1992 in Ostdeutschland zu tun mit Schüssen und Sprengstoffanschlägen auf Migranten und Polizisten ein Jahrzehnt später? Während beim NSU der menschenverachtende, rassistische Hintergrund der Taten auf der Hand liegt, ist bei den Jägern in Ostdeutschland nicht bekannt, ob es ein rassistisches Motiv gegeben hat, als sie auf eine Gruppe von Roma-Flüchtlinge in einem Wintergerstenfeld schossen, zwei Flüchtlinge töteten und behaupteten, sie mit Wildschweinen »verwechselt« zu haben.

Die Staatsanwaltschaft klagte die Tat im Jahr 1994 wegen zweifachen Mordes an (ohne in Richtung eines rassistischen Motivs ermittelt zu haben). Das Oberlandesgericht in Rostock stufte den Vorwurf auf fahrlässige Tötung herunter und belehrte darüber, dass Flüchtlinge, die nachts illegal über die Grenze gehen, eine erhebliche Mitschuld an ihrem Tod treffen kann. In wochenlangen Verhandlungen vor dem Amtsgericht wurde nun darüber gestritten, von welchem Jäger das tödliche Geschoss abgefeuert worden war. Es ließ sich nicht klären. Sie wurden acht Jahre später freigesprochen.

Undenkbar, wenn in Rumänien Deutsche getötet würden, undenkbar wenn Roma Deutsche töten würden. Als das Filmteam knapp 20 Jahre nach der Tat ihre Recherchen aufnahm, waren die Hintergründe praktisch unbekannt. Es verschlug die Sprache, dass die Angehörigen der Getöteten immer noch nicht wussten, wer ihre Väter umgebracht hatte und wie das geschah. Sie waren fassungslos, dass die Täter freigesprochen wurden und haben mich als Anwalt gebeten, ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Erst aus den Akten erfuhren sie dann die schrecklichen Details dieser Tat. Es war nach über 20 Jahren leider nicht mehr möglich, die Motive der Täter beweisbar zu ermitteln und ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen.

Das Gericht hatte damals festgestellt, dass zwar beide Männer geschossen hätten, es sich aber nicht zweifelsfrei sagen lasse, wessen Schuss die beiden Roma aus Rumänien getroffen habe. Der Prozess wurde unter Ausschluss der Ehefrauen der Toten geführt, die nicht einmal über das Verfahren informiert worden waren. Auch die Überlebenden der Flüchtlingsgruppe wurden nicht als Zeugen gehört. Sie waren weiter nach Gelbensande bei Rostock gefahren und wurden von der Polizei verhört. Später flohen sie vor den Pogromen in Rostock zurück nach Rumänien oder wurden abgeschoben. Das Verbrechen wurde unter Deutschen »geklärt«, bis sich der Vorwurf in Luft aufgelöst hatte. Ein Ergebnis, das sehr viel mit der »Auslegungsfähigkeit« von Juristen zu tun hat, weil Deutsche als Täter nicht gewollt sind, wenn die Tat sich gegen Flüchtlinge oder Migranten richtet.

Der Ausschluss von dem Prozess entspricht der Haltung, die besonders gegen Roma immer wieder eingenommen wird: Sie werden verachtet, ausgegrenzt und rechtlos gestellt. Die aktuelle Kampagne gegen den »Sozialtourismus« verschleiert nur schlecht, dass hauptsächlich Roma gemeint sind, die angeblich die Sozialsysteme abzocken.

Nichts weisen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte so weit von sich, wie den Vorwurf, einseitig oder gar rassistisch zu ermitteln. Diese Zurückweisung wird zur Empörung, wenn gesagt wird, dass etwa der Geheimdienst seine schützende Hand über die Morde des NSU gehalten hat. In diesem Beitrag soll mit einigen Beispielen an die Untätigkeit der Ermittlungs-

behörden erinnert werden, wenn nahe liegt, dass eine Tat rassistische Motive hat, aber nach deutschen Tätern nicht einmal ernsthaft gesucht wird. Vielmehr werden die Opfer zu Tätern gemacht und, wie im Fall des NSU, Opfer und Angehörige – mit Ausnahme der ermordeten Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter und ihres angeschossenen Kollegen in Heilbronn – massivsten Verdächtigungen und unglaublichen Verhörmethoden ausgesetzt.

Eine Woche nach dem Brandanschlag in Solingen wurde im Juni 1993 nachts das Wohnhaus einer Familie aus der Türkei in Hattingen angesteckt. Das Haus brannte aus, die Mutter konnte sich mit ihren fünf Kindern retten. Da der Vater ein hieb- und stichfestes Alibi besaß, richtete sich der Tatverdacht sofort gegen die Mutter, der unterstellt wurde, als Trittbrettfahrerin die Spendenbereitschaft der deutschen (!) Bevölkerung nach dem Brandanschlag in Solingen ausnutzen zu wollen und das Haus selbst angesteckt zu haben. Ihr wurde der Prozess gemacht, im Jahre 1996 wurde sie freigesprochen. Drei Jahre hatte sie auf die persönliche und politische Unterstützung einer Soligruppe zurückgreifen können. Die Richter stellten in der Urteilsbegründung klar, dass es nicht das geringste Indiz gebe, das für eine Täterschaft der Mutter spreche. Spuren im Umfeld von Nazis waren nicht verfolgt worden.

Im Januar 1996 wurde in Lübeck ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft verübt, zehn Menschen starben, viele wurden schwer verletzt. Sofort wurde einer der Hausbewohner als Täter verdächtigt und monatelang in Haft gehalten. In einem wochenlangen Prozess erreichte eine engagierte Verteidigung und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, dass er schließlich freigesprochen wurde. Ermittlungen gegen Verdächtige im Nazi-Umfeld wurden so schnell wieder eingestellt, dass durchaus davon gesprochen werden kann, hier werde Täterschutz betrieben. Der Mord an zehn Bewohnern in dem Flüchtlingsheim in Lübeck ist bis heute nicht aufgeklärt. Er steht damit in einer Reihe mit dem Attentat auf das Oktoberfest in München 1980 mit 13 Toten und über 200 Verletzten. Ein Attentäter starb am Ort des Anschlags, die weiteren Beteiligten sind nie öffentlich benannt und verurteilt worden. Damit sind zwei Attentate mit den meisten Opfern seit Bestehen der Bundesrepublik unaufgeklärt und es bleibt der massive Verdacht, dass Täter im Umfeld von Nazis von den Ermittlungsbehörden »geschont« werden. Wer glaubt noch, dass es Zufälle, Ermittlungspannen und persönliche Unfähigkeiten gewesen sind, die verhindert haben, noch zu Lebzeiten die mutmaßlichen Haupttäter des NSU zu fassen? Mit jedem Prozesstag in München wird dies unwahrscheinlicher.

Ist es ein Lichtblick, dass der Tod von Oury Jalloh in Dessau 2005, der an Händen und Füßen in einer gekachelten Polizeizelle verbrannte, nun zum dritten Mal auf Intervention des Bundesgerichtshofs neu verhandelt werden muss? Es ist kein Lichtblick, sondern eine Bestätigung, mit welcher Penetranz die Ermittlungsbehörden nicht nur in den 1990er Jahren, sondern bis heute ihren Widerwillen offenbaren, rassistische Taten aufzuklären und die Täter zu benennen. Über den Tod von Oury Jalloh wären schon wenige Monate nach der Tat die Akten geschlossen worden, wenn nicht Freund_innen und eine Soli-Gruppe immer wieder die Verfolgung der Täter gefordert hätten. Obwohl auch ein Teil der Medien die absurde Behauptung der Justiz, Oury Jalloh habe sich selbst angezündet, massiv in Frage gestellt hat, beharrten zwei Gerichte auf dieser Version.

Ein von Spenden finanziertes Gutachten über die Todesursache kam im Dezember 2013 dann zu dem Schluss, dass die Verbrennungen von Oury Jalloh durch eine große Menge Brandbeschleuniger verursacht worden sind. Daraufhin wurde Anzeige wegen Mordes gegen unbekannte Polizeibeamte gestellt. Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, aufmerksam zu verfolgen, wie die Justiz mit dieser Anzeige umgeht.

Der Chefermittler im Fall der Familie in Hattingen sagte im Prozess auf die Frage, warum er so schnell gegen die Mutter ermittelt habe: »Es gab Anteilnahme in der Öffentlichkeit, nach

dem Anschlag in Solingen war damit zu rechnen, dass es Solidarisierungen gab, dem wollte ich die Spitze nehmen.« Das trifft den Kern in den Köpfen vieler Ermittler. Es soll keine Solidarisierung, keine kritischen Fragen, keine Öffentlichkeit geben und immer wieder: Deutsche sollen und dürfen nicht die Täter sein. In vielen, in zu vielen Fällen rassistischer Anschläge geht diese Rechnung auf, hinter der offiziellen Erklärung bleibt das reale Geschehen auf immer verborgen. Erst der Kontakt zu den Betroffenen und Angehörigen und ihre Sicht auf die Taten kann die Geschichte hinter der Geschichte aufdecken. Dann können rassistischen Motive offen gelegt und Schutz vor falschen Beschuldigungen durch die Polizei geboten werden.

Zurück zu den Schüssen auf die Flüchtlingsgruppe in Ostdeutschland im Jahre 1992. Der Film *Revision* dokumentiert die Geschichte hinter der Geschichte. Er zeigt in bewegenden Bildern, wie die Familien zum ersten Mal erfahren, wer den Tod ihrer Väter zu verantworten hat, mit welcher Nichtachtung sie von deutschen Behörden behandelt wurden. Zwanzig Jahre blieben sie im Ungewissen darüber, was damals passiert war.

Jahrelang sind auch die Opfer und Angehörigen der NSU-Anschläge im Ungewissen gehalten worden. Nicht genug damit, sie sind zu Tätern, zu Mitwissern gemacht worden, manche mussten es zehn Jahre lang hinnehmen, von der Polizei verhört und beschuldigt zu werden. Die Geschichte hinter ihrer Geschichte ist nicht durch Anstrengungen der Polizei ans Licht gekommen. Sie ist durch das »Geständnis« der Waffen, die Böhnhardt und Mundlos vor ihrem Tod bei sich hatten, aufgedeckt worden. Aber die ganze Geschichte – so hat es den Anschein – soll die Öffentlichkeit nicht erfahren. Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft flüchten sich in Erinnerungslücken, Pannen und Unerklärlichkeiten, wenn sie danach gefragt werden, warum sie nie in Richtung rassistischer Täter – nach Nazis – ermittelt haben.

Aufklärung sieht anders aus, eine Lehre für zukünftige Ermittlungen kann nicht gezogen werden. Rassismus wird nicht bekämpft, sondern verharmlost und weggelogen.

So kann sich das Gedicht »Rosen auf den Weg gestreut« von Kurt Tucholsky aus dem Jahre 1931, zwei Jahre bevor die Nazis an die Macht gewählt wurden, auch heute wieder bewahrheiten. In einem Absatz heißt es:

> Ihr müsst sie lieb und nett behandeln,
> erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
> Ihr müsst mit Palmen sie umwandeln,
> getreulich ihrer Eigenart!
> Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –:
> Küsst die Faschisten, wo ihr sie trefft!
> Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
> sagt: »Ja und Amen – aber gern!
> Hier habt ihr mich – schlagt mich in Fetzen!«
> Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
> Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
> Küsst die Faschisten, wo ihr sie trefft.

*Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke Bd. 9, S. 162, rororo 1985*

# »Es standen Angst, Verzweiflung und Skepsis im Raum – jeder konnte Verdächtiger sein.«

**Interview mit Dr. Ali Kemal Gün, 27. Januar 2014**

**Dr. Gün, können Sie sich zunächst kurz vorstellen?**
Ich bin klinischer Psychologe und psychologischer Psychotherapeut. Ich arbeite in der LVR-Klinik Köln als Psychotherapeut und Integrationsbeauftragter. Als Sprecher des »LVR Fachforums Integration« (ein Zusammenschluss der Integrationsbeauftragten der LVR-Kliniken) berate ich den Landschaftsverband Rheinland mit seinen insgesamt zehn Kliniken.

**Wo waren Sie am Tag des Anschlages, wie haben Sie davon erfahren und was ist Ihr persönlicher bzw. beruflicher Bezug zu der Tat in der Keupstraße?**
Ich weiß nicht genau, wo ich war, aber als ich erfahren habe, dass der Anschlag vor dem Friseurladen von Özcan war, habe ich einen Freund von mir angerufen, der wie ich regelmäßiger Kunde dieses Friseursalons war. Meine größte Sorge war, ob dort Menschen zu Schaden gekommen sind. Es trifft einem besonders schwer, wenn man die Betroffenen persönlich kennt. Ich habe mir natürlich Sorgen gemacht, ob mein Freund zur Tatzeit dort gewesen war. Immer wenn ich an die Tat in der Keupstraße denke, geht mir automatisch durch den Kopf: Ich hätte auch unmittelbar betroffen sein können. Ein anderer Bezugspunkt zu diesem Attentat ist, dass ich Jahre später M. in unserer Klinik getroffen habe. Er hat sich später umgebracht. M. war bei Özcan beschäftigt und jahrelang mein Friseur gewesen. M. hat nach diesem Ereignis irgendwann den Laden verlassen. Als ich ihn zufällig in unserer Klinik traf, erzählte er mir etwas über seine Geschichte und die Schwierigkeiten, die er besonders nach dem Anschlag hatte. Sein Leben habe sich danach sehr verändert. Seine Erzählungen bestätigten in großen Teilen die Theorie über die Einflüsse solcher traumatischen Ereignisse auf den Menschen. Er hatte – wie jeder andere Mensch auch – Probleme, aber dieses Ereignis hat sehr stark zur Verstärkung seiner Probleme geführt.

Zum Thema »mein beruflicher bzw. persönlicher Bezug« gibt es für mich zwei Aspekte. Das eine ist, sich als Psychotherapeut mit solch einem Ereignis auseinanderzusetzen. Das ist eine professionelle Auseinandersetzung. Dabei ist man nicht unbedingt emotional beteiligt und hat eine professionelle Distanz. Aber im Falle der Keupstraße und der NSU-Morde ist diese Distanz für mich gering. Man hat zwei Funktionen, zwei Rollen inne. Einerseits setzt man sich als Profi damit auseinander, andererseits ist man aber selbst indirekt Betroffener, im Sinne eines sekundären Prozesses.
Was meine professionelle Rolle angeht: Natürlich habe ich auch mit den direkt Betroffenen gesprochen, aber sie nicht, wie es oft in der Öffentlichkeit angenommen wird, behandelt. Nein, ich behandele die Betroffenen aus der Keupstraße nicht, weil ich in der LVR-Klinik Köln hauptamtlich beschäftigt bin und dafür keinen Auftrag habe. Nichtsdestotrotz bekomme ich im Rahmen meiner professionellen Tätigkeit einiges davon mit, was dieses Ereignis dort bewirkt hat und was sich für die Betroffenen danach verändert hat.

**Was waren Ihre Gedanken, als Sie erfahren haben, dass der NSU für den Bombenanschlag verantwortlich war, aber jahrelang die Opfer selber als die möglichen Täter dargestellt und behandelt wurden?**
Seit dem Anschlag kursierten die Hypothesen, dass diese Tat rechtsradikal motiviert sein könnte. Ich bekam aber immer wieder mit, in welche Richtung ermittelt wurde.

Die Betroffenen waren es satt, von den Ermittlungsbehörden beschuldigt zu werden. Einige haben professionelle Hilfe gesucht. Es standen Angst, Verzweiflung und Skepsis im Raum – jeder konnte Verdächtiger sein. Die Polizei muss doch was wissen, wenn sie die Täter in dem Milieu sucht. In solch einer Atmosphäre kam raus, dass das NSU-Trio dafür verantwortlich gewesen ist. Letztendlich wurden die Verantwortlichkeiten für die Morde und Attentate nicht durch die Ermittlungsbehörden geklärt. Diese sind – nach jetzigem Kenntnisstand – durch den Selbstmord der beiden Täter und den darauffolgenden Hausbrand, gelegt durch Beate Zschäpe, herausgekommen. Das hat das Vertrauen in den Staat tief zerstört.

Als ich gehört habe, wer tatsächlich für diese Taten verantwortlich war, spürte ich zunächst Wut im Bauch. Warum musste es soweit kommen? Warum ist den Ermittlungsbehörden nicht gelungen, vorher die Schuldfrage zu klären? Warum waren sie auf dem rechten Auge so konsequent blind? Warum? Dann ist es mir der Satz von Otto Schily eingefallen, den er einen Tag nach der Explosion auf der Keupstraße gesagt hatte: »Die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden deuten nicht auf einen rechtsterroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu.« Als ich seine Äußerung in der Zeitung las, dachte ich, dass Herr Schily Kenntnisse darüber hatte, wer hinter dieser Tat stand. Ein Innenminister würde sich nicht in der Öffentlichkeit dazu äußern, ohne genauere Kenntnisse darüber zu haben. Denn tiefenhermeneutisch analysiert bedeutet dieser Satz: »Ich weiß, womit es zu tun hat, indem ich sage, womit es nicht zu tun hat.« Was wollte er denn mit diesem Satz verdecken, was durfte nicht gesagt werden, was musste verheimlicht und verleugnet werden? In diesem Zusammenhang ist das Gesagte ein starkes Indiz auf das Nicht-Gesagte.

Später im NSU-Untersuchungsausschuss sagte Schily: »Ich habe lediglich Lagebilder der Ermittlungsbehörden weitergegeben«. Man muss sich aber fragen, woher und wie diese Lagebilder zustande kamen, wer dafür verantwortlich war, was die Konsequenzen daraus sind. Welche strukturellen Defizite zu dieser »Fehleinschätzung« führten usw.

Unterstellt man ihm nicht eine bewusste Täuschung und Böswilligkeit, muss man sich fragen, um was für eine Struktur es sich im Innenministerium handelt, welche den Minister, d. h. obersten Verantwortlichen, – wie es sich ja später herausstellte – zu falschen Aussagen führte. Dies sind Fragen, die mich weiterhin beschäftigen. Ich glaube zwar nicht, dass der Münchner Prozess Antworten auf diese Fragen geben wird. Aber ich wünsche mir sehr, dass die Hintergründe dieser Taten unmissverständlich geklärt werden. Dies könnte eine Chance sein, das tief zerstörte Vertrauensverhältnis in unserer Gesellschaft wieder aufzubauen.

**Wann haben die Opfer des Nagelbombenanschlags angefangen, therapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen? Fand das auch unmittelbar nach dem Anschlag statt?**

Soweit ich weiß, hat keiner unmittelbar nach dem Anschlag eine psychotherapeutische Unterstützung bekommen. Ich kenne auch nicht alle Menschen, ich rede jetzt nur von denjenigen, von denen ich es weiß. Wenn Unterstützung in Anspruch genommen wurde, war es erst viel später, nämlich als der Druck seitens der Polizei und des Ermittlungsverfahrens ständig erhöht wurde und es dadurch unter anderem zu einer Retraumatisierung kam. Die Beanspruchung von psychotherapeutischer Hilfe fand aber auf eigene Initiative statt und nicht mit Hilfe von städtischen oder staatlichen Institutionen.

Zu beachten ist hier, dass die betreffende Person, die traumatisiert ist, selber nicht merkt, dass sie traumatisiert ist. Sie ist irgendwie anders. Sie verhält sich anders. Sie ist nicht so, wie sie vorher war. Und man hofft, dass es irgendwann mal vorbeigehen wird. Das ist die gängige Umgangsweise. Zudem haben wir in Köln ein großes Problem, worüber nicht offen gesprochen wird. Wenn die Betroffenen eine

psychotherapeutische Hilfe hätten in Anspruch nehmen wollen, zu wem hätten sie denn gehen sollen? Wie viele türkisch-muttersprachliche Psychotherapeuten gibt es in Köln, die in der Lage sind, in dieser Art traumatisierte Menschen zu behandeln? Meines Wissens haben wir eine einzige türkischsprachige Kollegin, die eine Trauma-Therapie-Ausbildung hat und sie ist keine Vertragstherapeutin. Sie arbeitet halbtags in einer Einrichtung und halbtags auf Grundlage eines Kostenerstattungsverfahrens. Das heißt, nur wenn die Krankenkasse das genehmigen würde, könnte sie die psychotherapeutische Behandlung übernehmen. Oder die Betroffenen müssten die Kosten aus eigener Tasche zahlen.

**Woran merkt man denn, dass ein Mensch traumatisiert ist?**

Hier auf der Keupstraße ist häufig sinngemäß folgendes zu hören: »Ich hatte damals nach diesem Ereignis Angst, wenn ich jemanden mit einem Fahrrad gesehen habe, wenn ich durch diese Straße ging, wenn ich dieses Lokal gesehen habe, wenn ich diesen Friseursalon gesehen habe. Ich traute mir nicht durch diese Straße zu gehen.« Solche Äußerungen sind Zeichen einer posttraumatischen Belastungsreaktion. Zudem leiden die Menschen etwa unter Albträumen, Flashbacks, Gleichgültigkeit, emotionaler Stumpfheit, Schreckhaftigkeit, Schlafstörungen, Depressionen und Suizidgedanken, der Tendenz sich zurückzuziehen – also emotionalem Rückzug. Manche Betroffenen können dazu neigen, übermäßig Alkohol zu sich zu nehmen oder Drogen zu konsumieren. Häufig merken sogar die engsten Angehörigen nicht, was mit den betreffenden Menschen los ist. Und sie wissen nicht, diese Anzeichen einzuordnen. Die Außenstehenden beobachten nur, dass mit diesem Mensch etwas nicht stimmt. Er ist irgendwie anders. So berichtete die Ehefrau eines Betroffenen, dass ihr Mann leicht reizbar sei, dass er irgendwie aggressiv sei und sich anders verhalte. Und dass er keine Lust mehr habe, auf die Straße zu gehen oder dass er ungern auf dieser Straße einkaufen gehen würde. Dass er z.B. nicht mehr zum Caféhaus ginge, dass er ungern die Bekannten, Verwandten, Familienfreunde besuchen würde. »Was ist mit meinem Mann los?« fragte sie. Ich merkte im Gespräch, dass sie die Veränderungen bei ihrem Ehemann nicht in einen Zusammenhang mit dem Nagelbombenattentat brachte. Sie sah keinen Zusammenhang mit diesem Ereignis. Erst durch meine Nachfragen stellte sich heraus, dass ihr Mann Opfer des Attentats war.

**Sie haben bereits in den 1990er Jahren Opfer des Brandanschlags aus Solingen therapiert und psychologisch behandelt. Welche Parallelen bzw. Unterschiede können Sie da feststellen?**

Für mich waren Hoyerswerda, Hünxe, Rostock usw. Ereignisse, bei denen man den Eindruck hatte, dass die ausländerfeindlichen Aktionen nur gegen Flüchtlinge bzw. Asylsuchende gerichtet sind. Die anderen in Deutschland ansässigen Migranten schienen nicht gemeint zu sein. Nach dem Brandanschlag in Mölln hatte dieses Gefühl eine Wandlung erfahren. Dort wurde ein von Türkeistämmigen bewohntes Haus in Brand gesteckt. Nach dem Brandanschlag in Solingen stand fest, dass man gezielt türkeistämmige Menschen angreift. Die Mordserie des NSU-Trios zeigte, dass hauptsächlich diese die Zielscheibe sind. Dies löste einen kollektiven Gefühlszustand aus, der dadurch charakterisiert war, dass jeder, der aus der Türkei stammte, Angst hatte, selber Opfer zu werden. Die persönliche Identifikation mit diesem Ereignis als Türkeistämmige ist umso intensiver und emotionaler.

Was den Umgang mit den Opfern betrifft, kann man die beiden Ereignisse nicht miteinander vergleichen. In Solingen wurde die Familie innerhalb kürzester Zeit nach dem Brandanschlag in einer Wohnung untergebracht, die Wohnung eingerichtet und ein Psychologenteam zur Betreuung der Familie gegründet. Man hat der Familie Genç un-

missverständlich und ohne Wenn und Aber Unterstützung geboten. Man konnte der Familie das Gefühl vermitteln, sie gehöre zu diesem Land, sie sei in Sicherheit und werde geschützt. Die Familie Genç ist, so glaube ich mitunter, deswegen in Deutschland geblieben, weil ihr dieses Zugehörigkeitsgefühl irgendwie vermittelt werden konnte. Bei solchen Ereignissen ist es von großer Bedeutung, dass sofort bzw. möglichst zeitnah geholfen wird. Es waren viele Helferinnen und Helfer da, die die Familie keinen Tag allein gelassen haben. Es war immer ein Ansprechpartner seitens der Stadt Solingen bzw. des Landesregierung da.

Der Umgang mit den Betroffenen und deren Angehörigen nach den NSU-Morden und Attentaten war ein völlig anderer. Die Betroffenen des Attentats in der Keupstraße haben sehr viele emotional belastende Sachen über sich ergehen lassen müssen. Sie sind unter Druck gesetzt worden, beschuldigt, verdächtigt und gedemütigt worden. Von Unterstützung war, soweit ich erfahren konnte, keine Rede. Damit meine ich nicht die von der damaligen Justizministerin in der Öffentlichkeit genannte finanzielle Unterstützung. Ich fand es sehr unangemessen und entwürdigend, Geldbeträge in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Man kann die Konsequenzen, die dieses Ereignis ausgelöst hat, nicht mit Geld messen. Die kommunalen, Landes- und Bundesbehörden wären gut beraten, endlich mal ehrlich gemeinte, nachhaltige, strukturell verankerte und fachlich vertretbare Angebote zu machen, und sich darum zu bemühen, erst einmal das Vertrauen dieser Leute zu gewinnen. Und das scheint nicht einfach zu sein.

**Die Menschen auf der Keupstraße waren nicht nur Opfer eines Bombenattentats, sondern wurden zudem jahrelang von den Ermittlungsbehörden verhört, bespitzelt und verdächtigt. Wie hat sich das auf die psychische Verarbeitung der Ereignisse ausgewirkt?**

Solche Ereignisse zerstören das Sicherheitsgefühl der Betroffenen, führen zu einem starken Vertrauensbruch und erzeugen Angst. Besonders in solchen Situationen ist man auf die Unterstützung angewiesen. Von den Sicherheitsbehörden wie z.B. der Polizei wird in diesem Zusammenhang erwartet, dass sie Schutz und Gerechtigkeit wiederherstellt. Das Bezeichnende bei der NSU-Geschichte ist ja, dass das Gegenteil passiert ist. Die Ermittlungsverfahren der Polizei haben zu einer noch schwereren Traumatisierung bzw. Retraumatisierung geführt, weil die Menschen völlig schutzlos und ausgeliefert waren. Wenn die Ermittlungsbehörden ihrer Pflicht fachgerecht, professionell und objektiv nachgegangen wären und die Täter gefasst hätten, dann hätten die Betroffenen ein Gefühl der Sicherheit gehabt und das Leid wäre wahrscheinlich nicht so schwerwiegend gewesen. Daher wird den Ergebnissen im Münchener NSU-Prozess eine entscheidende Bedeutung zukommen.

**Welche Rolle spielt der Prozess in München für die Opfer?**

Die Wiederherstellung der Gerechtigkeit – auch wenn damit die Toten nicht lebendig gemacht werden können und das erlittene Leid nicht ungeschehen gemacht werden kann – ist ein sehr wichtiger vertrauensbildender Schritt. Die durch die NSU-Taten verursachte Traumatisierung wurde durch die Umgangsweisen der Ermittlungsbehörden verstärkt. Die scheibchenweise ans Tageslicht gekommenen sensationellen »Neuigkeiten« wirkten insbesondere auf die Betroffenen und deren Angehörige retraumatisierend und waren wie ein Schlag ins Gesicht für sie. Der Prozess in München stellt für diese Menschen eine letzte Hoffnung dar. Dabei geht es nicht nur um die höchstmöglichen Strafen für die Täter, sondern auch um Klärung der strukturellen Hintergründe, die eine frühzeitige Ergreifung der Täter verhindert haben. Auch wenn ich nicht daran glaube, dass diese Hintergründe und Verantwortlichen gründlich

geklärt werden, wäre eine maximale Transparenz enorm wichtig, um das zerstörte Grundvertrauen wiederherzustellen. Wenn dies nicht geschieht, wird folgender Gedankengang Oberhand gewinnen: »Es wurde bzw. konnte nicht geklärt werden, dass dieses Trio so viele Taten begehen konnte, ohne überführt zu werden. Wer kann mir garantieren, dass das Gleiche nicht in Zukunft passieren wird. Vielleicht ist auch in diesem Moment ein Trio dabei, Pläne zu schmieden. Vielleicht bin ich als nächster dran. Unser Staatsapparat, der jahrelang nicht in der Lage war, diese Attentate aufzudecken und zu verhindern, wird auch in Zukunft nicht in der Lage sein, mich zu schützen.« Diese Logik ist angsterzeugend und sehr erschreckend.

**Was meinen Sie, weshalb konnte es in Deutschland so weit kommen, dass rassistisch motivierte Straftaten solche Dimensionen angenommen haben?**

Die NSU-Geschichte kann nicht als ein singuläres Ereignis betrachtet werden, welches in das Verhältnis zwischen Migranten und Mehrheitsgesellschaft tiefe Wunden eingefügt und Misstrauen unter Migranten – insbesondere Türkeistämmigen – verursacht hat.

Den ausländerfeindlichen Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre sind öffentlich geführte politische Debatten vorausgegangen: Zeitungen waren voll mit Überschriften wie: »Jede Minute kommt ein Ausländer nach Deutschland, wir können dies nicht mehr tragen; Das Boot ist voll!; wenn wir weiterhin Ausländer nehmen, gehen wir zugrunde; Ausländer nehmen uns die Arbeit weg; Ausländer leben auf unsere Kosten; Warum müssen wir sie versorgen?; Sie sollen da hingehen, wo sie her gekommen sind; Wir müssen Asylgesetze verschärfen.« Hier möchte ich als Vorreiter der politisch verantwortlichen Debattenführer die Namen Wolfgang Schäuble, Otto Schily und Günther Beckstein erwähnen.

Es gab eine Stimmung, die einem Teil der Menschen, also einer Minderheit in Deutschland, die sowieso ausländerfeindlich eingestellt war, den Boden bereitet hat. Wäre also diese politische Vorentwicklung nicht da gewesen, hätten sie wahrscheinlich keine Existenzberechtigung gehabt oder wären nicht so weit gegangen. In jedem Land der Erde gibt es Diskriminierung. Ob es Migranten, ethnische oder religiöse Minderheiten, Farbige, Frauen oder Behinderte betrifft: Überall in der Welt findet auf irgendeine Art Diskriminierung statt. Auch in Deutschland gibt es Diskriminierungen und rassistische Gesinnungen. Das ist eine Tatsache, mit der wir auch leben müssen. Aber wenn die Politik dafür den Nährboden bereitet, ist das nicht tolerabel und darf nicht stillschweigend hingenommen werden.

**Was ist in Zukunft zu tun?**

Leider muss ich feststellen, dass es eine Spaltung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Zuwanderern gibt und beide Seiten sich in gewisser Hinsicht voneinander abschotten. Das darf aber kein Dauerzustand sein. Wir können uns nicht erlauben, in einem depressiven Tief zu verharren. Beide Seiten müssen sich – im Sinne einer beidseitigen kulturellen Integration – wieder aufeinander zubewegen. Dies wird durch ein ernstgemeintes Beziehungsangebot, einen offenen und intensiven Dialog, Toleranzerziehung, Zivilcourage, mehr Betonung der Multikulturalität und mehr interkulturelle Öffnung als gesamtgesellschaftliches Projekt möglich sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass je länger man vor der Tür wartet, sich umso fremder fühlt.

Obwohl wir seit Jahrzehnten ein multikulturelles, multiethnisches und multireligiöses Land sind, sind wir erst seit 2005 per Gesetz ein Einwanderungsland. Dies haben wir aber – gesamtgesellschaftlich und politisch betrachtet – nicht verinnerlichen können. In vielen Köpfen ist immer noch »Deutschland den Deutschen« die herrschende Meinung. Deswegen sehe ich es als eine der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft in Deutschland, dass wir uns auf die Erfordernisse eines Einwanderungslandes einstellen und alle un-

sere gesellschaftlichen Strukturen daraufhin prüfen. Erst recht müssen wir die multikulturelle Vielfalt unseres Landes als unseren Reichtum betonen und als solchen verinnerlichen. Dazu gehört z.B. die Senkung der Zugangsbarrieren zu allen Regeldiensten, interkulturelle Öffnung aller Einrichtungen der sozialen und gesundheitlichen Dienste sowie Aneignung von interkultureller Kompetenz in allen Bereichen. Ich bin im Gesundheitsdienst beschäftigt. Das ist ein Bereich, in dem man am besten zeigen kann, wie Integration gelingen oder misslingen kann. Man kann mit minimalen Veränderungen große Erfolge in absehbarer Zeit erreichen. Und dadurch den Menschen mit Migrationshintergrund das Gefühl vermitteln, dass sie über Chancengleichheit verfügen, gleiche Rechte und Pflichten wie die Einheimischen haben und aufgrund der Strukturen nicht diskriminiert werden.

**Nach dem Brand**
**Regie und Buch: Malou Berlin**
**D, 2012, 50 min.**
**Bildnachweis: credo:film**



# Keupstraße gedenkt: Mölln

*Kervansaray, 4. April 2013*

Am letzten Abend der Veranstaltungsreihe, dem 4. April, im frisch renovierten, noch nicht eröffneten Restaurant Kervansaray, waren wir relativ entspannt. Die gesamte Reihe war bisher erfolgreich gelaufen. Es waren jedes Mal mehr Gäste gekommen als Plätze da waren und auch das Erzählen der Geschichten aus der Keupstraße, die das Herz unserer Reihe darstellten, und bei denen stets aufs Neue unsicher war, ob die Menschen den Mut aufbrächten, hatte letztlich immer stattgefunden. Langsam sprach sich herum, dass da etwas Bedeutendes vor sich ging. Die Veranstaltung wurde mehr und mehr zu einer Institution auf der Straße. An diesem Abend wurde auch für Essen gesorgt. Das Asmali Konak belieferte uns während des Abends mit fünfzig Vorspeisentellern, die vom Publikum genussvoll weggeputzt wurden.

Der Abend war in vielerlei Hinsicht besonders. So hatten wir natürlich den Anspruch, die Reihe abzuschließen und dabei die Veranstaltungen nochmals analytisch miteinander zu verknüpfen. Gleichsam wollten wir für zukünftige Initiativen im Hinblick auf den nahenden Prozess in München den Schwung, als Keupstraße weiter in Richtung offensiver Wendung zu bleiben, nicht verlieren.

Als Gast hatten wir Ibrahim Arslan eingeladen, der als Kind nur knapp den Brandanschlag von Nazis in Mölln auf das Haus seiner Familie überlebte – seine Großmutter hatte ihn in nasse Laken gewickelt. Seine Schwester, die Großmutter und eine Cousine starben jedoch in den Flammen. Viele Jahre konnte Ibrahim Arslan nicht über die Geschehnisse reden. Doch seit einiger Zeit hat sich dies radikal geändert: Ibrahim Arslan war und ist die treibende Kraft im Streit um ein würdiges Gedenken in Mölln, einer Stadt, die lange die damaligen Opfer zu Tätern machte und aus ihrer Gemeinschaft ausschloss. Deswegen zögerte er auch nicht lange und nahm unsere Einladung nach Köln sofort an, gespannt darauf, die Betroffenen der Kölner Keupstraße kennenzulernen und sich mit ihnen zu verbünden. An diesem Abend erzählte er von seiner langjährigen Erfahrung der Trauerarbeit, aber auch von seinem politischen Kampf gegen das Vergessen und Verdrängen neonazistischer Gewalt und rassistischer Normalität. Wir haben für diese Publikation ein weiteres Interview mit Ibrahim Arslan geführt.

Imran Ayata aus Berlin war ein weiterer Gast dieses Abends. Als Autor der Gedenkrede von Mölln 2011 kannte er Ibrahim und dessen Familie persönlich. Auch Imran Ayata ist aus jener »Generation Rostock« und hatte sich als migrantischer Aktivist in den 1990er Jahren politisiert. Damit ist er jemand, der ebenfalls eine Brücke von den 1990ern bis heute schlagen konnte. Als Mitglied von Kanak Attak kennt er die Diskussionen, die in der Zeit nach den Pogromen die migrantischen Communities bestimmten und war dabei, als sich neue Formen der politischen Intervention gegen Rassismus entwickelten. Sein Text in diesem Kapitel reflektiert (selbst-) kritisch die Veränderungen auf dem Feld des Antirassismus in der Zeit vom Mauerfall bis heute aus jener migrantischen Perspektive.

Schließlich schauten wir den Film *Nach dem Brand* der Filmemacherin Malou Berlin von 2012. Dieser Dokumentarfilm zeichnet noch einmal die Geschehnisse vom November 1992 nach, legt aber den Schwerpunkt auf die Familie Arslan, vor allem auf Ibrahim und seinen Vater. Er portraitiert ihren Kampf gegen das Vergessen und gegen den Zynismus von Politiker_innen. Gerade der Fall Mölln zeigt exemplarisch die doppelte Bewegung der Repräsentant_innen dieses Staates, die stets eine zur Schau gestellte Betroffenheit vor sich hertragen,




ihre Geringschätzung und ihren Widerwillen gegenüber den Opfern aber kaum verhehlen können.

Es war im Zuge dieses Films und der Mobilisierung zum 20. Jahrestag des Anschlags 2012, dass Ibrahim Arslan vom Schweigen zum Reden kam und nun, kurz vor dem zehnten Jahrestag des Nagelbombenanschlags, in der Keupstraße den Betroffenen Mut machte, auch ihre Geschichte zu erzählen. Dies tat an diesem Abend Hasan Y. Vor dem Friseurladen seines Bruders stellte im Juni 2004 einer der NSU-Terroristen das Fahrrad mit der Bombe ab – Hasan Y., der in dem Geschäft arbeitete, hatte durch die Schaufensterscheibe einen kurzen Moment Blickkontakt mit ihm, lange genug um zu sehen, dass es ein Deutscher war. Die Bombe brachte ihn ins Krankenhaus und schickte ihm die Polizei gleich hinterher, die ihn verdächtigte und seine Hinweise, es sei ein Deutscher gewesen, wegwischte. Er und sein Bruder gehörten jahrelang zu den Hauptverdächtigen. Ermittelt hatte die Polizei nach dem absurden Motto »Je näher das Geschäft an der Bombe lag, desto verdächtiger dessen Inhaber.« Auch das Finanzamt machte sich zum Komplizen der ermittelnden Polizei, setzte den Friseurladen unter Druck und forderte eine immense Nachzahlung – oder einen Namen aus dem »Milieu«. Auf die Frage, wie es ihm ging, als er 2011 erfuhr, dass die Nazitäter aufgeflogen waren, antwortete Hasan Y.: »In dem Moment fühlte ich mich frei wie ein Vogel, denn wir konnten diesen Druck von der Polizei wirklich nicht mehr ertragen.«

*Massimo Perinelli*

# »Wir müssen uns gegenseitig austauschen und helfen«

**Interview mit Ibrahim Arslan, Februar 2014**

**Hallo Ibrahim, kannst Du uns kurz erzählen, wer Du bist?**
Mein Name ist Ibrahim Arslan, Opfer und Überlebender des rassistischen Brandanschlags von Mölln 1992. Ich überlebte den Anschlag als siebenjähriger Junge.

**Gebe uns bitte einen Einblick in Geschehnisse des 23.11.1992, die Situation danach in Mölln.**
Es war die Nacht vom 22. auf den 23. November, in der zwei Rechtsradikale aufgrund ihrer rassistischen und menschenverachtenden Ideologie Molotow-Cocktails auf unser Haus warfen. Zur Zeit des Anschlages wohnten wir mit zehn Personen – meine Eltern, Geschwister, Cousinen und Cousin und meine Oma – in dem Haus, meine Cousine Ayşe Yilmaz war zu Besuch aus der Türkei angereist. Während sich die Täter vom Tatort entfernten, schrien sie noch »Heil Hitler«. Als das Haus in Flammen stand, wickelte meine Oma mich in ein nasses Handtuch und packte mich auf den Boden neben den Kühlschrank. Ich verdanke ihr mein Leben, aber für sie, Bahide Arslan, meine Schwester Yeliz Arslan und meine Cousine Ayşe Yilmaz kam jede Hilfe zu spät, sie kamen in dem brennenden Haus um. Was danach passierte, würde den Rahmen dieses Interviews sprengen. Ich muss aber sagen, alles was wir erlebt haben, würde ich keinem Opfer und Überlebenden in Deutschland wünschen. Erst gibt es eine Opfer-Täter-Umkehrung: Die Schuldigen werden bei den Opfern gesucht und danach wird man zu Schandflecken der Stadt. Man ist an dem Ort, an dem alles geschah und an dem man lebte, nicht mehr willkommen.

**Wie war das Verhalten der Politik?**
Kurz nach dem Brandanschlag gab es einen riesigen Andrang an Politikern. Sie haben uns im Krankenhaus besucht, besuchten uns zu Hause und gaben Interviews vor unserem Haus. Sie versprachen sehr viel, doch eingehalten haben sie davon fast gar nichts. Sie versprachen, dass sie uns das Haus schenken werden, später stellte sich heraus, dass wir zur Miete wohnen müssen. Dann hieß es, sie wollen das Haus zu einem Museum umgestalten. Heute wohnen mehrere Familien in dem Haus. Sie sagten, dass so etwas nicht nochmal passieren darf und nur sechs Monate später brannte wieder ein Haus in Solingen. Sie kamen und gingen, versprachen viel, hielten nichts ein, also kurz gesagt: Die Politiker haben das gemacht was sie am besten können.

**Wie haben die Medien reagiert?**
Kurz nach der Brandnacht wurde mein Vater beschuldigt, seine Tochter und Mutter umgebracht zu haben. Es wurde behauptet, dass mein Vater ein Zuhälter und für weitere Straftaten verantwortlich sei. Die Anschuldigungen waren alle aus der Luft gegriffen und dienten nur zur Ablenkung. Auch hier haben die Medien das versucht, was sie auch bei dem NSU-Terror versuchten. Opfer wurden zu Tätern gemacht, mit dem Unterschied, dass bei uns die Mörder schon gefasst waren.

**Wie war die Reaktion der Menschen?**
Ich habe vieles erst im Nachhinein erfahren und selber recherchiert. Was ich sah und las, hat mich zutiefst schockiert. Auf diversen Videos im Internet sieht man wie Menschen, die jahrelang unsere Nachbarn waren und sich als unsere Freunde ausgaben, Lügen über uns verbreiten, z.B. dass Zuhälterei eine Rolle spielen könnte. Sie verbreiteten, dass wir es auch selber getan haben könnten, sie nahmen

ihre Landsleute, die beiden Rechtsradikalen, die aus Hass getötet haben, in Schutz. Für mich gibt es keinen Unterschied zwischen diesen Menschen und den Tätern.

**Wie verliefen die Ermittlungen und was wurde Dir über die Gerichtsverhandlungen erzählt?**

Ich las, dass die Täter es den Ermittlern leicht gemacht hätten. Nach der Tat sollen sie zwei Mal bei der Polizei angerufen und die Gespräche mit »Heil Hitler« beendet haben. Mölln ist ganz klein und Gudow, von wo die Täter herkommen, ist noch kleiner. Trotzdem haben die Ermittlungen mehrere Wochen angedauert. Über die Gerichtsverhandlung kann ich nur das erzählen, was mir später erzählt wurde. Das war wirklich das Letzte. Der ältere Täter gab zu, dass er meine Oma kannte, sie hatte ihm wohl mal etwas zu essen gegeben, als er hungrig durch die Gegend ging. Er zeigte keinerlei Reue, stattdessen lachte er im Gerichtsaal, als er hörte, wer bei dem Anschlag umgekommen war.

**Was war Mölln für Euch vor und was war es nach dem Anschlag?**

Vor dem Anschlag war Mölln für mich und meine Familie unsere Heimat. Wir sind in Mölln geboren und aufgewachsen. Wir waren hier glücklich. Nach der Tat wurde Mölln für mich persönlich zur Hölle. Man bezeichnete uns als den Schandfleck der Stadt. Das heile Image der Kleinstadt war nun mit einer grausamen Geschichte besudelt und wir waren schuld. Wir wollten nicht mehr in Mölln wohnen. Dass wir dann wieder in das Haus einziehen mussten, in dem uns das Leid zugefügt wurde, gab uns den Rest. Nach fünf Jahren entschieden wir uns, in die Großstadt zu ziehen. Wir wurden aus Mölln vertrieben.

**Wie war die Stimmung in den 1990er Jahren und wie hat sich das Gedenken verändert?**

Ich muss sagen, dass ich damals ziemlich jung war, doch wie ich nachher erzählt bekam, war die Stimmung sehr grausam. Die Morde und Straftaten an Ausländern haben nicht erst in den 1990er Jahren begonnen, bereits 1985 wurde Ramazan Avcı in Hamburg Opfer rechter Gewalt. Vier Neonazis prügelten so lange auf ihn ein, bis er starb. Diese Tat wurde vergessen, besser gesagt unter dem Teppich gekehrt. Ich bin mir sicher, dass unsere Geschichte auch in Vergessenheit geraten würde, wenn wir nicht auf einen jährlichen Gedenktag bestehen würden. Man will vergessen lassen und missachtet dabei unsere Gefühle. Behörden und Institutionen versuchen die Gedenktage ohne die Familien der Opfer und ohne Überlebende zu initiieren. Opfer und Überlebende werden nur als Statisten zu ihrem eigenen Gedenktag eingeladen und wenn sie sich weigern, diese Rolle anzunehmen, dann wird man ausgeladen, von dem eigenen Gedenken! Seit 2007 versuche ich unsere Gedenkveranstaltung selber zu gestalten, denn nur wir Opfer und Überlebenden sind in der Lage, das Gedenken auf respektvolle Art und Weise zu organisieren. Wir sind keine Statisten, wir sind die Hauptzeugen des Geschehenen.

**Fast 20 Jahre nach dem Anschlag in Mölln wurde die Mordserie des NSU aufgedeckt, was hat das in Dir hervorgerufen?**

Genau das gleiche, was ich vor 20 Jahren gefühlt habe und was ich seit 20 Jahren fühle: Schutzlosigkeit, Angst vor rassistischen Übergriffen, kein Vertrauen in den Staat!

**Siehst Du Parallelen zu damals und heute in der Reaktion der Menschen, Medien, der Politik und auch der Opfer?**

Ja, ich sehe Parallelen, aber auch positive Entwicklungen bei den Opfern. Ich sehe, dass sich Opfer und Überlebende wehren, sie erzählen ihre Geschichten, schreiben Bücher und sie gehen zu den Prozessen. Anders bei den Medien, Politikern und Menschen: Da sehe ich keine Verbesserung. Opfer werden zu Tätern gemacht, Opfer werden verhöhnt und die Menschen ignorieren das Leid und das Geschehene.

**Wie schätzt Du die Ermittlungen der Behörden und das momentan laufende Gerichtsverfahren ein?**
Es würde mich nicht wundern, wenn die Täter freigesprochen werden oder nur eine geringe Strafe bekommen. Wenn man bedenkt, dass eine lebenslängliche Strafe in Deutschland 25 Jahre bedeutet, dann ist die Strafe eh nicht gerecht. Sie töten aus Hass zehn Menschen und bekommen höchstens 25 Jahre, wenn überhaupt, das ist eher ein Geschenk als eine Strafe.

**Hast Du das Gefühl, dass wir in Deutschland beim Thema Rassismus auf der Stelle treten oder haben wir eine neue Dimension erreicht?**
Nein, das tun wir nicht. Leider haben wir eine neue Dimension erreicht. Es sind nicht mehr nur die Nazis oder Rechtsradikalen, Rassismus ist ein Teil unserer Gesellschaft, er ist in der Mitte und ein Problem der Gesellschaft, dies will aber niemand sehen. Es sind nicht Skinheads, das wäre zu einfach, sie sind überall, schreiben Bücher, Artikel, machen Politik, fällen Urteile und sitzen in Behörden und Ämtern. Leider wird Rassismus und Faschismus immer eine Krankheit Deutschlands sein.

**Siehst Du eine Verbindung zwischen dem Anschlag von damals und dem NSU-Terror?**
Die Verbindung ist natürlich da, denn das Motiv zu töten und ihre menschenverachtende Ideologie sind das gleiche. Ihre menschenverachtende Ideologie. Ich bin mir sicher, dass die Täter sich kannten und in Hoyerswerda zusammen demonstriert haben. Wir wissen aber auch, dass es Drahtzieher dahinter gibt und es würde mich auch nicht wundern, wenn es die gleichen sind.

**Was bedeutet es für Dich, mit den Opfern des NSU-Terrors zu reden?**
Es bedeutet mir viel, denn eine Vernetzung der Opfer und Überlebenden steigert den Mut, die jeweiligen Geschichten zu erzählen und an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir müssen uns untereinander austauschen und helfen. Ich bin der Meinung, dass wir uns gegenseitig helfen können, das Geschehene besser zu ertragen.

**Was hast Du Dir davon versprochen, in die Keupstraße zu kommen und wie war das für Dich?**
Es war sehr schön in der Keupstraße zu sein und andere Opfer rechten Terrors kennenzulernen. Wir waren auch untereinander verschiedener Meinung, aber es geht um den Austausch und Zusammenhalt. Für mich war es aber auch sehr eindrucksvoll zu sehen, wie respektvoll mit den Überlebenden umgegangen wurde. Es war ein gelungener Abend.

**Was muss Deiner Meinung nach passieren, damit derartige Morde und Brandanschläge verhindert werden können? Was wünschst Du Dir für die Zukunft?**
Ich weiß, dass solche Taten leider nie aufhören werden. Wir müssen aber vor allem auch den Rassismus in unseren eigenen Reihen bekämpfen. Auch in unseren Reihen gibt es genug Vorurteile. Es muss aufhören und ich würde mir wünschen, dass man in Zukunft sensibler mit Opfern und Überlebenden umgeht. Wie gesagt: Verhindern kann man solche Taten leider nicht. Wir müssen einfach alle wachsamer sein und viel mehr Solidarität zeigen!

# »Wir haben von Anfang an gesagt: Das hat einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Es ist auf jeden Fall eine Abschreckungspolitik.«

**Interview mit Hasan Y. vom 4. November 2013**

**Können Sie uns ein wenig von Ihrer Person erzählen und davon, wie Sie in die Keupstraße gekommen sind?**
Ich bin 39 Jahre alt und komme aus Ankara. 1997 bin ich nach Deutschland gekommen, also vor ungefähr 15, 16 Jahren. In der Türkei war mein Beruf schon Friseur, und auch hier arbeite ich als Friseur. In der Keupstraße habe ich etwa acht Jahre lang gearbeitet. Am Ende dieser acht Jahre hat der Bombenanschlag stattgefunden. Wenn ich mich nicht irre, soll ich über diesen Tag erzählen oder?

**Genau. Wie haben Sie diesen Tag erlebt?**
Der Tag hat wie jeder gewöhnliche Tag begonnen. Ich bin in den Laden gekommen. Am nächsten Tag war ein Feiertag, deswegen war ziemlich viel los. Es passierte um 15.58 Uhr, wenn ich mich nicht irre. Es ist schon so lange her, deswegen kann ich mich an die genaue Uhrzeit nicht mehr erinnern. In meiner Erinnerung war es 15.58 Uhr. Draußen ist jemand mit einem Fahrrad angekommen. Er war gerade dabei, das Fahrrad genau vor dem Fenster abzustellen, als ich in die Küche ging, um für eine Bartrasur heißes Wasser zu holen. Wir hatten ein oder zwei Sekunden lang Augenkontakt.

**Was haben Sie denn gedacht, als er das Fahrrad dort abgestellt hat?**
Nichts. Was willst du da denken? Der Mann hat das Fahrrad gebracht und vor dem Laden abgestellt, und ich habe vermutet, der käme jetzt rein und würde sich rasieren lassen wollen. So was habe ich erwartet. Sonst hätte ich gesagt, stell' das Fahrrad bitte woanders ab, damit das nicht den Ladeneingang versperrt. Aber es war so dermaßen voll. Er sah einfach wie ein ganz normaler Typ aus, wie ein gewöhnlicher Deutscher.

Ich hatte bei unserem Augenkontakt nur bemerkt, dass er ein Käppi auf dem Kopf hatte. Ich konnte sehen, was er für eine Statur hatte, ich habe seine Koteletten gesehen. Das erste, worauf ein Friseur bei einem Menschen achtet, sind die Haare. Ich habe geschaut, ob er als Kunde in den Laden reinkommen wird. Und habe dann normal weiter gearbeitet. In dem Moment, als ich das heiße Wasser in die Hand genommen habe, gab es eine große Explosion. Ich hatte keine Möglichkeit, den Knall dieser Explosion wahrzunehmen, weil eine enorm große Druckwelle entstanden war. Durch diese Druckwelle ist ein großes Fenster samt Fensterrahmen auf mich gestürzt. Auch da habe ich immer noch nicht realisieren können, was passiert war. Ich habe den Fensterrahmen von meinem Kopf genommen und zur Seite geworfen. Dann habe ich gesehen, dass alle im Laden auf mich zukommen. Ich dachte, sie kommen mir zu Hilfe. Ich konnte natürlich nicht sehen, was vorne im Laden passiert war und was dort explodiert sein könnte. Alle haben sich gegenseitig gefragt: »Was ist passiert? Gab es eine Explosion?«

Nach der Explosion herrschte völliges Chaos. Jeder hatte Verletzungen im Gesicht, an den Händen, alle waren blutüberströmt. Wir sind in den hinteren Teil des Ladens geflüchtet. Dort gibt es einen Wasserhahn, unter dem wir versucht haben, unsere blutenden Wunden abzuwaschen. Ich war sehr stark verletzt, ich hatte überall Schnittwunden. Vor allem unter meinem rechten Arm hatte ich eine sehr tiefe Schnittwunde. Ich habe mein T-Shirt ausgezogen und es auf die Wunde ge-

halten. Mein Kopf hat geblutet, mein Arm hat geblutet, meine Hände haben geblutet. Ehrlich gesagt wusste ich nicht, welche Wunde ich zuerst zuhalten sollte. Als wir in den vorderen Teil des Ladens gingen, haben wir erst das ganze Ausmaß gesehen. Überall waren blutüberströmte Menschen, manche waren unter einer Rauchwolke, die Menschen haben gedampft. In andere hatten sich Nägel eingebohrt. Diese Situation kann man nicht mit Worten wiedergeben. Das kann nur verstehen, wer diesen Moment erlebt hat. Es war wirklich ein sehr schlimmer Tag. Natürlich waren wir uns immer noch nicht im Klaren darüber, was passiert war. Manche sagten, es war eine Gasexplosion, andere sagten, Spray ist explodiert. Man hat aber schnell gemerkt, dass überall Nägel waren – es waren wohl nahezu 1.500 Nägel in der Bombe enthalten. Und dann haben Menschen einen zufällig vorbeifahrenden Krankenwagen gerufen, von dem wir Verbandmaterial bekommen haben. Meine Freunde haben mir geholfen und meinen Kopf und meinen Arm verbunden. Dann sind meine Frau und mein Bruder zum Laden gekommen. Meine Frau war in unglaublicher Sorge und Panik. Ich habe ihr gesagt, dass es mir gut geht und versucht, sie zu beruhigen. Meine Frau war zu dem Zeitpunkt schwanger, das haben wir aber erst später erfahren. Vielleicht habe ich deswegen die Angst nach der Bombe so schnell verkraftet. Dank dieser schönen Nachricht, dass meine Frau schwanger ist.

Dann wurden wir ins Krankenhaus gebracht. Dort wurden meine Hände, meine Stirn, meine Arme genäht – überall, es war wirklich schlimm. Zu dem Zeitpunkt liefen im Fernsehen Breaking News: »In Deutschland, in Köln, in der Keupstraße wurde eine Bombe auf einem Fahrrad abgestellt und ist explodiert.« Da habe ich einen Schock bekommen. Weil ich mit diesem Mann Augenkontakt hatte, ich habe gesehen, wer diese Bombe dort abgestellt hat. Ich hatte Augenkontakt. Das war wirklich ein Schock. Die Journalisten haben mich natürlich sofort umringt und gefragt: »Was war das für eine Person? Wie war das?« Da habe ich eigentlich den größten Fehler begangen. Als ich sagte »Ich habe ihn gesehen«, sind alle auf mich zugekommen. In den Zeitungen standen Schlagzeilen wie »Er hat den Bombenleger gesehen. Der Bombenleger wollte fliehen.« Es sind auch falsche Nachrichten kursiert.

Danach habe ich sehr schlechte Tage durchlebt. Die Polizei ist gekommen. Die Verhöre der Polizei waren ein Übel für sich. Ich habe solche Verhöre in meinem Leben noch nicht gesehen. Am Anfang haben sie gefragt, ob ich Deutsch spreche. »Ich kann kein Deutsch, ich kann so viel erzählen, wie ich schaffe, aber ich kann kein Deutsch.« »Kein Problem, ich verstehe Sie schon.« Ich habe angefangen zu erzählen, wie es war, dass er ein Käppi auf dem Kopf hatte, ungefähr 1,80 m groß war, vom Typ leicht blond. Die Polizei meinte dann direkt zu mir: »Kann es nicht eine dunkelhaarige Person gewesen sein?« Was soll das? Ich verstehe das nicht. Ich will das nicht verstehen. Wie kann man eine Sache, die jemand gesehen hat, einfach umdrehen? Muss man diese ganze Sache unbedingt auf die Türken abwälzen? Muss die Person direkt dunkelhaarig sein? Ich habe das erzählt, was ich gesehen habe. Und was ist am Ende passiert? Ich habe Recht behalten.

Danach wollte ich aus dem Krankenhaus entlassen werden, weil ich wirklich Angst hatte. Wie gesagt, wenn ich am Anfang nicht gesagt hätte, dass ich ihn gesehen habe, wäre es vielleicht nicht so schlimm geworden. Aber nachdem ich gesagt habe, dass ich ihn gesehen habe, hatte ich wirklich Angst. Werden sie vielleicht wieder was machen? Denn dadurch, dass ich die Person gesehen hatte, hatte ich in dem Moment einen großen Nachteil. Danach habe ich etwa zwei Monate nachts immer mit Licht geschlafen, weil ich, sobald ich die Augen geschlossen habe, sofort dachte, vielleicht wird es wieder passieren. Wenn ich das Auto angemacht habe, habe ich das gedacht. Ich war bei Psychologen. Ich war sogar zehn, elf Tage in der Türkei. Diese

Zeit haben wir überstanden. Später sind die wahren Hintergründe ans Licht gekommen. Es ist rausgekommen, wer das gemacht hat. Die Beschuldigungen, mit denen wir konfrontiert waren, sind ans Licht gekommen. Dass da nichts dran war, dass es nicht die Wahrheit war. Sollen sie sich darüber Gedanken machen. Nach diesem Zeitpunkt gibt es dazu nichts mehr zu sagen. Alles findet vor Gericht statt. Wir werden dort mit ihnen abrechnen. Ich weiß nicht, was man dazu noch sagen soll.

**Was waren Ihre Vermutungen, von wem der Anschlag verübt wurde?**

In der Keupstraße kennt uns jeder. Was für Menschen wir sind, und dass wir mit niemandem Probleme oder Feindschaften haben. Dass wir mit niemandem Streit haben. Ich bin seit 15, 16 Jahren hier. In dieser Zeit gab es nicht die kleinste Auseinandersetzung. Wenn ich niemandem etwas tue, warum sollte ich dann Feinde haben? Wir haben von Anfang an gesagt: »Das hat einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Es ist auf jeden Fall eine Abschreckungspolitik.« Aber die Polizei ist immer auf denselben Sachen herumgeritten: »Das sind Mafia-Abrechnungen, das hat was mit Drogen zu tun.« Was sollte ein Friseur mit der Mafia oder mit Drogen zu tun haben? Mit diesen Fragen und Vorwürfen wurden wir konfrontiert. Die Polizisten sind sogar so weit gegangen, dass sie gesagt haben: »Ihr wisst, wer diese Sache gemacht hat. Wenn ihr uns sagt, wer das war, dann kriegt ihr vom deutschen Staat ein neues Leben, ein neues Haus, ein neues Auto.« Das sind die eigentlichen Sachen, die einen verletzen. Ok, wir haben die Bombe abbekommen. Die Bombe war eine sehr schlimme Sache, wir sind verletzt worden. Gott sei Dank sind wir wieder gesund, Gott sei Dank ist auch keiner gestorben. Aber diese Dinge verletzen einen sehr tief. Also warum? Sind wir Türken so schlimm? Sind wir wirklich so schlimme Menschen, dass wir dermaßen beschuldigt werden? Und nicht nur das. Ich war fünfmal in Berlin. Ich habe den Bundespräsidenten getroffen, den ehemaligen Bundespräsidenten Wulff. Ich habe Herrn Gauck getroffen. Ich habe mich mit Bundeskanzlerin Merkel getroffen. Ich habe alle getroffen. Eins zu eins getroffen, wir haben zusammen gegessen. Auch die Angehörigen der so genannten »Döner-Morde« waren da, wir saßen zusammen und unterhielten uns. Und alle hatten dasselbe Problem. Mit allen war das selbe gemacht worden. »Dein Mann war ins Drogengeschäft verwickelt. Dein Mann hat gemeinsame Sache mit der Mafia gemacht. Sie sind gekommen, um Schutzgeld zu erpressen und haben ihn umgebracht, weil er nicht bezahlen wollte.« Also soweit kann man gehen? Bei zehn Personen passiert das gleiche, aber es ist keine Fremdenfeindlichkeit? Wo gibt es denn so was? Was ist am Ende rausgekommen? Am Ende ist Fremdenfeindlichkeit rausgekommen. Mich interessiert in diesem Zusammenhang sehr, was der deutsche Staat denkt. Das ist ein Schandfleck für Deutschland.

**Haben sich Ihre Vermutungen im Laufe der Jahre verändert?**

Ich habe meinen Standpunkt innerhalb dieser Zeit nie geändert. Wie ich gesagt habe, wir haben keine Feinde, wir haben mit niemandem schlimme Anfeindungen. Also warum sollte uns jemand so was antun? Wir haben von Anfang an gesagt: »Das ist auf jeden Fall Fremdenfeindlichkeit.« Und unsere Meinung hat sich zu keinem Zeitpunkt verändert. Wirklich. Also es ist ja so: Du sagst zu jemandem 40 Tage lang, dass er verrückt ist, und am Ende glaubt er selber, dass er verrückt ist. Wir waren an so einem Punkt angelangt. Vielleicht hatten wir das ja tatsächlich gemacht und konnten uns bloß nicht erinnern. Wir waren an so einem Punkt, aber Gott sei Dank ist es herausgekommen, diese ganze Neonazi-Sache, wenn auch spät. Und zwar klipp und klar. Alles ist an die Oberfläche gekommen. Wir waren so erleichtert, das kann man sich nicht vorstellen. Weil ihre Behauptungen sich nicht bestätigt haben. Es ist

nicht das rausgekommen, was sie wollten. Sie haben versucht, alles zu verdecken – aber das hat nicht funktioniert.

**Wie hat sich das auf das Zusammenleben in der Straße ausgewirkt? Was hat sich für Sie verändert, wenn Sie auf der Keupstraße sind?**
Wenn ich jetzt sagen würde, es hat sich nichts verändert, wäre das gelogen. Ob du willst oder auch nicht, einige Dinge haben sich zwangsläufig verändert. Die Keupstraße hat eine bestimmte Zeit lang eine wirtschaftliche Flaute erlebt, alle Leute hatten Angst. Sogar die Kunden. Denn in der Presse hat das so einen großen Raum eingenommen, was die Polizei gesagt hat, mit der Mafia, mit den Drogen. Diese Verdächtigungen haben bei den Kunden Vorbehalte erzeugt, so dass sie sicherlich auch gedacht haben, vielleicht ist ja etwas dran an den Vorwürfen. Der Betrieb stand für eine Weile still. Schließlich war der Laden von meinem Bruder, in dem wir uns gerade befinden, vollkommen zerstört. Alle Mitarbeiter haben unter sich netterweise Geld gesammelt, damit wir den Laden wieder aufbauen konnten. Aber das wollten wir auch nicht. Mein Bruder wollte das nicht, er hat gesagt: »Ich schaffe es schon irgendwie, wieder auf die Beine zu kommen, mit Schulden. Ich kann einen Kredit bei der Bank aufnehmen, um so aus dieser Sache wieder rauszukommen.« Unser Leben hat sich wirklich verändert. Also: Hatten wir Angst? Natürlich hatten wir Angst. Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich eine Zeitlang nicht schlafen konnte. Meine Frau hat mir sehr geholfen, sie hat mich sehr stark unterstützt. Wir standen vor der Situation, dass unser Kind geboren wurde. Das hat mich sehr stark beeinflusst. Also auf positive Weise. Ich konnte nicht in mein Auto steigen, weil ich dachte, dass vielleicht etwas passiert. Werden sie vielleicht eine Bombe da rein legen, weil jeder weiß, dass ich es letztendlich war, der ihn gesehen hat. Ich habe sehr schlimme Sachen durchlebt. Natürlich haben sich dadurch bestimmte Sachen verändert. Sowohl materiell als auch psychologisch.

**Einen Tag nach dem Anschlag hat der damalige Innenminister Otto Schily gesagt, dass ein fremdenfeindlicher Hintergrund des Anschlags ausgeschlossen wird. Können Sie sich daran erinnern, wie das auf Dich gewirkt hat?**
Wie ich gesagt habe, es wurde immer nur in eine Richtung geguckt. Wenn sie gesagt hätten, in Deutschland wird ein Flugzeug auf deinem Kopf abstürzen, hätte ich das vielleicht geglaubt. Aber ich hätte mir nie vorstellen können, dass sie eine Bombe vor meinen Laden zünden und ich dadurch verletzt werden könnte. Du erlebst so etwas, dann kommen hohe Polizisten und Politiker und sagen: »Das kann keine Fremdenfeindlichkeit sein.« Warum soll das nicht sein können? Warum wurde nicht in diese Richtung ermittelt? Warum wurde immer in Richtung Mafia und Drogen ermittelt? Wenn sie doch früher in Richtung Fremdenfeindlichkeit ermittelt hätten oder es zumindest nicht ausgeschlossen hätten! Dann wäre diese Sache vielleicht ein Jahr später oder noch im selben Jahr aufgedeckt worden. Sicher wäre es aufgedeckt worden. Aber es sind bestimmte Sachen gelaufen. Das kann man sich nicht vorstellen, aber es war tatsächlich so. Die Nachrichten in den Medien zum Beispiel: Drogen, Mafia-Abrechnungen. Aber es ist doch eigentlich so: Bis die Schuld eines Menschen bewiesen ist, ist er unschuldig. Wenn es einen konkreten Beweis gibt, dann ok. Aber wie kann man einen Menschen ohne Beweise so stark verurteilen? Wenn du konkrete Beweise hast, wenn du es mit eigenen Augen gesehen hast oder Videomaterial hast, welches das Gegenteil beweist, kannst du sagen: »Das ist keine Fremdenfeindlichkeit. Das ist ganz sicher eine Mafia-Abrechnung. Drogen.« Aber dafür musst du was gesehen haben, um das ableiten zu können. Aber die Presse ist in so was ja sowieso die Nummer eins. Sachen so übertrieben darzustellen: »Ja, das war eine Mafia-Abrechnung. In den La-

den kamen Bodyguards und Türsteher. Und zwielichtige Frauen.« Soll ich für die Kunden einen Türsteher engagieren und sagen: »Nein, du bist eine schlechte Frau, du darfst nicht rein. Du bist so und so und du kommst nicht rein.« So was kann ich doch nicht machen Was ist das denn für eine Vorstellung? Und die Polizei hat gesagt: »Ja, Sie lassen sich die Haare so wachsen wie die!« Kann ein Mensch sich nicht die Haare wachsen lassen, wie er möchte? Ich kann mir doch die Haare schneiden lassen, wachsen lassen, ich kann mir auch einen Bart wachsen lassen oder mir eine Glatze scheren lassen. Das geht keinen etwas an, das ist meine Sache. Also sie haben sogar die Macht, dich solche Sachen zu fragen.

**Was ist in Ihnen vorgegangen, als Sie erfahren haben, dass der NSU für den Bombenanschlag verantwortlich war?**

Wie habe ich das erfahren? Zu der Zeit habe ich für einen kurzen Zeitraum woanders gearbeitet. Bei einem Freund im Friseurladen. Nach dem Bombenanschlag hatte ich für kurze Zeit diesen Laden verlassen. Das war damals so erforderlich. Die Geschäfte liefen nicht so gut nach dem Anschlag und die Wiedereröffnung hatte sich verzögert. Es war der 11.11., das werde ich nie vergessen. Also genau an Karnevalsanfang. An dem Tag hat mich ein Freund angerufen und gesagt: »Sag mal, hast du das mitbekommen?« Er hat mir erzählt, dass zwei Männer gefasst worden seien und sich selbst umgebracht hätten. Ich habe gesagt: »Nein, ich habe nichts mitbekommen.« Und er meinte: »Mach mal den Fernseher an und guck dir die Nachrichten an.« Dann habe ich die Nachrichten angeschaltet. Ich wusste nicht, ob ich mich freuen oder ob ich traurig sein soll. Da habe ich ein totales Gefühlschaos durchlebt. In dem Moment fühlte ich mich frei wie ein Vogel, denn wir konnten diesen Druck von der Polizei wirklich nicht mehr ertragen. Jedes Jahr haben sie gesagt: »Sie werden zum Verhör geladen, können sie bitte mit aufs Revier kommen.« »Ja, warum denn?« »Ja, wir haben noch ein paar kleine Fragen an Sie.« Dann haben sie uns vier, fünf Stunden lang verhört.

Einmal, ein Jahr nach der Geburt meines Kindes, haben sie mich zum Verhör geladen. Meine Frau ist mitgekommen, um zu dolmetschen, weil ich nicht so gut Deutsch spreche. Als wir da waren, haben sie zu meiner Frau gesagt: »Wir werden auch Sie verhören.« Wir mussten unser Kind dann von einem Freund abholen lassen. Am selben Tag hatten sie meinen Bruder und seine Frau auch zum Verhör geladen und ein gegenüberstellendes Verhör gemacht. Sie haben uns vier Stunden lang verhört! Am meisten freue ich mich, dass ich diese Verhöre losgeworden bin. Und das schönste an der Sache ist, dass diese Beschuldigungskampagne in ihrer Hand explodiert ist. Über diesen Punkt haben wir uns am meisten gefreut. Denn wir hatten wirklich schon angefangen, an uns selbst zu zweifeln. Nach dem Motto: »Sind wir wirklich so schlecht, und wissen es nur nicht?« Aber am Ende des Tages ist alles rausgekommen. Dann kamen wieder die Journalisten und haben gefragt: »Es ist rausgekommen, dass es ein fremdenfeindlicher Anschlag war. Was denken Sie darüber?« Warum habt ihr dann am Anfang etwas ganz anderes geschrieben? Bis die Schuld eines Menschen bewiesen ist, ist er unschuldig! Als die Wahrheit ans Licht gekommen ist, haben wir uns wirklich sehr gefreut. Wir haben erfahren, wer uns das angetan hat. Denn wir hatten immer die Frage in uns: »Wer kann uns das angetan haben? Warum haben sie uns das angetan?« Aber die Absicht war offensichtlich. Deutsche Läden sind auf der Straße verschwindend gering. Sie haben wahrscheinlich gedacht, die Straße ist zu voll mit Türken, wir müssen einige von ihnen vernichten. Aber ihr Plan ist nicht aufgegangen. Unser Zusammenhalt ist sogar besser als vorher. Wir sind wie Geschwister auf der Straße hier. Natürlich kann man sich über so etwas nicht freuen. Aber letztendlich war es als Resultat insofern gut, dass wir dadurch zusammengerückt sind. Wir als türkische Mitbürger sind dadurch zusammengerückt.

Türken, Aleviten, Tscherkessen, Sunniten, Araber, wir leben hier alle miteinander. Wir haben eine sehr schöne Gemeinschaft hier. Natürlich habe ich mich sehr gefreut, dass die Wahrheit ans Licht gekommen ist. Die Freude war unbeschreiblich groß.

**Was hat es für Sie bedeutet, als Sie erfahren haben, dass der NSU nicht nur den Anschlag auf der Keupstraße verübt hat, sondern noch für zehn Morde verantwortlich war, die sie lange Zeit im Vorfeld geplant hatten?**

Wie ich eben schon erzählt habe, war ich ungefähr vier oder fünf Male in Berlin. Dort haben wir mit den Menschen, deren Familienmitglieder ermordet worden sind – von manchen der Vater, von anderen der Bruder oder der Ehemann – zusammen im Hotel gewohnt. Wir haben andauernd zusammen gesessen und miteinander geredet. Letztendlich gab es bei unserem Fall keine Toten, Gott sei Dank. Jeder hat das einigermaßen gut überstanden und versucht, sein Leben irgendwie fortzuführen. Aber die anderen Familien haben eine tiefe Wunde in sich, und egal wie sehr sie sich bemühen, diese Wunde zu vergessen, kommt sie bei jeder Gelegenheit wieder an die Oberfläche. Ob sie wollen oder nicht, haben sie die Ereignisse immer wieder vor Augen. Dort weinende Kinder, Mütter und Ehefrauen zu sehen, lässt dich in dem Moment deine eigene Wunde vergessen. Das war wirklich sehr schmerzvoll. Ich habe mich für diese Menschen in gewisser Hinsicht gefreut, da jetzt klar ist, wer die Täter sind. Denn schließlich waren sie mit denselben Beschuldigungen konfrontiert. Und sie haben jetzt auch erfahren, wer die wahren Täter sind. Da haben wir unseren eigenen Schmerz vergessen, und haben angefangen, uns um diese Menschen zu kümmern. Wir haben versucht, ihnen beizustehen. Auch bei den Familien der Opfer gab es zumindest die Genugtuung zu erfahren, wer die Mörder sind. Und sie erwarten genauso wie auch wir, dass sie die größtmögliche Strafe erhalten. Auf gar keinen Fall kann man das psychologisch oder gar materiell wiedergutmachen: Von diesen Menschen wurde ein Familienmitglied ermordet! Auch wenn sie diesen Menschen eine Million Euro geben würden, wäre das lediglich eine Hilfe für sie. Aber den Vater oder den Sohn kann das nicht zurückbringen. Von daher war es eine kleine Genugtuung. Zumindest wissen sie nun, wer ihre Feinde sind, und dass sie gefasst wurden. Am Ende haben sie erfahren, dass es eine Sache gegen sie war. Wie soll ich dir das beschreiben? Sie können jetzt im Gerichtsprozess gegen sie vorgehen, sie können ihnen gegenübertreten. Sie werden diese Menschen also im Gefängnis wissen. Das war das schönste an der Sache.

**Was erwarten Sie jetzt von Politik, Ermittlungsbehörden und der Öffentlichkeit?**

Wir haben unser Leben in Deutschland eingerichtet. Es ist nicht klar, ob wir zurückgehen oder nicht. Es sieht zurzeit nicht danach aus, dass wir zurückgehen werden. Wir müssen hier miteinander leben. Es gibt so eine Redensart: »Nur weil ein paar Menschen was gemacht haben, kann man nicht die ganze Gesellschaft beschuldigen.« Weil ein Deutscher so etwas gemacht hat, kann ich nicht den deutschen Staat oder alle in Deutschland lebenden Menschen dafür verantwortlich machen. Aber dass die Türken in den Medien so schlecht gemacht wurden, hat glaube ich ein negatives Bild bei der Bevölkerung über uns erzeugt. Aber am Ende haben sie auch gesehen, dass die Türken keine so schlechten Menschen sind. Schließlich leben wir hier alle miteinander. Wenn deutsche Kunden kommen und herzlich zu uns sind, dann reicht uns das schon. Mehr erwarten wir nicht. Wenn sie mit einem Lächeln hier reinkommen, und »Guten Tag« sagen, reicht einem das schon. Oder wenn sie im Vorbeigehen grüßen. Das sind schöne Sachen, schöne Gesten. So was erwarten wir. Wir sind keine kriegerischen Menschen, wir sind immer auf der friedlichen Seite. Ich glaube nicht, dass die hier lebenden Türken jetzt Hass auf die

Deutschen haben. Ich kann doch jetzt nicht das, was die Neonazis gemacht haben, der gesamten deutschen Bevölkerung, oder meinen Kunden, die hierher kommen, in die Schuhe schieben und sagen: »Du bist auch einer von denen.« So ein Typ Mensch bin ich nicht.

**Was erwarten Sie vom Prozess gegen Beate Zschäpe?**

Ich bin noch nicht im Gericht gewesen und habe ihr Gesicht noch nicht gesehen. In Kürze sind wir bei Gericht vorgeladen. Ich weiß noch nicht, ob ich hingehe oder nicht oder ob ich persönlich dahin muss. Ich möchte ihr eigentlich nicht gegenübertreten. Aber wenn es sein muss, werde ich dorthin fahren. Aber ihre entspannte Art vor Gericht … Wie kann ein Mensch so dermaßen entspannt sein wie sie? Mit ihrer Schminke und ihrem Auftreten – als ob sie dort der Chef wäre, das setzt einem echt zu. Da sind Leute angeklagt, die etwas sehr Schwerwiegendes gemacht haben, letztendlich sind zehn Menschen ermordet worden, es gab Bombenanschläge, es gab Banküberfalle. Wie kann jemand, der so viele Sachen gemacht haben soll, so locker da auftreten?! Ich konnte in den Medien noch nicht mal richtig erkennen, ob sie überhaupt Handschellen anhatten. Aber ich habe gesehen, dass sie sehr entspannt auftreten konnten. Wie kann man das zulassen, dass sie in Ruhe gelassen werden? Jetzt muss ich bald dahin, und ich weiß nicht, ob ich das verkraften kann, wenn ich sie sehe. Denn ich werde Menschen gegenübertreten, die mich umbringen wollten. Was ist das für ein Gefühl? Ich habe es nie erlebt und ich hatte es mir auch nicht gewünscht, dass ich es je erleben muss. Ich hoffe, dass ich damit irgendwie klarkommen werde.

Wie ich es bereits gesagt habe: Egal was sie uns und vor allem den Menschen, deren Angehörige ermordet wurden, jetzt nach diesem Zeitpunkt an materieller Entschädigung zukommen lassen – wir wollen nur eine Sache: Dass sie und die anderen – ich weiß nicht, wie viele es genau sind – die größtmögliche Strafe erhalten. Aber dann sehe ich, dass eine lebenslange Haftstrafe in Deutschland 13 oder 15 Jahre Haft bedeutet. Wird diese Person danach rauskommen und sich wieder vor mich stellen? Besteht diese Möglichkeit? Ich habe wirklich vor, das bei Gericht zu fragen. Dass man zehn Menschen ermordet, eine Bombe legt und damit 21 Personen verletzt, Banken ausraubt, und ich weiß nicht, wie viele Straftaten noch begeht, von denen wir nichts wissen, und die Strafe für all das sind 13 oder 15 Jahre? Das sind sehr leichte Strafen. Aber ich vertraue darauf, dass sie die höchstmögliche Strafe bekommen werden. Und so muss es auch sein.

**Waren die bisherigen »Bemühungen« von Seiten der Politik und Behörden und die Konsequenzen, die aus dem Versagen gezogen wurden, Ihrer Meinung nach angemessen bzw. ausreichend?**

Natürlich ist es so, dass wir nicht wissen können, was sich in der Politik abspielt. Jeden Tag werden wir in den Nachrichten oder in den Zeitungen mit unterschiedlichen Meldungen konfrontiert nach dem Motto, die Polizei war darin verstrickt oder Politiker. Wenn das tatsächlich so sein sollte, was kann ich denn da jetzt sagen? Wie kann ich mich dann selbst verteidigen? Denn falls wirklich Polizei oder andere Behörden darin verwickelt waren, dann brauchen wir am Ende nichts mehr zu erwarten, weil dann sowieso nichts aufgedeckt werden wird. Dann wird die Akte zugemacht, und der Fall ist erledigt. Dieser Fall muss deswegen mit allen Mitteln aufgeklärt werden und muss, wenn es nötig wird, vor weiteren gerichtlichen Instanzen verhandelt werden. Was zurzeit passiert, ist meiner Meinung nach nicht ausreichend. Man kann nicht 3.000 oder 5.000 Euro an Menschen zahlen, deren Angehörige ermordet oder die seelisch zerstört wurden, und dann denken, dass man diese Leute damit zum Schweigen bringen kann. Wenn sich tatsächlich im Staat irgendwelche Dinge abspielen, woher soll man dann die Sicherheit haben, dass in Zu-

kunft nicht wieder so was passiert? Vielleicht wird morgen oder übermorgen oder nach 13 oder 15 Jahren jemand anderes auftauchen und so was machen. Ich finde, dem muss entgegengewirkt werden. Das ist, was ich dazu zu sagen habe.

**Eine Frage habe ich noch: Glauben Sie daran, dass das alles nur drei Menschen gemacht haben?**
Ich glaube nicht, dass das eine Sache ist, die man locker mit zwei, drei Leuten machen kann. Wirklich. Außerdem sehen wir, dass jeden Tag neue Tatsachen ans Licht kommen. Wenn man da mehr ermitteln würde, wenn man die Wurzeln untersuchen würde, würden sich vielleicht andere Wege auftun. Aber es wird nicht untersucht. Es wird versucht, das zuzudecken, aber wenn ich mich nicht täusche, gibt es da noch Leute, die hinter den drei standen. Es kann nicht sein, dass zwei, drei Leute aus Spaß einfach eine Bombe basteln und dann sagen: »Komm wir legen die dahin und jagen das in die Luft. Und lachen dann darüber.« So eine Logik gibt es nicht. Die Leute haben eine CD darüber hergestellt in so einer verhöhnenden Art. Das ist keine Sache, die man so einfach mit zwei, drei Leuten machen kann. Das ist natürlich meine Meinung.

# Die Keupstraße in mir

*Imran Ayata*

Bevor ich die Gelegenheit bekam, an einer Diskussionsrunde im Rahmen der Veranstaltung »Vom Mauerfall bis Nagelbombe« teilzunehmen, war ich noch nie in der Keupstraße gewesen, was deswegen verwunderlich ist, weil ich seit den 1990er Jahren regelmäßig in Köln bin. Als ich dorthin zur Vorbesprechung ging, war ich unruhig und nervös. Ich hatte eine Ahnung, woher meine Aufregung rührte. Sie hatte damit zu tun, dass ich gleichermaßen auf dem Weg in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft war. Denn das Thema der Veranstaltung handelte von einer Geschichte, die andere viel brutaler erfahren haben, die aber auch meine bleiben würde. Ähnliche Gefühle waren in mir aufgekommen, als ich im November 2011 die sogenannte »Möllner Rede« anlässlich der Gedenkveranstaltung an den Brandanschlag von 1992 gehalten hatte. Sie war als eine Intervention im Zuge des NSU gedacht und formulierte Positionen, die möglicherweise inzwischen seltener zur Sprache kommen. Es waren die Brandanschläge von Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Mölln und anderen Städten, die für viele in meiner Generation eine Zäsur markierten. Erst danach lernten wir, das Alphabet der Diskriminierung und Ausgrenzung neu zu buchstabieren. Vor unseren Augen brannten Häuser, der rassistische Mob wütete, Menschen wurden ermordet, die Medien berichteten – mal alarmierend, mal nüchtern. Dass Neonazis und Rechtsradikale Verbrechen begingen, hatte in der Logik vieler Politiker damals auch damit zu tun, dass in Deutschland zu viele Flüchtlinge und Ausländer lebten. Schon länger geisterte das Bild vom vollen Boot in der Öffentlichkeit.

Die Geschichte der Einwanderung ist auch eine Geschichte rassistischer Bilder und Metaphern. Bekanntlich entstehen diese nicht einfach so, sondern werden von gesellschaftlichen Akteuren wie politischen Organisationen, Institutionen, Intellektuellen oder Medien erfunden und aufgebaut, in öffentliche Debatten sowie Meinungsbildungsprozesse eingebracht und als Instrument in politischen Auseinandersetzungen genutzt. Jede dieser Konstruktionen spiegelt die gesellschaftlichen Verhältnisse wider. Letztlich sind sie Zeugnisse davon, wie politische Systeme und Gesellschaften in bestimmten Phasen mit Migration und Einwanderung umgehen. »Das Boot ist voll« gehört in Deutschland zu den bedeutendsten Bildern und Metaphern neuerer Migrationsgeschichte. Was dabei wie eine Tatsachenbehauptung daherkommt oder als solche eingesetzt wird, imaginiert, dass Einheimische sich durch die Aufnahme weiterer Flüchtlinge und Einwanderer »auf ihrem Boot« gefährdet sehen und bedroht fühlen, weil sie unterzugehen glauben. »Die Metapher wird sozusagen auf den Kopf gestellt. Es sind die Eingesessenen, die sich einbilden, sie wären boat people auf der Flucht, Auswanderer vom Zwischendeck oder ausgehungerte Albaner auf einem überfüllten Geisterschiff.«[46] In dieser Umkehrung, auf die Hans Magnus Enzensberger angesichts rassistischer Gewalt in Deutschland und den Flüchtlingsbewegungen aus dem Balkan in den 1990er Jahren hinweist, liegt unter anderem begründet, weswegen dieses Phantasma in gesellschaftspolitischen Kontroversen wiederkehrend Widerhall findet. Der Rückgriff auf das Bild eines überfüllten Bootes liegt gleichwohl länger als die 1990er Jahre zurück, in denen es in Deutschland endgültig zur Chiffre avancierte. Schon im Zweiten Weltkrieg glich für den damaligen eidgenössischen Justizminister Eduard von Steiger die Schweiz einem überfüllten Rettungsboot, das jüdische Flüchtlinge aus Deutschland

46 Enzensberger, Hans Magnus. (1992) Die große Wanderung. 33 Markierungen, Frankfurt am Main, S. 26 f.

wieder zurückwies.[47] Die Bedrohungsphantasien, in denen das »eigene« Boot nicht nur wankt, sondern dem Untergang nah ist, tauchen bis heute auf, selbst wenn gleichzeitig die Klage vom demografischen Wandel den Ruf nach qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland lauter werden lässt.[48] Diese Konstruktion der doppelten Bedrohung – demografischer Wandel (»Die Deutschen sterben aus«) und Überfremdung durch ungesteuerte Einwanderung – konturiert in Deutschland und anderen europäischen Staaten den Diskurs um Einwanderung in Zeiten zunehmender Globalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft. Bis heute behauptet sich darin das Trugbild vom überfüllten Boot. Zugleich verschiebt sich in diesen Szenarien der Fokus schon länger hin zu den europäischen Grenzen und der »Festung Europa«. Überfüllte Boote suggerierten vor allem in den 1990er Jahren eine Bedrohung Deutschlands von außen, einen Ansturm von Menschenmassen auf ein Land, das bereits darüber klagte, zu viele Einwanderer und Flüchtlinge aufgenommen zu haben.[49]

Es waren die rechtsextremen »Republikaner«, die 1991 das Bild einer überfüllten Arche Noah als Leitmotiv auf ihren Plakaten wählten, um dafür zu werben, mit dem »Asylbetrug« Schluss zu machen. Das fand nicht nur Anklang an den viel bemühten Stammtischen, sondern hielt Einzug in die Medien und die politische Debatte jenseits des rechten Spektrums.[50] In der medialen Berichterstattung wurde dieses Thema kontinuierlich aufgriffen, neu illustriert und akzentuiert. So kam es zu alarmierenden Titelthemen wie dem »Ansturm vom Balkan«.[51]Es ist konstitutiv für den Diskurs ums Boot, dass diese rassistische Metapher zunehmende Wirkung entfaltete, weil politische Akteure und Parteien, Medien sowie Wissenschaftler, Intellektuelle und Bürger sie verwendeten, sich dabei aufeinander bezogen und ihn so immer wieder neu belebten. Im Ergebnis entstand eine Art Dauersendung, die von der Bedrohung Deutschlands durch Flüchtlinge und Einwanderer handelte. Es blieb nicht beim Reden, Senden und Publizieren, es folgten rassistische Verbrechen und politische Konsequenzen. Die Reaktion der Politik bestand nicht darin, den Rechtsradikalismus ins Visier zu nehmen, sondern im Mai 1993 in einem überparteilichen Konsens aus CDU/CSU, FDP und SPD das Recht auf Asyl abzuschaffen. Die zynische Logik dabei: Wir schotten die Grenzen ab, damit die politische Situation nicht weiter eskaliert und das Land sich nicht weiteren Belastungen durch Flüchtlinge aussetzen muss. Schon Jahre vorher, bei der Bundestagswahl 1987, hatte die CDU/CSU das Thema »Zuzug von Asylbewerbern« zu einem Steckenpferd im Wahlkampf auserkoren. Schon damals sprach kaum jemand von Flüchtlingen. Durchgesetzt hatten sich die Begriffe »Asylanten« bzw. »Scheinasylanten« sowie »Wirtschaftsflüchtlinge« (vgl. Link 1983).[52] In diesen Bezeichnungen manifestierte sich eine weitere Inversion, dieses Mal von Opfern zu Tätern. Was all das mit dem NSU-Terror und der Nagelbombe zu tun hat? Ich denke viel mehr, als in der Diskussion darum suggeriert wird. Kein Missverständnis, es geht mir nicht darum, eine stringente Kontinuität herzustellen und Ungleiches gleichzumachen. Aber den NSU kann man ohne diesen historischen Kontext nicht richtig einordnen. So einzigartig die Brutalität seines Vorgehens ist, so eindeutig knüpft diese Organisation daran an, dass es ein »Drinnen« und »Draußen« gibt, ein »wir« und »ihr«, gepaart mit dem Irrsinn, es könne ein homogenes, abgeschottetes Land geben.

47 Vgl. Häsler, Alfred A. (1967). Das Boot ist voll ... Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Zürich.
48 Die Bundesregierung (2013). www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/02/2013-02-26-beschaeftigungsverordnung.html;jsessionid=E553A4E119AB6FD4D73A7815E0183BF8.s4t2; Deutsche Industrie- und Handelskammer www.dihk.de/themenfelder/standortpolitik/news?m=2012-10-04-demografiegipfel; Der Spiegel, 9/2013 Die neuen Gastarbeiter
49 Vgl. Pagenstecher, Cord. »Das Boot ist voll« Schreckensvisionen des vereinten Deutschland, in: Gerhard Paul (Hg.) (2008): Das Jahrhundert der Bilder, Band II: 1949 bis heute, Göttingen.
50 Vgl. ebd., S. 123f.
51 Vgl. Der Spiegel, 31/1992, Ansturm vom Balkan. Wer nimmt die Flüchtlinge?
52 Vgl. Link, Jürgen (1983): »Asylanten. Ein Killwort«, kultuRRevolution 2, S. 36-38.

Spätestens mit der Abschaffung des Asylrechts in den frühen 1990er Jahren verabschiedete sich Deutschland nicht nur von der Idee einer offenen Gesellschaft, sondern nahm die nächste Stufe in der Klassifizierung von Einwanderern, die sich bis heute hartnäckig behauptet. Sie unterscheidet in gute und schlechte, bereichernde und Probleme schaffende, christliche und islamische, junge und alte, ausgebildete und ungelernte Migranten. Mit dieser Sicht geht einher, dass man sich der Illusion hingibt, es könne einen Masterplan für Migration geben, ein Kassenrezept für ein Land, das sich nicht abschafft, sondern sich durch tief greifende Veränderungen in Zeiten der Globalisierung neu erfinden muss.[53] Dieser Prozess ist keine Exklusivangelegenheit der Mehrheitsgesellschaft, sondern wird auch durch die Autonomie und die Kämpfe der Migration[54] mitgestaltet, also auch in der Keupstraße in Köln mit einer Veranstaltungsreihe über Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Rassismus. Und: Trotz aller politischen Bemühungen und Praktiken der Abschottung auf europäischer Ebene steuern Flüchtlingsboote weiterhin Deutschland und Europa an. Der Referenzrahmen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Demokratie ist nicht mehr alleine der nationalstaatliche Kontext. Deswegen werden diese Fragen eben auch auf Lampedusa aufgeworfen. Das findet eine Fortsetzung beispielsweise darin, dass in Berlin Flüchtlinge schon über ein Jahr gegen die Residenzpflicht protestieren. Die Opfer von einst werden zu politischen Akteuren, die ihre Anliegen in Sichtweite politischer Entscheidungsträger artikulieren, egal, ob es willkommen ist oder für neue Unruhe auf dem Boot sorgt.

Damals wie heute geht es nicht nur um Begriffe, sondern um ein anderes Leben in Almanya.[55] Ein Anknüpfungspunkt dafür waren die politischen Kämpfe in den 1990er Jahren. Hunderttausende waren auf den Straßen, um gegen die rassistische Gewalt zu protestieren, was heute, im Lichte der NSU-Morde, wie ein fiktionaler Plot scheint. Aus diesen Protesten heraus gründeten sich neue Initiativen und Gruppen, die sich antirassistische Theorie und Kampf auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die Zeit war endlich reif, die Dinge beim Namen zu nennen, und so hielt »Rassismus« Einzug in die öffentliche Debatte. Ganz allmählich bildete sich auch eine neue Haltung heraus, die rassistisches Denken und rassistische Taten nicht nur verurteilte, sondern zu kontextualisieren wusste.[56] Damals habe ich gedacht, damit sei die Basis geschaffen, antirassistische Positionen nachhaltig in dieser Gesellschaft zu verankern, um zumindest dann intervenieren zu können, wenn rassistische Gewalttaten ausgeübt werden. Neonazis und Rechtsradikale haben bis zu den NSU-Morden nicht auf Pause geschaltet, sondern weiterhin gepöbelt, gedroht, Gewalt ausgeübt und gemordet. Nur wahrgenommen wurde das kaum noch.

Nach Bekanntwerden des NSU im November 2011 tauchte in meinem Freundes- und Bekanntenkreis immer wieder die Frage auf, warum sich kein gesellschaftlicher Protest formiert, warum anti-rassistische Stimmen nicht ein größeres Gewicht in der Öffentlichkeit bekommen. Manchmal kreisten Diskussionen darum, dass die Zeit doch reif für eine neue starke anti-rassistische Bewegung sein müsste. Manch einer redete nostalgisch Kanak Attak 2.0 herbei. Wenn Mittvierziger sich als Veteranen des Antirassismus gerieren und mit den Argumenten von damals das Heute erklären wollen, dann bleibt es bei einer selbstreferenziel-

53 Vgl. Ayata, Imran (2011): Von wegen Tabubruch, in: Hilal Sezgin (Hg.) (2011), Manifest der Vielen. Berlin: Blumenbar Verlag

54 Vgl. Bojadzijev, Manuela (2012): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster: Westfälisches Dampfboot.

55 Die Argumentation der folgende Passagen habe ich bereits an anderer Stelle ausgeführt, u.a. bei einer Rede im Rahmen der Veranstaltung »Schweigen und Verschweigen – Rassismus, NSU und die Stille im Land« an der Akademie der Künste in Berlin am 2. Juni 2012 sowie in Ayata, Imran (2013): Vor und nach der Stille, in: Imke Schmincke und Jasmin Siri (2013), NSU Terror. Bielefeld: transcript Verlag.

56 Vgl. Kanak Attak (2014): www.kanak-attak.de/ka/down/pdf/textos.pdf, zuletzt aufgerufen am 06. März 2014.

len Trockenübung. Dennoch stand die Frage im Raum, warum es heute so schwerfällt, von Rassismus zu sprechen und sich politisch dagegen zu organisieren? Ich kann diese Frage nicht umfassend beantworten. Aber ein wichtiger Aspekt scheint mir zu sein, wie die staatliche Politik auf die NSU-Morde reagiert hat. Wie soll man auf die Straßen gehen, die Taten des NSU verdammen, Aufklärung und Konsequenzen fordern, wenn die staatliche Politik dies bereits tut? Natürlich nicht alles, aber vieles davon. Dass die Parteien im Bundestag geschlossen mit einer Schweigeminute den Opfern der NSU-Morde gedachten und dies einige Wochen später sogar in einem Staatsakt wiederholt wurde, stellt für mich einen Wendepunkt dar. Symbolische Handlungen sind symbolische Handlungen, sie mögen für viele nicht weitreichend sein. Doch mit diesen symbolischen Handlungen wurde demonstrativ herausgestellt, dass die Opfer »unsere Opfer« sind, dass »unsere Bürger« ermordet wurden. Bürger, deren Sicherheit der Staat zuvor nicht gewähren konnte. Vielleicht ist eine gesellschaftspolitische Debatte auch deswegen nicht in Gang gekommen, weil die staatliche Politik den Rahmen absteckte, in dem die NSU-Morde verhandelt werden sollten.

Ein anderer Aspekt dafür sind die Antirassismus-Debatten und Praxen selbst, die sich heute immer weiter ausdifferenzieren und ganz nebenbei sukzessive selbst marginalisieren und entpolitisieren. Nicht eine gemeinsame politische Haltung und Forderung, die Differenz der Differenz wird das Motiv für Politik. So werden Bücher über Rassismus und Migration publiziert, wo Herausgeber Autoren ablehnen, weil deren Haut nicht dunkel genug ist, egal, ob der Autor etwas zu sagen hat, sich mit diesen Themen beschäftigt oder selbst rassistische Ausgrenzung erfahren hat. Studierende verlassen protestierend ein sozialwissenschaftliches Seminar, weil Michel Foucault, dieser »weiße Mann der Mehrheitsgesellschaft«, das Thema ist, so geschehen an einer Universität in Berlin. Die Liste solcher Peinlichkeiten könnte ich noch verlängern.

Im Zusammenhang mit »Rassismus heute« scheint es mir zudem nicht zu unerheblich zu sein, dass in Almanya eine Migrantengeneration heranwächst, die ihre Zugehörigkeit zu Deutschland und zum »Deutsch sein« manchmal geradezu selbstverständlich reklamiert.[57] Mir begegnet das im Alltag immer häufiger. Ich gebe zu, dass mir das nach wie vor schwerfällt. Das liegt an den schweren Folgen des Diktums vom »Eigenen« und dem »Fremden«, das in meiner politischen Sozialisation sehr prägend war und noch ist, weil ich davon ausgehe, dass die Mehrheitsgesellschaft diese Konstruktion zur eigenen Legitimation braucht. Aber genau das scheint immer weniger Teile dieser Generation zu kümmern. Wenn es inzwischen unmöglich ist, in den Kategorien der 1990er und 2000er Jahre rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung zu greifen und zu thematisieren, dann lohnt sich auch der Blick auf die neue Dimension und Qualität der Hierarchisierung von Migranten. Neu ist daran auch, dass einige Erfolgsmigranten diese selbst vorantreiben – nicht alle, aber viele. Erfolg mag für sie ein Antrieb sein, aber Erfolg überwindet rassistische Ausgrenzung nicht.

Selbst wenn Antworten nicht leicht zu finden sind und die Suche nach einer neuen Sprache sowie neue Praxen des Antirassismus sehr kompliziert ist und andere Protagonisten braucht, lohnt es sich weiterzumachen. Auch mit Veranstaltungen wie »Vom Mauerfall bis Nagelbombe«, die nicht auf einer etablierten Bühne stattfand, sondern bewusst an einen Tatort des NSU-Terrors verlegt worden war, was mich von Anfang an überzeugt hatte, weil solche Fragestellungen nicht ausschließlich in Seminarräumen, über E-Mail-Verteilerlisten oder von kritischen Migrationsexperten abgehandelt werden sollten. Als wir nach dem Panel in einem Restaurant in der Keupstraße zusammensaßen, redeten wir im kleinen Kreis weiter. Solche

57 Vgl. Bota, Alice/Pham, Khuê/Topcu, Özlem (2012): Wir neuen Deutschen: Wer wir sind, was wir wollen. Reinbek: Rowohlt.

Zusammenkünfte ähneln sich. Man wertet aus, ob die Veranstaltung gut gelaufen ist, diskutiert weiter aufgeworfene Fragen und überlegt, was man künftig anders machen würde. Ich verließ bald die Runde. Wieder draußen auf der Straße hatte ich plötzlich eine Zeile des Rappers Kutlu Yurtseven von Microphone Mafia im Ohr, der gemeinsam mit anderen diese Veranstaltungsreihe auf die Beine gestellt hatte. »Kein Tag vergeht, Geschichte wiederholt sich …«

# Schlusswort: In die Offensive gehen

Diese Broschüre wie auch die Veranstaltungsreihe, aus der sie hervorgegangen ist, verstehen sich als Experiment mit dem Ziel, unterschiedliche Zugänge zu den Hintergründen und Auswirkungen des Nagelbombenanschlags auf der Keupstraße zu finden. Wir wollten dem situierten Wissen der Bewohner_innen der Keupstraße über die rassistischen Verhältnisse in diesem Land eine Stimme verleihen und sie mit Positionen aus anderen migrantischen Aneignungskämpfen in Verbindung setzen. Wir verstehen dieses Projekt als ein offensives Vorgehen gegen die Logik rassistischer Anschläge.

Die Mord- und Anschlagsserie des NSU stellte einen Angriff auf migrantische Lebensperspektiven, aber auch auf ein Gesellschaftsmodell, das Migration als gesellschaftliche Realität explizit anerkennt, dar. So sollten mit der Nagelbombe die Bewohner und Bewohnerinnen der Keupstraße, stellvertretend für Migrantinnen und Migranten in Deutschland, in Schrecken versetzt, stigmatisiert und dadurch gesellschaftlich isoliert werden. Die Logik des rassistischen Anschlags ist nicht nachhaltig aufgegangen. Sicher: Die Angst vor weiteren rassistisch motivierten Morden und Anschlägen lässt sich nicht einfach abschütteln, zumal sie in Anbetracht erstarkender Neonazi-Strukturen und der Erkenntnis der Teilhabe staatlicher Institutionen daran nichts an ihrer realen Grundlage eingebüßt hat. Die praktische Durchführung unserer Film- und Veranstaltungsabende erachten wir aber als Teil eines Prozesses, der die Isolierung aufhebt. So eröffneten die gemeinsamen Abende in Köln-Mülheim nicht nur Momente der Solidaritätsbekundung, sondern vielmehr Situationen der gemeinsamen Auseinandersetzung. Dieser Prozess hat gerade erst begonnen.

Ausgangspunkt der Veranstaltungsreihe war, den NSU-Komplex als Teil einer neuen rassistischen Konjunktur seit der deutschen Wiedervereinigung zu verstehen. Der NSU ist ohne Hoyerswerda nicht zu denken. Die rassistischen Pogrome, Anschläge und Morde der frühen 1990er Jahre wurden von Seiten der Politik und der medialen Öffentlichkeit befeuert. Damit ist für uns eine historische Logik deutlich geworden, die in der Geschichte nicht beispiellos ist. 1865 endete der Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten in den USA. Ergebnis war die Abschaffung der Sklaverei und die Gewährleistung der vollen Bürgerrechte für Afroamerikaner_innen. Nach einer längeren Periode der militärischen Besatzung und der Feindschaft zwischen den beiden Landesteilen folgte eine etwa 25-jährige Periode der Aussöhnung, in der die beiden Teile sich annäherten und wiedervereinigten. Dies war gleichzeitig die Zeit der rassistischen Jim-Crow-Ära und die Hochphase der Lynchings, also der extralegalen Hinrichtungen von Afroamerikanern. So wurden zwischen 1889 und 1922 über 2.550 Menschen ermordet. Diese im Durchschnitt zwei Morde pro Woche waren zwar offiziell illegal, wurden aber real nicht geahndet. Im Gegenteil nahmen diese Lynchings oftmals den Charakter von öffentlichen Volksfesten an, mit Barbecue und Schulfrei für Kinder. In der Geschichtsschreibung der USA entsteht mittlerweile ein Bewusstsein dafür, dass die Aussöhnung zwischen dem Norden und dem Süden des Landes auf dem Rücken der afroamerikanischen Bevölkerung ausgetragen wurde.

Die neue Opferstatistik des Bundeskriminalamtes hat nach eingeforderter Überprüfung ungeklärter Morde seit der deutschen Wiedervereinigung die Zahl der Mordopfer, bei denen ein rassistisches Motiv nicht auszuschließen ist, im Verhältnis zu früheren Zahlen mehr als

verzwölffacht und auf 746 festgelegt – also ein Mord alle zwei Wochen. Viele dieser Morde werden sicherlich nicht in die offizielle Statistik rechter Gewalttaten Eingang finden. Diese neue Erhebung von rassistischen Morden, ebenso wie die zahllosen dokumentierten Fälle rassistischer Gewalt, offenbaren einen massiven Anstieg rechtsextremer Gewalt seit der Wiedervereinigung. Sicherlich endete der Volksfestcharakter bei rassistischen Angriffen und öffentlichen Mordversuchen nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock, wo tagelang Ausländer_innen ungestört attackiert und ihre Häuser angezündet werden konnten, während Anwohner_innen zusahen und Beifall klatschten. Seit 1993 war es nicht mehr möglich, auf öffentlichen Bürgerversammlungen gewalttätige Angriffe auf das örtliche Flüchtlingsheim zu planen und unbekümmert vor laufenden Fernsehkameras Häuser anzuzünden, in denen Menschen sich in Todesangst verbarrikadiert hatten. Zu groß war die internationale Ächtung, zu stark auch der zivilgesellschaftliche Protest. Dennoch ging das Morden weiter und die unzähligen – oftmals organisierten – Angriffe von Nazis werden nach wie vor reflexartig als unpolitische Jugenddelikte verharmlost. Rassismus und seine Gewalt stellen ein konstituierendes Moment der sogenannten Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland dar.

Nicht zuletzt in den Interviews in dieser Publikation wird deutlich, dass es schon lange vor dem Bekanntwerden des NSU ein migrantisch situiertes Wissen um den rassistischen Hintergrund der Mordserie gab. Mittlerweile kann folgendes nicht mehr als bloße Verschwörungstheorie abgetan werden: Geheimdienste finanzieren und organisieren Nazistrukturen, demokratisch legitimierte Volksvertreter verhindern die Aufklärung und die Polizei ermittelt gegen die Opfer statt gegen die Täter rechter Gewalt. Zudem urteilen Gerichte milde gegen Nazigewalt, Medien berichten von kriminellen Ausländern und nicht von kriminellen Deutschen und selbst sich als linksliberal verstehende Bürger beklagen eine mangelnde Integration der Migranten. Migrant_innen haben sich in diesem Land eine sichtbare Existenz aufgebaut und Rechte erkämpft, die ihnen nicht mehr zu nehmen sind. Nicht erst seit den 1950er Jahren wandern auch jenseits staatlicher Regulierungsversuche Menschen aus anderen Ländern ein, bauen sich hier ein Leben auf und verändern dieses Land auf eine Art und Weise, die wir als zivilisatorisch und pluralistisch empfinden. Bisher haben Migrant_innen stets auf die Angriffe ihrer etablierten Lebenswelten Antworten gefunden. Und auch jetzt, im Zuge des Terrors des gesellschaftlichen NSU-Komplexes, haben sich die Betroffenen der Gewalt gefasst, verbündet und sind die Offensive gegangen. Sie klagen an: den Alltagsrassismus, das öffentliche Desinteresse, die mediale Denunziation, die politische Entrechtung, die juristische Nachlässigkeit und den staatlichen Anteil an Nazistrukturen. Die vorliegende Publikation ist dieser Offensive verschrieben.

*Dostluk Sineması*

# Ohne dieses Buch würde etwas fehlen.

*Geleitwort der Amadeu Antonio Stiftung*

Indem die Herausgeber_innen der Gruppe Dostluk Sineması den NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der »Pogrome der frühen 1990er Jahre« verorten, machen sie auf etwas aufmerksam, was in der Auseinandersetzung mit dem NSU häufig vernachlässigt wird: Die Mordserie und Anschläge sind ohne die Kontinuität der rechten Gewalt, des Rassismus und der ungenügenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus im wiedervereinigten Deutschland nicht zu verstehen. Der Nationalsozialistische Untergrund war eben kein Einzelfall, er war auch nur bedingt die »Spitze des Eisberges« der rechten Gewalt. Er war vor allem das Resultat der fehlenden Eindämmung der rechten Szene, dem Zündeln mit rassistischen Bildern und Stereotypen und einem eklatanten Staatsversagen, gepaart mit der fatalen Verharmlosung rechter Gewalt seit 1990 bzw. der Ignoranz ihr gegenüber. Die Radikalisierung des NSU und seines großes Umfelds sind ohne die zum Teil erfolgreichen Vertreibungen von Flüchtlingen, versuchten Pogrome und rechten Morde nicht zu verstehen. Die häufig unwidersprochenen, täglichen rassistischen Diskriminierungen, die hetzende Politik gegen Einwander_innen-Communities sowie das Versagen der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung rechter Gewalttaten haben dazu beigetragen, dass die rechte Gewalt in Deutschland seit den 2000er Jahren auf einem unerträglich hohen Niveau verharrt! Die verschiedenen Interviews mit den Betroffenen aus Hoyerswerda und Mölln im Buch zeigen dies eindringlich.

Als Reaktion auf die Mordserie und Anschläge des NSU hat der Bundestag einstimmig Aufklärung und Konsequenzen versprochen, wie auch die Bundeskanzlerin zugesagt hat »alles zu tun, um die Verbrechen des NSU aufzudecken«. Auch der Bundespräsident wollte sich für »maximale Aufklärung« einsetzen. Orte dieser Aufklärung waren und sind noch – neben den zuständigen Behörden und den zahllosen Erklärungen – hauptsächlich die Untersuchungsausschüsse in den Ländern und dem Bund. Das Gericht in München hat vor allem die Funktion, die strafrechtliche Verantwortung der angeklagten Haupttäter_innen festzustellen und Licht in die Hintergründe der Morde und Anschläge zu bringen. Geblieben ist von diesen Versprechen vor allem eine große »Erzählung« , die sich seit dem Ende des NSU Untersuchungsausschusses des Bundestages mit seinem Abschlussbericht entwickelt hat mit dem zentralen Ziel, wieder Vertrauen in die staatliche Sicherheitsbehörden und in die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats herzustellen. Wie massiv dieses beschädigt ist, machen die verschiedenen Aussagen von Angehörigen und Betroffenen in diesem Buch immer wieder deutlich.

Im dritten Teil des NSU Untersuchungsausschussberichtes »Gemeinsame Bewertungen« steht gleich am Anfang, dass »kein Hinweis auf Beteiligung von Behörden« gefunden werden konnte. Explizit wird auch noch einmal darauf eingegangen, dass sich für den Ausschuss »[….] keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass vor dem 4. November 2011 irgendeine Behörde Kenntnis gehabt hätte von der Verantwortung des NSU für die ihm nunmehr zur Last gelegten Taten« (vgl. Seite 834). All das ist angesichts der unmittelbaren Hinweise von den Angehörigen und Betroffenen gegenüber den ermittelnden Behörden auf einen möglichen politisch rechts motivierten und rassistischen Hintergrund ein Schlag ins Gesicht. Im Gegenteil: Den Angehörigen und Betroffenen wurde sogar massiv nahe gelegt ihren Verdacht nicht weiter zu äußern oder/und sie wurden sogar zu potentiellen Täter_innen gemacht. Eigentlich hätte man erwartet, dass der Ausschuss hier klar benennt, wer maßgeblich die Verantwortung

für die rassistischen und antiziganistischen Ermittlungen trug und dafür zur Verantwortung gezogen werden müsste. Auch, dass der Ausschuss »keine Belege dafür gefunden [hat], dass irgendeine Behörde den NSU dabei unterstützt hätte, sich dem Zugriff der Ermittlungsbehörden zu entziehen« ist angesichts der immer wieder auftauchenden Pressemeldungen und Zeugenaussagen zu den Versuchen des Verfassungsschutzes, seine ehemaligen Spitzel zu schützen und Festnahmen zu verhindern, irritierend. Auch hier hätte man eher die Empfehlung zu Anzeigen wegen »Strafvereitelung im Amt« erwartet. Doch nichts dergleichen geschah. Nach der Veröffentlichung des Berichtes des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages waren viele froh darüber, dass endlich mal – aller Verfassungsschutzberichte zum Trotz – ein staatsoffizieller Bericht die rechte Gewalt in Deutschland und die unglaublichen staatlichen Verfehlungen deutlich benennt. Nun, einige Zeit nach der Veröffentlichung, ist Ernüchterung über die fehlenden Konsequenzen eingetreten.

Der Erfolg der großen »Erzählung« hat am Ende dazu geführt, dass vor allem die staatlichen Sicherheitsstrukturen ausgebaut werden konnten: Die Sicherheitsetats des Bundesinnenministeriums und vieler Bundesländer wurden aufgestockt. Mit dem Bund-Länder-Extremismusabwehrzentrum wird nun eine weitere Instanz das »Rechtsextremismus Problem« verwalten. Zudem werden jetzt Hassverbrechen strafverschärfend bei Urteilen wirken, bei Bedarf Ermittlungen schneller zentralisiert und die Kompetenzen des Generalstaatsanwaltes erweitert. Eine rückwirkende Überprüfung möglicher weiterer Todesopfer rechter Gewalt wurde veranlasst. Die Zahl der Opfer rechter Gewalt in Deutschland liegt wohl deutlich höher als bislang angenommen: Bei 746 ungeklärten Tötungen und Tötungsversuchen gibt es – nach einer vorläufigen Pressemeldung des Bundeskriminalamtes – den Verdacht auf rechte Motive. Die Amadeu Antonio Stiftung zählt bislang 184 Todesopfer rechter Gewalt gegenüber 63 Todesopfern in der offiziellen Statistik. Alleine diese Zahlendifferenzen machen die bislang vorherrschende massive Unterschätzung der rechten Gewalt in Deutschland deutlich. Das eigentliche Kernproblem, das die Ermittler_innen auch bei den NSU-Ermittlungen blind gemacht hat, wird im Bericht des Bundestages nur indirekt beschrieben. Statt ausdrücklich von Rassismus und institutionalisiertem Rassismus zu sprechen, wird von einer »neuen Fehlerkultur« und der Bedeutung interkultureller Kompetenz gesprochen. Auch das ist blanker Hohn, wo es doch eigentlich einer rassismuskritischen Polizei und der Bearbeitung von institutionalisiertem Rassismus als Lehre aus dem NSU bedurft hätte.

Dass sich seit der Aufdeckung des NSU wenig geändert hat, hat die Amadeu Antonio Stiftung in zwei Reporten 2012 und 2013 (»Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behördensystematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren« und »Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden«) dokumentiert. Das Fazit der Autorin und Politikwissenschaftlerin Marion Kraske: »Quer durch die Republik machen es Polizei, Justiz und Politiker rechten Demokratiefeinden allzu einfach, immer mehr gesellschaftlichen Raum einzunehmen, indem sie demokratische Werte nur halbherzig verteidigen.« Erschütternde Beispiele verdeutlichen: Rechtsextreme Straftaten werden von der Polizei nicht konsequent verfolgt, Betroffene schikaniert. Nicht selten werden die Opfer selbst verdächtigt. Zu oft werden rassistische Motive bei Straftaten bagatellisiert, werden Opfer zu Tätern gemacht. Rassistische Haltungen sind in Polizei und Justiz ebenso weit verbreitet wie im Rest der Gesellschaft.

Das entmutigt und stellt nach wie vor die Frage nach den Konsequenzen. Ein gutes Beispiel dafür, das es anders – als den enttäuschenden staatsoffiziellen Umgang damit – geht, ist die Arbeit der Gruppe Dostluk Sineması, »Kino der Freundschaft« in Köln: Diese versucht, die Zusammenhänge zwischen den NSU-Anschlägen und Morden und der jahrelangen Ignoranz

gegenüber der rechten Gewalt sichtbar zu machen und dies auf breiter solidarischer Ebene mit allen Kölnerinnen und Kölnern im Stadtteil und an seinen öffentlichen Orten zu diskutieren. Durch dieses Buch wird noch mal deutlich, wie sehr der NSU durch lokale Unterstützung, den Rückgriff auf rechte Strategien lokaler Neonazigruppen und dem jeweiligen jahrelangen Wegsehen der Sicherheitsbehörden agieren konnte. Doch das Engagement der Gruppe endet hier nicht. Sie werden auch die Betroffenen der Kölner Anschläge und die Nebenklagevertreter_innen bei dem Münchener NSU-Prozess begleiten und größtmögliche Aufklärung fordern. Dies sind die wichtigen ermutigenden Signale, die es mittlerweile in fast allen anderen Städten, in denen der NSU mordete und Anschläge verübte, und darüber hinaus gibt. Alles das auch Dank des Engagements der Angehörigen und der Betroffenen selbst.

Weitere Beispiele dafür sind die Gruppen »The Working Party« und »Mord verjährt nicht« in Rostock, die an Mehmet Turgut erinnern und mit Installationen im städtischen Raum, künstlerischen Interventionen und Diskussionsveranstaltungen für die NSU-Morde zu sensibilisieren versuchen, das städtische Gedenken kritisch begleiten und sich zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Bündnissen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern für einen NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag einsetzen. Oder das Webportal nsu-tatort-hamburg.org, das daran arbeiten will, Hamburg als NSU-Tatort in die Öffentlichkeit zu bringen und die Geschehnisse aufzuarbeiten. In Baden-Württemberg gibt es den Arbeitskreis »Unvergessen – Opfer rechter Gewalt«, der hofft, durch seine Dokumentation eindeutiger und möglicher Fälle rechts motivierter Morde in Baden-Württemberg sowohl an die Opfer zu erinnern, als auch auf die tödliche Gefahr aufmerksam zu machen, die extrem rechter Ideologie inne wohnt. Ziel seiner Arbeit ist es zudem, ein würdiges Gedenken für die Toten zu etablieren, in Form von Jahrestagen, Gedenktafeln, Straßen und Platz-Benennungen.

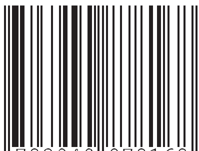
Wie lang dies dauert und wie viel Kraft es immer wieder kostet, zeigt der Kampf der Familie Arslan in Mölln. Seit 21 Jahren streiten die Überlebenden des rassistischen Brandanschlags in Mölln, bei dem drei Mitglieder der Familie starben, um ein würdiges Gedenken. Mittlerweile sind die Täter wieder auf freiem Fuß. Nachdem die Stadt über Jahre hinweg die Feierlichkeiten bestimmt hatte, ist es der Familie Arslan 2014 erstmals gelungen, ihre Wünsche bei der Gedenkveranstaltung umzusetzen. Ibrahim Arslan, der durch ein Wunder überlebte, will sich die Erinnerung zurückerkämpfen und kein Statist sein. Man fragt sich zwangsläufig: Warum wurde die Familie so lange nicht in die Gedenkveranstaltung einbezogen? Weil ein Familienmitglied aktiv über Rassismus und die Umstände der Tat auf der Veranstaltung der Stadt Mölln sprechen wollte. Genau darum geht es nun auch bei diesem Buch: Die Betroffenen selbst sollen endlich zu Wort kommen.

*Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung*

Am 9. Juni 2004 explodierte in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe, die Teil der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) war. Nach dem Anschlag wurde die gesamte Anwohnerschaft kriminalisiert und vom Verfassungsschutz bespitzelt. Die Opfer wurden zu Tätern gemacht, während die wirklichen Täter und ihre Strukturen von den Behörden unbehelligt blieben. Die stigmatisierende These der Ermittlungsbehörden, wonach die Täter zuerst im Umfeld der Keupstraße zu suchen seien, blieb in der Öffentlichkeit weitestgehend unwidersprochen.

Rechtsextreme Anschläge und die Verfolgung der Betroffenen statt der Täter stehen in einem größeren Zusammenhang rassistischen Denkens und Handels, dem seit dem Mauerfall 1989 über hundert Menschen zum Opfer fielen.

»Von Mauerfall bis Nagelbombe« setzt die Pogrome der 1990er Jahre in Bezug zu den NSU-Anschlägen und  zeigt gemeinsame Erfahrungen und Analysen von Rassismus in Deutschland. Herzstück des vorliegenden Bandes sind allerdings die Interviews mit den Betroffenen der Nagelbombe, die eindrücklich ihre Beobachtungen als Augenzeugen schildern, aber auch davon berichten, welche Tortur sie in den Jahren nach dem Anschlag erleben mussten.




Von Mauerfall bis Nagelbombe